G 1800 EX

Blätter für deutsche und internationale Politik

Helmut Wolfgang Kahn
Kann der Westen einen neuen Rüstungswettlauf gewinnen?

Falk/Boris/Mayer
„Das Überleben sichern"
Fortschritte und Grenzen im Nord-Süd-Bericht

Josef Schmitz
Lateinamerika
„Redemokratisierung" und Systemsicherung

Joachim/Keller/Ullrich-Hadeler/Ullrich
Nazi-Schwärmerei und Rechtsextremismus unter Jugendlichen

Glenn Yago
Ursprünge der deutschen Autolobby

Berliner Rede des Kanzlerkandidaten Strauß

6 '80

Juni 1980 Einzelheft 5,50 DM Im Abonnement 4,00 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 3,50 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Juni 1980

CHRONIK DES MONATS MAI 1980 641

KOMMENTARE UND BERICHTE

Die „Stoppt Strauß"-Bewegung nach den NRW-Wahlen ..... *Reinhard Kühnl* 644

Olympia-Boykotteur Bundesrepublik: isoliert ..... *Reinhold Billstein* 647

NDR – gerettet? ..... *Alfred Horné* 650

Volksaufstand und Militärdiktatur in Südkorea .... *Dina Kim und Dieter Boris* 652

HAUPTAUFSÄTZE

Kann der Westen einen neuen Rüstungswettlauf gewinnen? Eine Handreichung für den Bundeskanzler ..... *Helmut Wolfgang Kahn* 656

„Das Überleben sichern" – Fortschritte und Grenzen im Bericht der Nord-Süd-Kommission ..... *Rainer Falk, Dieter Boris und Hans Mayer* 667

Lateinamerika – „Redemokratisierung" und Systemsicherung im Übergang zu den 80er Jahren ..... *Josef Schmitz* 685

Nazi-Schwärmerei und Rechtsextremismus unter Jugendlichen in der Bundesrepublik ..... *Dierk Joachim, Bernhard Keller, Gudrun Ullrich-Hadeler und Volker Ullrich* 701

Ursprünge der deutschen Autolobby Zur Motorisierungspolitik im Dritten Reich ..... *Glenn Yago* 717

WIRTSCHAFTSINFORMATION

Die wirtschaftliche Entwicklung in der BRD im 1. Vierteljahr 1980 (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten) ..... *Jörg Goldberg* 728

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

„Thesen zu einer europäischen Friedensordnung 1990" – Referat von William Borm in der Theodor-Heuß-Akademie in Gummersbach am 25. April 1980 (Auszug) 732

Warschauer Deklaration der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages vom 15. Mai 1980 (Wortlaut) 739

„Die Geschichte eines Angebots an die Sowjetunion – Der Bundeskanzler zur Nachrüstungsfrage" (Wortlaut eines Artikels der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 27. Mai 1980) 752

„Lohnt es sich für die BRD, auf die Früchte der Entspannung zu verzichten?" – Auszüge aus einem Artikel der „Literaturnaja Gaseta" vom 14. Mai 1980 755

„Wir können siegen, wenn wir siegen wollen, und wir werden siegen" – Rede von F. J. Strauß auf dem 28. Bundesparteitag der CDU am 20. Mai 1980 (Auszüge) 757

Briefwechsel zwischen dem Bund demokratischer Wissenschaftler und dem Westdeutschen Rundfunk zur geplanten Fernsehserie „Der unvergessene Krieg" 765

Abschlußappell der Friedenskundgebungen in Hannover und München am 10. Mai 1980 (Wortlaut) 768

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatszeitschrift · Fünfundzwanzigster Jahrgang · Heft 6/1980

Herausgegeben von

WILFRIED FRHR. V. BREDOW
HELGA DEPPE-WOLFINGER
JÖRG HUFFSCHMID
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KÜHNL
JUTTA MENSCHIK
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HELMUT RIDDER
FRITZ STRASSMANN
GERHARD STUBY

Mitbegründet von

HILDE BENTELE
HERMANN ETZEL
GERHARD GOLLWITZER
HANS RHEINFELDER
ROBERT SCHOLL
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

REINHOLD BILLSTEIN
KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Gottesweg 54

Chronik des Monats Mai 1980

1. 5. – Österreich / Kuba. Bundeskanzler Kreisky und der kubanische Außenminister Malmierca treffen sich in der Nähe von Wien. Der zuvor nicht angekündigte Meinungsaustausch wird am folgenden Tag im Hause des Bundeskanzlers fortgesetzt. Der Pressedienst der Regierungspartei SPÖ berichtet, Malmierca habe den Bundeskanzler über seine Sondierungen innerhalb der bündnisfreien Bewegung unterrichtet, in der Kuba bis 1982 den Vorsitz führt. Dabei sei es vor allem um Afghanistan gegangen. Der kubanische Außenminister reist anschließend nach Teheran.

2. 5. – Vatikan. Papst Johannes Paul II. tritt eine Reise durch mehrere schwarzafrikanische Länder an, die ihn nach Zaire, in die Volksrepublik Kongo, nach Kenia, Ghana, Obervolta und die Elfenbeinküste führt. – Am 30. 5. trifft der Papst zu einem Besuch Frankreichs in Paris ein.

5. 5. – Jugoslawien. Nach dem Tode von Präsident Josip Broz Tito am 4. 5. übernimmt (bis zum Ende seiner einjährigen Amtsperiode am 15. 5.) der bisherige Vizepräsident des kollektiven Staatspräsidiums, Lazar Kolisevski, den Vorsitz in diesem Gremium. Neuer Vorsitzender wird am 15. 5. (entsprechend der Verfassung ebenfalls für ein Jahr) Cvijetin Mijatovic. – Vom 7. – 8. 5. halten sich anläßlich der Trauerfeierlichkeiten für Tito Staatsmänner aus aller Welt in Belgrad auf und benutzen die Gelegenheit zu zahlreichen persönlichen Kontakten. Die Bundesrepublik ist durch Bundespräsident Carstens, Bundeskanzler Schmidt,

Außenminister Genscher und den SPD-Vorsitzenden Brandt vertreten. Schmidt, der auch mit Frau Gandhi und dem polnischen Parteisekretär Gierek zusammentrifft, führt am 8. 5. ein längeres Gespräch mit dem DDR-Staatsratsvorsitzenden Honecker. In einer Meldung der DDR-Nachrichtenagentur ADN heißt es dazu: „Beide Seiten stellten mit Befriedigung fest, daß die vertragsgemäße Kooperation funktioniert und daß sie die Absicht haben, diese fortzusetzen und auszubauen." Auch Carstens hat eine Unterredung mit Honecker.

– *Griechenland.* Nach zwei erfolglosen Abstimmungen wählt das Parlament den bisherigen Premierminister, Konstantin Karamanlis, zum neuen Präsidenten. Auf Karamanlis entfallen 183 Stimmen, drei mehr als das im dritten Wahlgang erforderliche Minimum (180 Stimmen). – Am 8. 5. nominiert die Parlamentsfraktion der Regierungspartei Neue Demokratie Georgios Rallis mit 88 gegen 84 Stimmen zum neuen Ministerpräsidenten.

6. 5. – *NATO.* Nach einer Unterredung mit dem amerikanischen Präsidenten Carter in Washington erklärt NATO-Generalsekretär Luns, die europäischen Mitgliedstaaten müßten angesichts der „großen Herausforderung" zu größeren Anstrengungen und zur Übernahme höherer Lasten bereit sein. – Vom 13. – 14. 5. tagt in Brüssel das Komitee für Verteidigungsplanung auf der Ebene der Verteidigungsminister. An der Sitzung nehmen zeitweise auch die Außenminister teil.

7. 5. – *IOC.* Der Vorsitzende des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), Lord Killanin, konferiert in Moskau, wo er auch von Generalsekretär Breschnew empfangen wird. – Am 16. 5. sucht Killanin Präsident Carter in Washington auf. – Am 24. 5. läuft die Meldefrist für die Sommerolympiade ab. Das IOC veröffentlicht in Lausanne eine Übersicht, nach der 84 Nationen an den Olympischen Spielen teilnehmen, 57 dagegen fernbleiben wollen. Aus Europa haben Albanien, die Bundesrepublik, Liechtenstein und die Türkei die Einladung nach Moskau abgelehnt, Monaco und Norwegen die Einladung nicht beantwortet.

11. 5. – *Nordrhein-Westfalen.* Aus den Landtagswahlen (Wahlbeteiligung: 80,1 %) gehen die Sozialdemokraten als stärkste Fraktion hervor und verfügen im künftigen Landtag über eine absolute Mehrheit. Die Christdemokraten verlieren an Stimmen, die Freien Demokraten scheitern knapp an der Fünf-Prozent-Klausel. Es enfallen (Angaben in %) auf CDU 43,2 (1975: 47,0), SPD 48,4 (45,1), FDP 4,98 (6,7), Die Grünen 3,0 (–), DKP 0,3 (0,5), Bürgerpartei 0,1 (–), KBW 0,0 (–), Zentrum 0,0 (0,1), Europäische Arbeiterpartei (EAP) 0,0 (0,0), Union Konkreter Umweltschutz (UNU) 0,0 (–), Unabhängige Arbeiterpartei (UAP) 0,0 (0,0), Europäische Föderalistische Partei (EFP) 0,0 (–), Grüne Partei Deutschlands (GPD), 0,0 (–), Einzelbewerber 0,0 (0,0). Zusammensetzung des neuen Landtages (201 Abgeordnete): SPD 106 (91), CDU 95 (95). (Vgl. die Ergebnisse der Wahlen vom 4. Mai 1975 in „Blätter", 1/1976, S. 114.)

12. 5. – *Ägypten.* Ministerpräsident Mustafa Khalil und sein Kabinett treten zurück. Die Leitung der Regierung übernimmt zusätzlich Präsident Sadat. Neuer stellvertretender Ministerpräsident und Außenminister wird Kamal Hassan Ali, bisher Verteidigungsminister.

14. 5. – *Afghanistan.* Die Regierung in Kabul veröffentlicht einen Sieben-Punkte-Plan, der dem Iran und Pakistan die Aufnahme von Verhandlungen vorschlägt. In diesen Verhandlungen sollten bilaterale Vereinbarungen über die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen und die Prinzipien der gegenseitigen Nichteinmischung ausgearbeitet werden. Garantien für diese bilateralen Vereinbarungen könnten die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten abgeben. Im Rahmen einer Gesamtlösung könne dann auch die Frage „eines Rückzuges des begrenzten sowjetischen Militärkontingents" vom Territorium Afghanistans geregelt werden.

– *Abrüstung.* Nach mehrwöchiger Pause (vgl. „Blätter", 5/1980, S. 514) werden mit der 21. Runde die Verhandlungen über den Abbau von Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa zwischen Staaten der NATO und des Warschauer Vertrages fortgesetzt. Sprecher beider Seiten betonen vor der Presse die unverändert kontroversen Standpunkte.

14. – 15. 5. – *Warschauer Vertrag.* Der Politische Beratende Ausschuß der Teilnehmerstaaten hält zum 25. Jahrestag der Unterzeichnung des „Vertrag(es) über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand" am 14. Mai 1955 eine Tagung in Warschau ab. Die Delegationen der Mitgliedstaaten werden von den Parteisekretären geleitet. In einer Erklärung wird vorgeschlagen, ein „Gipfeltreffen der Führer der Staaten sämtlicher Regionen der Erde" abzuhalten, dessen Aufgabe die „Beseitigung internatio-

naler Spannungsherde" sein solle. Weiter wird eine umfangreiche „Deklaration" verabschiedet (Text in „Dokumente zum Zeitgeschehen").

15. 5. – N O K. Die Mitgliederversammlung des Nationalen Olympischen Komitees der Bundesrepublik in Düsseldorf folgt mit 59 gegen 40 Stimmen einer Aufforderung des Bundestages (vgl. „Blätter", 5/1980, S. 515), keine Mannschaft zu den Olympischen Sommerspielen 1980 nach Moskau zu entsenden.

15. – 16. 5. – Ö s t e r r e i c h. Anläßlich des 25. Jahrestages der Unterzeichnung des „Staatsvertrag(es) betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich" am 15. Mai 1955 halten sich die Außenminister der vier Signatarstaaten (USA, UdSSR, Großbritannien, Frankreich) sowie die Außenminister der Nachbarstaaten Österreichs in Wien auf. Es kommt zu einer ersten Begegnung zwischen dem sowjetischen Außenminister Gromyko und seinem neuernannten amerikanischen Kollegen Muskie (vgl. „Blätter", 5/1980, S. 514). Gromyko trifft auch zu einem Gespräch mit Bundesaußenminister Genscher zusammen. In einer Festansprache wiederholt Bundeskanzler Kreisky die Ansicht, mit dem Staatsvertrag für Österreich habe die Entspannungspolitik in Europa begonnen.

16. 5. – J a p a n. Das Abgeordnetenhaus in Tokio spricht Ministerpräsident Ohira mit 243 gegen 187 Stimmen das Mißtrauen aus. Ein entsprechender Antrag der Sozialisten war von drei anderen Oppositionsparteien, darunter den Kommunisten, unterstützt worden. Ohira kündigt die Auflösung des Parlaments und die Abhaltung von Neuwahlen an.

18. 5. – B e l g i e n. Ministerpräsident Martens (Christdemokrat) bildet ein neues Kabinett, dem neben den Christdemokraten die Sozialisten und die Liberalen angehören. Die Koalition verfügt im Parlament über eine Zweidrittelmehrheit.

18. – 19. 5. – P o l e n. Auf Einladung von Parteisekretär Gierek kommt der französische Präsident Giscard d'Estaing nach Warschau, um sich mit dem sowjetischen Staatspräsidenten Breschnew zu einem vertraulichen Meinungsaustausch über Probleme der Weltpolitik zu treffen. Ein Kommuniqué über die Begegnung, an der auch die beiden Außenminister Gromyko und François Poncet teilnehmen, wird nicht veröffentlicht. Präsident Giscard erklärt am 19. 5. in einem Fernsehinterview, Ziel seines Treffens mit Breschnew sei gewesen, „zum ersten Mal seit Beginn dieses Jahres eine Aussprache auf höchster Ebene über die Entwicklung der internationalen Lage und die Möglichkeiten zur Verringerung der Spannungen zu führen, die sie belasten".

20. 5. – K a n a d a. In einer Volksabstimmung votiert die Bevölkerung der französischsprachigen Provinz Quebec mit Mehrheit für ein uneingeschränktes Verbleiben bei Kanada.

25. 5. – I s r a e l. Verteidigungsminister Ezer Weizman legt sein Amt nieder und verbindet diesen Schritt mit einer massiven Kritik an der Politik von Ministerpräsident Begin und den Führungsqualitäten des Regierungschefs, die die Nation in die tiefste Krise ihrer bisherigen Existenz gestürzt habe. Begin beauftragt Außenminister Shamir mit der Führung des Verteidigungsressorts.

– U S A / C h i n a. Der stellvertretende Ministerpräsident und Generalsekretär der KP-Militärkommission, Geng Biao, trifft zu Verhandlungen mit dem amerikanischen Verteidigungsminister Brown in Washington ein. Die USA sagen China die Lieferung militärischer Ausrüstungsgüter (u. a. Hubschrauber, Lastwagen, Radaranlagen und anderes Nachrichtengerät) zu.

28. 5. – I r a n. Mit einer durch seinen Sohn Ahmed verlesenen Ansprache von Ayatollah Khomeini wird in Teheran das am 14. 3. (vgl. „Blätter", 4/1980, S. 387) und am 9. 5. gewählte neue Parlament eröffnet. Die Islamisch-Republikanische Partei stellt darin, unterstützt von einigen Gruppen, die stärkste Fraktion.

29. – 30. 5. – E G. Die Außenminister der Mitgliedstaaten formulieren in Brüssel einen Kompromiß, der Großbritannien eine Reduzierung seiner Beitragszahlungen an die Gemeinschaft in Höhe von 6,4 Mrd. DM für die Jahre 1980 und 1981 einräumt (vgl. „Blätter", 5/1980, S. 514). Auf die Bundesrepublik entfallen nach dieser Regelung, die noch von den nationalen Kabinetten gebilligt werden muß, zusätzliche Beitragsaufwendungen von 2,6 Mrd. DM.

31. 5. – K o r e a (S ü d). Präsident Choi Kyu Hah ernennt einen „Außerordentlichen Sicherheitsrat" (25 Mitglieder) zur Koordinierung der Tätigkeit der zivilen und militärischen Behörden. Der Präsident und die hinter ihm stehenden Militärs reagieren damit auf die wachsende Protestbewegung im Lande.

Die „Stoppt-Strauß"-Bewegung nach den NRW-Wahlen

I

Die Bevölkerung Nordrhein-Westfalens, die ein Viertel der Gesamtbevölkerung der BRD darstellt, hat am 11. Mai 1980 der CDU eine eklatante Niederlage bereitet und der SPD zu einem großen Wahlsieg verholfen. Ist damit die Offensive der Rechten, die in der Nominierung von Strauß zum Kanzlerkandidaten ihren klarsten Ausdruck fand, bereits abgeschlagen? Hat die Stoppt-Strauß-Bewegung ihre Funktion erfüllt und kann ihre Arbeit einstellen? Oder wird jetzt die Offensive der Rechten von der gestärkten Regierung Schmidt-Genscher politisch umgesetzt werden?

Die Offensive der Rechten hatte darauf gesetzt, daß die ökonomische Krise im Innern und die Verschärfung der Spannungen im internationalen Bereich zusammen mit der entsprechenden ideologischen Aufbereitung ein Klima erzeugen würden, in dem die Massen selbst nach dem starken Führer, nach entschiedenem „Durchgreifen" und „Aufräumen" gegenüber „Unruhestiftern" im Innern und gegenüber „aufsässigen" Ländern der Dritten Welt, besonders den Ölländern, verlangen würden. So schien es möglich, die Annäherung an eine autoritäre Herrschaftsform, die weitere Forcierung der Aufrüstung und eine neue Macht- und Interventionspolitik nach außen durch das Votum der Bevölkerung selbst abzusichern.

Diese Kalkulation ist vorerst nicht aufgegangen. Gerade in einer Situation gefährlicher internationaler Spannungen hat die Bevölkerung von NRW ein eindrucksvolles Votum für den Frieden, für die Fortsetzung der Entspannungspolitik abgegeben. Die SPD-Führung hat diese Massenstimmung deutlich gespürt, hat den Wahlkampf auf bundespolitische Fragen zugespitzt, hat sich in der letzten Propagandawellle unmittelbar vor den Wahlen vollständig konzentriert auf die Sehnsucht der Massen nach Frieden und hat dabei Strauß und die CDU/CSU angeprangert als Gefahr für Frieden und Entspannung. Auch der CDU waren diese Massenstimmungen deutlich geworden, und sie versuchte deshalb, den Wahlkampf auf landespolitische Themen zu beschränken und ihren Kanzlerkandidaten samt seinem agressiven politischen Konzept der allgemeinen Aufmerksamkeit zu entziehen, zu „verstecken", wie die CSU bitter vermerkte. Strauß selbst hatte in den letzten Monaten „Kreide gefressen" und sich als gemäßigter Staatsmann zu präsentieren bemüht. Auch diese Versuche, angesichts der offenkundigen Friedenssehnsucht der Bevölkerung wenigstens von der zentralen Frage der Friedenssicherung abzulenken und so die Bevölkerung in die Irre zu führen, sind mißlungen. Das Votum der Bevölkerung war so eindeutig, daß nun die CDU selbst sich genötigt sah, auf ihrem Berliner Parteitag eine Woche nach ihrer Wahlniederlage eine demagogische Kampagne zu starten, in der der Begriff „Frieden" im Zentrum steht und die CDU sich als die Hauptkraft einer auf Frieden gerichteten Politik darstellt (die natürlich der Substanz nach auf den Kampf gegen die angeblich illusionäre und deshalb friedensgefährdende Entspannungspolitik und auf die Forderung nach durchgreifender Militarisierung und Aufrüstung hinausläuft).

II

Es ist also genau das geschehen, was die Stoppt-Strauß-Bewegung als eines ihrer Hauptziele proklamiert hatte: eine Veränderung des politischen Klimas, damit Frieden und Entspannung, Demokratie und soziale Reformen wieder als positive Ziele bewußt werden. Das Allensbacher Institut für Meinungsforschung, das der CDU nahesteht, hat einen solchen „Meinungsklimadruck" bereits seit Monaten heranwachsen sehen. Seine Leiterin, Frau Prof. Noelle-Neumann, hat jetzt dargelegt, was dieses für die CDU „negative Meinungsklima" für diese Partei und ihre Wähler in NRW bedeutete und daß selbst unter den CDU-Anhängern nur 53 % Strauß als Bundeskanzler wünschten („Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 24. Mai 1980). Diese Veränderung des politischen Klimas zu Ungunsten der reaktionären und militaristischen Kräfte, die noch vor einem Jahr das Meinungsklima weitgehend zu bestimmen schienen, hat natürlich nicht allein die Stoppt-Strauß-Bewegung bewirkt. Aber sie hat nach Kräften dazu beigetragen. Die Tatsache, daß fast in jeder größeren und mittleren Stadt und oft auch in Kleinstädten Initiativen entstanden und an die Öffentlichkeit traten, hat wesentlich mitgeholfen, daß die herrschenden Kräfte in der CDU/CSU und ihr Kanzlerkandidat Strauß als das ins öffentliche Bewußtsein dringen konnten, was sie tatsächlich sind: eine lebensgefährliche Bedrohung der Demokratie, der politischen Freiheit und des sozialen Fortschritts in unserem Lande und des Friedens in Europa und in der Welt.

Die SPD hat dieses veränderte Klima besonders in der letzten Phase des Wahlkampfs energisch genutzt und in einen großen Wahlsieg umgesetzt. Man kann wirklich nicht behaupten, daß die SPD-Führung durch ihre Politik selbst entschieden und aktiv eine solche Veränderung des Klimas produziert hat. Dennoch hebt sie sich deutlich von der CDU/CSU und ihren auf totale Rückkehr zum Kalten Krieg zielenden Parolen ab. Die FDP ist in dieser Auseinandersetzung auf der Strecke geblieben. Dies entsprang nicht nur dem Polarisierungseffekt Schmidt – Strauß, auf den die SPD abzielte, sondern paßt genau in den allgemeinen Charakter dieser Wahlen. Außenminister Genscher hatte sich als Scharfmacher in den internationalen Beziehungen (vom Olympia-Boykott bis zu Afghanistan-Frage) profiliert, und Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff vertrat so resolut die Interessen des Kapitals gegenüber den abhängig Arbeitenden, daß am sozialen Charakter dieser Partei wirklich kein Zweifel bleiben konnte. So votierte die Bevölkerung für die SPD, deren Führung mindestens verbal trotz aller Krisen die Fortsetzung der Entspannungspolitik verlangt hatte.

Deren Probleme werden durch den Wahlsieg freilich nicht geringer sondern größer. Denn es ist ja dies die gleiche SPD, die die Beschlüsse über Atomraketen nicht nur mitgetragen, sondern gegenüber den anderen europäischen NATO-Staaten aktiv durchzusetzen geholfen hat, die den Olympia-Boykott, mit dem die Bundesrepublik in Westeuropa an den rechten Rand und in die Isolation getrieben wurde, zu verantworten hat und die auch die Forcierung des Nuklearprogramms mit aller Kraft betreibt. Die Bevölkerung, die der SPD folgte, weil sie Frieden und Entspannung will, wird nach der Realisierung der Versprechungen fragen, die diese Partei in ihrer Wahlkampagne gemacht hat.

III

Die CDU hat in NRW eine Niederlage erlitten, die um so schwerer wiegt, als sie Resultat eines veränderten politischen Klimas, eines verstärkten demokratischen und antimilitaristischen Potentials ist. Diese Diagnose wird bestätigt durch die großen Demonstrationen vom 10. Mai in Mannheim, Hannover und München unter der Parole „Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg" und durch die vielfäl-

tigen Aktivitäten für Frieden und Demokratie, gegen Rüstung und gegen Neofaschismus, die auf wachsende Resonanz stoßen, insbesondere in der jungen Generation. Wir sind also ein gutes Stück vorangekommen. Es hat sich gezeigt,daß wir imstande sind, Erfolge zu erzielen. Wir haben in einigen Bereichen die politische Initiative zurückerobern können, die in den letzten Jahren scheinbar vollständig bei der politischen Rechten lag.

Aber selbstverständlich ist die Offensive der Rechten damit noch nicht definitiv abgeschlagen. Es ist im Gegenteil damit zu rechnen, daß diese Kräfte alle Anstrengungen unternehmen werden, um bis zu den Bundestagswahlen das Klima wieder zu ihren Gunsten zu verändern. Die Kräfte im Großkapital, die an der resoluten Fortsetzung und politischen Absicherung ihrer Export- und Investitionsoffensiven, an einer neuen Machtpolitik im Weltmaßstab, also auch an der Forcierung der Aufrüstung und der Nuklear-technologie interessiert sind, werden weiterhin auf politische Umsetzung dieser Ziele drängen und entsprechende politische Kräfte favorisieren. Dabei kann die sozialliberale Koalition, wenn der Druck auf sie gehörig verstärkt wird, wie bisher zwar für ein Stück des Weges brauchbar sein, aber gerade unter den Bedingungen der Krise und dem sich versteifenden Widerstand besonders in den Gewerkschaften diesen Ansprüchen längerfristig nicht voll genügen. Das ist ja der Grund, weshalb in Teilen der herrschenden Klasse sich ein Strategiewechsel hin zur CDU/CSU und dort wieder hin zum rechten Flügel, der von Strauß repräsentiert wird, vollzogen hat.

Daß diese Kräfte ihre Ziele weiter verfolgen – trotz ihrer Niederlage in NRW und dem folgenden Aufbrechen innerer Auseinandersetzungen in der CDU/CSU – kommt auch darin zum Ausdruck, daß die CDU auf dem Berliner Parteitag soeben erneut auf Strauß und sein Programm eingeschworen wurde; und Strauß selbst hat eine weitere Verschärfung der politischen Auseinandersetzung angekündigt*). Es muß also damit gerechnet werden, daß alle Mittel der Demagogie – bis hin zu der polemischen Gegenüberstellung von „wirklicher Friedenspolitik" und „illusionärer Entspannungspolitik" –, der Erzeugung von Angst und Panik (vor einer sowjetischen Aggression, vor dem Zusammenbruch der Energieversorgung, usw.) und der Diffamierung der demokratischen Kräfte als verantwortungslose Gewerkschaftsbosse, als intellektuelle Unruhestifter, als die neuen Nazis, als Ratten und Schmeißfliegen, als Zerstörer der Familie, als Mörder an keimendem Leben im Mutterleib, usw. eingesetzt werden, und daß das gesamte gewaltige Instrumentarium der Meinungsmache und der Verdummung, über das die Rechte Kraft ihrer ökonomischen Macht verfügt, dafür mobilisiert wird.

Wir werden alle unsere Energie aufbieten müssen, um dieser Offensive standzuhalten. Die Wahlen von NRW und die anderen Erfahrungen der letzten Monate haben uns allerdings gezeigt, daß wir dazu imstande sind, daß die Bäume der Reaktion nicht in den Himmel wachsen, daß die demokratischen, antifaschistischen und antimilitaristischen Potenzen in der Bevölkerung größer sind, als manche auf der Rechten geglaubt (und vielleicht auch manche von uns zu hoffen gewagt) haben.

Reinhard Kühnl

*) Vgl. seine programmatische Rede auf dem Berliner Parteitag, „Dokumente zum Zeitgeschehen" in diesem Heft. D. Red.

Olympia-Boykotteur Bundesrepublik: isoliert

„. . . Das Olympische Komitee der Vereinigten Staaten . . .(hat) beschlossen, weil der Präsident der Vereinigten Staaten . . . mitgeteilt hat, daß im Hinblick auf die internationalen Ereignisse die nationale Sicherheit des Landes in Gefahr ist, zu entscheiden, keine Mannschaft zu den Olympischen Sommerspielen 1980 nach Moskau zu entsenden . . ."[1])

Sowohl bei ihren Drohungen gegen die Moskauer Spiele in den Jahren 1978 und 1979[2]), als auch bei der Begründung der ultimativen Boykott-Erklärungen Carters von Januar/Februar dieses Jahres, hat die amerikanische Regierung nie Zweifel darüber aufkommen lassen, daß sie ihre Kampagne zur Verhinderung Olympischer Spiele in der Sowjetunion als außenpolitisches Druckmittel ohne Rücksicht auf den Erhalt und Ausbau friedlicher Ost-West-Beziehungen und die weltweite Entspannung einzusetzen trachtete.

Seit spätestens Mitte Februar bereisen nun die Emissäre Carters die im Einflußbereich der USA liegenden Hauptstädte und setzen die in der Boykottfrage schwankenden „befreundeten Regierungen" unter Druck, um dem amerikanischen Konfrontationskurs Rückhalt zu verschaffen.

Obwohl – wie alle „atlantischen Partner" der Vereinigten Staaten – durch die einsame Entscheidung des unberechenbaren Präsidenten düpiert, haben sich Bundesregierung und Bundestag in Allparteienformation und ohne Einschränkung auf Carters Anti-Olympia-Kurs einschwören lassen. Und ähnlich wie das amerikanische NOK durch Präsident Carter, wurden die Mitglieder des Olympischen Komitees der Bundesrepublik Deutschland durch Regierung, Parlament und Massenmedien in aller Deutlichkeit darauf hingewiesen, daß man allein schon deshalb gegen die Moskauer Spiele zu votieren habe, weil die Westdeutschen nach wie vor auf den Schutz der Vereinigten Staaten angewiesen seien: „Wenn sich das NOK aber für eine Teilnahme entscheiden sollte, so hätte das verheerende psychologische Folgen für das westliche Bündnissystem. Ich glaube nicht, daß unser NOK die Verantwortung für diese Folgen tragen kann."[3])

Als das NOK Mitte Mai in Düsseldorf zusammentrat, da hatten der permanente politische Druck und der immer wieder betonte Hinweis, die Sicherheits- und Bündnispolitik mit den USA stehe auf dem Spiel, ihre Wirkung nicht verfehlt. Es überraschte daher kaum mehr, daß „die meisten Boykottbefürworter" im nachhinein keinen Zweifel daran ließen, „daß sie selbst aus freien Stücken eine solche Entscheidung nicht getroffen hätten"[4]).

Der Düsseldorfer Beschluß führte daher nicht allein die (in politisch „ruhigeren" Zeiten) stets betonte Entscheidungsfreiheit des Sports ad absurdum. Die mehrheitlich konservativen Repräsentanten des bundesdeutschen Sports um Weyer, v. Brauchitsch und Neckermann setzten unter Mißachtung der deutlich geäußerten Wünsche und Interessen der Sportler und Sportverbände die politische Entscheidung einer Bundesregierung durch, die,

1) Resolution des Olympischen Komitees der USA zu den Spielen in Moskau vom 12. April 1980, zit. nach: „Blätter", 5/1980, S. 632.

2) So drohte die US-Regierung erstmals 1978 – während des Prozesses gegen den amerikanischen Spion Stscharanski – damit, die Olympiade in Moskau zu vereiteln; 1979 erneuerte man diese Drohung aus Anlaß der „rechtzeitig" durch die CIA „entdeckten" sowjetischen „Kampfbrigade" auf Kuba.

3) So der CSU-Abgeordnete Friedrich Zimmermann, der für die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag gegen die bundesdeutsche Olympia-Teilnahme Stellung bezog; zit. nach: „Die Welt" v. 24. 4. 1980.

4) „Frankfurter Rundschau" v. 16. 5. 1980.

„aus Vasallentreue zu den USA um beinahe jeden Preis"[5]) sowie aus wahltaktischem Kalkül dem konservativen innenpolitischen Konkurrenten gegenüber, nicht allein in der Olympia-Frage die Wahrung berechtigter nationaler Interessen hintan gestellt hatte. Im Kabinett – so der „Spiegel" vom 26. Mai – habe Schmidt die deutschen Leistungen aufgezählt: „die Erhöhung des Verteidigungsbudgets, die Türkeihilfe, den Wirtschaftsboykott gegen den Iran und den Verzicht der Westdeutschen auf die Olympischen Spiele in Moskau. Schmidt: ‚Politisch und materiell haben wir größere Opfer gebracht als irgendein anderer Staat. Das muß man den Amerikanern mal klar sagen'."

In der Annahme, die eigene Entscheidung gegen Moskau werde „Signalwirkung" zumindest in Westeuropa haben, pokerten die Boykott-Befürworter, allen voran Außenminister Genscher und Sportbund-Präsident Willi Weyer (beide FDP), ausgesprochen hoch – und sind nun isoliert in Europa. Als einziges Land der EG wird die Bundesrepublik Deutschland keine Sportler in Moskau an den Start schicken. Die regierungstreue Presse lamentierte: „Der Funke, den Präsident Carter zu schlagen hoffte, hat nicht gezündet."[6]) Und: „Noch nie in der sportpolitischen Geschichte stand die Bundesrepublik so einsam im Regen."[7])

Anstelle der um ihren Trainingsaufwand und zahllose persönliche Opfer gebrachten Sportler werden nunmehr rund 30 Verbandsfunktionäre und NOK-Präsiden nach Moskau reisen, „um Ämter und Einfluß in den internationalen Gremien zu wahren, die am Rande der Spiele tagen"[8]), da andernfalls „Ostblock-Funktionäre die deutschen Sitze übernähmen" und den „Einfluß westlicher Verbände" weiter zurückdrängen würden.[9])

Welche Folgen wird die westdeutsche Boykottentscheidung neben der peinlichen Isolierung der Bundesrepublik in Europa für ihre zukünftige Rolle im internationalen Sport, vor allem aber für die Beziehungen zur Sowjetunion haben?

– „Eine Nichtteilnahme an den Olympischen Spielen" – so der Präsident des Deutschen Leichtathletik-Verbandes, August Kirsch, auf der entscheidenden NOK-Sitzung am 15. Mai – „hat mit großer Wahrscheinlichkeit auch den Abbruch, mindestens jedoch ein zeitweiliges Einfrieren der Sportbeziehungen zwischen Ost und West zur Folge." Sie wird zugleich die Erhaltung und den Ausbau der politischen und kulturellen Verbindungen allgemein erschweren. Hatte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" noch im März die Orientierung ausgegeben, man könne „bei düsteren Drohungen zum künftigen Sportverkehr gelassen bleiben"[10]), so mußte sie Ende Mai vermelden, daß „angesichts der ersten sowjetischen Absagen in den Sportarten Judo, Leichtathletik, Schießen, Radsport, Schach und im Bereich der Sportwissenschaften . . . die Vertreter der Spitzenverbände (konstatierten), daß man sich auch im bilateralen Sportverkehr auf eine ‚gewisse Durststrecke' werde einrichten müssen"[11]).

– Ähnlich unangenehm dürften die Boykottfolgen für die Präsenz der Bundesrepublik in den Gremien der weltweiten olympischen Bewegung bzw. supranationaler Sportorganisationen, für die zukünftige Berücksichtigung bei internationalen Wettkämpfen und Sportkongressen und in bezug auf die Rolle werden, die bundesdeutsche Sportler bei künftigen Vergleichen spielen werden; immerhin haben bereits zahlreiche Spitzen-

5) So der Juso-Vorsitzende Gerhard Schröder auf dem Bundeskongreß seiner Organisation am 30. Mai in Hannover; zit. nach: „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 31. 5. 1980.
6) „Westdeutsche Allgemeine Zeitung" v. 26. 5. 1980.
7) „Express" v. 17. 5. 1980.
8) „Kölner Stadt-Anzeiger" v. 31. 5. 1980.
9) „Der Spiegel" v. 19. 5. 1980.
10) FAZ v. 19. 3. 1980.
11) FAZ v. 30. 5. 1980; detaillierter: „Deutsche Volkszeitung" v. 5. 6. 1980.

sportler unter dem Eindruck der Entscheidung vom 15. Mai demoralisiert die Beendigung ihrer Aktivenlaufbahn angekündigt.

– Die gewichtigste Konsequenz des Boykotts aber bleibt die neuerliche Belastung der politischen, ökonomischen und kulturellen Beziehungen zwischen Deutschen und Russen. 35 Jahre nach Beendigung des deutschen Krieges gegen die Sowjetunion und 39 Jahre, nachdem eine „feldgraue Mannschaft" uneingeladen zum Überfall auf dieses Land losgeschickt worden war[12]), brüskieren die Rechtsnachfolger des faschistischen Deutschland erneut und mit Begründungen, die nur notdürftig den prinzipiellen antisowjetischen Charakter ihrer Entscheidung kaschieren, das sowjetische Volk. Vor diesem Hintergrund sollte erneut über jenen Ende April veröffentlichten Kommentar der sowjetischen Nachrichtenagentur „Nowosti" nachgedacht werden, der die Verhinderung einer Wiedergeburt des Militarismus in der Bundesrepublik beschwor und zugleich darauf verwies, daß „die Empfehlung an das Nationale Olympische Komitee, sich der Teilnahme an den Olympischen Spielen in Moskau zu enthalten, in der Sowjetunion als eine ausgesprochen politische Entscheidung und als ein unfreundlicher Akt aufgenommen" worden sei.[13])

Die meinungsbildenden Medien der Bundesrepublik haben im Auf und Ab der Auseinandersetzung um die Olympia-Teilnahme im wesentlichen an der Seite der Boykottbefürworter gestanden. Neben den nicht erst seit Jahresbeginn gegen die Moskauer Spiele polemisierenden Springer-Blättern boten nunmehr auch liberalere Presseerzeugnisse Argumentationen, die zum Zeitpunkt etwa der Olympischen Spiele in München (1972) in bezug auf Inhalt, Umfang und Plazierung undenkbar gewesen wären: Längst seien die Olympischen Spiele zum „symbolischen Kampf politischer Systeme verkommen"[14]), hätten die „‚olympischen Prinzipien' Völkerverständigung und Frieden . . . tatsächlich nie Grundlegendes bewirkt bis auf private Kontakte und Verständnisbereitschaft im kleinen Kreis"[15]), seien die Spiele „heruntergekommen zu einer erbarmungswürdigen Straßenhure, die allen möglichen Freiern diente . . .", seien „sie nur noch eine Orgie der politischen und kommerziellen Werbung"[16]).

Alles, was jahrelang an linker Kritik pervertierten Formen des Hochleistungssports und internationalen Vergleichen gegenüber, die ausschließlich auf die Vermehrung nationalen Prestiges ausgerichtet waren, in den Massenmedien totgeschwiegen, verdrängt oder allenfalls gegen den „Osten" verwandt worden ist, wird heute in aller Breite gegen olympisches Engagement allgemein formuliert – weil es zusätzliche Munition gegen die erstmals in einem sozialistischen Land organisierten Spiele liefert: „Vielleicht gibt der Boykott jetzt aber Gelegenheit, darüber . . . nachzudenken, wie verkommen die olympische Idee ist, wie es in Wahrheit um den olympischen Frieden in der Welt steht, wie sehr nationale Medaillenspiegel die Völker fanatisiert haben, wieviele Meineide westliche Profis und östliche Staatsamateure schwören . . . und wie oft Industrie und Werbung über Sieg und Niederlage entscheiden. Olympia, Olympia über alles! Das entbehrt der Moral. So, wie wir heute alle wissen, daß die Spiele 1936 in Berlin die Moral perver-

12) Der Kunstspringer und Sprecher der Initiative „Olympia soll leben", Ernst Antoni, auf einer Kundgebung der Initiative am 22. 5. 1980 in München.
13) „Die militaristischen Ambitionen der BRD sind eine Gefahr für die ganze Welt" – Artikel der sowjetischen Presseagentur „Nowosti" vom 28. April 1980, zit. nach: „Blätter", 5/1980, S. 630.
14) „Die Zeit" v. 1. 2. 1980.
15) Sportjournalist Ulfert Schröder im „Vorwärts (Spezial)" v. 22. 5. 1980.
16) Sternreporter Heinrich Jaenicke im „Stern", 6/1980.

tiert und dem Frieden nicht geholfen haben."[17])

Vor allem der immer wieder betonte Hinweis auf die Olympischen Spiele des Jahres 1936 soll kaschieren, daß die vor dem Hintergrund „einer Situation, die einen Krieg nicht mehr ausschließt"[18]), stattfindenden Moskauer Spiele noch vor ihrem offiziellen Start zu einem unverzichtbaren Symbol *friedlicher* Konkurrenz und Auseinandersetzung geworden sind.

Wie alle anderen auf der Grundlage friedlicher Koexistenz zustandegekommenen politischen, ökonomischen und kulturellen Verbindungen sind die internationalen Sportbeziehungen längst zu einem wichtigen Bestandteil der Entspannungspolitik geworden; immerhin umfaßt die olympische Bewegung heute über 140 Länder der Erde und dutzende internationale Sportorganisationen. Auch bundesdeutsche Sportler, Sportfunktionäre und Politiker haben in diesem Zusammenhang auf die Bedeutung des Sports u. a. für viele Länder der Dritten Welt verwiesen, in denen der Massensport – nicht zuletzt durch den internationalen Leistungssport stimuliert – zu einem wichtigen Bestandteil der kulturellen Emanzipation geworden ist.

Der Verzicht auf den Boykott der gerade heute für die internationale Verständigung wichtigen Institution Olympische Spiele – nicht zu verwechseln mit Entscheidungen olympischer Gremien gegen die Vergabe der Spiele an Austragungsorte in faschistischen Staaten oder die Teilnahme von Sportlern rassistischer Regime – hat in den zurückliegenden Jahrzehnten ihre regelmäßige Durchführung überhaupt erst ermöglicht und ist längst zu einem Prinzip der Mehrzahl der dieser Bewegung angeschlossenen Staaten geworden.

Die Bundesrepublik, die ein existenzielles Interesse an der Entspannung haben muß, sollte daher gerade angesichts der Krisen um Afghanistan, Iran usw. diesen Grundsatz ihrer z. Z. praktizierten zweifelhaften Bündnistreue vorziehen. Da Zustandekommen, Ablauf und Atmosphäre der Spiele in Moskau und Tallinn als *ein Indiz* für die weitere politische Entwicklung in der Welt gewertet werden müssen[19]), darf nicht unbeachtet bleiben, wann und auf welche Weise die Bundesregierung und das Nationale Olympische Komitee die Fehlentscheidung von Düsseldorf korrigieren werden.

Reinhold Billstein

NDR – gerettet?

Am 28. Mai prosteten sich die Medienpolitiker im Hamburger Rathaus und im NDR zu. Was anfangs von den meisten für ziemlich aussichtslos gehalten wurde, daß nämlich der düstere Medienhimmel über dem NDR aufreißt und die Sonne wieder durchscheint, traf ein: das Bundesverwaltungsgericht, das kaum ein Bürger kennt, hat unter dem Aktenzeichen BVerwG 7 A 2.79 beim Hamburger Sender die Lampen wieder angeknipst. Obwohl doch der eifernde Ministerpräsident Albrecht und sein eher zögernder Kollege Stoltenberg besonders trickreich miteinander gekungelt hatten, um zuverlässig alle Sicherungen herauszuschrauben.

17) Moderator Franz Alt im ARD-Magazin „Report am 27. 5. 1980.

18) Appell deutscher Schriftsteller an die Bundesregierung v. 17. 4. 1980, zit. nach: „Blätter", 5/1980, S. 519.

19) Vgl. Sven Güldenpfennig, Olympische Spiele 1980 in Moskau. Sportpolitik als Schauplatz der internationalen Auseinandersetzung, in: „Blätter", 2/1980, S. 231.

tiert und dem Frieden nicht geholfen haben."[17])

Vor allem der immer wieder betonte Hinweis auf die Olympischen Spiele des Jahres 1936 soll kaschieren, daß die vor dem Hintergrund „einer Situation, die einen Krieg nicht mehr ausschließt"[18]), stattfindenden Moskauer Spiele noch vor ihrem offiziellen Start zu einem unverzichtbaren Symbol *friedlicher* Konkurrenz und Auseinandersetzung geworden sind.

Wie alle anderen auf der Grundlage friedlicher Koexistenz zustandegekommenen politischen, ökonomischen und kulturellen Verbindungen sind die internationalen Sportbeziehungen längst zu einem wichtigen Bestandteil der Entspannungspolitik geworden; immerhin umfaßt die olympische Bewegung heute über 140 Länder der Erde und dutzende internationale Sportorganisationen. Auch bundesdeutsche Sportler, Sportfunktionäre und Politiker haben in diesem Zusammenhang auf die Bedeutung des Sports u. a. für viele Länder der Dritten Welt verwiesen, in denen der Massensport – nicht zuletzt durch den internationalen Leistungssport stimuliert – zu einem wichtigen Bestandteil der kulturellen Emanzipation geworden ist.

Der Verzicht auf den Boykott der gerade heute für die internationale Verständigung wichtigen Institution Olympische Spiele – nicht zu verwechseln mit Entscheidungen olympischer Gremien gegen die Vergabe der Spiele an Austragungsorte in faschistischen Staaten oder die Teilnahme von Sportlern rassistischer Regime – hat in den zurückliegenden Jahrzehnten ihre regelmäßige Durchführung überhaupt erst ermöglicht und ist längst zu einem Prinzip der Mehrzahl der dieser Bewegung angeschlossenen Staaten geworden.

Die Bundesrepublik, die ein existenzielles Interesse an der Entspannung haben muß, sollte daher gerade angesichts der Krisen um Afghanistan, Iran usw. diesen Grundsatz ihrer z. Z. praktizierten zweifelhaften Bündnistreue vorziehen. Da Zustandekommen, Ablauf und Atmosphäre der Spiele in Moskau und Tallinn als *ein Indiz* für die weitere politische Entwicklung in der Welt gewertet werden müssen[19]), darf nicht unbeachtet bleiben, wann und auf welche Weise die Bundesregierung und das Nationale Olympische Komitee die Fehlentscheidung von Düsseldorf korrigieren werden.

Reinhold Billstein

NDR – gerettet?

Am 28. Mai prosteten sich die Medienpolitiker im Hamburger Rathaus und im NDR zu. Was anfangs von den meisten für ziemlich aussichtslos gehalten wurde, daß nämlich der düstere Medienhimmel über dem NDR aufreißt und die Sonne wieder durchscheint, traf ein: das Bundesverwaltungsgericht, das kaum ein Bürger kennt, hat unter dem Aktenzeichen BVerwG 7 A 2.79 beim Hamburger Sender die Lampen wieder angeknipst. Obwohl doch der eifernde Ministerpräsident Albrecht und sein eher zögernder Kollege Stoltenberg besonders trickreich miteinander gekungelt hatten, um zuverlässig alle Sicherungen herauszuschrauben.

17) Moderator Franz Alt im ARD-Magazin „Report am 27. 5. 1980.

18) Appell deutscher Schriftsteller an die Bundesregierung v. 17. 4. 1980, zit. nach: „Blätter", 5/1980, S. 519.

19) Vgl. Sven Güldenpfennig, Olympische Spiele 1980 in Moskau. Sportpolitik als Schauplatz der internationalen Auseinandersetzung, in: „Blätter", 2/1980, S. 231.

Grundlage des Triumphes ist also keine späte Einsicht der NDR-Feinde. Und es gibt auch keine endgültige gerichtliche Entscheidung über den Fortbestand des Senders. Nein, die Freude der Prozeßgewinner beruht eigentlich auf einem Irrtum und einem formalen Versäumnis. (Diesen Strohhalm hatte übrigens zuerst die DGB-Rundfunkgewerkschaft RFFU entdeckt.) Die Schleswig-Holsteiner, die vor drei Jahren den Drei-Länder-Staatsvertrag rechtzeitig und (wie das Gericht jetzt feststellte) auch wirksam gekündigt hatten, wären damit 1981 zwar aus dem Vertrag ausgetreten, haben aber dadurch den Vertrag selbst nicht auflösen können. Für die beiden anderen Partner, Niedersachsen und Hamburg, bleibt er gültig. Und der Medienschädling Albrecht, dem es nach eigenen Worten so großen Spaß machte, die deutsche Rundfunklandschaft gewaltsam zu verändern, der den „gesellschaftspolitischen Quark" der jetzigen Programme beenden und durch gefälligere, privat finanzierte, also am Gewinn orientierte Sendungen ersetzen wollte, hat – obwohl Jurist – ganz einfach den vorgeschriebenen Kündigungstermin verschlafen. Er ist – jedenfalls bis zum nächstmöglichen Datum in fünf Jahren – ausgerechnet mit den verhaßten Hamburgern zu einer Zwangspartnerschaft verurteilt worden. Und sein neuer, mit Kiel bereits ausgehandelter Zwei-Ländervertrag ist einstweilen Makulatur.

Aber eine Garantie für einen in Zukunft wieder funktionsfähigen NDR ist das nicht. Die jetzige Gerichtsentscheidung – Stoltenberg nannte sie „überraschend", Albrecht mit etwas verschrumpeltem Lächeln „unbefriedigend" – sorgt nur für eine Atempause. Aber sie bietet eine Chance. Damit ist nämlich das erreicht, was neben SPD-Politikern, Gewerkschaften, Kirchenvertretern und NDR-Mitarbeitern auch einsichtige CDU-Politiker (etwa der niedersächsische Kultusminister Remmers) wollten: ohne Zeitdruck und außerhalb eines verbiesterten Klimas der Kontrahenten sollte eine rechtlich einwandfreie, medienpolitisch zu verantwortende und dem gesetzlichen Rundfunkauftrag entsprechende Struktur für den NDR vereinbart werden. Denn – kein Zweifel: so, wie er war und ist, kann der NDR keineswegs als vorblildlich oder gar nachahmenswert betrachtet werden. Die Unverschämtheit beispielsweise, mit der dort die großen Parteien SPD und CDU den Sender nahezu als ihr Privateigentum betrachteten, sich die Aufsichtsgremien unter den Nagel rissen und den Sender bis zur Handlungsunfähigkeit verunstalteten, muß endlich ein alles andere als ehrenhaftes Ende finden.

Erste erfreuliche Wirkungen hat der Gerichtsentscheid bereits drei Tage später zur Folge gehabt: der NDR hat wieder einen Intendanten, den CDU-Mann Friedrich Wilhelm Räuker. Es ist übrigens derselbe, den die SPD bereits seit langem angeboten hatte, was aber die CDU nicht wollte und – weil Stimmengleichheit – verhindern konnte. Ihre Absicht war es ganz offenkundig nicht, dem Sender wieder stabile Grundlagen zu verschaffen, sondern sie wollte – buchstäblich verführt von Albrecht – den NDR zerstören und die Beute dann aufteilen. Jetzt werden bei der CDU hoffentlich die gemäßigten Medienpolitiker ihre Chance bekommen und wahrnehmen. Zwar sind bereits von Albrecht und auch von der ebenso rabiaten hessischen CDU Töne zu hören, an den Privatfunkplänen unbeirrt festzuhalten, aber auch da kann ja – vielleicht nicht im Grundsatz, aber im Hinblick auf die konkreten Bedingungen – ein Sinneswandel eintreten.

Oder auch erzwungen werden: Bis zum nächsten Kündigungstermin sind nämlich in den Küstenländern Landtagswahlen, und die dünnen CDU-Mehrheiten dort sind alles andere als eine fette Garantie für die Herrschaftsverlängerung der Regierungsfürsten in Kiel und Hannover. Es wäre ja möglich, daß eine ausreichend große Zahl von Bürgern bei dem ganzen Spektakel begriffen und bis zur Wahl nicht vergessen hat, was da hinter ihrem Rücken angerichtet werden sollte.

Diese Hoffnung bleibt jedenfalls auch dann erhalten, wenn die handelnden Politiker den Appell des Gerichts, vieler Medienfachleute und der NDR-Mitarbeiter nicht beachten, nämlich „in neuen Verhandlungen einen langfristigen Fortbestand der öffentlich-rechtlichen Dreiländer-Anstalt NDR zu sichern" –, wie es in der Resolution einer NDR-Betriebsversammlung am Tag nach der Urteilsverkündung heißt. Aber wenn die Verlierer des Prozesses nicht starrsinnig, die Gewinner nicht überheblich reagieren, dann könnten sie sich auch schon vor den Neuwahlen der Länderparlamente über einen reformierten NDR verständigen.

Dem Sender und allen an der Auseinandersetzung Beteiligten wäre dies zu wünschen; sie könnten dann ihre Energien wieder vorrangig dem Programm und seinen Inhalten, aber auch den medienpolitischen Zukunftsfragen widmen. Da braut sich nämlich allerhand zusammen.

Alfred Horné

Volksaufstand und Militärdiktatur in Südkorea

Als im Oktober 1979 der langjährige Diktator Südkoreas Park Chung Hee durch ein Attentat ums Leben kam, glaubte mancher, daß auch Korea sich in die Reihe der Diktatorenstürze des Jahres 1979 einreihe (Reza Pahlewi, Idi Amin, Bokassa, Somoza) und damit neue Hoffnungen für eine Demokratisierung eröffnet würden. Diese Hoffnungen erfüllten sich jedoch nicht; im Gegenteil werden nun die Daumenschrauben der Repression (Kriegsrecht, Verfolgung jeglicher Oppositioneller etc.) angezogen. Die gegenwärtige Situation in Südkorea ist Ausdruck sowohl dieser unmittelbar aktuellen Lage (zunächst kleine Liberalisierungsfortschritte nach der Ermordung von Park Chung Hee, dann Rücknahme dieser Maßnahmen und Verschärfung der Repression, im Verein mit einer tiefen ökonomischen Krise) wie auch der neueren politischen und ökonomischen Geschichte des Landes.

Das Jahr 1945 und die Kapitulation Japans bedeutete für Korea das Ende des äußerst brutalen und räuberischen japanischen Kolonialismus, der das Land seit 1905 besetzt hielt. Während im Norden des Landes sowjetische Truppen die japanischen Besatzungstruppen entwaffneten und sofort darangingen, mit den Organen der Widerstandsbewegung gegen die Kolonialisten demokratische politische Strukturen zu errichten, trafen US-Truppen im südlichen Teil Koreas erst drei Wochen nach der Kapitulation Japans ein und begannen sofort, mit der japanischen Polizei, Verwaltung und dem japanischen Militär zu kollaborieren. Damit waren bereits die Grundstrukturen der Teilung des Landes vorgezeichnet. Schon 1945 holten die US-amerikanischen Besatzer den Exilkoreaner und extremen Antikommunisten Syngmann Rhee aus den USA, um ihn als Marionette einzusetzen und durch spätere demokratische Scheinwahlen (bei denen alle oppositionellen Kräfte und Parteien verboten waren) 1948 bestätigen zu lassen. Der aus der Teilung resultierende Koreakrieg (1950–1953) ging wahrscheinlich auf einen Vorstoß des Syngmann Rhee-Regimes zurück. Der Krieg brachte Millionen von Toten und Verletzten für das Land und verwüstete agrarische Nutzflächen und Produktionsanlagen in großem Umfang. Das erste Jahrzehnt (1950–1960) war daher ökonomisch von den Anstrengungen des Wiederaufbaus gekennzeichnet. Südkorea war in dieser Zeit in hohem Maße abhängig von den Auslandshilfeleistungen der USA. Die Aus-

landshilfe der USA belief sich in der Periode 1945–1960 auf über 3 Mrd. US-Dollar und entsprach seinerzeit über 50 % des koreanischen Staatshaushalts. Die USA waren politisch wie ökonomisch gewissermaßen in die Nachfolgerolle der Kolonialmacht Japan eingerückt. 1960 wurde der Diktator Syngmann Rhee infolge von aufstandsähnlichen Unruhen gestürzt und nach einer Zwischenperiode relativer Demokratisierung schwang sich Park Chung Hee mittels eines Militärputsches an die Spitze der Regierung. Mit ihm begann eine neue Ära der südkoreanischen Entwicklung. Außenpolitisch leitete er die Normalisierung der Beziehungen mit Japan ein, die in dem Normalisierungsvertrag von 1965 ihren Ausdruck fand und damit eine ökonomisch enge Beziehung zwischen Südkorea und Japan möglich machte. In diesem Vertrag, der innenpolitische Unruhen auslöste, verzichtet Südkorea auf jegliche Wiedergutmachungsleistungen von der ehemaligen Kolonialmacht Japan und räumt günstige Handels– und Kapitalanlagebedingungen für Japan ein. Mit der Annäherung zwischen den USA und der Volksrepublik China 1971 begannen auch die Verhältnisse zwischen Nord- und Südkorea sich zu verändern; Park Chung Hee war wenigstens formaliter gezwungen, auf Verhandlungsangebote mit dem Ziel der Wiedervereinigung der beiden Landesteile einzugehen. Gleichzeitig wurde jedoch deutlich, daß Park Chung Hee nichts ferner lag als ein ernsthaftes Bemühen um Wiedervereinigung; durch die „Yushin"-Verfassung wurden ihm diktatorische Vollmachten eingeräumt, mit denen er auch die neue Wirtschaftspolitik abstützen konnte.

Vor allem seit Beginn der 60er Jahre hat sich die ökonomische Entwicklung in Südkorea beschleunigt. Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von ca. 10 % jährlich waren die Regel; gleichzeitig erhöhte sich die innere Kapitalbildungsrate enorm. Die Exporte und Importe stiegen jährlich sogar noch stärker an: ca. 40–50 %. Dieses koreanische Akkumulations- und Wachstumsmodell, das von gewissen Ideologen als vorbildlich für die Entwicklungsländer insgesamt hingestellt wird, hat in der Tat in den letzten zwanzig Jahren die ökonomische und soziale Struktur des Landes vollständig umgewälzt. Dies wird schon an zwei Indikatoren deutlich: der Anteil der Landwirtschaft am BIP verringerte sich von 1960–1976 von ca. 42 % auf nur 20 %, während der sekundäre Sektor (Bergbau, verarbeitende Industrie, Baugewerbe, Energiewirtschaft) seinen Anteil am BIP im gleichen Zeitraum von ca. 15 % auf 43 % erhöhen konnte.

Bei der propagandistischen Lobpreisung des sogenannten „koreanischen Wirtschaftswunders" werden aber in der Regel die ökonomisch-sozialen Voraussetzungen und Konsequenzen dieses Modells verschwiegen. Ökonomisch basiert dieses Modell auf der Übertragung von Werten aus der Landwirtschaft in den Industriesektor und hier wiederum in den exportorientierten Teil des Industriesektors; während die Wachstumsrate der agrarischen Produktion in den letzten zwanzig Jahren bei knapp 4 % lag, erreichte der Sekundärsektor ein durchschnittliches jährliches Wachstum von ca. 15 %. Diese extreme Orientierung auf Exportindustrialisierung hat eine Reihe von negativen Konsequenzen zur Folge. *Erstens* ist das Land extrem von Weltmarktkonjunkturen abhängig und fühlt Rückgänge in der Weltmarktnachfrage besonders stark. *Zweitens:* Stellen sich andere, günstigere Standorte für die Auslandskapitale, die zu einem erheblichen Teil die exportorientierte Industrialisierung tragen und in den freien Wirtschaftszonen angesiedelt sind, ein, so wandern diese Industrien in jene Länder ab. *Drittens* wird die interne ökonomische Verflechtung zwischen den Hauptsektoren und einzelnen industriellen Branchen durch diese extreme Exportorientierung erschwert. *Viertens* kann die Exportorientierung in der Industriestruktur auch zur

Vernachlässigung einer umfassenden Produktivkraftentwicklung führen; auf jeden Fall wird die Herausbildung eines breiten Binnenmarktes erschwert. *Fünftens* wird mit der aus der Strategie folgenden Vernachlässigung der Landwirtschaft auch zunehmend die Eigenversorgung mit Nahrungsmitteln und landwirtschaftlichen Rohstoffen in Frage gestellt; so z.B. mußte Südkorea seit Mitte der 70er Jahre schon fast 40 % der verbrauchten Nahrungsmittel importieren. *Sechstens* sind,da Korea über wenige Rohstoffe für die industrielle Weiterverarbeitung verfügt, die Importe noch stärker gestiegen als die Exporte; die chronisch negative Handelsbilanz und noch stärker Zahlungsbilanz hat zu einer hohen Auslandsverschuldung von mittlerweile über 10 Mrd. US-Dollar geführt. Neben diesen Labilitätsmomenten und Verzerrungen in der ökonomischen Struktur sind vor allem die sozialen Bedingungen für die Mehrheit der koreanischen Bevölkerung als großes Negativum dieses Wachstumsmodells zu nennen. Im Vergleich zum gewachsenen Reichtum der Gesellschaft finden wir ein extrem niedriges Lohnniveau vor, das bei mindestens der Hälfte der Lohnabhängigen und Beschäftigten noch nicht einmal an das offiziell ausgewiesene Existenzminimum heranreicht; gleichzeitig rangiert Südkorea in der Länge der wöchentlichen Arbeitszeit mit 51 Stunden an der Spitze der Weltrangliste. Am unteren Ende dagegen befindet sich das Land hinsichtlich der sozialen Sicherung, Gesundheitsversorgung usw. Die Arbeitslosigkeit liegt inzwischen bei 12–15 % und trotz ihres weiteren Anstieges im Gefolge der derzeitigen Wirtschaftskrise fördert die Regierung weiterhin die Freisetzung von ländlichen Arbeitskräften durch eine die Bauern benachteiligende Landwirtschaftspolitik. Eine industrielle Reservearmee soll der Tendenz zum Anstieg des Lohnniveaus begegnen.

Die tiefe ökonomische Krise, in der sich das Land seit Anfang 1979 befindet, ist Ergebnis der vorgenannten ökonomischen Strukturprobleme. Das Wirtschaftswachstum ist stark abgesunken und war Anfang 1980 erstmals negativ. Die starken Exportrückgänge verschärfen das Zahlungsbilanzdefizit. Die wirtschaftlichen Projektionen der Regierung gingen – auch bei der Begrenzung von Lohnerhöhungen – von einer Inflationsrate von 18 % im Jahre 1980 aus. Bereits für die ersten drei Monate wurden aber offiziell 12 % angegeben. Die Inflation trägt zu einem weiteren Rückgang der Exporte bei und kann nicht unter Kontrolle gebracht werden. Neben den Ölpreiserhöhungen spielt ein privater Geldmarkt, den nicht zuletzt die völlig korrupte politische und militärische Führung des Landes kontrolliert, eine wesentliche Rolle. Darüber hinaus hat die Regierung den großen Handelsoligopolen immer die Möglichkeit gegeben, die Dumpingpreise auf den Exportmärkten durch überhöhte Binnenpreise auszugleichen.

Während nunmehr die Lebenshaltungskosten für die breite Masse der Bevölkerung um ca. 50–100 % ansteigen, bleiben die Lohnerhöhungen relativ beschränkt. Durch Notverordnungen sind die gesetzlichen Rechte auf freien gewerkschaftlichen Zusammenschluß, kollektive Lohnverhandlungen und Streik seit Jahren aufgehoben. Die bestehenden Gewerkschaften befinden sich in der Hand der Staatsorgane und Unternehmer und sind völlig korrupt. Freie Wahlen werden unterbunden und Versuche freier Zusammenschlüsse oder nur des Eintretens für eigene Grundrechte werden durch die Polizei oder von den Betrieben gedungene Schlägertrupps brutal unterdrückt.

Die Verschärfung der sozialen Situation führte im Oktober 1979 zu einem von den Studenten ausgehenden tagelangen Aufstand der Bevölkerung in den großen Industriestädten Pusan und Masan. Differenzen in der herrschenden Clique über die einzuschlagende Taktik zur Eindämmung waren Anlaß zur Ermordung Parks

durch den Leiter des zivilen Geheimdienstes KCIA. Nach weiteren Uneinigkeiten im Militär über die Richtung des zukünftigen Weges putschte dann am 12. Dezember 1979 der engste Vertraute des Diktators Park, General Chon Du Hwan, und säuberte das Militär in seinem Sinne. Als Chef des militärischen Geheimdienstes übernahm er im April 1980 noch den Oberbefehl über den zivilen KCIA und wurde damit zum stärksten Mann im Staat. Gleichzeitig ging eine Streikwelle durch das Land. Sie kulminierte in einem Aufstand von über 3000 Bergarbeitern, die eine Minenstadt unter ihre Kontrolle brachten. Als sich dann die Anzeichen mehrten, daß die begonnene Liberalisierung nur eine beschränkte war und die versprochene Ausarbeitung einer demokratischen Verfassung und freie Wahlen immer weiter hinausgeschoben werden sollten, entwickelte sich eine friedliche studentische Protestbewegung, die am 16. Mai 1980 in Seoul hundert- bis zweihunderttausend Menschen auf die Straße brachte. Es gab Ansätze für eine Zusammenarbeit zwischen Studenten- und Arbeiterbewegung, die zu einer ernsthaften Bedrohung für das System zu werden schien.

Von wesentlicher Bedeutung wurde damit die Haltung der USA, die die militärischen Schlüsselpositionen in der Hand halten. Als die USA dann ihrem Oberbefehl unterstehende koreanische Eliteeinheiten zur Niederschlagung des Volksaufstandes in Kwangju freistellten, wurde wieder einmal deutlich, für welche Seite die westliche Führungsmacht Partei ergriff. Es wird interessant sein zu beobachten, ob die Bundesrepublik Deutschland weiterhin völlig im Fahrwasser der USA schwimmen wird. Die kürzlich erfolgte Berufung eines Botschafters, der bereits auf den Philippinen für sein fehlendes Verständnis für die dortige Menschenrechtsbewegung bekannt wurde, ist ein schlechtes Omen.

Welches auch immer die unmittelbaren Konsequenzen der brutalen Niederschlagung des Aufstandes sein werden, mittelfristig wird sich die wachsende Volksbewegung mit ihren ökonomisch-sozialen und politischen Forderungen kaum unterdrücken lassen. Aufgrund der wirtschaftlichen Krise sind auch die Manövrierspielräume des Regimes im Hinblick auf soziale Konzessionen an einzelne Bevölkerungsgruppen denkbar gering.

Dina Kim (z. Z. Seoul) und Dieter Boris

Diese Hoffnung bleibt jedenfalls auch dann erhalten, wenn die handelnden Politiker den Appell des Gerichts, vieler Medienfachleute und der NDR-Mitarbeiter nicht beachten, nämlich „in neuen Verhandlungen einen langfristigen Fortbestand der öffentlich-rechtlichen Dreiländer-Anstalt NDR zu sichern" –, wie es in der Resolution einer NDR-Betriebsversammlung am Tag nach der Urteilsverkündung heißt. Aber wenn die Verlierer des Prozesses nicht starrsinnig, die Gewinner nicht überheblich reagieren, dann könnten sie sich auch schon vor den Neuwahlen der Länderparlamente über einen reformierten NDR verständigen.

Dem Sender und allen an der Auseinandersetzung Beteiligten wäre dies zu wünschen; sie könnten dann ihre Energien wieder vorrangig dem Programm und seinen Inhalten, aber auch den medienpolitischen Zukunftsfragen widmen. Da braut sich nämlich allerhand zusammen.

Alfred Horné

Volksaufstand und Militärdiktatur in Südkorea

Als im Oktober 1979 der langjährige Diktator Südkoreas Park Chung Hee durch ein Attentat ums Leben kam, glaubte mancher, daß auch Korea sich in die Reihe der Diktatorenstürze des Jahres 1979 einreihe (Reza Pahlewi, Idi Amin, Bokassa, Somoza) und damit neue Hoffnungen für eine Demokratisierung eröffnet würden. Diese Hoffnungen erfüllten sich jedoch nicht; im Gegenteil werden nun die Daumenschrauben der Repression (Kriegsrecht, Verfolgung jeglicher Oppositioneller etc.) angezogen. Die gegenwärtige Situation in Südkorea ist Ausdruck sowohl dieser unmittelbar aktuellen Lage (zunächst kleine Liberalisierungsfortschritte nach der Ermordung von Park Chung Hee, dann Rücknahme dieser Maßnahmen und Verschärfung der Repression, im Verein mit einer tiefen ökonomischen Krise) wie auch der neueren politischen und ökonomischen Geschichte des Landes.

Das Jahr 1945 und die Kapitulation Japans bedeutete für Korea das Ende des äußerst brutalen und räuberischen japanischen Kolonialismus, der das Land seit 1905 besetzt hielt. Während im Norden des Landes sowjetische Truppen die japanischen Besatzungstruppen entwaffneten und sofort darangingen, mit den Organen der Widerstandsbewegung gegen die Kolonialisten demokratische politische Strukturen zu errichten, trafen US-Truppen im südlichen Teil Koreas erst drei Wochen nach der Kapitulation Japans ein und begannen sofort, mit der japanischen Polizei, Verwaltung und dem japanischen Militär zu kollaborieren. Damit waren bereits die Grundstrukturen der Teilung des Landes vorgezeichnet. Schon 1945 holten die US-amerikanischen Besatzer den Exilkoreaner und extremen Antikommunisten Syngmann Rhee aus den USA, um ihn als Marionette einzusetzen und durch spätere demokratische Scheinwahlen (bei denen alle oppositionellen Kräfte und Parteien verboten waren) 1948 bestätigen zu lassen. Der aus der Teilung resultierende Koreakrieg (1950–1953) ging wahrscheinlich auf einen Vorstoß des Syngmann Rhee-Regimes zurück. Der Krieg brachte Millionen von Toten und Verletzten für das Land und verwüstete agrarische Nutzflächen und Produktionsanlagen in großem Umfang. Das erste Jahrzehnt (1950–1960) war daher ökonomisch von den Anstrengungen des Wiederaufbaus gekennzeichnet. Südkorea war in dieser Zeit in hohem Maße abhängig von den Auslandshilfeleistungen der USA. Die Aus-

landshilfe der USA belief sich in der Periode 1945–1960 auf über 3 Mrd. US-Dollar und entsprach seinerzeit über 50 % des koreanischen Staatshaushalts. Die USA waren politisch wie ökonomisch gewissermaßen in die Nachfolgerolle der Kolonialmacht Japan eingerückt. 1960 wurde der Diktator Syngmann Rhee infolge von aufstandsähnlichen Unruhen gestürzt und nach einer Zwischenperiode relativer Demokratisierung schwang sich Park Chung Hee mittels eines Militärputsches an die Spitze der Regierung. Mit ihm begann eine neue Ära der südkoreanischen Entwicklung. Außenpolitisch leitete er die Normalisierung der Beziehungen mit Japan ein, die in dem Normalisierungsvertrag von 1965 ihren Ausdruck fand und damit eine ökonomisch enge Beziehung zwischen Südkorea und Japan möglich machte. In diesem Vertrag, der innenpolitische Unruhen auslöste, verzichtet Südkorea auf jegliche Wiedergutmachungsleistungen von der ehemaligen Kolonialmacht Japan und räumt günstige Handels- und Kapitalanlagebedingungen für Japan ein. Mit der Annäherung zwischen den USA und der Volksrepublik China 1971 begannen auch die Verhältnisse zwischen Nord- und Südkorea sich zu verändern; Park Chung Hee war wenigstens formaliter gezwungen, auf Verhandlungsangebote mit dem Ziel der Wiedervereinigung der beiden Landesteile einzugehen. Gleichzeitig wurde jedoch deutlich, daß Park Chung Hee nichts ferner lag als ein ernsthaftes Bemühen um Wiedervereinigung; durch die „Yushin"-Verfassung wurden ihm diktatorische Vollmachten eingeräumt, mit denen er auch die neue Wirtschaftspolitik abstützen konnte.

Vor allem seit Beginn der 60er Jahre hat sich die ökonomische Entwicklung in Südkorea beschleunigt. Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von ca. 10 % jährlich waren die Regel; gleichzeitig erhöhte sich die innere Kapitalbildungsrate enorm. Die Exporte und Importe stiegen jährlich sogar noch stärker an: ca. 40–50 %. Dieses koreanische Akkumulations- und Wachstumsmodell, das von gewissen Ideologen als vorbildlich für die Entwicklungsländer insgesamt hingestellt wird, hat in der Tat in den letzten zwanzig Jahren die ökonomische und soziale Struktur des Landes vollständig umgewälzt. Dies wird schon an zwei Indikatoren deutlich: der Anteil der Landwirtschaft am BIP verringerte sich von 1960–1976 von ca. 42 % auf nur 20 %, während der sekundäre Sektor (Bergbau, verarbeitende Industrie, Baugewerbe, Energiewirtschaft) seinen Anteil am BIP im gleichen Zeitraum von ca. 15 % auf 43 % erhöhen konnte.

Bei der propagandistischen Lobpreisung des sogenannten „koreanischen Wirtschaftswunders" werden aber in der Regel die ökonomisch-sozialen Voraussetzungen und Konsequenzen dieses Modells verschwiegen. Ökonomisch basiert dieses Modell auf der Übertragung von Werten aus der Landwirtschaft in den Industriesektor und hier wiederum in den exportorientierten Teil des Industriesektors; während die Wachstumsrate der agrarischen Produktion in den letzten zwanzig Jahren bei knapp 4 % lag, erreichte der Sekundärsektor ein durchschnittliches jährliches Wachstum von ca. 15 %. Diese extreme Orientierung auf Exportindustrialisierung hat eine Reihe von negativen Konsequenzen zur Folge. *Erstens* ist das Land extrem von Weltmarktkonjunkturen abhängig und fühlt Rückgänge in der Weltmarktnachfrage besonders stark. *Zweitens:* Stellen sich andere, günstigere Standorte für die Auslandskapitale, die zu einem erheblichen Teil die exportorientierte Industrialisierung tragen und in den freien Wirtschaftszonen angesiedelt sind, ein, so wandern diese Industrien in jene Länder ab. *Drittens* wird die interne ökonomische Verflechtung zwischen den Hauptsektoren und einzelnen industriellen Branchen durch diese extreme Exportorientierung erschwert. *Viertens* kann die Exportorientierung in der Industriestruktur auch zur

Vernachlässigung einer umfassenden Produktivkraftentwicklung führen; auf jeden Fall wird die Herausbildung eines breiten Binnenmarktes erschwert. *Fünftens* wird mit der aus der Strategie folgenden Vernachlässigung der Landwirtschaft auch zunehmend die Eigenversorgung mit Nahrungsmitteln und landwirtschaftlichen Rohstoffen in Frage gestellt; so z.B. mußte Südkorea seit Mitte der 70er Jahre schon fast 40 % der verbrauchten Nahrungsmittel importieren. *Sechstens* sind,da Korea über wenige Rohstoffe für die industrielle Weiterverarbeitung verfügt, die Importe noch stärker gestiegen als die Exporte; die chronisch negative Handelsbilanz und noch stärker Zahlungsbilanz hat zu einer hohen Auslandsverschuldung von mittlerweile über 10 Mrd. US-Dollar geführt. Neben diesen Labilitätsmomenten und Verzerrungen in der ökonomischen Struktur sind vor allem die sozialen Bedingungen für die Mehrheit der koreanischen Bevölkerung als großes Negativum dieses Wachstumsmodells zu nennen. Im Vergleich zum gewachsenen Reichtum der Gesellschaft finden wir ein extrem niedriges Lohnniveau vor, das bei mindestens der Hälfte der Lohnabhängigen und Beschäftigten noch nicht einmal an das offiziell ausgewiesene Existenzminimum heranreicht; gleichzeitig rangiert Südkorea in der Länge der wöchentlichen Arbeitszeit mit 51 Stunden an der Spitze der Weltrangliste. Am unteren Ende dagegen befindet sich das Land hinsichtlich der sozialen Sicherung, Gesundheitsversorgung usw. Die Arbeitslosigkeit liegt inzwischen bei 12–15 % und trotz ihres weiteren Anstieges im Gefolge der derzeitigen Wirtschaftskrise fördert die Regierung weiterhin die Freisetzung von ländlichen Arbeitskräften durch eine die Bauern benachteiligende Landwirtschaftspolitik. Eine industrielle Reservearmee soll der Tendenz zum Anstieg des Lohnniveaus begegnen.

Die tiefe ökonomische Krise, in der sich das Land seit Anfang 1979 befindet, ist Ergebnis der vorgenannten ökonomischen Strukturprobleme. Das Wirtschaftswachstum ist stark abgesunken und war Anfang 1980 erstmals negativ. Die starken Exportrückgänge verschärfen das Zahlungsbilanzdefizit. Die wirtschaftlichen Projektionen der Regierung gingen – auch bei der Begrenzung von Lohnerhöhungen – von einer Inflationsrate von 18 % im Jahre 1980 aus. Bereits für die ersten drei Monate wurden aber offiziell 12 % angegeben. Die Inflation trägt zu einem weiteren Rückgang der Exporte bei und kann nicht unter Kontrolle gebracht werden. Neben den Ölpreiserhöhungen spielt ein privater Geldmarkt, den nicht zuletzt die völlig korrupte politische und militärische Führung des Landes kontrolliert, eine wesentliche Rolle. Darüber hinaus hat die Regierung den großen Handelsoligopolen immer die Möglichkeit gegeben, die Dumpingpreise auf den Exportmärkten durch überhöhte Binnenpreise auszugleichen.

Während nunmehr die Lebenshaltungskosten für die breite Masse der Bevölkerung um ca. 50–100 % ansteigen, bleiben die Lohnerhöhungen relativ beschränkt. Durch Notverordnungen sind die gesetzlichen Rechte auf freien gewerkschaftlichen Zusammenschluß, kollektive Lohnverhandlungen und Streik seit Jahren aufgehoben. Die bestehenden Gewerkschaften befinden sich in der Hand der Staatsorgane und Unternehmer und sind völlig korrupt. Freie Wahlen werden unterbunden und Versuche freier Zusammenschlüsse oder nur des Eintretens für eigene Grundrechte werden durch die Polizei oder von den Betrieben gedungene Schlägertrupps brutal unterdrückt.

Die Verschärfung der sozialen Situation führte im Oktober 1979 zu einem von den Studenten ausgehenden tagelangen Aufstand der Bevölkerung in den großen Industriestädten Pusan und Masan. Differenzen in der herrschenden Clique über die einzuschlagende Taktik zur Eindämmung waren Anlaß zur Ermordung Parks

durch den Leiter des zivilen Geheimdienstes KCIA. Nach weiteren Uneinigkeiten im Militär über die Richtung des zukünftigen Weges putschte dann am 12. Dezember 1979 der engste Vertraute des Diktators Park, General Chon Du Hwan, und säuberte das Militär in seinem Sinne. Als Chef des militärischen Geheimdienstes übernahm er im April 1980 noch den Oberbefehl über den zivilen KCIA und wurde damit zum stärksten Mann im Staat. Gleichzeitig ging eine Streikwelle durch das Land. Sie kulminierte in einem Aufstand von über 3000 Bergarbeitern, die eine Minenstadt unter ihre Kontrolle brachten. Als sich dann die Anzeichen mehrten, daß die begonnene Liberalisierung nur eine beschränkte war und die versprochene Ausarbeitung einer demokratischen Verfassung und freie Wahlen immer weiter hinausgeschoben werden sollten, entwickelte sich eine friedliche studentische Protestbewegung, die am 16. Mai 1980 in Seoul hundert- bis zweihunderttausend Menschen auf die Straße brachte. Es gab Ansätze für eine Zusammenarbeit zwischen Studenten- und Arbeiterbewegung, die zu einer ernsthaften Bedrohung für das System zu werden schien.

Von wesentlicher Bedeutung wurde dabei die Haltung der USA, die die militärischen Schlüsselpositionen in der Hand halten. Als die USA dann ihrem Oberbefehl unterstehende koreanische Eliteeinheiten zur Niederschlagung des Volksaufstandes in Kwangju freistellten, wurde wieder einmal deutlich, für welche Seite die westliche Führungsmacht Partei ergriff. Es wird interessant sein zu beobachten, ob die Bundesrepublik Deutschland weiterhin völlig im Fahrwasser der USA schwimmen wird. Die kürzlich erfolgte Berufung eines Botschafters, der bereits auf den Philippinen für sein fehlendes Verständnis für die dortige Menschenrechtsbewegung bekannt wurde, ist ein schlechtes Omen.

Welches auch immer die unmittelbaren Konsequenzen der brutalen Niederschlagung des Aufstandes sein werden, mittelfristig wird sich die wachsende Volksbewegung mit ihren ökonomisch-sozialen und politischen Forderungen kaum unterdrücken lassen. Aufgrund der wirtschaftlichen Krise sind auch die Manövrierspielräume des Regimes im Hinblick auf soziale Konzessionen an einzelne Bevölkerungsgruppen denkbar gering.

Dina Kim (z. Z. Seoul) und Dieter Boris

Kann der Westen einen neuen Rüstungswettlauf gewinnen?

Eine Handreichung für den Bundeskanzler

Von Helmut Wolfgang Kahn

I

Wenn es keine SALT-Regelung gebe, so erklärte der Bundeskanzler Mitte April 1980 vor dem Auswärtigen Ausschuß des Bundestages, dann befürchte er ein „gigantisches Wettrüsten", und bei diesem würde, wie die „Welt" seine Ausführungen wiedergab, „die Sowjetunion aufgrund ihrer wirtschaftlichen, finanziellen und technischen Kapazitäten letztlich zweiter Sieger bleiben"[1]).

Im ersten Teil seiner Aussage verwechselt Helmut Schmidt Ursache und Wirkung, denn der SALT II-Vertrag zwischen Moskau und Washington über die Parität ihrer nuklearstrategischen Rüstungen ist seit dem letzten Herbst – lange vor „Afghanistan"! – im US-Senat notleidend, *weil* die amerikanischen Rüstungsinteressen, wie sie etwa von Henry M. Jackson, dem „Senator von Boeing", repräsentiert werden, an Rüstungsbegrenzung und Abrüstung nicht interessiert sind, aber am Wettrüsten sehr wohl. Dieses im Kalten Krieg seit jeher und immer wieder von den USA ausgelöste und der Sowjetunion aufgezwungene Wettrüsten behauptet Schmidt zu „befürchten" – und objektiv könnte er dazu Anlaß haben, wie noch deutlich werden wird. Aber im zweiten Teil seiner Aussage deutet er an, daß eigentlich die Sowjetunion es fürchten müsse, weil sie es verlieren würde.

Schmidt scheint zu glauben, was er sagt, denn er hat sich auch früher schon ähnlich geäußert. Mitte April 1971 zum Beispiel erklärte er bei einem Besuch in der Redaktion des Hamburger „stern": „Die Amerikaner würden niemals einen Rüstungswettlauf mit den Russen verlieren. Dazu ist der technische Vorsprung zu groß"[2]). Und in seinem im Frühsommer 1969 erstmals erschienenen Buch „Strategie des Gleichgewichts" schrieb er: „Die größere Leistungsfähigkeit pro Kopf der amerikanischen Wirtschaft erlaubt der amerikanischen Führung die unausgesprochene Drohung ((sic) mit einem wirtschaftlichen Rüstungswettlauf, in dem die Sowjetunion nur unter sehr bitteren Konsequenzen für den Lebensstandard ihrer Volksmassen Schritt halten könnte."[3]) Und an einer anderen Stelle: „Wer . . . die Lage der Sowjetunion betrachtet und dabei ihre weltpolitische, ihre ökonomisch-finanzielle Situation genauso einbezieht wie ihre militärische Fähigkeit, der wird zu dem Ergebnis kommen, daß Moskau weder einen großen Krieg noch einen großen zusätzlichen Rüstungswettlauf riskieren kann."[4])

1) „Die Welt" v. 17. 4. 1980, S. 1.
2) Tonband im Besitz d. Verf.
3) Helmut Schmidt, Strategie des Gleichgewichts, Stuttgart 1970 (1969), S. 79.
4) Ebd., S. 117.

Weil Schmidt offenbar nicht bloß im Dunkeln pfeift, um sich angesichts des amerikanischen Niedergangs in den letzten zehn Jahren Mut zu machen, ist Gefahr im Verzuge, daß er bei seinen Gesprächen mit Moskau die Erwartung im Hinterkopf hegt, die Sowjetunion müsse vor einer westlichen Drohung mit einem Wettrüsten zurückweichen und dem Westen in der gegenwärtigen Krise nachgeben. Wie realistisch sind Prämisse und Nutzanwendung?

II

Der Versuch, die Sowjetunion wirtschaftlich zu zerrütten, indem man sie zwang, sich hohe Rüstungslasten aufzubürden, wurde schon vor dreißig Jahren im Kalten Krieg begonnen: Bereits in der „Geburtsurkunde" der „Politik der Stärke", dem Dokument NSC-68 des Nationalen Sicherheitsrates der USA, mit dem im April 1950 – zwei Monate *vor* dem Koreakrieg! – von der Truman-Regierung eine massive Aufrüstung des Westens beschlossen wurde, war es ein erklärtes Ziel, den „Kreml . . . aus dem Gleichgewicht zu bringen und die erhöhte Bereitstellung sowjetischer Mittel für die Gegenaktion zu erzwingen"[5]). Tatsächlich verdreifachten sich die amerikanischen Militärausgaben im Zeichen des wie bestellt kommenden Koreakrieges innerhalb eines Jahres (während sich die westeuropäischen verdoppelten); von 13,5 Mrd. Dollar im Haushaltsjahr 1950 stiegen sie bis 1953 auf fast 50 Mrd. Die Rüstungsinvestoren profitierten gewaltig, z. B. erhöhte sich der Wert von Laurance Rokkefellers Aktien an der (später mit Boeing fusionierten) Hubschrauberfirma Piasecki binnen vier Jahren von 2 auf 30 Dollar[6]). Aber auch die Inflationsrate der USA erreichte schon 1951 mit 7,8 % einen ersten Nachkriegshöhepunkt (der erst nach dem Vietnamkrieg übertroffen werden sollte). Und besonders die Westeuropäer litten akut unter steigenden Preisen und Lebenshaltungskosten, wachsenden Handelsdefiziten und sinkenden Devisenreserven. Der „Kreml" schien dagegen nicht „aus dem Gleichgewicht" gebracht, sondern brachte Anfang August 1953 – *vor* den USA! – die erste einsatzfähige, weil lufttransportable Wasserstoffbombe zur Explosion und arbeitete an interkontinentalen Bombern und Raketen, um Amerikas Atomrüstung zu neutralisieren.

Als die sparsame republikanische Eisenhower-Regierung die US-Militärausgaben wieder um einige Milliarden kürzte, bediente sich Außenminister John Foster Dulles am 12. Januar 1954 bei der Verkündung der angesichts der sowjetischen H-Bombe bereits anachronistischen Doktrin der „massiven Vergeltung" nun seinerseits der Behauptung, daß es das Ziel des Kommunismus sei, die USA durch Rüstungen in den Bankrott zu treiben[7]); die Lenin- und Stalin-Zitate, die er dafür anführte, konnten freilich nicht nachgewiesen werden. Vizepräsident Richard M. Nixon machte zwei Monate später den befürchteten Zusammenhang von übermäßiger Rüstung und Bankrott noch klarer: „Wir haben herausgefunden, daß ihr (d. h. der Sowjets) Plan anscheinend wirt-

5) Foreign Relations of the United States (FRUS) 1950, Bd. I, S. 284, 286.
6) William Hoffman, z. B. David Rockefeller. Portrait eines Mächtigen, Hamburg 1973, S. 76.
7) „New York Times" (NYT) v. 13. 1. 1954.

schaftlich darin besteht, die Vereinigten Staaten zu zwingen, bis an die Zähne bewaffnet zu bleiben, bereit dazu, irgendwo – überall in der Welt – zu kämpfen, wo sie, die Männer im Kreml, es wünschen. Warum? Weil sie wissen, daß dies uns in den Bankrott zwingen würde . . . Nun gut, wir haben beschlossen, nicht in diese Falle zu tappen."[8]) Tatsächlich wurden die reduzierten amerikanischen Militärausgaben in den acht Eisenhower-Jahren ziemlich konstant gehalten, und dies sollte sich unter der Nixon-Präsidentschaft wiederholen – wenngleich auf viel höherem Niveau.

Denn der Demokrat John F. Kennedy löste 1961 mit um mehrere Milliarden erhöhten Militärausgaben einen neuen Schub der Hochrüstung aus, den die Rockefellers und andere Rüstungsinteressenten schon seit 1957/58 gefordert hatten, und sein Nachfolger Lyndon B. Johnson sollte mit der Eskalation des Vietnamkrieges die Militärausgaben weiter hochtreiben. Kennedys Rüstungsschub wurde von der offen ausgesprochenen Hoffnung begleitet, nun die Sowjetunion durch ein Wettrüsten in den Ruin treiben zu können: So befürwortete der hohe Pentagon-Beamte Henry Rowan im Herbst 1961 eine „sehr große Verstärkung der amerikanischen Rüstung, denn auf diese Weise würde die Sowjetunion gezwungen, ebenfalls ihr Rüstungsbudget zu vergrößern . . . ein großer Zuwachs im Verteidigungsbudget würde ihre industriellen Investitionen verlangsamen und den Lebensstandard der Verbraucher bedeutend reduzieren." Die USA, meinte Rowan, könnten somit einen „wirtschaftlichen Druck ausüben, der soziale Unruhen im sowjetischen System erregt"[9]). Fast wortgleich äußerte sich 1962 auch der demokratische Senator (und spätere Vizepräsident Johnsons) Hubert H. Humphrey[10]). Und die Ideologen des „andauernden Konflikts", Robert Strausz-Hupé, William R. Kintner und Stefan T. Possony vom industriell-geförderten Foreign Policy Research Institute an der Universität von Pennsylvanien, forderten in ihrem 1961 erschienen Buch „Eine Vorwärtsstrategie für Amerika" eine Erhöhung der Ausgaben für „strategische Zwecke" auf 67–75 Mrd. Dollar bis 1964 und „wenigstens" 100 Mrd. bis 1970[11]) mit der Begründung: „Ein wirklich ernsthaftes Rüstungswettrennen könnte der Sowjetwirtschaft das Rückgrat brechen"[12]). Zu dieser Siegesprognose stand jedoch das bemerkenswerte Eingeständnis der Autoren im Widerspruch, daß „die Sowjets ihre wirtschaftlichen Ressourcen für strategische Zwecke weitaus effizienter als wir nutzen"[13]).

III

Es dauerte noch sechs Jahre, bis die sowjetische Effizienz im Rüstungswesen von einem kompetenten westlichen Militärfachmann entdeckt, begründet

8) NYT v. 14. 3. 1954.
9) „Newsweek" v. 2. 10. 1961, S. 50.
10) CBS-Sendung v. 31. 3. 1962.
11) Robert Strausz-Hupé/William R. Kintner/Stefan T. Possony, A Forward Strategy for America, New York 1961, S. 339.
12) Ebd., S. 209.
13) Ebd., S. 328.

und in Prozentzahlen ausgedrückt wurde: Als erster wies der französische Oberstleutnant Ferdinand Otto Miksche, ein Kampfgefährte de Gaulles, 1967 darauf hin, „daß Rüstungsgüter der Ostländer ab Fabrik um ein Drittel billiger sind als die des Westens", denn: „Billige Arbeitskräfte, einfache Machart, Erzeugung in größeren Serien reduzieren die Herstellungskosten in den kommunistischen Ländern, verglichen mit jenen des Westens, erheblich."[14]) Wie Miksche dem Verfasser auf Anfrage erläuterte, war das Drittel als Durchschnittswert zu betrachten: Panzer sowjetischer Herkunft seien „um etwa 40 Prozent billiger als westliche, Flugzeuge um etwa 25 bis 30 Prozent"[15]). Spätestens 1967 konnte man also wissen, daß der westliche Rüstungswettläufer unter dem Handicap litt, daß er mindestens 50 % mehr Geld (und zwar „reales", inflationsbereinigtes) aufbringen mußte als die Sowjetunion, um in der Waffenerzeugung mit ihr Schritt zu halten.

Inzwischen waren die Militärausgaben der USA auf 75,5 Mrd. Dollar im Jahre 1967 und 80,6 Mrd. 1968 angestiegen, aber in „realem" Geld, auf der Basis der Preise von 1960, waren dies „nur" 66,9 bzw. 68,5 Mrd. Dollar[16]). Die Differenzen hatte die Inflation aufgefressen, die durch die mit Hilfe der Notenpresse finanzierten Haushaltsdefizite – 9,8 Mrd. Dollar 1967, 23 Mrd. 1968 – weiter angeheizt wurde. Sie verschärfte Amerikas soziale Spannungen, verminderte die Wettbewerbsfähigkeit seiner Produkte auf dem Weltmarkt (woraus sich wiederum Handelsbilanzdefizite, die ersten seit 1893, ergaben) und löste eine Flucht aus dem Dollar ins Gold aus. Während die USA einen Großteil ihrer Militärausgaben in Vietnam buchstäblich verpulverten, holte die Sowjetunion mit großen Schritten in der nuklearstrategischen Rüstung auf, in der die USA 1962 noch einen 10:1-Vorsprung besessen hatten. Ihr wirtschaftliches „Rückgrat" schien unversehrt.

Nichtsdestoweniger glaubte der ehemalige Stabschef der US-Luftwaffe, General Curtis LeMay, noch 1968 „ernstlich, daß jedes Wettrüsten mit der Sowjetunion zu unserem Besten wäre. Ich glaube, daß wir sie übertreffen im Erfinden, Erforschen, Entwickeln, Konstruieren und Herstellen – von der Steinschleuder bis zu den Raumwaffen – und daß wir dabei immer wohlhabender und die Sowjets immer ärmer werden. Das ist der Glaube, den ich in die freie Unternehmerwirtschaft setze"[17]). Dieser fromme „Glaube" des US-Fliegergenerals, der einst Nordvietnam „in die Steinzeit bomben" wollte, wurde offenbar irgendwie auf den damaligen SPD-Fraktionsvorsitzenden Helmut Schmidt übertragen, der im Frühjahr 1969 letzte Hand an sein Buch „Strategie des Gleichgewichts" legte, in dem er sich, wie oben zitiert[18]), mit ähnlichem Tenor äußerte.

Doch zur gleichen Zeit, als Schmidt schrieb, Moskau könne keinen „großen zusätzlichen Rüstungswettlauf riskieren", zog die Sowjetunion in der strate-

14) F.O. Miksche, Rüstungswettlauf in der Dritten Welt, in: „Neue Zürcher Zeitung" (NZZ) v. 29. 10. 1967, S. 4.
15) Miksche an Verf., 15. 1. 1968.
16) SIPRI Yearbook of World Armaments and Disarmament 1969/70, Stockholm 1970, S. 267, 269.
17) Curtis E. LeMay/Dale O. Smith, America is in Danger, New York 1968, S. 94.
18) Anm. 3), 4).

gischen Rüstung mit den USA gleich. Präsident Nixons Worte, die dies den NATO-Ministern im April 1969 eröffneten, verrieten dem damaligen Außenminister Willy Brandt zufolge „Bestürzung über die Fortschritte der Sowjets"[19]). Für den CDU-Kanzler Kiesinger kam die sowjetisch-amerikanische Parität als eine „zu denken gebende" Überraschung, für den damaligen niederländischen Außenminister Joseph Luns war sie das Schockierendste, was er je gehört hatte[20]). Und wenig später konstatierte der durchaus NATO-fromme Journalist Lothar Ruehl in der „Welt" (vom 30. 5. 1969), daß sich „die NATO-Planung in der Kostenschere" befand, und berichtete aus NATO-Kreisen: „Niemand spricht 1969 noch ernsthaft von der kühnen Erwartung vor fünf Jahren, die Sowjetunion würde im Rüstungswettlauf mit der überlegenen amerikanischen Militärmacht und der NATO auf der Strecke bleiben. Diese Literatur der Selbstbeschwichtigung ist zu den Akten gelegt."

Zwei Jahre später meinte Schmidt, inzwischen Verteidigungsminister, jedoch weiter unverdrossen, wie oben zitiert[21]), „die Amerikaner würden niemals einen Rüstungswettlauf mit den Russen verlieren", weil „der technische Vorsprung zu groß" sei. In jenem Jahr 1971 veröffentlichte Ulrich Albrecht, dem Carl Friedrich v. Weizsäcker in seinem Vorwort „ingenieurwissenschaftliche und ökonomische Vorbildung" attestierte, sein Buch „Der Handel mit Waffen", in dem festgestellt wurde, „daß die sowjetische Rüstungsindustrie hochmodern" sei und „keinesfalls inferiore Güter produziert". Wie schon Miksche stellte Albrecht fest, „daß sowjetische Rüstungsgüter spürbar billiger sind als westliche Konkurrenzprodukte. Als Faustregel kann man angeben, daß z. B. sowjetische Flugzeuge um ein Drittel preiswerter angeboten werden als vergleichbare westliche Muster"[22]). Auch von berufener amerikanischer Seite wurde in jenem Jahr das Handicap der USA im Wettrüsten bestätigt. Im September 1971 beklagte ein Bericht des Senatsausschusses für die Streitkräfte unter dem Vorsitz von John Stennis, der keine „Taube" ist, die „tief beunruhigenden" Kostentendenzen und erklärte: „Wenn wir uns nur ein permanentes Kräfteniveau von einem Fünftel der Jagdflugzeuge und Panzer unserer potentiellen Gegner leisten können – weil unsere Waffensysteme ungefähr fünfmal so teuer sind wie die ihren –, dann kann uns eine künftige Krise in einem schweren numerischen Nachteil vorfinden."[23])

Im Februar 1972 wies die angesehene „New York Times" auf einen anderen Aspekt des amerikanischen Handicaps hin: Personalkosten machten bis zu 60 % des US-Militärbudgets aus, aber nur 27 % des sowjetischen. „Diese Zahlen", so kommentierte die Zeitung, „stellen die alte Meinung des Pentagon auf den Kopf, daß die USA sich ein Wettrüsten eher leisten können als die UdSSR"[24]). In jenem Jahr 1972 schätzte F.O. Miksche in seinem Buch „Rü-

19) Willy Brandt, Begegnungen und Einsichten, Hamburg 1976, S. 193.
20) Henry Kissinger, The White House Years, New York 1979, S. 404.
21) Anm. 2).
22) Ulrich Albrecht, Der Handel mit Waffen, München 1971, S. 67.
23) U.S. Senate Committee on the Armed Services, Report 92–359 authorizing appropriations in fiscal Year 1972, Washington 1971, S. 17.
24) NYT-Kommentar, nachgedruckt in: „International Herald Tribune" (IHT) v. 24. 2. 1972.

stungswettlauf" den Kostenvorteil bei Panzern des Ostens gegenüber denen der NATO-Länder bereits auf „40 bis 50 Prozent"[25]). Im Oktober 1972 erkannte Helmut Schmidt, inzwischen Finanz- und Wirtschaftminister, immerhin einen Faktor, der westliche Rüstungsaufwendungen großenteils unwirksam macht: die hohe Inflationsrate, und führte sie auf einen „in allen (westlichen) Ländern gemeinsamen Hintergrund" zurück, nämlich auf die „Tatsache einer inflationären Aufblähung der Geldmengen und der Kreditmengen der ganzen (westlichen) Welt als Folge des Vietnamkrieges"[26]). 1974 betrug die Inflationsrate in den USA 12,1 %, und der Dollar hatte im Vergleich zur D-Mark 40 % seines ursprünglichen Wertes (4,20 DM) eingebüßt.

Im April 1975 dramatisierte der für Forschung und Entwicklung zuständige Armee-Unterstaatssekretär im Pentagon, Norman R. Augustine, die Kostentendenz mit den Worten: „In den siebziger Jahren nähern wir uns rapide dem Punkt, an dem wir uns buchstäblich nur noch *ein* Flugzeug, *einen* Panzer und *ein* Schiff leisten können."[27]) Am 9. Dezember 1975 behauptete Schmidts Freund und Nachfolger als Verteidigungsminister, Georg Leber, im NATO-Ausschuß für Verteidigungsplanung, die Produktionskapazität des Ostens für Waffen und militärisches Gerät sei „fünfmal so groß wie in den NATO-Staaten"[28]). Während dies, wie das meiste aus NATO-Mund, wahrscheinlich eine Zweckbehauptung war, verdient der jordanische König Hussein Glauben, der 1976 erklärte, die Sowjetunion habe ihm Flugabwehrraketen um 40 % billiger als die entsprechenden „Hawk"-Raketen der USA angeboten[29]). Im September 1976 veröffentlichte das für das Pentagon tätige Forschungsinstitut Rand Corporation einen Bericht seines leitenden Mitglieds Arthur J. Alexander, der amerikanische Panzer als doppelt so teuer wie sowjetische bezeichnete, denen sie im Nahostkrieg von 1973 nach israelischen Aussagen jedoch höchstens „marginal überlegen" gewesen seien[30]). Für Düsentriebwerke bezifferte dieser Rand-Experte später den sowjetischen Kostenvorteil auf „mehr als 60 Prozent"[31]).

George F. Kennan, der einstige Architekt der „Eindämmungspolitik", deren Militarisierung er freilich stets ablehnte, faßte die amerikanische Notlage 1977 zusammen: „Mit unseren Preisen werfen wir uns selbst aus dem Rennen. Selbst wenn es wahr wäre, daß wir durch das Entwicklungstempo der russischen Streitkräfte rapide überholt und in eine nachteilige Lage gebracht werden . . . , sollten wir erkennen, daß der Grund dafür bei sorgfältiger Prüfung weniger in Tempo und Umfang der sowjetischen Anstrengungen als in der wild wachsenden Kostspieligkeit unserer eigenen Anstrengungen liegt."[32])

25) Ferdinand Otto Miksche, Rüstungswettlauf, Stuttgart 1972, S. 204.
26) Helmut Schmidt, Was treibt die Preise?, in: „Vorwärts", v. 19.10. 1972.
27) Norman R. Augustine, One Plane, One Tank, One Ship: Trend for the Future?, in: „Defense Management Journal", April 1975, S. 34–40.
28) „Frankfurter Rundschau", „Die Welt" v. 10. 12. 1975.
29) Hussein gegenüber „Newsweek", laut: „Die Welt" v. 13. 7. 1976, S. 5.
30) Arthur J. Alexander, Armor Development in the Soviet Union and the United States, Santa Monica/Calif. 1976, S. 120–122.
31) Ders., Decision-Making in Soviet Weapons Procurement, Adelphi Papers No. 147/8, London 1978, S. 64 Anm. 21.
32) George F. Kennan, The Cloud of Danger, New York 1977, S. 11.

Für die westeuropäischen Anstrengungen, die der Bundesrepublik eingeschlossen, gilt dies genauso: Just als Helmut Schmidt die eingangs zitierte und nach dem bisher Gesagten fragwürdige Prophezeiung abgab, die Sowjetunion würde in einem neuen Wettrüsten „zweiter Sieger" bleiben[33]), wurde eine Untersuchung des im westdeutschen Rüstungsmanagement tätigen Diplomingenieurs und Kostenanalytikers J. Bruno Köppl bekannt, die allein bei dem westdeutsch-britisch-italienischen Programm für das Mehrzweckkampfflugzeug „Tornado" „Ineffizienzen in Höhe von 33 Prozent" feststellte und sie als typisch für die gesamte NATO bezeichnete: „Die Ineffizienzen führen nicht nur zu Verlusten in Höhe von vielen hundert Milliarden Dollar, sie dürften zudem die Existenz des Westens gefährden, weil die UdSSR über eine im Westen verkannte Rüstungsproduktivität und über hohe Rüstungsinvestitionen die westliche Allianz bereits in raschem Tempo womöglich überholt hat."[34])

IV

Die westlichen Fachleute von Miksche 1967 bis Köppl 1980 haben eine Reihe von guten Gründen genannt, weshalb die sowjetische Rüstung billiger, effizienter als die westliche ist: niedrigere Personalkosten für Rüstungsarbeiter und Soldaten, einfachere Machart der Rüstungsgüter (von freilich hohem „Gebrauchswert"), Produktion in viel größeren Serien, die westliche Inflation. Ja, Köppl geht sogar so weit, dem Westen zu empfehlen, von den Sowjets „Wettbewerb" zu lernen: „Die sowjetische Vergabepraxis, der Wettbewerb der Entwicklungsfirmen um den Produktionsauftrag, der sogenannte Prototyp-Wettbewerb, entspricht dem Idealtypus des Wettbewerbs weit mehr als das Vergabeprocedere der sich stets auf marktwirtschaftliche Prinzipien berufenden Staaten der (westlichen) Allianz"[35]). Freilich übersieht Köppl, daß die Marktwirtschaft in der westlichen Rüstungswirtschaft aus gutem Grund außer Kraft gesetzt ist, denn: „Daß die Verluste sozialisiert, die Gewinne dagegen privat angeeignet werden, ist geradezu als das (Über-) Lebensprinzip schlechthin des späten Kapitalismus zu definieren", schrieb Fritz Vilmar schon Mitte der 60er Jahre[36]).

Über einen grundlegenden systemaren Unterschied, der zudem der auffälligste ist, bewahren denn auch alle diese Experten, gute Kapitalismusbürger, die sie sind, ein Schweigen, das geradezu dröhnt: Anders als im sozialistischen Osten gibt es im kapitalistischen Westen den privaten Profit an der Rüstung.

Auf den Umsatz bezogen mag er zwar „nur" 5–10 % betragen, was bei strenger patriotischer Beurteilung schon Landesverrats genug wäre. Ausschlaggebend ist jedoch, daß er im Verhältnis zum eingesetzten Aktienkapital der Rüstungsbetriebe, die weitgehend mit zinslos vorgeschossenen staatlichen Gel-

33) Anm. 1).
34) Berichte über Köppls Feststellungen und Thesen in: „Die Zeit" v. 18. 4. 1980, S. 19 f.; NRD-Hörfungsendung Streitkräfte und Strategien, 18. 4. und 16. 5. 1980; ARD-Tagesthemen, 12. 5. 1980.
35) „Die Zeit" v. 18. 4. 1980, S. 20.
36) Fritz Vilmar, Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus, Frankfurt/M. ^{3}1967 (1965), S. 158.

dern arbeiten, um ein Mehrfaches höher liegt als der Gewinn aus ziviler Produktion: So stellte der Rechnungshof des US-Kongresses im März 1971 bei einer Untersuchung von 146 abgewickelten Militäraufträgen im Werte von 4,3 Mrd. Dollar einen durchschnittlichen Vor-Steuern-Gewinn von 56,1 % des Kapitals der Vertragsnehmer fest – nahezu das Dreifache der Gewinnrate bei zivilen Geschäften! –, und bei 14 % der Aufträge, die ein gutes Drittel (34,8 %) der Gesamtauftragssumme ausmachten, wurden Vor-Steuern-Gewinne von 60 bis 240 % des Eigenkapitals ermittelt[37])! Zwei DDR-Forschern zufolge wurde in der Bundesrepublik 1971 (als Schmidt Verteidigungsminister war) an der Rüstung sogar noch besser profitiert. Nach ihren Berechnungen betrug das Verhältnis des *Netto*profits (nach Steuern) zum Aktienkapital (in %) für: Krauss-Maffei AG 523, Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH 358, Dornier AG 259, Howaldt-Deutsche Werft 255, Daimler-Benz AG 210, Klöckner-Humboldt-Deutz AG 176, Siemens AG 163, Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG 145. Vier ausgesprochene Rüstungsbetriebe – Krauss-Maffei, Dornier, Howaldt-Deutsche Werft und MBB – erzielten ein Verhältnis Nettoprofit/Aktienkapital von 327 %, alle acht obigen Unternehmen von 188 %. Zum Vergleich: bei den hundert größten Industrie-Aktiengesellschaften der Bundesrepublik betrug dieses Verhältnis nur 115 % und bei den fünfzehn größten 118 %[38]).

Die höchst vorteilhaften Kapitalverwertungsbedingungen, die das Rüstungsgeschäft bietet, haben dazu geführt, daß die größten Mitglieder der kapitalistischen Establishments sich dieses lukrativsten aller Geschäfte bemächtigten und es unter sich aufteilten – die Rockefellers, Morgans, DuPonts, Lehmans etc. in den USA, die Flicks, Siemens etc. in der Bundesrepublik. Diese sind gegenüber den formal verantwortlichen Regierungen und Parlamenten äußerst mächtig und oftmals direkt in ihnen vertreten, wie z. B. David Rockefeller durch Zbigniew Brzezinski bei Jimmy Carter. Die überragende Gewinnträchtigkeit des Geschäfts mit der Rüstung begründet ein mächtiges Interesse an der unbegrenzten Fortsetzung solcher Geschäfte und damit an der Konservierung, Erzeugung und Ausschlachtung von internationalen Spannungen, die solchen Geschäften dienen – etwa durch den selektiven Einsatz der „Menschenrechtswaffe" oder gegenwärtig durch die Aufbauschung eines lokalen Problems in Innerasien zur angeblich größten „Weltkrise" seit 1945.

In den USA ist der vom Privatprofit angetriebene „militärisch-industrielle Komplex", vor dem Präsident Eisenhower in seiner Abschiedsrede im Januar 1961 vergebens warnte, so mächtig geworden, daß er entspannungskonforme Wirtschaftsinteressen beiseite schieben kann – so als sein führender Exponent im US-Senat, Henry M. Jackson (von Boeing), im Schafsfell eines Kämpfers für die Auswanderung sowjetischer Juden, den amerikanisch-sowjetischen Handelsvertrag von 1972 zu Fall brachte, so als der vom Rockefeller-Mann Brzezinski „beratene" Carter 1980 schließlich den amerikanisch-sowjeti-

37) Defense Industry Profit Study of the General Accounting Office. Hearing before a Subcommittee of the Committee on Government Operations, House of Representatives, 26. 3. 1971, Washington 1971, S. 155.
38) Klaus Engelhardt/Karl-Heinz Heise, Der militärisch-industrielle Komplex im heutigen Imperialismus, Köln 1974, S. 110 f., Tabellen 18 und 19. Berechnet nach veröffentlichten Bilanzen im Bundesanzeiger.

schen Handel auf dem einzigen Feld, auf dem er noch funktionierte, dem Getreidegeschäft, ganz abwürgte.

In der Bundesrepublik sind – vorläufig noch – die Rüstungs- und Osthandelsinteressen eher in Balance: Bei etwa gleichen jährlichen Umsätzen beschäftigen die ersteren 200 000, die letzeren 3–400 000 Arbeitskräfte. Aber auch die Bundesregierung unterliegt einem ungeschriebenen Gesetz, das da lautet: Nur soviel Entspannung, wie für Osthandelsgeschäfte nötig ist, aber nicht soviel, daß die Rüstungsgeschäfte leiden! Und daß die Rüstungsinteressen auch bei uns spannungsfördernde Aktionen begünstigen, ließ sich u. a. an der Verve erkennen, mit der das NOK-Mitglied Eberhard v. Brauchitsch (von Flick) sich für den Boykott der Moskauer Olympiade einsetzte[39]).

So wie die Herrschaftsverhältnisse sind, ist die Hoffnung Köppls ziemlich naiv, das am Privatprofit orientierte Rüstungssystem lasse sich durch fachlich beratene Parlamente reformieren und seine Ineffizienz wie die von ihr verursachten gesellschaftlichen Milliardenverluste ließen sich abstellen. Möglich wäre dies nur durch die Beseitigung des Privatprofits an der Rüstung, durch Verstaatlichung – aber wo ist der westliche Staatsmann, der bereit wäre, dabei Kopf und Kragen zu riskieren.

Das Rüstungsgeschäft wird deshalb weitergehen wie bisher: Solange es einem Rüstungsunternehmen vorrangig darum geht, einen Auftrag erst einmal zu ergattern, legt es einen betont niedrigen Kostenvoranschlag vor; sobald aber dann das Entwicklungsprojekt ein Stadium erreicht hat, wo es kaum noch wegen „unvorhergesehener" Kostenüberschreitungen aufgegeben werden kann, gestaltet es die endgültigen Kosten so, wie es seinen Profitinteressen dienlich ist[40]). 1969 stellte der Rechnungshof des US-Kongresses bei 38 Waffensystemen Kostenüberschreitungen in Höhe von 20,9 Mrd. Dollar fest[41]), und in Westeuropa – siehe „Tornado"-Programm – ist dies nicht anders.

Da der Rüstungsprofit mit den Kosten steigt, führt er automatisch dazu, diese zu steigern, insbesondere durch die Überzüchtung von Waffensystemen. Die Rüstungsunternehmen können sich darauf verlassen, daß ihre Techniker schon aus professionellem Perfektionsdrang die auftraggebenden Militärs darin übertrumpfen werden, Waffensysteme immer komplexer, scheinbar perfekter zu machen. Dabei steigt auf jeden Fall ihr Preis – weshalb man von „goldplating" spricht –, wenn auch nicht unbedingt ihr „Gebrauchswert": Solche Systeme sind oft besonders störanfällig und überfordern die sie bedienenden Soldaten, insbesondere Wehrpflichtige, aber sie sind den „keinesfalls inferioren" (U. Albrecht) sowjetischen Waffen allenfalls „marginal überlegen" (A. J. Alexander); ein vergoldeter Revolver, um es salopp zu sagen, schießt nicht „töter" als einer aus Eisen.

39) „Die Welt" v. 13. 2. 1980, S. 1.
40) Engelhardt/Heise, S. 98.
41) The Economics of Military Procurement, Washington 1969; nach: Miksche, Rüstungswettlauf, S. 47 f.

Die Rivalität der privaten Waffenproduzenten in den verschiedenen NATO-Ländern führt zu Typenwirrwarr, Mehrfachproduktion und abermaliger Verteuerung infolge relativ kleiner Serien. Aber Unternehmensfusion und internationale Kooperation schaffen auch keine Remedur, wie Köppl am Beispiel „Tornado" gezeigt hat: Abgesehen von der Komplizierung und Verteuerung der Produkte durch die Berücksichtigung nationaler Sonderwünsche, entstehen Anbietermonopole, die den Regierungen erst recht überhöhte Preise aufzwingen können, weshalb ebenfalls nur relativ kleine Serien beschafft werden können, was den Stückpreis steigert.

Schließlich ist die private Rüstungswirtschaft eine „Inflationsmaschine" par excellence[42]), da sie keinen zivil konsumierbaren Gegenwert erzeugt, der die für Rüstungskäufe in Umlauf gebrachten Riesensummen wieder aufsaugen könnte. Da die Politiker sich aus Popularitätsgründen scheuen, dieses durch Zivilgüter ungedeckte Geld den Bürgern per Steuererhöhungen wieder abzunehmen, entsteht ein starker Inflationsdruck, der über steigende Preise zu höheren Löhnen führt und die Produktion allgemein verteuert. Inflation macht im Westen insbesondere die Löhne von Rüstungsarbeitern und den Sold von Soldaten viel höher und damit die Rüstung viel teuerer als im Osten. Mit solchen „eingebauten", systemeigenen Handicaps kann der Westen den Rüstungswettlauf schwerlich gewinnen.

Wollte er dennoch ein neues Rennen wagen, müßte er seine Militärausgaben in gewaltigem Ausmaß erhöhen, sehr viel stärker als um die gegenwärtig eingeplanten 3–5 % „real", die in den USA zu einer irreführend niedrig angesetzten Inflationsrate von 9 % zugeschlagen werden[43]), während die wirkliche Inflationsrate doppelt so hoch ist. Wirkliche „reale" Steigerungen aber würden die gegenwärtig trabende Inflation zu einer galoppierenden machen, die den Rüstungsaufwand erst recht unwirksam machen würde. Westliche Staatsmänner sollten von dem sparsamen Konservativen Eisenhower lernen, der, als ihm im Zeichen des amerikanischen „Sputnik-Schocks" von 1957 „astronomische" Militärausgaben nahegelegt wurden, „immer und immer wieder" betonte: „Unmäßige Ausgaben führen Defizite herbei; diese verursachen Inflation; diese wiederum beschneidet die Menge von Ausrüstung und Personal, die der Verteidigungsdollar kaufen kann. Dieser Prozeß ist ein den Zweck vereitelnder Teufelskreis"[44]). Eisenhower sollte seinen Kampf verlieren, aber recht behalten:

Heute ist der Dollar gegenüber der D-Mark um fast 60 % entwertet, und die USA verzeichnen 18 % Inflation und eine riesige Staatsschuld. Im „Modell (West-) Deutschland" liegt die Inflationsrate zwar noch relativ niedrig bei

42) Der New Yorker Professor für industrielles Ingenieurwesen Seymour Melman in NYT v. 14. 12. 1976: „Anders als zivile Firmen, die traditionell die Produktionskosten minimieren, um die Profite zu maximieren, maximieren die Firmen der Pentagon-Wirtschaft alle Kosten und die zu deren Ausgleich gezahlten Subventionen. Das übersetzt sich in steigende Preise. Die amerikanische Militärwirtschaft ist eine Inflationsmaschine." Zit. nach: Kennan, Cloud, S. 10.

43) R. James Woolsey, „Real" Growth for U.S. Defense, in: IHT v. 24. 4. 1980, S. 4. Woolsey ist ein ehemaliger Marine-Unterstaatssekretär.

44) Dwight D. Eisenhower, Memoirs, Vol. II: Waging Peace, Garden City/New York 1965, S. 217.

5,7 %, aber erstmals gibt es ein Leistungsbilanzdefizit, und die Staatsschuld ist in den letzten zehn Jahren – nicht zuletzt dank der Tätigkeit sozialdemokratischer Verteidigungsminister – schon so rasant gewachsen, daß „Bundesschätzchen" wahrscheinlich bald nur noch zum Tapezieren taugen. Wagt der Westen auf dieser brüchigen Grundlage, die durch Ölpreissteigerungen jederzeit weiter erschüttert werden kann, ein, wie Schmidt meint, „gigantisches Wettrüsten", wird er sich zweifellos in den völligen ökonomischen Ruin rüsten.

Soeben erschienen

Gerhard Kade/Max Schmidt (Hrsg.)

Frieden, Rüstung und Monopole

Konzerne und internationale Sicherheit

Mit zahlreichen internationalen Beiträgen: Bundesrepublik, Dänemark, DDR, Bulgarien, Frankreich, Tschechoslowakei, Österreich, Sowjetunion, Polen, Griechenland, Rumänien, Finnland.

Kleine Bibliothek, Band 188
276 Seiten, DM 14,80

Pahl-Rugenstein

„Das Überleben sichern"

Fortschritte und Grenzen im Bericht der Nord-Süd-Kommission

Von Rainer Falk, Dieter Boris und Hans Mayer

1. Einleitung

Rechtzeitig vor der UN-Sondergeneralversammlung, die im August/September d. J. eine „Neue Internationale Entwicklungsstrategie" für die Dritte UN-Entwicklungsdekade von 1981–1990 verabschieden soll, hat die „Unabhängige Kommission für Internationale Entwicklungsfragen" der Öffentlichkeit ihren Abschlußbericht vorgelegt[1]). Die Kommission war 1977 von Weltbank-Präsident McNamara ins Leben gerufen worden. Neben ihrem Vorsitzenden Willy Brandt gehörten ihr sieben Mitglieder aus kapitalistischen Industriestaaten und zehn aus Entwicklungsländern an. Sie vertraten ein politisches Spektrum, das von dem britischen Konservativen Edward Heath bis zu dem schwedischen Sozialdemokraten Olof Palme, von dem chilenischen Christdemokraten Eduardo Frei bis zu dem Algerier Layachi Yaker oder dem Tansanier Amir Jamal, ehemaligen Mitgliedern sozialistisch orientierter Regimes, reichte. Ihre Aufgabe bestand nach dem zu Beginn der Kommissionsarbeiten verabschiedeten Arbeitsmandat darin, „Wege zu einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung" aufzuzeigen und „die Menschen in den verantwortlichen Positionen und die öffentliche Meinung davon zu überzeugen, daß tiefgreifende Veränderungen in den internationalen, besonders den wirtschaftlichen Beziehungen notwendig sind". (369)

Eine politische wie wissenschaftliche Bewertung der Arbeitsergebnisse der Kommission wird diesen von ihr selbst erhobenen Anspruch in Rechnung stellen müssen. Er reflektiert bereits jenes grundlegend veränderte politische und ökonomische Kräfteverhältnis zwischen den Entwicklungsländern und den kapitalistischen Industriestaaten, das die Auseinandersetzungen zwischen „Nord" und „Süd" seit der ersten Hälfte des abgelaufenen Jahrzehnts prägt. Konnte sich die „Pearson-Kommission" vor zehn Jahren noch in ihren Empfehlungen für die Zweite Dekade[2]) nahezu ausschließlich auf die Forderung nach einer quantitativen Steigerung des Ressourcentransfers auf 1 % des Bruttosozialprodukts der Industriestaaten beschränken (wobei 0,7 % auf staatliche „Entwicklungshilfe" entfallen sollten), so betreffen die Vorschläge der Brandt-Kommission nahezu alle Aspekte des gegenwärtig existierenden-

1) Das Überleben sichern. Gemeinsame Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer. Bericht der Nord-Süd-Kommission. Mit einer Einleitung des Vorsitzenden Willy Brandt, Köln 1980. Im vorliegenden Aufsatz wird der Bericht im Text mit in Klammern gesetzten Seitenzahlen zitiert.

2) Vgl. Der Pearson-Bericht. Bestandsaufnahme und Vorschläge zur Entwicklungspolitik, Wien-München-Zürich 1969.

den Weltwirtschaftssystems. Galt für die Pearson-Kommission und die von ihr maßgeblich beeinflußte UN-Entwicklungsstrategie für die Zweite Dekade[3]) ein massiver Kapitalschub als unumstößlicher Garant eines kapitalistischen Wachstums in der Dritten Welt, so signalisiert die von den Entwicklungsländern seit etwa 1973 immer vehementer erhobene Forderung nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung bereits das Scheitern dieser Strategie. Viel stärker – und auch im Bericht der Nord-Süd-Kommission hat das seinen Niederschlag gefunden – stehen jetzt Forderungen nach strukturellen und institutionellen Veränderungen am System der kapitalistischen Weltwirtschaft im Mittelpunkt der internationalen Debatte. In der Resolution Nr. 193 der XXXIII. UN-Generalversammlung über die Vorbereitungsarbeiten zur Neuen Internationalen Entwicklungsstrategie heißt es, daß es deren Aufgabe sein müsse, zur Verwirklichung einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung beizutragen.

Gleichwohl würde man dem Bericht der Nord-Süd-Kommission kaum gerecht werden können, erwartete man von ihm Vorschläge zur revolutionären Umstrukturierung des Weltwirtschaftssystems[4]). Zwar stellten in der Nord-Süd-Kommission Vertreter aus der Dritten Welt die Mehrheit, im Gegensatz noch zur Pearson-Kommission. Aber auch das von den Entwicklungsländern verfochtene Konzept einer Neuen Weltwirtschaftsordnung intendiert nicht die Überwindung der kapitalistischen Weltwirtschaftsordnung und trägt somit deutlich reformistische Züge. Seine beiden Hauptelemente[5]) – das Streben nach *strukturellen* Veränderungen der Weltwirtschaft und das Eintreten für die Stärkung der kollektiven Eigenständigkeit der Dritten Welt *(collective self-reliance)* – zielen auf die Reduktion der Abhängigkeit der Entwicklungsländer von den kapitalistischen Zentren; es geht dabei also um die Neudefinition der *Bedingungen,* unter denen die Zusammenarbeit organisiert werden soll[6]).

Der Kampf für eine Neue Weltwirtschaftsordnung enthält allerdings einige Elemente (z. B. das Enteignungs- und/oder Kontrollpostulat gegenüber multinationalen Konzernen in der Charta der ökonomischen Rechte und Pflichten der Staaten), aus denen sich – da sie einen radikalen Bruch mit bestimmten Grundelementen der überkommenen neokolonialen Ordnung darstellen – eine über das kapitalistische System hinausweisende Dynamik entwickeln *kann*. Dies hätte allerdings zur Voraussetzung, daß sich *erstens* die kämpferische Militanz und Geschlossenheit erhöht, mit der für eine Neue Weltwirtschaftsordnung eingetreten wird, und *zweitens* dieser Kampf nicht nur als

3) Vgl. den 1970 von der UNO verabschiedeten Text in: D. Nohlen/F. Nuscheler (Hrsg.), Handbuch der Dritten Welt, Bd. I, Hamburg 1974, S. 49–69.

4) Diese Erwartungshaltung scheint der Einschätzung von P. Wiener in der „Deutschen Volkszeitung" v. 20. 3. 1980 zugrunde zu liegen. Wiener beschränkt sich jedenfalls fast ausschließlich darauf, den Bericht wortreich als neuen reformistischen Integrationsplan auf Weltebene zu „entlarven" und abzutun.

5) Nach: G. Corea, An Assessment of International Development Strategy and Second U.N. Development Decade, in: „Development & Socio-Economic Progress", Kairo, 1/1977, S. 9–32.

6) Als brauchbaren Überblick vgl. jetzt: V. Matthies, Neue Weltwirtschaftsordnung. Hintergründe – Positionen – Argumente, Opladen 1980.

Verteilungskampf zwischen den jeweils herrschenden Klassen begriffen, sondern bewußt in den Dienst der unterprivilegierten Massen der Dritten Welt gestellt wird. Beides hängt wiederum in entscheidendem Maße davon ab, wie sich die Dynamik der sozialrevolutionären Veränderungen in den Entwicklungsländern selbst entwickelt.

Begreift man den Kampf der Entwicklungsländer für eine Neue Weltwirtschaftsordnung so einerseits als ein beim gegenwärtigen Kräfteverhältnis realistisches Konzept zur Neudefinition der Bedingungen der internationalen Zusammenarbeit und erkennt man andererseits die darin potentiell enthaltene über das bestehende System hinausweisende Perspektive, so ergibt sich für die Beurteilung des Brandt-Berichts:

Erstens ist zu fragen, in welchem Umfang berechtigte Forderungen der Entwicklungsländer in den Bericht und seine Empfehlungen Eingang gefunden haben, er insofern in der Tat einen realen Fortschritt in den internationalen Auseinandersetzungen bringen, von den Entwicklungsländern zumindest propagandistisch genutzt werden kann.

Zweitens hat eine angemessene Bewertung der Empfehlungen des Nord-Süd-Berichts auch nach den Durchsetzungschancen zu fragen. Es könnte sich dann als durchaus realistische Perspektive herausstellen, daß unter den Bedingungen tiefgreifender Krisentendenzen in der kapitalistischen Weltwirtschaft und einer Verschärfung der internationalen Auseinandersetzungen zwischen kapitalistischen Industriestaaten und Entwicklungsländern der „Spielraum" für die Umsetzung integrationistischer Konzepte dahinschmilzt, während sich auf der anderen Seite die Entwicklungsländer auf die einmal – wenn auch nur auf der verbalen Ebene – gemachten Konzessionen berufen können und es auf diese Weise zur Stärkung ihrer Position und Entschlossenheit im Kampf um eine Neue Weltwirtschaftsordnung käme.

Drittens kann danach gefragt werden, inwieweit eine Realisierung der Empfehlungen des Brandt-Berichts tatsächlich zur Überwindung der Grundstrukturen der Unterentwicklung beizutragen vermag.

2. „Gemeinsame Interessen" als Ansatzpunkt zur Überwindung der Sackgasse im „Nord-Süd-Dialog"?

Der internationalen Öffentlichkeit ist der Bericht der Nord-Süd-Kommission auch mit dem Anspruch präsentiert worden, Vorschläge für die Überwindung der Sackgasse zu unterbreiten, in die der „Nord-Süd-Dialog" in den letzten Jahren geraten ist. Unter aktuellen Gesichtspunkten scheint ein solches Anliegen noch dringlicher geworden zu sein. Wie nie zuvor zeigte sich auf der III. UNIDO-Konferenz zu Beginn d. J. in Neu-Delhi eine Intransigenz der kapitalistischen Industriestaaten gegenüber den Forderungen der Dritten Welt, die auch nur geringfügige Fortschritte bei der Realisierung der Neuen Weltwirtschaftsordnung blockiert. Auch wenn es noch nicht als ausgemacht gelten kann, daß damit eine neue Periode der Konfrontation in den Nord-Süd-Beziehungen angebrochen ist, so demonstrieren die dort gegen den geschlossenen

Widerstand der 22 kapitalistischen Staaten verabschiedeten Dokumente [7]) das Ausmaß der Interessendivergenz zwischen den Entwicklungsländern und den kapitalistischen Industriestaaten recht deutlich. Hinzu kommt, daß die partielle Wiederbelebung von Elementen des Kalten Krieges in den internationalen Beziehungen seit den Brüsseler Nato-Raketenbeschlüssen wichtige Rahmenbedingungen für die Durchsetzung der Forderung nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung verschlechtert hat[8]). Zumindest gilt dies dann, wenn man davon ausgeht, daß die Hinwendung der Entwicklungsländer zum Kampf für ihre ökonomische Dekolonisation ganz wesentlich durch den Übergang zur Entspannung Ende der 60er Jahre begünstigt worden war.

„Es wäre unredlich", heißt es in einem zentralen Passus im Vorwort des Brandt-Berichts, „unterschiedliche Überzeugungen zu übertünchen, ebenso wie es töricht wäre, Interessenkonflikte zu verbergen. Aber es wäre andererseits äußerst unklug, wenn wir nicht den ernsthaften Versuch machten, Interessen dort gegeneinander abzuwägen und miteinander zu verbinden, wo ein gemeinsamer Nenner gefunden werden kann. Auf mittlere und längere Sicht haben Nord und Süd mehr an gemeinsamen Interessen, als die meisten bisher haben erkennen können. Und die Erfahrung zeigt, daß dauerhafte Lösungen oft erst gefunden werden, nachdem der Konfrontation ein Ende bereitet worden ist. In diesem Bericht halten wir uns an die These: Es gibt in steigendem Maße gemeinsame Interessen. Diese erfordern eine Veränderung der Art, in der man zusammenarbeitet. So wird uns stärker bewußt, daß ein rascheres Tempo der Entwicklung im Süden auch den Menschen im Norden zugute kommt." (28/29)

Dieses Konzept vom mittel- und langfristigen Überwiegen gemeinsamer, auf wachsender *Interdependenz* beruhender Interessen, die Ausgangspunkt der Analyse und Hebel zur Überwindung der Konfrontation gleichermaßen sein sollen, ist prinzipiell nichts Neues[9]); es könnte jedoch in der im Brandt-Bericht vertretenen Form vor allem auf Seiten der Entwicklungsländer stärkeren Anklang finden, weil hier erstmals der Versuch gemacht zu werden scheint, die Interdependenz-These nicht nur in ideologischer Absicht zur Befestigung des durch Ungleichheit gekennzeichneten weltwirtschaftlichen Status quo zu nutzen, sondern über zahlreiche Zugeständnisse an die Forderungen der Entwicklungsländer (die im einzelnen weiter unter behandelt werden) das weltwirtschaftliche Gleichgewicht schrittweise zugunsten der Dritten Welt zu

7) Vgl. Proposal of the Group of 77 for the NEW DELHI DECLARATION AND PLAN OF ACTION, submitted on 25th january 1980 to the 3rd General Conference of UNIDO, in: „Vienna Institute for Development Special Service UNIDO III", Neu Dehli-Wien o.J. und Nr.

8) So schreibt z. B. G. Ziebura im „Vorwärts" v. 24. 1. 1980, „daß die globale Verschärfung der Ost-West-Konfrontation und die damit verbundene erneute Bipolarisierung der Weltpolitik auf unerträgliche Weise jeden Fortschritt in der Überwindung des Nord-Süd-Konflikts blockieren muß."

9) Ähnlich formuliert der Weltentwicklungsbericht der Weltbank 1979, Washington D.C. 1979, S. 133: „Grundsätzlich gilt, daß sich die Interdependenz nicht in gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen erschöpft. Ein Entwicklungskurs, der die Erde von der Plage absoluter Armut befreit und ihren Bewohnern sinnvolle Beschäftigungsmöglichkeiten und Sicherheit bietet, kann allen Nationen nur Vorteile bringen. Die internationale Gemeinschaft steht vor der Herausforderung, weitsichtige wirtschaftspolitische Initiativen zu ergreifen, um die grundlegenden gemeinsamen Interessen zu verwirklichen und sie vor schlecht beratenen Schritten auf der Jagd nach kurzlebigen Gewinnen zu bewahren."

verändern, die Interdependenz-Losung somit gleichsam als Anspruch begriffen werden kann, dessen Einlösung zu fordern ist.

Dieser Eindruck wird dadurch bestärkt, daß es ohne Zweifel eine ganze Reihe von Fragen gibt, die von ihrer Bedeutung her von wachsendem Interesse für die gesamte Menschheit sind, die gleichsam als „Menschheitsfragen" in verstärktem Maße auch der systemübergreifenden Kooperation bedürfen. Dazu gehören u. a. Frieden und Abrüstung, Hunger, Arbeit, Umweltprobleme usw.

Voraussetzung für eine realistische Strategie zur Bewältigung dieser Probleme von universellem Interesse ist jedoch, daß es gelingt, Interessen als an bestimmte gesellschaftliche Verhältnisse gebundene zu identifizieren. Klammert man, wie der Brandt-Bericht, z. B. Systemgegensätze völlig aus oder ordnet sie – in letztlich konvergenztheoretischer Sicht – den allgemeinen Überlebensfragen unter, so gelangt man entweder zu der idealistischen Vision einer harmonischen Weltgemeinschaft oder man geht implizit von der Voraussetzung aus, daß ein mittel- oder langfristiger Interessenausgleich zwischen Industrie- und Entwicklungsländern nur auf *kapitalistischer* Basis bewerkstelligt werden kann und soll. Dies negiert allerdings nicht nur die vom Brandt-Bericht durchaus zur Kenntnis genommene sozialökonomische Vielfalt der Dritten Welt und die dort rasch voranschreitenden sozialökonomischen Differenzierungprozesse – ein Indiz für die Tatsache, daß auch unter solchen gesellschaftlichen Verhältnissen die Frage der Wahl des Entwicklungswegs und damit die Option für das eine oder andere Gesellschaftssystem von immer größerer Relevanz wird; ad absurdum würde damit auch die gängige, auf ähnlichen Prämissen beruhende These geführt, daß der Nord-Süd-Gegensatz den Ost-West-Gegensatz (sprich: Systemgegensatz) in zunehmendem Maße überlagert oder gar verdrängt hat.

Daß der konzeptionelle Ansatz des Brandt-Berichts gemeinsame Interessen auf der Basis des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems definiert und sie unter der Voraussetzung gewisser Modifikationen an diesem System für durchsetzbar hält, zeigt sich u. a. an dem verschiedentlich bemühten Vergleich zwischen dem Nord-Süd-Problem und der „sozialen Frage" des 19. Jahrhunderts in den kapitalistischen Staaten Europas. (29, 44) Ähnlich wie die westlichen Industriestaaten durch Sozialgesetze, beschränkte Mitsprache- und Entfaltungsmöglichkeiten für die Arbeiterbewegung usw. eine relative Stabilisierung ihres Systems erreicht haben, soll eine Integration der Unterprivilegierten auf Weltebene angestrebt werden. Voraussetzung dafür ist: „Der Norden muß seine Mittel und seine Macht teilen; er muß bereit sein, auf Veränderungen der Funktionsweise von Märkten hinzuwirken, die gegenwärtig den Süden benachteiligt." (99) Dann bestehe die Chance, zu einer „Weltgesellschaft" zu gelangen, zu einer „neuen Ordnung", die einen „Gewinn für alle" bedeutet. (99/100) Diesem sozialreformerischen Impetus entspricht im ökonomischen Bereich die keynesianische Vorstellung, ein neuer, über massive Transfers in die Entwicklungswelt zu erreichender Kaufkraftschub sei essentiell für die Gesundung der Weltwirtschaft. Auf diese Weise könne der Süden sogar „als ‚Wachstumsmotor' für den Norden" bezeichnet werden. (87)

Durchgängig appelliert der Brandt-Bericht, wenn er von gemeinsamen Interessen spricht und diese näher aufschlüsselt, im Norden an die *langfristigen* Interessen. Er setzt damit „Weitsicht" und „Einsicht" im Norden als Grundbedingung zur Einlösung der *kurzfristigen* Interessen des Südens. Dieser Ansatz ist nicht originell[10]). Seine zentrale Schwäche liegt darin, daß aktuelle Interessendivergenzen nicht in ihrem Ursachenzusammenhang analysiert werden. Die für die Sackgasse des „Nord-Süd-Dialogs" verantwortliche Intransigenz des Westens erscheint damit nicht als systemnotwendige Konsequenz einer Politik der Interessensicherung, sondern als Regelwidrigkeit, die letzlich den Bestand des Systems in Gefahr bringt. In Wirklichkeit geht es jedoch lediglich um zwei *Varianten* der Systemsicherung. Ihre jeweiligen Exponenten werfen sich gegenseitig vor, daß ihre Ansätze das System gefährden. Letzlich reduziert sich der Streit darauf, daß beide sich moralisierend des „mangelnden politischen Willens" bezichtigen.

3. *Der Brandt-Bericht zu Kernfragen der Auseinandersetzung um eine Neue Weltwirtschaftsordnung*

3.1. *Abrüstung und Entwicklung*

Der Zusammenhang zwischen Abrüstung und Entwicklung ist in den letzten Jahren verstärkt zum Gegenstand der Debatte um eine Neue Weltwirtschaftsordnung geworden[11]). Er ist allerdings bislang noch nicht in konkrete Verhandlungen zwischen „Nord" und „Süd" aufgenommen worden.

Im Kern geht es um das eklatante Mißverhältnis zwischen dem gewaltigen Investitionsbedarf der Entwicklungsländer und der ungeheuren Verschwendung finanzieller Mittel für militärische Zwecke. Nach dem Bericht der Nord-Süd-Kommission stehen gegenwärtig weltweiten Rüstungsausgaben von annähernd 450 Mrd. Dollar pro Jahr lediglich 20 Mrd. Dollar für öffentliche Entwicklungshilfe gegenüber. (149) Hinzu kommt, daß die ohnehin knappen Mittel der Entwicklungsländer – aufgrund wachsender Waffenexporte in die Dritte Welt – in steigendem Maße zusätzlich absorbiert werden.

So wie der Entspannungsprozeß zwischen Ost und West eine wichtige Voraussetzung für das Ingangkommen konkreter Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen gewesen ist, so erscheinen heute erfolgreiche Abrüstungsmaßnahmen als Voraussetzung für die Freisetzung finanzieller Ressourcen zugunsten der Entwicklungsländer. Besonders in der gegenwärtigen Situation der Verschärfung weltweiter Spannungen besitzt deshalb das Plä-

10) Er weist, wie das ideologische Konzept des Berichts insgesamt, sehr starke Ähnlichkeiten zu Überlegungen auf, die in der Reformphase der westdeutschen Entwicklungspolitik Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre Hochkonkunktur hatten. Vgl. dazu u. a.: R. Falk, Zwischen Krisenmanagment und langfristiger Systemsicherung, Zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung, in: „Blätter", 6 und 7/1979.

11) Von Bedeutung sind hier vor allem neben den Initiativen der sozialistischen Länder und der Bewegung der Nichtpaktgebundenen folgende Berichte des UN-Generalsekretärs: Economic and social consequences of the arms race and of military expenditures. Report of the Secretary-General, United Nations, New York 1972 und: Wirtschaftliche und soziale Folgen des Rüstungswettlaufs und seine äußerst schädlichen Auswirkungen auf Frieden und Sicherheit in der Welt. Bericht des Generalsekretärs vom 1. 9. 1977, hrsg. v. d. Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (= UN-Texte 23), o. O., o. J.

doyer des Brandt-Berichts für „eine Fortsetzung des Entspannungsprozesses in Form von Abkommen über vertrauensbildende Maßnahmen" (159) zum Abbau des gegenseitigen Mißtrauens für sich genommen bereits einen hohen politischen Stellenwert. Es hätte allerdings wesentlich konkreterer Vorschläge bedurft, um dem aus dem Mißverhältnis von Rüstungs- und Entwicklungsausgaben erwachsenden Imperativ gerecht zu werden. Eine internationale Abgabe auf Waffenexporte und Militärausgaben, wie sie der Brandt-Bericht vorschlägt, kann – ihre Realisierungschance vorausgesetzt – zusätzliche Mittel aufbringen. Sie ist aber in jedem Falle nur ein indirektes Instrument, dessen Durchschlagskraft – ähnlich z. B. der diversen Gewinnbesteuerungspolitiken im nationalstaatlichen Rahmen – darüber hinaus höchst ungewiß erscheint.

Um rasch zusätzliche Finanzmittel zur Realisierung einer Neuen Weltwirtschaftsordnung zu bekommen, muß eine direkte Veränderung der Verwendungsstruktur der weltweiten Ressourcen durchgesetzt werden. Dies ist nur möglich, wenn es im Gefolge echter Abrüstungsschritte zu effektiven Einsparungen in den nationalen Staatshaushalten kommt. Daß der Brandt-Bericht zwar allgemein die Notwendigkeit postuliert, Militärausgaben in Entwicklungsprojekte umzulenken, aber keinen einzigen konkreten Abrüstungsvorschlag unterbreitet, ist in diesem Sinne fatal.

Erkennt man Abrüstung als wichtige und unverzichtbare Voraussetzung für die Verwirklichung einer Neuen Weltwirtschaftsordnung, so fällt schwer zu übersehen, daß die sozialistischen Länder in der UNO seit 1973, als die Sowjetunion im UN-Sicherheitsrat vorschlug, dessen Ständige Mitglieder sollten ihre Verteidigungsausgaben um 10 % zugunsten der Hilfe für die Dritte Welt reduzieren, eine Reihe von konkreten Vorschlägen mit diesem Ziel unterbreitet haben. Daß der Brandt-Bericht keinen einzigen davon auch nur zur Kenntnis nimmt, erhöht nicht gerade die Glaubwürdigkeit und die Durchsetzungschance der dort durchgängig erhobenen Forderung, das sozialistische Lager solle sich – ungeachtet dessen anderer Schwerpunktbestimmung bei der Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern – stärker an der Finanzierung der weltweiten Entwicklungskosten beteiligen.

3.2. *Ressourcentransfer und Entwicklungsfinanzierung*

Der Brandt-Bericht läßt keinen Zweifel daran, daß in den nächsten zehn Jahren eine massive Erhöhung der finanziellen Transfers in die Dritte Welt notwendig ist. Gestützt auf verschiedene internationale Schätzungen kommt die Kommission zu dem Schluß, daß erst ab einer Verdoppelung der gegenwärtigen 20 Mrd. Dollar öffentlicher Entwicklungshilfe von befriedigenden Fortschritten die Rede sein kann. Der Bericht plädiert für die Aufstellung verbindlicher Zeitpläne, damit das Ziel von 0,7 % des Bruttosozialprodukts für öffentliche Hilfe (1978 lagen die durchschnittlichen Leistungen der OECD-Länder bei nur 0,35 %) bis spätestens 1985 erreicht werden kann. Dann, und wenn die Mobilisierung weiterer Quellen für ein Sofortprogramm gelingt (gedacht ist u. a. an verstärkte Kredite aus der privaten Wirtschaft auf Kofinanzierungs-

oder Garantiebasis, an eine Ausweitung der Ausleihen der Weltbank und der mit ihr liierten regionalen Entwicklungsbanken, an eine Heranziehung der IWF-Goldbestände zur Entwicklungsfinanzierung), wäre es möglich, bereits Mitte der 80er Jahre „einen zusätzlichen Kapitalstrom in die Entwicklungswelt (zu erreichen), der sich . . . auf eine Summe von 50–60 Milliarden Dollar jährlich belaufen würde". (346) Diese Projektion steht im Einklang mit den Forderungen der Entwicklungsländer, die in ihrer Neu-Delhi-Deklaration einen zusätzlichen Ressourcentransfer von 300 Mrd. Dollar für die Dritte Dekade verlangt haben[12]).

Die Notwendigkeit einer substantiellen Erhöhung des Ressourcentransfers in die Dritte Welt wird im Brandt-Bericht nicht nur mit den Bedürfnissen der Entwicklungsländer begründet. Entsprechend dem Konzept der gemeinsamen Interessen und der These vom Süden als dem „Wachstumsmotor des Nordens" wird argumentiert:

– Die nichtausgelasteten Kapazitäten im Norden zeigten den Spielraum für einen großangelegten Kapitaltransfer. (298)

– Aufgrund des Wandels in der Zusammensetzung der Kapitalströme in die Entwicklungsländer, in dessen Zuge die Aufnahme von privaten Krediten (zu entsprechend harten Konditionen) die öffentlichen Transfers seit einigen Jahren übersteigt, drohe „eine ernste Krise auf den Kapitalmärkten". (301)

– Bei wachsender Abhängigkeit des Nordens von den Absatzmärkten des Südens bedrohe ein Liquiditätszusammenbruch des Südens Wachstum und Arbeitsplätze in den Industrieländern.

– Eine neue Flut von Überschüssen aus Ölexporten bedrohe zusätzlich die internationale Geldwertstabilität und mache staatliche Regulierungsmaßnahmen erforderlich, um das „Recycling" nicht länger dem internationalen Kapitalmarkt und Privatbanken allein zu überlassen, sondern die jetzt vagabundierenden Öldollars an Kreditnehmer in der Dritten Welt weiterzuverleihen. (300)

– Generell bewirke – so hat die Kommission errechnen lassen – ein zusätzlicher Geldtransfer von 20 Mrd. Dollar jährlich in die nichterdölproduzierenden Entwicklungsländer eine Erhöhung der OECD-Exporte von jahresdurchschnittlich 3 %. (301)

Die Möglichkeiten, Entwicklungshilfe als Instrument globaler Krisenbekämpfung einzusetzen, sind in jüngster Zeit mit unterschiedlicher Intention diskutiert worden[14]). Im günstigsten Falle handelt es sich dabei um den Ver-

12) Vgl. Anm. 7), S. 6.

13) Entfällt.

14) Vgl. z. B. auch die Rede F. Castros auf der Vorbereitungstagung der Gruppe der 77 für UNIDO III. Dort heißt es: „Wir sind überzeugt, wenn wir die finanziellen Ressourcen der großen Zentren des Weltkapitalismus, die jetzt als Überschüsse die eigenen Geldmärkte belasten, zusammenfassen und mit denen der ölproduzierenden Länder und den Beiträgen der sozialistischen Länder verbinden und dazu noch die bescheidenen, aber sicherlich entschiedenen und mit Enthusiasmus in Angriff genommenen Beiträge der fortgeschrittenen unter uns Entwicklungsländern hinzufügen, dann wird der Aufbruch zu einer großangelegten Industrialisierung zu einer Wiederbelebung der Weltwirtschaft führen, zum Wohl auch der westlichen Ökonomien, die in den letzten Jahren eine Rezession nach der anderen durchgemacht haben." „Granma", Weekly Review, Havanna, 30. 12. 1979.

such, die negativen Auswirkungen der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise auf die Entwicklungsländer abzumildern, in keinem Falle jedoch um eine Strategie, die auf die Beseitigung von Krisenursachen gerichtet ist. Dies gilt vor allem dann, wenn ein solches Programm der Nachfrageinduzierung nicht von energischen Schritten zur Einschränkung der Macht der internationalen Konzerne begleitet ist. Gerade deren neokoloniales Ausbeutungssystem entzieht den Entwicklungsländern nach vorsichtigen Schätzungen heute pro Jahr zwischen 50 und 100 Mrd. Dollar[15]). Bleibt dieses System unangetastet, so wirken massive Transfers zwar als Überbrückung von prekären Liquiditäts- und Zahlungsbilanzengpässen. Im Kern handelt es sich dabei dann jedoch um internationale Subventionsleistungen an diejenigen Konzerne, die marktbeherrschend sind.

Noch ungewisser sind die Wirkungen derartiger Nachfragesteigerungen auf dem Weltmarkt für die Weltwirtschaft insgesamt und die Krisenprozesse in den kapitalistischen Industrieländern selbst. Auch hier kann zwar ein gewisser Nachfrageeffekt erwartet werden. Sofern die Mittel aus dem Haushalt aufgebracht werden, muß dies jedoch nicht einmal eine zusätzliche Nachfrage sein. Es kann sich auch um bereits vorhandene – über den Staatshaushalt umverteilte – Nachfrage handeln. Die Krisenhaftigkeit der Wirtschaftsentwicklung wird damit jedoch bestenfalls temporär abgemildert werden können. Damit einher ginge eine Verschärfung der internationalen Konkurrenz um die Aneignung zusätzlicher, fremder Kaufkraft, aus der mit großer Wahrscheinlichkeit diejenigen Kapitale, die ohnehin über eine starke Position auf dem Weltmarkt verfügen, gestärkt hervorgingen. Dies bedeutet aber, daß es zu einer erneuten Verstärkung der ungleichen Entwicklungstendenzen in der Weltwirtschaft käme.

In der gegenwärtigen kapitalistischen Weltwirtschaftskrise kulminieren synchron auftretende *nationale* Überakkumulationskrisen. Internationale Stimulierungsversuche über die Nachfrageseite können deshalb in jeden Falle nur von beschränkter Wirkung sein.

Um zusätzliche Mittel zur Entwicklungsfinanzierung zu mobilisieren, hält der Brandt-Bericht automatische Transfers für notwendig. Zweck dieses Konzepts ist vor allem ein höheres Maß an Verbindlichkeit, Kontinuität und Vorausplanbarkeit der zu erwartenden Entwicklungshilfezuflüsse in den Entwicklungsländern. Diese Mittel sollen vor allem über ein internationales Steuer- und Abgabensystem auf den internationalen Handel, Waffenexporte und den internationalen Gemeinbesitz wie die Meeresbodenschätze bereitgestellt werden. Zur technischen Umsetzung des Konzepts hält die Kommission „gewisse Elemente dessen, was man eine ‚internationale Regierung' nennen könnte, schon jetzt" für angezeigt (31), ohne darauf detaillierter einzugehen[16]).

15) Vgl. Der RIO-Bericht an den Club of Rome: Wir haben nur eine Zukunft. Reform der internationalen Ordnung, Leitung: Jan Tinbergen, Opladen 1977, S. 26.

16) Ähnlich forderte bereits der RIO-Bericht (vgl. Anm. 15), S. 149) ein internationales Besteuerungssystem.

Die kapitalistischen Industrieländer haben es bislang stets entschieden abgelehnt, sich auf automatische Transfers festzulegen, während die Entwicklungsländer dies massiv fordern. Es ist jedoch höchst fraglich, ob der vom Brandt-Bericht vorgeschlagene Weg, der mit einer Abgabe beträchtlicher Kompetenzen des Nationalstaats an eine internationale Institution verbunden wäre, in der gegenwärtigen Situation zugespitzter Konkurrenzverhältnisse hier einen Ausweg darstellt. In welcher Form diese notwendigen Transfers schließlich erfolgen werden, läßt sich heute schwer abschätzen. Eine höhere Zahlungsbereitschaft kann jedoch eher von einer Verstärkung des politischen Drucks, den die Dritte Welt entfalten muß, erwartet werden als vom Vertrauen auf die Einsicht in „gemeinsame Interessen".

3.3. Rohstoffe und Energie

Rohstoffragen wurden von allen Einzelproblemen des Kampfes um eine Neue Weltwirtschaftsordnung in den vergangenen Jahren am heftigsten diskutiert. Hier gibt es auch seit der Grundsatzentscheidung über den Gemeinsamen Fonds des Integrierten Rohstoffprogramms (IRP) der UNCTAD vom März 1979 einen ersten konkreten Verhandlungsfortschritt. Der Brandt-Bericht folgt im wesentlichen den Kompromissen, die sich hier abgezeichnet haben. Seine Empfehlungen laufen auf eine Verstärkung derjenigen Punkte hinaus, die im Sinne des Konzepts gemeinsamer Interessen für konsensfähig gehalten werden.

Damit wird jedoch auch die im Zuge dieser Kompromißbildung eingetretene Verwässerung der ursprünglichen Konzeption des IRP mitvollzogen. Vom Ansatz her geht es lediglich darum, Funktionsschwächen, Unzulänglichkeiten und Mängel des internationalen Rohstoffmarktes zu korrigieren. Dies bedeutet aber, daß die Grundlagen des internationalen Austausches unangetastet bleiben. Dieser zirkulationsorientierte Ansatz war freilich im IRP als zentrale Schwäche von Anfang an inbegriffen. Das Interesse galt vornehmlich der Entwicklung von Marktregulierungsinstrumenten, die eine Verstetigung der Exporterlöse der Entwicklungsländer garantieren sollten.

Als aktuell vorrangiges Ziel internationaler Rohstoffpolitik sieht der Brandt-Bericht aufgrund der herausragenden Bedeutung dieses Sektors in der Mehrzahl der Volkswirtschaften der Entwicklungsländer eine Stabilisierung der Exportpreise an. Dies sieht er im Einklang mit den Interessen der Industrieländer an Versorgungssicherheit, stabileren Preisen und Inflationsabbau. Als zentrales Stabilisierungsinstrument gelten internationale Rohstoffabkommen, die durch den Gemeinsamen Fonds finanziert werden sollen. Dort, wo es zu keinen internationalen Rohstoffabkommen kommt, soll der Fonds die Bildung nationaler Vorratslager anregen – ein weiterer Abstrich an dem umfassenden Interventionsmechanismus, den ein System fest mit dem Fonds verbundener Ausgleichslager (buffer stocks) ursprünglich bilden sollte.

Alles dies ist gleichsam im Sinne der vornehmlich von westdeutschen Politikern geforderten „marktgerechten Ausgestaltung" des IRP. Wo der Bericht

die Verhandlungsfront der Entwicklungsländer gegen Widerstände aus dem kapitalistischen Lager aktuell verstärken könnte, ist im Bereich der Weiterverarbeitung der Rohstoffe. Hier plädiert er vehement für die Maßnahmen des „Zweiten Schalters", der Finanzierungsmittel für Lagerung, Verarbeitung, Absatz, Produktivitätsverbesserung und Diversifikation bereitstellen soll. (199) Gleiches gilt für die Anprangerung des Zustands, daß die Importzölle der kapitalistischen Staaten immer noch proportional zum Verarbeitungsgrad der Erzeugnisse steigen. (180)

Während der Brandt-Bericht für den Rohstoffhandel generell Erzeugerkartelle und Produzentenzusammenschlüsse als „ungesund" (191) für die internationale Zusammenarbeit ablehnt und auch Preismaximierungsstrategien zurückweist, sieht er sich im Bereich von Energie und Erdöl zu größeren Zugeständnissen veranlaßt. Hier plädiert er angesichts der realen Macht der OPEC, im Interesse geregelter Ölversorgung und zur Verhinderung abrupter Preissprünge sogar für „voraussagbare und schrittweise reale Preiserhöhungen" (345) entsprechend dem Preisanstieg für Industriegüter und kommt damit nahe an die Forderung nach einer Indexierung, d. h. einer Koppelung der Rohstoffpreise an die Industriegüterpreisentwicklung, heran.

Das Bemühen um Anpassung wird auch dort deutlich, wo der Bericht konstatieren muß, daß das überkommene System der Ausbeutung der Rohstoffe der Dritten Welt unter der Ägide der internationalen Konzerne zusammengebrochen ist. (195) Hier bedürfe es – um den wachsenden Bedarf an Rohstoffen und Energie langristig überhaupt noch decken zu können – einer „multilateralen Finanzierungseinrichtung", die in der Lage ist, die zurückgegangene Investitionsbereitschaft der Multis zu kompensieren. Auf diese Weise soll die Beschleunigung des Abbaus und der Exploration von Rohstoffen in den Entwicklungsländern mit wachsenden Anteilen der Regierungen der Gastländer an den Gewinnen im Rohstoffsektor verknüpft werden. Den größten Bedarf gibt es dabei nach Ansicht der Nord-Süd-Kommission bei „Finanzen für eine angemessene Beteiligung der Regierungen der Gastländer an gemeinsamen Bergbauunternehmen und an den Kosten zur Weiterverarbeitung der Bodenschätze in den Entwicklungländern". (198)

3.4. Industrialisierung, internationale Konzerne und Technologietransfer

Die Industrialisierung der Entwicklungsländer wird von der Kommission als wichtiges Mittel und Ausdruck gesamtwirtschaftlichen Fortschritts und Entwicklung anerkannt; das Lima-Ziel des UNIDO (im Jahre 2000 einen 25%igen Anteil an der Weltindustrieproduktion zu erreichen) wird für möglich gehalten, wenn auf dem Weltmarkt keine zusätzlichen Barrieren für den Industrieexport der Entwicklungsländer aufgerichtet werden. Industrialisierung wird in dem Bericht jedoch durchweg wesentlich als Problem der beständigen Ausweitung des Industrieexports angesehen. Die Nord-Süd-Kommission konstatiert ein starkes Wachstum des Anteils der Industriegüter am Export der Entwicklungsländer in den letzten 20 Jahren (von 10 % 1955 auf 40 % 1975), vermerkt aber auch eine sehr ungleiche Konzentration dieses Zuwachses auf

nur sehr wenige Länder. Vor allem wird die Notwendigkeit der Anpassung der Wirtschaftsstrukturen der OECD-Länder an diesen Entwicklungstrend hervorgehoben und jeder Form des Protektionismus eine Absage erteilt. Dies sei auch letztlich im Interesse der entwickelten Industrieländer, da nur auf diese Weise eine dynamische, produktive Reallokation der Ressourcen stattfinden und das Gleichgewicht bezüglich der Beschäftigungsmöglichkeiten gewahrt werden könne. Es wird darauf hingewiesen, daß der Wegfall von Arbeitsplätzen durch vermehrte Industrieimporte aus den Entwicklungsländern kompensiert würde durch vermehrte Exportmöglichkeiten in die Entwicklungsländer. Umschulungen, vorausschauende Planungen und multilaterale, langfristige Vereinbarungen sollen diesen säkularen Umstellungsprozeß in seinen Brüchen und negativen Auswirkungen kontrollierbar zu machen. Der einzige Vorbehalt gegen den Sinn einer exportorientierten Industrialisierung wird bezüglich der Arbeitsbedingungen in den Entwicklungsländern vorgetragen: Durch extrem schlechte Arbeitsbedingungen in den exportorientierten Industriebereichen sollte kein „ungerechter Wettbewerb" möglich werden auf Kosten der Arbeitskräfte in den Entwicklungsländern, aber auch auf Kosten der Arbeitskräfte in den entwickelten kapitalistischen Industrieländern. (229 f.)

Kritisch ist zu bemerken, daß die schmale Basis und die Zerbrechlichkeit gemeinsamer Interessen gerade in diesem zentralen Punkt kaum angedeutet wird; die Hilflosigkeit der Kommission schlägt sich schließlich darin nieder, daß sie in Perioden weltwirtschaftlicher Rezession bzw. struktureller Stagnation nur noch auf das „Fingerspitzengefühl" und den „Einfallsreichtum" (221) der Regierungen vertrauen kann.

Zudem findet eine eingehende und kritische Prüfung der Implikationen einer exportorientierten Industrialisierung für die Entwicklungsländer nicht einmal in Ansätzen statt. Die vielfachen Kritiken bezüglich der enormen internen Vorleistungen der Entwicklungsländer hierfür, der häufig sich bald als Fehlinvestition herausstellende Aufbau von Exportkapazitäten, die Monokulturisierung auf industrieller Ebene, die Festlegung und Konzentration der Entwicklungsländer auf arbeitsintensive Fertigungsprozesse usw. usf. tauchen in dem Bericht noch nicht einmal als Problempunkte auf. Auch andere problematische Seiten des Industriealisierungsprozesses unter kapitalistischen Bedingungen werden weitgehend ausgespart: So z. B. das Problem der Monopolisierung der Produktion und der Märkte, das Problem der chronischen Unterauslastung der Kapazitäten, des damit verbundenen hohen Preisniveaus für viele Industriewaren in Entwicklungsländern, das Problem des Verhältnisses der Produktions- und Industriezweigstruktur zu der Einkommensschichtung und der damit gegebenen geringen und strukturell begrenzten effektiven Nachfrage.

Auch wird die so elementare Frage nach der Beschäftigtenabsorption durch die Art, den Rhythmus und die Orientierung des Industrialisierungsprozesses nicht weiter problematisiert. Daher fällt es dem Kommissionsbericht leicht, die Konflikte der Entwicklungsländer mit den Multis als regulierbar hinzu-

stellen. Zwar wird relativ ausführlich auf Interessendivergenzen und Spannungen zwischen transnationalen Konzernen und Entwicklungsländern eingegangen; auch politische Interventionen seitens der multinationalen Konzerne werden nicht verschwiegen. Doch müsse schließlich die Frage in den Vordergrund gestellt werden, inwieweit es möglich ist, „die unterschiedlichen Interessen von Anfang an miteinander in Einklang zu bringen". Denn: „Der Norden wie der Süden haben ein Interesse an effektivem Kapital- und Technologietransfer, der in Form von gesteigerter Produktion, erweitertem Handel und mehr Arbeitsplätzen großen Nutzen bringen kann." (239) Der Bericht glaubt, daß durch Stärkung der Verhandlungsmacht der Entwicklungsländer und durch langfristige Regelungen ein Zustand geschaffen werden könne, in dem sich der beiderseitige Nutzen sogar gegenseitig verstärkt. Die Verbesserung der Verhandlungsposition der Entwicklungsländer gegenüber den transnationalen Konzernen kann, wie der Bericht ausführt, auf verschiedene Weise erreicht werden: einmal durch die Hilfe von internationalen Körperschaften bezüglich der Beratung der Entwicklungsländer, dann durch den Einsatz des Gewichts der Gewerkschaften gegenüber den multinationalen Konzernen und ihren Regierungen und schließlich dadurch, daß die Entwicklungsländer selbst einen größeren Überblick über die verwandten Technologien bekommen und davon ausgehend eine selektive Politik gegenüber den Wünschen der transnationalen Konzerne einschlagen können.

In diesem Zusammenhang wird die Idee eines internationalen Verhaltenskodex, der die wechselseitigen Interessen fixieren sollte, prinzipiell bejaht, wobei das Problem des Verbindlichkeitsgrades allerdings offenbleibt. Darin sollten Richtlinien für Fragen wie moralisches Verhalten, Offenlegung von Informationen, wettbewerbbeschränkende Geschäftspraktiken, Kartelle und Arbeitsbedingungen aufgestellt werden. Zusätzlich regt der Bericht Abmachungen zwischen Regierungen auf dem Gebiet der Steuerpolitik, der Kontrolle von Verrechnungspreisen usw. an. Schließlich werden „faire Verträge" zwischen den Entwicklungsländern und den transnationalen Konzernen als Stabilisierungselement und zur Vermeidung von Konflikten angeregt. In Bezug auf das heftig umstrittene Problem Souveränität/Enteignungsrecht nach nationalen Grundsätzen befindet sich im Bericht folgende, wenig griffige Kompromißformulierung: „Wir erkennen das Recht souveräner Staaten an, Investitionen – auch ausländische Investitionen – zu verstaatlichen. Doch muß Verstaatlichung von angemessener und wirksamer Entschädigung begleitet sein, die international vergleichbaren Grundsätzen gehorcht." (242)

Bezüglich des Problemkomplexes Technologietransfer führt die Kommission aus, daß der Markt für den Verkauf und für den Kauf von Technologie große Mängel aufweise und daß die strenge Auslegung des Privateigentums in Bezug auf Patente und Lizenzen nur unzureichend dem öffentlichen Interesse an der Verwendung von Patenten – gerade angesichts der akuten Notsituation in den Entwicklungsländern – gerecht werde. Auch hier weist der Bericht verschiedenen internationalen Organisationen und noch einzurichtenden Körperschaften und Institutionen eine wesentliche Hilfestellung für die Verstär-

kung der Verhandlungsposition der Entwicklungsländer zu: internationale Beratungsstellen, internationale Forschungszentren, die sich auf spezielle Probleme der unterentwickelten Länder konzentrieren, internationale Umverteilung der finanziellen Mittel für die Forschung usw. usf..

Kritisch ist zu dem Komplex „Multis, Technologietransfer" zu bemerken: Die Triebkräfte und die Motivationsstruktur der transnationalen Konzerne werden trotz der Aufzählung einzelner Elemente kaum ausreichend beschrieben und analysiert. Die „Verfehlungen" und Übergriffe der transnationalen Konzerne auf die ökonomischen und politischen Eigeninteressen der Entwicklungsländer werden als gelegentliche Abweichung verstanden, die aus Unbedachtsamkeit, moralischer Unreife und aus dem Defizit an rechtlichen Regelungen resultieren. Die objektiven Zwänge, die das Handeln der transnationalen Konzerne bestimmen, werden in anderen vergleichbaren Berichten wesentlich scharfsinniger gesehen[17]).

Die Kommission scheint davon auszugehen, daß die ausländischen Konzerne wesentlich zu dem Industrialisierungsfortschritt beitragen und in dem Maße, in dem diese Erfolge erzielt werden, die Entwicklungsländer bzw. die Regierungen und Staaten der Entwicklungsländer in ihrer Verhandlungsposition gegenüber den multinationalen Konzernen quasi automatisch gestärkt werden[18]). Eine solche eigentümliche Dialektik existiert jedoch nicht, sondern hängt wesentlich von der Spezifik der Klassenstrukturen in den jeweiligen Ländern ab.

Schließlich wird nicht überdacht, inwieweit die Strategie einer an den Grundbedürfnissen orientierten Industrialisierung mit den spezifischen Aktionsparametern der multinationalen Konzerne zusammenzubringen ist; es gibt eine Reihe von wichtigen Gründen dafür, daß die Struktur und Ausrichtung der transnationalen Konzerne einer solchen Grundbedürfnisstrategie – sowohl im Bereich der landwirtschaftlichen wie auch der industriellen Produktion – entgegenstehen[19]).

17) Vgl. z. B. die wesentlich überzeugenderen Ausführungen über die Struktur und Handlungszwänge der multinationalen Konzerne und ihre jeweilig unterschiedlichen Handlungsparameter im RIO-Bericht (Anm. 15), S. 176).

18) Vgl. z. B. die in eine ähnliche Richtung weisende Bemerkung von Klaus Eßer (Lateinamerika. Industrialisierungsstrategien und Entwicklung, Frankfurt/M. 1979 S. 38): „Aber gerade, wenn ausländische Konzerne sich in einem Land massiv engagieren, sind Wachstum der wirtschaftlichen Aktivitäten des Staates und Stärkung seiner machtpolitischen Position fast unausbleibliche Folgeerscheinungen."

19) Siehe zu diesem Problemkompex: K. Griffin, Multinational Corporations and Basic Needs Development, in: „Development and Change", 8/1977, S. 61–76. Besonders folgendes: „Das Wachstum multinationaler Konzerne verläuft strukturell oligopolitisch und seine gegenwärtige Form ist gegründet auf fortgeschrittener Technologie und raffinierten Marketing-Techniken, die noch durch die Vorteile der Großserienproduktion ergänzt werden. Es sollte deutlich werden . . ., daß diese Form oligopolitischen Wachstums, seine internationale Ausdehnung und die dieses Wachstum erleichternden und begleitenden grundlegenden Kräfte, unvereinbar mit der Entwicklung der Grundbedürfnisse sind – ungeachtet der politischen Maßnahmen, die von einer Regierung ergriffen werden."

3.5. *Reform der internationalen Institutionen: „Machtteilung"*

Ein wesentlicher Bestandteil des vom Brandt-Bericht vorgeschlagenen Programms für einen „internationalen Interessenausgleich" sind weitgehend Reformen der internationalen Institutionen, insbesondere des IWF und der Weltbank. Denn: „Eine wirkliche, im Unterschied zu einer scheinbaren, Übereinstimmung erfordert eine gleichere Repräsentation." (313) Angesichts der kapitalistischen Krisenprozesse in der Weltwirtschaft, der Unsicherheiten, die von der internationalen Währungsordnung nach dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems ausgehen, der gewachsenen politischen und ökonomischen Macht der Entwicklungsländer seit Beginn der 70er Jahre usw. werde „im Wesentlichen ein Schritt zu mehr Gleichstellung und Partnerschaft gebraucht", der „im Lauf der Zeit das Mißtrauen durchbrechen und Vertrauen aufbauen (wird). Die vorhandenen Institutionen", so der Bericht, „sollten diese Richtung einschlagen, und jede neue sollte einem Entscheidungsprozeß den Vorzug geben, bei dem die Stimmen gleichmäßiger unter Industrie- und Entwicklungsländern aufgeteilt sind." (313)

Die entsprechenden Empfehlungen sind auf mehr politische Gleichberechtigung und Mitsprache der Dritten Welt gerichtet. Ungeachtet der spezifischen, von sozialpartnerschaftlichen Vorstellungen getragenen Hintergründe, vor denen auch dieser Teil des Brandt-Berichts gesehen werden muß, verstärken sie die Forderungen der Entwicklungsländer an einem zentralen Teilabschnitt der aktuellen Auseinandersetzung. Dies gilt insbesondere in Bezug auf das Plädoyer für eine Revision der Stimmanteile und Managementstruktur beim IWF und der Weltbank, mit der von der bisherigen Praxis abgegangen werden soll, den politischen Einfluß an die Höhe der Kapitaleinlagen der einzelnen Länder zu koppeln.

Eine erhebliche Beeinträchtigung dieser institutionellen Machtposition der kapitalistischen Industrieländer kann auch von einer neuen Institution wie dem von der Nord-Süd-Kommission geforderten Weltentwicklungsfonds ausgehen, der das vorgesehene massive Transferprogramm in die Dritte Welt kanalisieren soll und damit über trächtliche finanzielle Mittel verfügen würde. In diesem Zusammenhang spricht der Bericht davon, daß dem Fonds eine Katalysatorfunktion für die Umstrukturierung des gesamten Systems der internationalen Finanzierungsinstitutionen zukommen können. (316)

Nicht minder bemerkenswert ist die Kritik der Nord-Süd-Kommission an dem restriktiven Auflagensystem des IWF bei Inanspruchnahme seiner Mittel durch Entwicklungsländer. „Tatsächlich hat die Beharrlichkeit, mit der der Fonds auf der Durchführung drastischer Maßnahmen bestand – oft im zeitlichen Rahmen von nur einen Jahr –, nicht selten den ärmsten Ländern unnötige und unannehmbare politische Lasten aufgeladen, die gelegentlich zu ‚IWF-Aufständen' und sogar zum Sturz von Regierungen führten." (271) Die Kritik richtet sich vor allem dagegen, daß der vom IWF verfolgte monetaristische, auf Geldmengenreduktion und Währungsabwertungen gerichtete Ansatz in vielen Entwicklungsländern zur Verknappung von Lebensmitteln und notwen-

digen Konsumgütern geführt hat und das Massenelend auf diese Weise noch verschlimmert wurde. Der Brandt-Bericht verlangt deshalb eine Lockerung der Auflagenpolitik des IWF, eine Ausweitung der Sonderziehungsrechte für Entwicklungsländer und eine stärkere Ausrichtung seiner Richtlinien an entwicklungspolitischen Erfordernissen.

4. Erste Reaktionen und Ausblick

Überblickt man die Empfehlungen der Nord-Süd-Kommission zu den wichtigsten Punkten der Auseinandersetzung um eine Neue Weltwirtschaftsordnung, so fällt es schwer eine eindeutig positive oder negative Bewertung zu formulieren. In vielen, teilweise wichtigen Einzelfragen unterstützt der Bericht die Forderungen der Dritten Welt nach Demokratisierung und mehr Gleichberechtigung in der Weltwirtschaft. Dies gilt insbesondere für die Forderungen nach massiven finanziellen Transfers, nach einer Beseitigung der Preisschwankungen auf den internationalen Rohstoffmärkten und nach institutionellen Veränderungen in der Weltwirtschaft. Im Grundsatz positiv ist auch die Tatsache, daß der Brandt-Bericht die Aufmerksamkeit stärker auf den Zusammenhang von Abrüstung und Entwicklung lenkt, wenngleich konkrete Vorschläge zu effektiven Abrüstungsschritten nicht formuliert werden. In all diesen Fragen kann der Bericht von den Entwicklungsländern genutzt werden, um der Dringlichkeit und Berechtigung ihrer Forderung nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung in der internationalen Öffentlichkeit und bei Verhandlungen mit den Industrieländern mehr Nachdruck zu verleihen.

Auch das Insistieren der Brandt-Kommission auf den Abbau des internationalen Protektionismus knüpft an den Forderungen der Entwicklungsländer unmittelbar an. Gleichwohl leitet dies zu der – wie es scheint – zentralen Schwäche des Berichts über, die in dem vorgeschlagenen Industrialisierungschema und der Behandlung der Rolle der internationalen Konzerne zum Ausdruck kommt. Hier fällt der Bericht nicht nur hinter den erreichten Stand der theoretischen Diskussion zurück. Das vorgeschlagene „Regime für internationale Investitionen" (241) ist geeignet, einen seit den 60er Jahren ohnehin angelaufenen Trend noch zu verstärken, im Zuge dessen sich die internationalen Konzerne zusehends der neuen Verarbeitungsindustrien in der Dritten Welt bemächtigen und als Organisatoren einer neokolonialen Arbeitsteilung zwischen „Nord" und „Süd" auf der Basis technologischer Abhängigkeitsverhältnisse und der Ausschöpfung eines wohlfeilen Arbeitskräftereservoirs wirken[21]). Effektive Vorschläge zur Einschränkung der Macht der internationalen Konzerne unterbreitet der Bericht der Nord-Süd-Kommission nicht. Er ist in diesem Punkt sogar geeignet, die Bemühungen fortschrittlicher Entwicklungsländer um eine Unterbindung der neokolonialen Ausbeutung zu desavouieren, wenn gefordert wird, diese sollten „den laufenden Transfer von Profiten, Lizenzgebühren, Dividenden oder Rückführung von Kapital ins Heimatland nicht einschränken, solange dies in Übereinstimmung mit Abmachungen geschieht, die bei der ursprünglichen Billigung der Investition oder bei anschließenden Neuverhandlungen getroffen worden sind". (241). Ge-

rade dieser neokolonialen Mittelabfluß jedoch muß gestoppt und das ungleiche Vertragssystem, auf dem es beruht, muß zumindest gründlich revidiert werden, wenn von echter ökonomischer Befreiung die Rede sein soll.

Dem ambivalenten Charakter des Brandt-Berichts entspricht das geteilte Echo, das seine Empfehlungen bisher in der Bundesrepublik gefunden haben. Daß der entwicklungspolitische Sprecher der CDU/CSU im Bundestag, Jürgen Gerhard Todenhöfer, schnell mit Sprüchen von einem „falschen sozialistischen Denkansatz" und einer „bedenklichen Neigung zu bürokratischen Lösungen" zur Hand war, ist nicht verwunderlich[22]). Differenzierter, jedoch mit beachtlicher Sensibilität für die aktuellen Prioritäten imperialistischer Systemsicherungspolitik beklagte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (am 19. 3. 1980), „daß die Kommission vom Markt wenig hält, dafür aber umso mehr von globalen Institutionen, internationalen Abkommen und einer Politik des Füllhorns". Ihr „allergrößtes Mißtrauen" richtet sich gegen „die Vorschläge zur Reform von Weltbank und Weltwährungssystem", besonders gegen „massive Mitbestimmung der Entwicklungsländer" und die „Aufweichung" der Kreditkonditionen.

Positiver fiel naturgemäß die Reaktion auf sozialdemokratischer Seite aus. Der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, Uwe Holtz (SPD), sprach von einem „Anstoß zum Handeln", der Anlaß sein sollte, längst auf SPD-Parteitagen gefaßte Beschlüsse in die Praxis umzusetzen und die Parteibasis für die Durchsetzung entwicklungspolitischer Ziele zu mobiliseren[23]).

Von offizieller Regierungsseite soll eine Stellungnahme zum Brandt-Bericht erst nach „sorgfältiger Prüfung" der einzelnen Vorschläge abgegeben werden. Zu erwarten ist allerdings in jedem Fall, daß das ideologische Grundkonzept des Berichts als propagandistisches Rechtfertigungsmuster in der Auseinandersetzung mit der Dritten Welt Verwertung finden wird. Im kürzlich veröffentlichten „Vierten Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung" wird erstmals der Versuch gemacht, unter der Überschrift „Interdependenz und gemeinsame Interessen" zu fünf Bereichen der Nord-Süd-Auseinandersetzung gemeinsame Interessen zu formulieren[24]). Es wird allerdings kein Zweifel daran gelassen, auf welcher Basis die daraus abgeleiteten „gemeinsamen Anstrengungen" stattfinden sollen: „Auch die Bundesregierung", heißt es dort, „tritt für eine neue Weltwirtschaftsordnung ein, sieht in ihr aber eine systemkonforme (!) Weiterentwicklung und Verbesserung der bestehenden Weltwirtschaft." Im „Nord-Süd-Dialog" gehe es ihr vor allem

20) Entfällt.
21) Vgl. z. B. die Studie: F. Fröbel/J. Heinrichs/O. Kreye, Die neue internationale Arbeitsteilung. Strukturelle Arbeitslosigkeit in den Industrieländern und die Industrialisierung der Entwicklungsländer, Reinbek bei Hamburg 1977.
22) „Handelsblatt" v. 21. 12. 1979.
23) „Vorwärts" v. 6. 3. 1980.
24) Vgl. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Hrsg.), Vierter Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung, März 1980, S. 11 ff.

darum, „Lösungen für die anerkannten Probleme zu finden, ohne dabei die Grundzüge der bestehenden Weltwirtschaftsordnung aufzugeben"[25]).

Dies ist ein zusätzlicher und deutlicher Hinweis darauf, daß das, was von den materiellen und tendenziell strukturverändernden Empfehlungen des Brandt-Berichts wird verwirklicht werden können, bei der gegenwärtig minimalen Konzessionsbereitschaft der kapitalistischen Industrieländer in erster Linie durch den Kampf der Entwicklungsländer entschieden werden wird. Dabei wird es darauf ankommen, das Forderungskonzept der Neuen Weltwirtschaftsordnung stärker als bisher auf die zentralen Strukturelemente des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems, vornehmlich die internationalen Konzerne, auszurichten und seine antiimperialistische Stoßkraft auf diese Weise zu erhöhen.

25) Anm. 24), S. 19 und 20.

Lateinamerika

„Redemokratisierung" und Systemsicherung im Übergang zu den 80er Jahren

Von Josef Schmitz

Lateinamerika erlebt seit einigen Jahren eine sehr widersprüchliche Phase des vorsichtigen Abbaus der extrem repressiven politischen Strukturen, wie sie mit der Machtübernahme von Militärdiktaturen etwa ab Mitte der 60er Jahre geschaffen worden waren [1]).

An der Oberfläche ist diese „begrenzte und kontrollierte Öffnung" durch – zum Teil erheblich manipulierte – Wahlen in vielen Ländern [2]) sowie eine Stärkung der Reste parlamentarischer (meist ohnehin nur halbdemokratischer Systeme), die den Trend zu Militärregimes überlebten, gekennzeichnet [3]). Je nach Einschätzung der – aus hier nicht näher zu erläuternden historischen und aktuellen Gründen – relativen Stabilität der jeweiligen Regime gegenüber Bestrebungen nach radikalen Veränderungen der Gesellschaft varriieren dabei die taktischen Ausprägungen der neuen Strategie von Land zu Land erheblich[4]). Die Gründe für diese Entwicklung sind vielschichtig. Im Innern der jeweiligen Länder ist sie sowohl Ergebnis des zunehmenden Drucks von unten durch Gewerkschaften, Linksparteien, Teilen der Kirche und der Mittelschichten sowie anderer Oppositionsgruppen gegen die meist seit vielen Jahren andauernde Unterdrückung im politischen und sozialen Bereich und das wirtschaftliche Elend der Mehrheit der Bevölkerung, als auch eine Folge des Abrückens von Teilen der nationalen Bourgeosien von den herrschenden „Militokratien". Diese „Unternehmeropposition" hat ihre Hauptursache in der als Folge der bisherigen Wirtschaftspolitik entstandenen Strukturkrise, die gekennzeichnet ist durch sinkende Wachstumsraten, Inflation, extreme Auslandsverschuldung sowie Konzentrationsprozesse zugunsten des nationalen, vor allem aber des transnationalen Großkapitals. Durch eine „Re-Parlamentarisierung" versprechen sich diese Sektoren der Nationalbourgeoisie einen größeren Einfluß auf die staatliche Wirtschaftspolitik, an der sie die Begünstigung des Groß- und Finanzkapitals und der Staatsunternehmen sowie die starke Ausrichtung auf den Export zugunsten einer Sti-

1) Vgl. dazu z. B. „Elecciones sin derechos humanos", in: „Prisma Latinoamericano" (vormals: „Prisma del Meridiano 80"), 4/1978 (April), S. 42 ff.; „Neue Züricher Zeitung" (NZZ) v. 18. 8. 1977, 2. 2. 1978 und 17./18. 6. 1979; „Lateinamerika Nachrichten" (vormals: „Chile Nachrichten"), Nr. 54 (November 1977), S. 18-22.

2) Und zwar in der Dominikanischen Republik, Peru, Ecuador und Bolivien.

3) Mexiko, Venezuela, Costa Rica und (mit starken Einschränkungen) Kolumbien.

4) Während etwa in *Mexico* das seit Jahrzehnten über ein halbautoritäres Einparteiensystem stabilisierte PRI-

mulierung des inneren Marktes und mehr Schutz vor den von außen einströmenden Waren geändert sehen wollen.

Zu diesen aus der inneren Entwicklung heraus erklärbaren Faktoren[5]) kommen Versuche zur Inititierung und Steuerung dieses Trends zum Aufbau halbdemokratischer Strukturen von außen, deren sichtbarste Komponenten zum einen die Unterstützung der „Redemokratisierung von oben" durch die US-Regierung unter Carter[6]) und zum anderen die erhöhte Aktivität von europäischen, vor allem sozialdemokratischen Parteien in dieser Region sind. Es geht um die schrittweise Ersetzung jener autoritären Militärdiktaturen, die seinerzeit mit massiver Unterstützung der USA installiert wurden und im Rahmen der Ideologie der „Nationalen Sicherheit"[7]) jede systembedrohende Opposition zu vernichten versuchten. Sie waren damals das letzte Mittel, um die in der Endphase der populistischen Periode stark angewachsenen revolutionären Bewegungen niederzuschlagen, die durch die Ausstrahlung der kubanischen Revolution von 1959 noch weitere Impulse erhalten hatten.

Die politische Krise des Populismus war eine direkte Folge des seit der Mitte der 50er Jahre sich vollziehenden Wandels in der Struktur des abhängigen lateinamerikanischen Kapitalismus: Der Übergang von der vom nationalen Kapital getragenen „importsubstituierenden Industrialisierung" (Ende der 20er bis etwa Mitte der 50er Jahre dieses Jahrhunderts) im Bereich einfacher Konsumgüter zu einem vorwiegend vom transnationalen Kapital dominierten Modell einer erweiterten abhängigen Akkumulation ließ keinen Spielraum mehr für Einkommensverbesserungen der städtischen oder gar ländlichen Unterschichten. Im Gegenteil: Reallohnabbau und Einkommenskonzentration bei den reichsten 20 % der Bevölkerung waren Voraussetzung für die

Regime bei den Abgeordneten-Wahlen vom 1. Juli 1979 erstmals auch Konkurrenzparteien zuließ und in *Venezuela* die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vom 3. Dezember 1978 die Stabilität des seit dem Sturz der Diktatur von Pérez Jiménez herausgebildeten Zweiparteiensystems aus der „sozialdemokratischen" Acción Democrática und der „christdemokratischen" COPEI bestätigten (dies gilt verstärkt auch für die seit 30 Jahren (!) bestehende parlamentarische Demokratie in Costa Rica - Präsidentschaftswahlen am 5. Februar 1978), deutet sich in *Kolumbien* eine Festschreibung des seit Jahrzehnten fast permanent bestehenden Ausnahmezustandes in einer neuen Verfassung an (vgl. dazu Apolinar Diaz Callejas, „La Trilateral y la democracia restringida: Hay un Modelo en marcha?", „Nueva Sociedad", No. 45 (Nov./Dez. 1979) S. 70 f.). Angesichts der latenten Bedrohung des Regimes von Turbay Ayala bahnt sich eine „Autoritarisierung" des Systems auf „mittlerer Ebene" an - letztlich das gleiche, was durch die „Redemokratisierung" der Militärregime angestrebt wird.In den Andenländern *Perú*, *Ecuador* und *Bolivien* sind die bisherigen „Lockerungsprozesse" in unterschiedlichem Maße erneut von einer Rückkehr zu schärferer Repression bedroht, während in den Ländern des „Cono Sur", wo (mit Ausnahme des Sonderfalls Paraguay) erst vor kurzer Zeit starke revolutionäre Bewegungen niedergeschlagen wurden, der Trend zur „Redemokratisierung" noch kaum spürbar ist (in *Argentinien* scheint nun etwas ähnliches zu beginnen wie schon 1974 in Brasilien, allerdings ist die Zukunft der „Öffnungsbestrebungen" noch vollkommen ungewiß; vgl. NZZ v. 20. 2. 1980). *Chile*, *Uruguay* und *Paraguay* dagegen zögern die letzte Phase des Dreischritts Putsch - terroristische Vernichtung der Opposition - „Redemokratisierung" noch hinaus. In *Brasilien* hat dagegen der hier vorwiegend endogen bestimmte Prozeß ziemliche Fortschritte gemacht, obwohl auch er durch umfassende „Sicherungen" immer wieder gebremst wurde.

5) Die in einem folgenden Artikel anhand der Entwicklung in *Brasilien* detaillierter geschildert werden sollen.

6) Siehe dazu die weiter unten aufgeführten Beispiele.

7) Vgl. dazu etwa: Antonio Cavalla, „La doctrina de la Seguridad Nacional", in: „chile informativo" (México), 125!126, S. 49 ff.

neue, auf hochwertige Konsumgüter und den Export ausgerichtete kapitalintensive Teil- und Enklavenindustrialisierung[8]).

Ziel der nun propagierten „Redemokratisierung" ist es, die lange Phase dieses, die Mehrheit der Bevölkerung politisch, sozial und ökonomisch weitgehend ausschließenden Entwicklungsmodells langsam zu beenden und Formen bürgerlicher Herrschaft zu etablieren, die eine institutionalisierte Mitwirkung größerer Bevölkerungsgruppen ermöglichen und die „gemäßigte" Opposition integrieren. Vier Gedanken sind für diese neue Politik grundlegend:

Erstens haben sowohl Teile der herrschenden Klassen im Innern als auch die USA begriffen, daß auf die Dauer eine noch so brutale Repression soziale Explosionen (Iran, Nicaragua usw.) bestenfalls aufschieben, nicht aber verhindern kann.

Zweitens soll deshalb die politische Struktur zumindest wieder so durchlässig gemacht werden, daß revolutionäre Bewegungen im Vorfeld systemsprengender Entwicklungen lokalisiert und durch ein Krisenmanagement aus Zugeständnissen und erneuter Repression möglichst frühzeitig „neutralisiert" werden können.

Drittens sollen die vorwiegend auf die Produktion von Luxuskonsumgütern für die kaufkräftigsten Mittel- und Oberschichten und den Export ausgerichteten Industrialisierungsmodelle, die sich seit Mitte der 70er Jahre in einer anhaltenden Krise befinden, verstärkt auf den Binnenmarkt und die Nachfrage auch der unteren Bevölkerungsgruppen umorientiert werden. Von seiten der Industrieländer spielt dabei auch die Überlegung eine Rolle, auf diese Weise die ihnen inzwischen auf vielen Märkten lästig gewordene Konkurrenz der „Schwellenländer" erneut zu reduzieren.

Viertens geht es schließlich auch darum, die durch den langen Verbleib an der Macht gespaltenen und durchweg korrupten Streitkräfte der jeweiligen Länder durch ihre langsame Rücknahme aus der vordersten Linie der politischen und sozialen Kämpfe sowie den ökonomischen Schlüsselpositionen wieder soweit zu homogenisieren, daß sie als ultima ratio bei einem Scheitern der „Redemokratisierungsstrategien" als Garanten des Systemerhalts auch in Zukunft zuverlässig funktionieren werden.

Aus dieser kurzen Aufzählung wird schon in etwa ersichtlich, wieso die Regierung Carter (zumindest bis vor kurzem) in vielen Ländern die Auswechslung von Militärregimes gegen „gemäßigte", bürgerlich-konservative oder populistisch/sozialdemokratische Zivilregierungen gefördert hat. Daß diese, im Vergleich zur Lateinamerika-Politik der Nixon/Kissinger-Administration

8) Siehe dazu in Bezug auf Lateinamerika etwa: G. Arroyo, „Wirtschaftliche und politische Entwicklung in Lateinamerika in den letzten 10 Jahren", in: Kirche in Lateinamerika (Sondernummer der „Lateinamerika Nachrichten"), April 1979, S. 21 ff. oder Romero/Glinkin, „Modernisierung der ökonomischen Abhängigkeit", in: „Probleme des Friedens und des Sozialismus", 12/1979, S. 1655 ff. u.a.

stark gewandelte Position[9]) am Anfang bis weit in lateinamerikanische Oppositionskreise hinein eine anhaltende Konfusion ausgelöst hat, beruhte vor allem auf zwei Mißverständnissen: – Entweder wurde die propagandistisch vorgeschobene „Menschenrechtspolitik" als reale Grundlage der neuen US-Haltung angesehen (vor allem in Kreisen der bürgerlichen Opposition) – oder aber die „Redemokratisierungs-Appelle" als rein verbaler Versuch zur Aufbesserung der nach Vietnam, Watergate und Bestechungsaffären innen wie außen stark angeschlagenen Position der imperialistischen Führungsmacht abgetan (dies vor allem von seiten linker Oppositionsgruppen).

Beide Einschätzungen erwiesen sich als falsch beziehungsweise als nicht ausreichend. Zwar hat sich nach einigen Jahren Carter'scher Realpolitik die Einsicht verallgemeinert, daß angesichts der Haltung der USA zum Machtwechsel im Iran sowie der Tatsache, daß dem Somoza-Regime letztlich doch bis in den Völkermord hinein die Stange gehalten und Diktaturen wie der in Südkorea von Carter persönlich die Aufwartung gemacht wurde, die „Menschenrechtspolitik" wohl kaum als Erklärung für den Umschwung in der US-Außenpolitik taugt. Deutlich wurde dies auch bei der Unterzeichnung der Kanal-Verträge mit Panamá, zu der fast alle führenden Köpfe der lateinamerikanischen Militärdiktaturen nach Washington eingeladen wurden[10]).

Daß es sich andererseits nicht allein um rein verbale Kraftakte handelte, sondern tatsächlich ein vorsichtiger Druck auf diese Regimes ausgeübt wurde, ließen eine ganze Reihe von Maßnahmen erkennen: Im Frühjahr 1978 etwa zwangen die USA das vor 13 Jahren nach einer US-Militärintervention an die Macht gekommene Regime Balaguer in der Dominikanischen Republik, das zugunsten des Sozialdemokraten Guzmán ausgefallene Ergebnis der kurz zuvor abgehaltenen Wahlen zu akzeptieren[11]). Anfang 1977 hatten schon Argentinien und Uruguay die gekürzte und an Bedingungen geknüpfte Washingtoner Militärhilfe abgelehnt[12]). Brasilien folgte kurze Zeit später und kündigte darüber hinaus den Militärhilfevertrag mit den USA aus dem Jahre 1952[13]). Schließlich wurde auch Chile nicht mehr offen hofiert, wobei sich die Ermordnung des früheren Außenministers der UP-Regierung, Orlando Letelier, in Washington als scheinbares Hauptmotiv für den Kurswechsel anbot[14]).

9) Sie baute noch voll auf der Stärkung brutaler Militärdiktaturen auf, verbunden mit der Heranziehung regionaler, „subimperialistischer Zentren", wie sie in der Politik gegenüber Brasilien zum Ausdruck kam. Vgl. dazu die Beiträge in „Prisma del Meridiano 80", Nr. 23, 24, 29, u. 38/39 (alle 1976).

10) Am 7. 9.1977 in Washington; anwesend waren u.a. Pinochet, Videla, Banzer, Morels Bermúdez und Stroessner; vgl. „Lateinamerika Nachrichten", Nr. 52, S. 3 ff.

11) NZZ v. 23. 5. 1978 und vom 17. und 18. 11. 1978.

12) NZZ v. 31. 3. 1977.

13) Loc. cit., dabei ist aber nicht zu übersehen, daß es sich um minimale Beträge handelt (1978 sollten 50,1 Mio. US-Dollar an Brasilia gezahlt werden).

14) Letelier wurde am 21. September 1976 ermordet; seit Carters Amtsantritt dauern die Querelen zwischen Washington und Santiago an. Vgl. „Chile Nachrichten", Nr. 41 (September 1976) S. 31 und die weiteren Ausgaben dieser Zeitschrift. Zu den neueren Entwicklungen etwa: „El Pais" v. 1.12.1979, NZZ v. 5.10.1979 sowie den Hintergrundbericht in: „Die Neue" v. 13.3.1980, S. 6.

Demgegenüber avancierten die im nördlichen Lateinamerika angesiedelten „Demokraturen"[15]) zu den Hauptadressaten der US-amerikanischen Lateinamerika-Politik: Trotz aller Widerstände konservativer Senatoren und Kongreßfraktionen wurden die Kanal-Verträge mit Panamá schließlich doch unterzeichnet[26]) und Carters schon krampfhaft kollegiales Auftreten bei seinem Treffen mit dem mexikanischen Präsidenten López Portillo im Februar 1979[17]) signalisierte den Umschwung auf ein vermeintlich „partnerschaftliches Miteinander" mit den Staaten der südlichen Hälfte des Kontinents. Hinzu kam der zumindest vorläufige Verzicht der USA auf die Weiterführung des noch von Präsident Ford in seinen letzten Amtstagen forcierten Projekts einer Eingliederung Puerto Ricos als 51. Bundesstaat der USA[18]); ein Plan, der gerade von den bürgerlichen Zivilregierungen Lateinamerikas heftig angegriffen worden war.

Noch im November 1979 verdeutlichte die Unterstützung der USA für die zum zweiten Mal durch Putschversuche rechtsextremer Militärs gefährdete Regierung ders bürgerlichen Interimspräsidenten Guevara Arze in Bolivien die Kontinuität dieser Politik[19]). Schließlich ist in diesem Zusammenhang auch noch auf die während des Wahlkampfes und in den ersten Wochen nach der Amtsübernahme Carters genährten Vermutungen hinzuweisen, daß es zu einer dauerhaften Normalisierung der Beziehungen zwischen den USA und Kuba kommen könnte[20]).

Alle diese widersprüchlichen, doppelbödigen Aktivitäten der USA nach dem Amtsantritt Carters führten dazu, daß eine schlüssige Analyse der Gesamtpolitik kaum zustande kam und vor allem eine Tatsache lange übersehen wurde: Daß sich hinter der scheinbar arglosen, moralisierenden Person des neuen US-Präsidenten ein hochqualifizierter Beraterstab (unter Leitung des neuen Sicherheitsberaters Zbigniew Brzezinski) verbarg, der schon seit Jahren maßgeblich an der Ausarbeitung einer neuen, den veränderten Bedingungen angepaßten Globalstrategie zur mittel- und langfristigen Sicherung der politischen und wirtschaftlichen Interessen *aller* westlichen Industriestaaten beteiligt war. Der Schlüsselbegriff zum Verständnis dieser neuen, kooperativen und die personalistisch ausgerichtete Krisen- und Geheimdiplomatie eines Kissinger kritisierende Strategie lautete „Trilaterale Kommission" (im folgenden „TLK"). In der Tradition des „Council for Foreign Relations" sowie

15) Wie Mexico, Kolumbien und Venezuela (sowie andere Staaten) in Lateinamerika manchmal ironisch genannt werden, um die dort herrschende Mischung aus Demokratie und Diktatur zu charakterisieren.
16) Zum Hintergrund vgl. etwa Erich Süssdorf, „Die Carter-Administration und die Panama-Frage", in: „Blätter", 3/1979, S. 353 ff.; auch: Latin America Bureau, London, Panama and the Canal treaty, 1979, S. 16; zum Inkrafttreten der Verträge: „Bohemia", 41/979 v. 12. Oktober, S. 44 ff.; auch: ebd., 39/1979
17) Vgl. „Bohemia", 8/1979 vom 23. Februar, S. 70/71.
18) NZZ v. 4. 1. 1977; „Prisma del Meridiano 80", No. 43 (Februar 1977), S. 20.
19) Siehe etwa „Granma" (Resumen Semanal), No. 46/1979 v. 11. 11. 1979, S. 11 sowie 46/1979 (18. 11. 1979), S. 14; auch: „Le Monde Diplomatique", Dezember 1979.
20) Vgl. etwa die Äusserungen von Vance und Young, es könnten Verhandlungen ohne Vorbedingungen aufgenommen werden (NZZ v. 18.2.1977).

des nordamerikanisch-westeuropäischen „Bilderberg-Kreises"[21]) stehend, wurde sie im Jahre 1973 vor allem auf Betreiben des der Demokratischen Partei der USA nahestehenden Teils des Rockefeller-Clans („Rock–Dems") gegründet. Als lockerer Zusammenschluß der führenden Köpfe der größten transnationalen Konzerne sowie von Politikern, Wissenschaftlern und Vertretern großer Mediengruppen der entwickelten kapitalistischen Länder, entwickelte sie sich sehr schnell zu einem Diskussions- und Beratungsforum auf höchster Ebene. Jenseits aller Verschwörungstheorien und trotz ihres reichlich konspirativ anmutenden Namens tritt sie relativ offen auf: Neben strikt geheimgehaltenen Dossiers und Diskussionsrunden wurden eine ganze Reihe von Untersuchungen publiziert[22]) und insgesamt gesehen ist die hier entwickelte Ideologie des „Trilateralismus" inzwischen Grundlage der Politik vieler westlicher Regierungen geworden. Besonders deutlich ist dies im Falle der neuen US-Regierung des bis zu seiner Wahl weitgehend unbekannten Carter: sie ist durchsetzt mit langjährigen Mitgliedern dieses Gremiums[23]).

Extrem verkürzt läßt sich im Hinblick auf die Länder der Dritten Welt (als Teilaspekt der neuen trilateralen Weltsicht) eine umfassend geplante Politik einer rasch zunehmenden Kooperation und Integration festmachen, deren zentrales Anliegen darin besteht, die – ausgehend vom OPEC-Beispiel – immer häufiger „dirigistische" Forderungen stellenden blockfreien Staaten von einem Ausscheren aus dem Weltmarkt um jeden Preis abzuhalten. Ziel ist dabei außerdem, die bisher bei Verhandlungen ziemlich homogen auftretende „Dritte Welt" gemäß ihren inzwischen sehr unterschiedlichen Entwicklungsniveaus in drei Gruppen zu spalten: Die OPEC-Staaten, die sogenannten „Schwellenländer" (Brasilien, Argentinien, Mexico, Südkorea, Malaysia, Iran, Nigeria etc.) und schließlich die „Vierte Welt" der rohstoffarmen, vorwiegend agrarischen und von extremer Verarmung und Verelendung geprägten Habenichtse.

Politisch wird nun versucht, die erstgenannten Gruppen verstärkt in die kooperative „Verantwortung" für das weitere Funktionieren des Weltmarktes einzubeziehen, während für die als irrelevant abgeschriebene „Vierte Welt" Minimalprogramme zur Verhütung allzu starker sozialer Explosionen gefordert werden. Diese Strategie, am deutlichsten erkennbar an den von der Welt-

21) Auf diese interessanten Aspekte der Entwicklung solcher „Beratungsgremien" im Verlauf der weltweiten Entfaltung des Kapitals kann hier nicht näher eingegangen werden; vgl. etwa „Bohemia", 40/1979, S. 84-87 („Interdepencia y diálogo de cañoneras");zur Bedeutung des Trilateralismus für Lateinamerika vgl. etwa: „La Trilateral y la democracia restrimgida" von Apolinar Diaz Callejas, in: „Nueva Soviedad", No. 45 (Nov./Dez. 1979), S. 50-71; Paulo Cannabrava F., „Carter y la Trilateral", in: ebd., No. 40 (Jan./Feb. 1979) S. 73-83; „Von der Nationalen Sicherheit zum Trilateralismus", in: Kirche in Lateinamerika (Sondernummer der „Lateinamerika Nachrichten"), April 1979, S. 39-48.

22) Im Rahmen einer Publikationsreihe „Trilateral Commission - Task Force Reports", (N.Y.: N.Y. University Press, 1974 ff.); interessant auch die Publikationen der OECD im Rahmen der Serie „Trilateral co-operation", (Paris: OECD, 1978 ff.). „Trilaterales" Gedankengut ist auch in anderen Veröffentlichungen zu finden: siehe etwa den Abschlußbericht des OECD-Forschungsprojektes „Interfutures" (1976-1978) mit dem Titel „Facing the Future" (Paris: OECD, 1979), der sozusagen eine umfassende trilaterale Weltsicht bietet.

23) Siehe etwa: G. Arroyo, „Wirtschaftliche und politische Entwicklung ...", S. 34.

bank unter McNamara forcierten Konzepten des „basic-needs" sowie der „appropriate technology" usw., soll auch für die von der Teilindustrialisierung der „Schwellenländer" nicht profitierende Bevölkerungsmehrheit Anwendung finden. Das Problem bei der Einschätzung dieser neuen Strategien besteht vor allem darin, daß es sich bei ihnen oberflächlich betrachtet um „humanere", fortschrittliche Modelle zu handeln scheint, die schließlich auch im Rahmen autokonzentrierter Entwicklungspolitik (self reliance usw.) Anwendung finden. Insgesamt aber sind sie aufgrund ihrer Einbindung in eine übergreifende Herrschaftsstrategie nur dann positiv zu bewerten, wenn sie von den Ländern selber letztlich doch im Sinne einer dissoziativen Politik benutzt würden.

Gegenüber den als zentral wichtig erachteten „Key-Countries" kommen schließlich die eingangs erwähnten „Redemokratisierungs-Versuche" zum Tragen, deren Hauptziel die Vermeidung revolutionärer Umwälzungen als Folge des durch eine zu extreme Einkommenskonzentration akkumulierten sozialen Sprengstoffs aus Verelendung und brutaler Repression ist.

Damit einhergehen soll eine „weichere" Haltung der westlichen Industriestaaten bei den Verhandlungen über die Stabilisierung der Rohstoffpreise, Probleme der Verschuldung, den Technologietransfer sowie die Kontrolle transnationaler Unternehmen. Durch die Aufgabe der „hardliner-position" sollen grundsätzlich marktkonforme Regelungen eher möglich werden, um die „Dritte Welt" als Rohstofflieferanten und Abnehmer industrieller Fertigwaren im Weltmarkt zu behalten. Teilindustrialisierung der peripheren Regionen (die in Zukunft möglichst so organisiert werden soll, daß sie die Exportinteressen sowie die „zentralen Märkte" der Industriestaaten nicht ernsthaft bedroht) im Rahmen einer „Neuen Internationalen Arbeitsteilung"[24]), auf politischer Ebene verbunden mit einer gelenkten „Demokratie", charakterisieren die trilateralen Gegenmittel zur Forderung vieler Länder der „Dritten Welt" nach einer strukturelle Veränderungen anstrebenden „Neuen Internationalen Weltwirtschaftsordnung".

Die ideologische Verpackung dieser hier kurz aufgerissenen neuen Politik ist geschickt gewählt und besteht vor allem aus zwei Komponenten: Zur Ausübung von Druck erwies sich die „Menschenrechtspolitik" als optimales, universell einsetzbares Vehikel, da sie irgendwelche ökonomischen und machtpolitischen Ziele weit von sich zu weisen scheint. Es dauerte einige Zeit, bis sich zum Beispiel oppositionelle Gruppen in Lateinamerika heftig gegen den nach Kolonialismus, Imperialismus und einer Unzahl von anderen aggressiven Maßnahmen nur noch zynisch zu nennenden Mißbrauch dieses universellen humanistischen Konzepts durch die westlichen Industriestaaten zu wehren begannen[25]).

24) Vgl. Fröbel/Heinrichs/Kreye, Die neue internationale Arbeitsteilung, Reinbek bei Hamburg 1977.
25) So etwa in „Von der Nationalen Sicherheit zum Trilaterismus", S. 47 f.; die „Menschenrechtspolitik" Carters steht dabei in der Tradition der Strategie des „Good Neighborhood" Roosevelts sowie der Doktrin der „Alliance for Progress" J.F. Kennedys.

Das zweite, inzwischen unzählige Male abgewandelte und bei allen Verhandlungen mit der „Dritten Welt" bis zum Exzess betonte Prinzip ist das der vorgeblich allumfassenden „Interdependenz", sowie die Lancierung der Bezeichnung „Nord-Süd-Konflikt" als angeblich systemneutralem Gegensatz zwischen „Arm und Reich". Besonders die „Interdependenz"-These hat dabei das Ziel, die in letzter Konsequenz zu Dissoziationsbemühungen führenden Postulate der Dependenz- und Imperialismustheorien als den ideologischen Hauptwaffen der radikaleren Wortführer der blockfreien Staaten zu neutralisieren.

Soviel nur zum globalstrategischen Hintergrund der Förderung von „Redemokratisierungsprozessen" in der „Dritten Welt" im allgemeinen und den Staaten Lateinamerikas im besonderen. Zum Abschluß dieses Exkurses noch einige Anmerkungen zum ebenfalls schon eingangs erwähnten und in auffälliger Parallelität zur Entwicklung des „Trilateralismus" verlaufenden zunehmenden Engagement westeuropäischer Parteien in den Entwicklungsländern. In bezug auf den hier behandelten Fall Lateinamerika kommt dabei vor allem der raschen „Süd-Orientierung" der sozialdemokratischen „Sozialistischen Internationale" (SI) eine besondere Bedeutung zu[26]). Unter dem Eindruck von „Ölschock" und Weltwirtschaftskrise sowie bestärkt durch die „Redemokratisierungserfolge" südeuropäischer Diktaturen (Spanien, Portugal) entfaltete vor allem die SPD eine als ambivalent einzuschätzende rege Aktivität in Lateinamerika, deren genaue Schilderung den Rahmen dieses Aufsatzes bei weitem sprengen würde[27]).

Ziel dieser ideologischen und politischen Offensive war – analog zur späteren Politik der Administration Carter – die vorsichtige Ablösung der Militärdiktaturen durch gemäßigte bürgerliche Regierungen, wobei die SI vor allem bestrebt war, die Restsektoren der alten populistischen Parteien und Gruppierungen (und nicht nur die sich explizit „sozialdemokratisch" nennenden) für sich zu gewinnen[28]). Dabei versucht die sich in Lateinamerika im Vergleich zu ihren europäischen „Mutterländern" aus taktischem Opportunismus verbalradikal gebende SI möglichst breite Spektren zu integrieren – sehr im Gegensatz zu den rigorosen Abgrenzungsbemühungen nach links, wie sie in West-

26) Die auf globaler Ebene darin zum Ausdruck kommt, daß seit einiger Zeit die SI-Treffen auch in Asien (etwa Tokio, Dezember 1977), Südeuropa (Estoril/Lissabon, Oktober 1978) und Amerika (Vancouver, November 1978) stattfinden. Deutlich wurde dies auch durch den Vorsitz von Willy Brandt in der sog. „Nord-Süd-Kommission", die kürzlich ihren Abschlußbericht vorgelegt hat (vgl. den entsprechenden Aufsatz im vorliegenden Heft) oder den Forderungen Kreiskys nach einem „Marshall-Plan" für die Dritte Welt auf der letzten UNIDO-Konferenz (vgl. „Tagesspiegel" v. 1. 2. 1980).

27) In Bezug auf Lateinamerika, dem Schwerpunkt der SI-Aktivitäten, vgl. z.B.: NZZ v. 22. 2. 1979 und v. 7. 10. 1978; „Die Neue" v. 31.7. sowie v. 31. 12. 1979. Vor allem aber ist die Lektüre der schon mehrfach erwähnten, „unter Mitarbeit der Friedrich Ebert-Stiftung" herausgegebene Zweimonats-Zeitschrift „Nueva Sociedad" zu empfehlen (vor allem auch Nr. 44/Themenschwerpunkt hierzu!). In ihr werden alle Aktivitäten der SI behandelt und zum Teil sehr kontrovers diskutiert, da hier auch die Linken ausführlich zu Wort kommen. In Analogie zum SPD-Theorieorgan „Neue Gesellschaft" benannt, hat sie sich zu einer Art „Zentralorgan" der Sozialdemokratie für und in Lateinamerika gemausert.

28) Vgl. etwa die Zusammenstellung in der NZZ v. 22.2.1979, die in bester Manier des großbürgerlichen Schweizer Blattes einigen SI-Partnern bescheinigt, „nicht ganz stubenrein" zu sein.

und Südeuropa praktiziert werden[29]). Die Duldung dieser Aktivitäten durch die USA deutet dabei auf zweierlei hin: Zum einen war man sich zumindest bisher in Washington sicher, daß sich hier keine ernsthafte Rivalität anbahnt, sondern der ohnehin nicht mehr zu vermeidende Bedeutungszuwachs des westeuropäischen Kapitals in Lateinamerika begleitet wird durch eine den eigenen Konzepten gleichartige politische Einflußnahme durch befreundete, aber aus der Sicht der lateinamerikanischen Regimes weniger gefährliche, da weniger mächtige und zudem weniger „vorbelastete" Partnerstaaten. Zum anderen schien die relative Stabilität von Ländern wie Venezuela, wo schon seit längerer Zeit sozialdemokratisch orientierte Regierungen auf die mittelfristig als gefährlich und disfunktional erachtete offene Repression verzichten konnten, ohne daß das kapitalistische Wirtschaftssystem (zum Nutzen auch und vor allem der im Lande engagierten US-Konzerne) ernsthaft von der Opposition bedroht wurde, die Effizienz des sozialdemokratischen Modells zu bestätigen. Hinzu kam, daß die zumindest verbal manchem bis zum Anti-Imperialismus reichenden Äußerungen sozialdemokratischer Politiker keine bedrohlichen Konsequenzen zeitigten und die Aktivitäten der SI über Kongresse, die Arbeit von Stiftungen wie etwa der FES[30]) usw. immer wieder durch die „Realpolitik" sozialdemokratischer Regierungen Westeuropas „korrigiert" und ihres „Radikalismus" entkleidet wurden.

Auf der anderen Seite ist aber nicht zu leugnen, daß sich im Gegensatz zu den offen trilateralen Machtstrategien anhängenden „sozialdemokratischen Buhmännern" wie etwa Schmidt (der selbstverständlich in bezug auf die „Süd-Politik" der SI keine Rolle spielen kann und stattdessen dem mit einem viel größeren Vertrauensvorschuß bedachten Parteivorsitzenden Brandt dieses Terrain überlassen hat) an der Basis der Bewegung inzwischen eine erheblich radikalere Grundstimmung entwickelt hat, die im Sog der aktuellen Ereignisse etwa in Mittelamerika alle „Mäßigung" gegenüber radikalen, praktischen Veränderungen verdrängen könnte und einer für das Gesamtkonzept gefährlichen Eigendynamik folgt. Dazu weiter unten mehr.

Das bisher zu den Strategien des Trilaterialismus und der SI Gesagte ist natürlich in erster Linie die Beschreibung der durch die neue Politik *erwarteten* Effekte im optimalen Fall.

Betrachtet man nun die bisherigen Resultate der durch die Prismen der jeweiligen realpolitischen Gegebenheiten gebrochenen Umsetzungsversuche, sieht die Bilanz aus dem Blickwinkel der kapitalistischen Industriestaaten eher unerfreulich aus. Ihre globale „Steuerungskapazität" für die Oktroyierung des neuen „interdependenten Weltmodells" erwies sich in jeder Hin-

29) Auf SI-Treffen (die wichtigsten in Bezug auf Lateinamerika waren die von Vancouver und Estoril sowie eine Konferenz sozialdemokratischer und populistischer Parteiführer im Mai 1976 in Caracas/Venezuela) tauchen z. B. refelmäßig Vertreter des bolivianischen MIR, der FSLN sowie anderer revolutionärer Bewegungen Mittelamerikas auf - die hierzulande von der SPD mit Sicherheit per Unvereinbarkeitsbeschluß bekämpft würden.

30) Vgl. dazu etwa den recht aufschlußreichen Spiegel-Report (Nr. 16/1979), sowie die Ausgaben der „Nueva Sociedad".

sicht als nicht ausreichend[31]). Die Ausräumung von Konflikten und Rivalitäten zwischen den trilateralen Bündnispartnern konnte zwar in gewissem Umfang erreicht werden. Dennoch brachen sie immer wieder durch (etwa im handels- und währungspolitischen Bereich) und die Entwicklung seit dem Schwenk der US-Außenpolitik in Richtung auf einen neuen Kalten Krieg hat das nach wie vor vorhandene Ausmaß der Differenzen zwischen den drei Machtagglomerationen auch im militärpolitischen Feld deutlich werden lassen.

Zudem läßt sich weiterhin feststellen, daß – auch in bezug auf die Entwicklung der Beziehungen zwischen der „Dritten Welt" und Staaten des Trilateralismus wenig erreicht werden konnte. Zum einen gelang bisher weder der Versuch einer nachhaltigen Spaltung der sich entwickelnden Länder[32]), noch die weltmarktkonforme „Entschärfung" der „dirigistischen" Forderungen der Blockfreien nach grundlegender Umstrukturierung der ausbeuterischen Wirtschaftsbeziehungen[33]). Die anhaltende Krise in den westlichen Industrieländern verhinderte zum anderen auch die angestrebte „konzertierte Aktion" und kooperative „Arbeitsteilung" der Länder des trilateralen Blocks. Regionale und einzelstaatliche Alleingänge waren an der Tagesordnung und schließlich gelang genausowenig die Eindämmung der von den inzwischen schon bisweilen als „Nouveaux Japons"[34]) titulierten Schwellenländern ausgehenden Gefahren für die Exportmärkte der Industriestaaten. Mehr noch: Die sich zunehmend eher als Rivalen denn als „Juniorpartner" der entwickelten Staaten verstehenden Schwellenländer gingen nicht nur relativ erfolgreich dazu über, Konkurrenzsituationen zwischen den trilateralen Verbündeten auszunutzen[35]), sie erwiesen sich letztlich auch aus wirtschaftlichen Eigeninteressen heraus als unzuverlässige Bündnispartner im Kampf gegen den sozialistischen Hauptfeind. Die Weigerung Argentiniens und Brasiliens, sich an dem von den USA gegen die UdSSR verhängten Getreide-Boykott zu beteiligen, ist dabei nur die Spitze des Eisbergs[36]). Schließlich verschärften sich in der letzten Zeit weiterhin die aus Währungs- und Verschuldungsproblemen resultierenden Wirtschaftskrisen in der „Dritten Welt", so daß vom ursprünglichen trilateralen Konzept des geplanten Abbaus der weltwirtschaftlichen Schwierigkeiten und Engpässe nicht viel übriggeblieben ist.

Versucht man nun, für Lateinamerika ein vorläufiges Fazit der bisherigen Resultate der „Redemokratisierungspolitik" zusammenzustellen, ergibt sich

31) Vgl. dazu etwa die Empfehlungen im „Interfutures"-Bericht, „Facing the ...", S. 416 ff.
32) Dies kam nicht zuletzt auf der 6. Gipfelkonferenz der Regierungschefs der Nichtpaktgebundenen Staaten (September 1979 in Havanna/Kuba) zum Ausdruck, die trotz aller Probleme und Differenzen nicht - wie im Westen erhofft - zu einer Schwächung der Bewegung führte; vgl. dazu „Bohemia", No. 36 u. 37/1979, sowie „Cuba Internacional", November 1979, S. 29–43.
33) Signalisiert etwa durch das Scheitern des KIWZ 1977, den unbefriedigenden Verlauf der UNCTAD Konferenzen (UNCTAD IV, Nairobi, 1976 und UNCTAD V, Manila, 1979) sowie der meisten anderen Verhandlungen, zuletzt dokumentiert auch durch das Scheitern der UNIDO-Konferenz in New Dehli; siehe NZZ v. 12.2.1980.
34) „Le Monde Diplomatique", Dezember 1979, S. 12f., siehe auch: Berliner Bank, Wirtschaftsbericht 4/1979, S. 8f.
35) Ein gutes Beispiel für diese Taktik ist das „Atomgeschäft" zwischen der BRD und Brasilien, das zu heftigen Kontroversen zwischen den USA und der Bundesrepublik führte.
36) NZZ v. 5. u. 19. 2. 1980

ebenfalls ein ambivalentes, aus der Sicht der USA und anderer Industriestaaten ziemlich negativ eingefärbtes Gesamtbild.

Wirklich erfolgreich war eigentlich nur die weitere Stärkung der auch früher schon relativ stabilen „Demokraturen" im Norden Lateinamerikas[37]). Alle anderen Re-Parlamentarisierungsversuche sind entweder latent durch erneute Putsche des Militärs bedroht (Bolivien, Dominikanische Republik), laufen Gefahr, von den noch herrschenden Militärs aufgrund der überbordenden und kaum zu kontrollierenden sozialen und politischen Konflikte wieder abgewürgt zu werden (Perú, El Salvador, eventuell auch Brasilien) oder schlugen in etwas um, was durch sie gerade verhindert werden sollte – in tiefgreifende revolutionäre Umwandlungen (Nicaragua und vielleicht bald weitere Staaten Mittelamerikas).

Darüber hinaus ist die „Entspannungspolitik" gegenüber Kuba vollständig gescheitert. Die kubanische Regierung widerstand allen Verlockungen, sich durch politische und wirtschaftliche Erleichterungen durch die USA die traditionelle Unterstützung revolutionärer Bewegungen in der „Dritten Welt" abkaufen zu lassen.

Was nun die in vielen Ländern begonnenen und verschieden weit gediehenen „Redemokratisierungsversuche" betrifft, haben sie sowohl die USA als auch die SI in ein verzwicktes Dilemma geführt.

Zum einen erwiesen sich diesmal die Vasallen als „weitsichtiger" als die Herren und gingen schließlich sogar dazu über, ein Mehr an Eigenständigkeit zu verlangen: Die Militärdiktaturen vor allem im „Cono Sur", aber auch in Brasilien usw. widersetzten sich in viel stärkerem Maße als ursprünglich erwartet der neuen Doktrin. Die mit sanftem Druck von seiten Washingtons vorgebrachten Argumente konnte diese Regimes kaum überzeugen und ihre Zugeständnisse reduzierten sich oft – wie etwa im Fall Chiles – auf die simple Umbenennung der alten Geheimpolizei oder die Durchführung eines „Legitimitätsreferendums"[38]). Rein kosmetische Maßnahmen, die nach innen keine „entspannenden" Auswirkungen zeitigten und selbst zur Image-Aufbesserung gegenüber der Weltöffentlichkeit zu durchsichtig waren.

Dort, wo die „Redemokratisierung" bisher am weitesten ging, kam sie vorwiegend von innen heraus und war zum Teil begleitet von US-feindlichen Untertönen. In Brasilien etwa führte die Kürzung der Militärhilfe, der Druck der USA wegen des Atomgeschäftes mit der BRD und die Wahrung eigener (Export-) Interessen zu Versuchen des Regimes, sich aus der früher allgegenwärtigen US-Abhängigkeit ein wenig zu lösen[39]).

Insgesamt betrachtet unterschätzten die Strategen in Carters Planungsstab sowohl den Nationalismus und Chauvinismus der seinerzeit mit US-Hilfe an

37) Vgl. Anm. 4.
38) Vgl. dazu „Lateinamerika Nachrichten", Nr. 56 (Februar 1978), S. 31ff. u. NZZ v. 8./9 .1. 1978.
39) Vor allem dadurch, daß verstärkt europäisches und japanisches Kapital in die jeweiligen Länder gelassen wurde.

die Macht gebrachten Diktatoren als auch deren inzwischen gewachsene wirtschaftliche und politische Macht, die es den „Schwellenländern" trotz aller bestehenden Abhängigkeiten eher als in der Vergangenheit gestattet, äußerem Druck zu widerstehen. Staaten wie Brasilien, Argentinien oder Mexiko können heute nicht einmal mehr die USA ihren Willen problemlos aufzwingen. Stattdessen bahnt sich mit dem kürzlich eingeleiteten Zweckbündnis zwischen den traditionellen Rivalen auf dem Kontinent, Brasilien und Argentinien, die dabei zum Unwillen der USA vor allem auf atomarem Gebiet kooperieren wollen[40]), die Möglichkeit der Entstehung von „Mittelmächten" mit Zugang zu nuklearen Waffentechnologien an.

Doch das Sträuben dieser Regime gegen eine zu weitgehende Lockerung hatte auch andere Gründe: Die erwähnte größere „Weitsichtigkeit" basierte auf der Überzeugung der Militärs, daß unkontrollierbare Eruptionen die Folge wären, wenn die Repression zu schnell abgebaut würde. Die bisherige Entwicklung (etwa in Iran und Nicaragua) scheint diese Furcht zu bestätigen, und damit befinden sich die USA in der gleichen Zwickmühle, die der Ex-Außenminister Kissinger erst kürzlich wieder mit Blick auf Pakistan formuliert hat: Wenn die Theorie der „langsamen Öffnung" nicht funktioniert, bleibt nur die erneute Unterstützung repressiver Lösungen, von denen man aber genau weiß, daß sie mittelfristig ebenfalls revolutionär enden können[41]).

In abgewandelter Form gilt dieses Dilemma auch für die Aktivitäten der SI in Lateinamerika: Nachdem die Versuche gescheitert waren, die Diktatur Somozas zu stürzen, ohne der Sandinistischen Befreiungsfront allein die ganze Macht überlassen zu müssen, ergab sich nach deren Sieg die Schwierigkeit der vollen Solidarität mit dem bewaffneten Kampf einer Guerilla-Armee. Eine Alternative dazu bestand nicht; jede „eingeschränkte" Haltung zur Revolution durch die SI hätte nicht nur den Verlust jeder Einflußmöglichkeit auf die nachrevolutionäre Politik bedeutet, sondern auch die neugewonnenen politischen Verbündeten in anderen Ländern des Kontinents abgeschreckt.

Dieser „Sachzwang" setzt sich nun kontinuierlich fort: Während Willy Brandt noch Ende 1979 den sozialdemokratischen Junta-Mitgliedern in El Salvador zugute hielt, „extremistischen politischen Kräften" widerstanden zu haben, hat sich die Lage inzwischen radikal gewandelt[42]). Nach dem von Massakern an der Zivilbevölkerung begleiteten Rechtsruck der Militärregierung[43]) und dem Auszug der gemäßigten Opposition aus der „Junta Revolucionaria" wird sich die europäische Sozialdemokratie auch hier für die revolutionäre Gewalt entscheiden müssen, wenn sie ihren schon gewonnenen Einfluß erhalten will. Damit nicht genug: Auch andere mittelamerikanische Befreiungsbewegungen wie das guatemaltekische „Ejército Guerrillero de los Pobres" (Guerillaarmee der Armen) stellen ein Junktim her zwischen ihrer Haltung zur SI und

40) NZZ v. 9.1.1980 u. v. 27.2.1980, „Tagesspiegel" v. 23.1.1980.
41) NZZ v. 3./4. u. 10./11. 2. 1980.
42) Willy Brandt, „Nuevas Perspectivas para America Latina", in: „Nueva Sociedad", No. 45 (Nov./Dez. 1979), S. 74.
43) „Die Neue" v. 12. 1. 1980, NZZ v. 27./28. 1. 1980.

deren konsequente Unterstützung der nicaraguanischen Revolution[44]). Damit muß die SI selbst in den sauren Apfel einer Duldung und Anerkennung der umfangreichen kubanischen Hilfe für dieses Land beißen, die von der sandinistischen Führung mit unverhohlener Freude angenommen wird[45]). Zugleich ist absehbar, daß jede weitere, aus dem materiellen Entwicklungsgang der Kämpfe zwingend hervorgehende Verstrickung sozialdemokratischer Gruppierungen in eventuell bald folgende revolutionäre Ereignisse, zunehmend das Mißtrauen der USA wecken dürfte. Je mehr diese aber aus Angst vor neuen Umstürzen auf eine Stärkung der herrschenden Militärregierungen etwa in Honduras und El Salvador setzen, die nicht zuletzt der ermordete Erzbischof dieses Landes als Stärkung der Repression entlarvte[46]), kulminieren die Schwierigkeiten der SI in der Region. Sollten die USA zu der Überzeugung kommen, daß eine rasche Ablösung der Militärdiktaturen in Mittelamerika letztlich ihren Interessen in den Anrainerstaaten des „Mare Nostrum" (Karibik) zuwiderlaufen – und dafür spricht einiges – wird sich die SI diesem Postulat Washingtons unterwerfen müssen.

Inzwischen bahnt sich – bezogen auf den ganzen Subkontinent – ein Abrükken der Carter-Administration von den alten Konzepten und die Möglichkeit einer Aussöhnung selbst mit den Ultras unter den Militärdiktaturen des „Cono Sur" an. Dabei war die „Afghanistan-Krise" nur scheinbar der hauptsächliche Auslöser; entscheidend war vor allem die im Vorhergegangenen geschilderte Entwicklung in Lateinamerika selbst.

Deutlicher Ausdruck der Umorientierung Washingtons war die Reise des Unterstaatssekretärs im Außenministerium, Samuel Eaton, im Februar 1980 nach Uruguay, Paraguay, Chile und Bolivien[47]). Die „Menschenrechtskampagne" dürfte in Zukunft vorwiegend gegenüber den sozialistischen Ländern weitergeführt werden – als Druckmittel gegenüber Militärdiktaturen in der „Dritten Welt" ist sie den USA offensichtlich hinderlich geworden, wie etwa die Haltung der USA zu Pakistan verdeutlicht. Noch klarer war dies an den Äußerungen Eatons abzulesen: Selbst in Uruguay, dem wohl härtesten Regime Lateinamerikas, das nach Befürchtungen oppositioneller Gruppen die Ermordung der überlebenden politischen Gefangenen plant[48]), stellte der Unterstaatssekretär „Verbesserungen der Menschenrechtslage" fest.

Etwa zur gleichen Zeit reiste der durch seinen rigorosen Antikommunismus bekannte General Goodpaster, Chef der Militärakademie von Westpoint, als Sonderbotschafter Carters nach Argentinien und Brasilien. Hauptmotiv der Mission war die Werbung um Unterstützung für den Getreideboykott Washingtons gegenüber der UdSSR. Obwohl er hier wenig erfolgreich war[49]), belegt die Tatsache, daß ein reaktionärer General im Auftrag des „Menschen-

44) Vgl. „Nueva Sociedad", No. 45 (Nov./Dez. 1979) S. 300 ff.
45) Vgl. etwa das Interview mit dem Erzbischof von Managua, in: „Die Neue" v. 15.2.1980.
46) „Der Tagesspiegel" v. 19.2.1980.
47) „Die Neue„ v. 2.2.1980.
48) Ebd. v. 17.1.1980.
49) NZZ v. 31.1.1980, hinzu kam eine Reise von William Bowlder, Staatssekretär für interamerikanische Angelegenheiten, in fünf Staaten Zentralamerikas (vgl. „Bohemia", No. 6/1980, S. 76).

rechtskämpfers" Carter einem der blutigsten Regime des Kontinents (Argentinien) seine Aufwartung machte, mehr als vieles andere die Doppelbödigkeit des gesamten Konzeptes. Das bei diesen Besuchen offenbar angebotene Tauschgeschäft eines zukünftigen Verzichts der USA auf den bisherigen Druck gegen ein handelspolitisches Wohlverhalten Argentiniens verdeutlicht, wie weit die „Menschenrechtspolitik" zu einem machtpolitischen Instrument verkommen ist.

Angesichts der sich verändernden US-Position sind die Spielräume für dauerhafte, auf revolutionärem oder reformistischem Weg durchsetzbare Strukturveränderungen trotz vieler ermutigender Tendenzen im karibischen und mittelamerikanischen Raum mittelfristig wohl eher begrenzt.

Schon jetzt ist absehbar, daß die Alternative für die fortschrittlichen Kräfte in den meisten und wichtigsten Ländern des Kontinents darauf hinausläuft, entweder auf die restriktiven, in Zukunft wohl noch vorsichtigeren Angebote der jeweiligen Diktaturen zur „Redemokratisierung" einzugehen beziehungsweise in den halbautoritär regierten Staaten den Status quo zu akzeptieren, oder aber sich auf einen langen und voraussichtlich extrem harten Kampf um die „Zweite Unabhängigkeit Lateinamerikas" vorzubereiten.

Dabei ist zwar richtig, daß Veränderungen des internationalen Kräfteverhältnisses sowie innere Hemmnisse die Handlungsfreiheit der USA beschränken können. Ebenso richtig ist aber, daß die Vereinigten Staaten in jedem anderen Teil der Welt weitere Niederlagen eher hinzunehmen bereit sein werden, als in Lateinamerika. Hier, in ihrem „Hinterhof", werden sie mit sanften oder gewaltsamen Mitteln alles daransetzen, ein „zweites Kuba" zu verhindern.

Die Ereignisse der vergangenen Monate haben gezeigt, wie schnell ein Rückfall in die Konfrontationsmuster des Kalten Krieges möglich ist. Dabei müßte Nordamerika im Ernstfall in Lateinamerika viel weniger Rücksichten nehmen, als dies etwa im Mittleren Osten der Fall ist. Vor allem bestünde hier nicht die Gefahr eines umfassenden Konfliktes mit der Sowjetunion; und damit fehlt ein Hauptgrund für die relative Zurückhaltung der USA in anderen Regionen der Welt. Natürlich würde eine Wiederaufnahme militärischer Aktionen gegen Länder Lateinamerikas zum einen die USA international isolieren und zum anderen den Willen zum Kampf auf dem Kontinent selbst ungeheuer anheizen. Deshalb sind schließlich solche Aktionen auch seit geraumer Zeit unterblieben (seit 1965) und Washington verließ sich seither stattdessen auf die Stärkung der einheimischen herrschenden Klassen, die „Destabilisierung" fortschrittlicher Regierungen durch konspiritative Maßnahmen, auf bi- und multilateralen ökonomischen Druck über Weltbank, Weltwährungsfonds, BID usw. sowie Versuche, durch Hilfszusagen (Kredite etc.) auf sanftem Wege ein weiteres „Abdriften" solcher Staaten (Jamaica, Guayana, Grenada, Panama usw.) in sozialistische Entwicklungsmodelle zu verhindern.

Als ultima ratio aber bleibt die Möglichkeit massiver militärischer Interven-

tionen bestehen und ihre Wahrscheinlichkeit wächst wieder an[50]). Was für den Iran und die Golf-Staaten denkbar geworden ist, muß auch für Lateinamerika als mögliche „Option" angenommen werden.

In Bezug auf die internen Schwierigkeiten, die sich den USA stellen, gilt dabei heute mehr denn je, was der Brasilianer Marcio M. Alves schon 1971 festgestellt hat, wobei dies damals vielen als übertriebene Schwarzseherei erschienen sein mag: „Auch wenn die amerikanische Fähigkeit zur Intervention geschwächt erscheint durch das Vietnam-Fiasko und den Protest der Jugend, die es müde ist, für unwerte Ziele zu sterben, kann sich die Situation doch schnell umkehren . . . Jene, die das große amerikanische Imperium als durch innere Konflikte gelähmt ansehen und unfähig, um seine Kolonien zu kämpfen, verbreiten Illusionen, die teuer zu bezahlen sind."[51])Dabei war es die „liberale" Carter-Administration, die auf klassische Art und Weise der Welt vorexerziert hat, wie solche inneren Widerstände aufgelöst werden können und sich große Teile der Bevölkerung, ja sogar der neuen Generation von Jugendlichen, trotz Vietnam und Watergate für neue kriegerische Auseinandersetzungen regelrecht begeistern lassen[52]).Erschreckend ist hierbei vor allem die Schnelligkeit, mit der diese ideologische Umpolung, innenpolitisch begleitet durch eine Renaissance neokonservativer Ideen, unter Ausschlachtung der Ereignisse in Iran und Afghanistan vollzogen werden konnte. Was geschähe, so muß man fragen, wenn die Geiselnahme nicht in Teheran, sondern in Brasilia oder gar in Mexico City stattgefunden hätte.

Einen Teil der Antwort darauf gibt die schon skizzierte neue Konfrontationspolitik gegenüber Kuba und darüberhinaus ist es gespenstisch zu sehen, wei selbstverständlich sogar in der hiesigen Öffentlichkeit die kürzlich enthüllten Pläne aufgenommen wurden, daß die USA bei einer kriegerischen Auseinandersetzung in der arabischen Golf-Region das sich den nordamerikanischen Wünschen nach vermehrter Lieferung von Kohlenwasserstoffen widersetzende Mexiko militärisch angreifen und die dortigen Öl- und Erdgasfelder besetzen könnten[53]). Aus diesen Enthüllungen folgt, daß die USA in beliebigen für sie bedrohlichen oder von ihnen als bedrohlich erachteten Situationen inzwischen sogar schon wieder bereit zu sein scheinen, selbst bürgerlich regierte Länder, die sich trotz aller Einzelkonflikte Washington gegenüber durchweg „kooperativ" verhalten, militärisch zu erpressen oder gar mit Waffengewalt zu bekämpfen. Um wieviel mehr dürfte diese Interventionsbereitschaft steigen, wenn so wichtige Länder wie Brasilien oder Argentinien etwa

50) Vgl. z.B. Michael T. Klare, „Restauration des US-Interventionismus", in: „Blätter", 11/1979, S. 1327-1336; Bernd Greiner, „Amerikanische Krisenpolitik", in: ebd. 1/1980, S. 4-8.

51) Marcio M. Alves, Brasilien: Rechtsdiktatur zwischen Armut und Revolution, Reinbek bei Hamburg 1972, S. 168.

52) Vgl. etwa Wiegand Lange, „Stimmungswechsel als Reaktion auf Krisen", in: Deutsche Volkszeitung" v. 31.1.1980.

53) Vgl. dazu den Eigenbericht der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (FAZ) aus Mexico v. 19.1.1980; zu den Konflikten zwischen Mexico und den USA wegen des Umfangs der Öl- und Gaslieferungen vgl. „Bohemia", No. 20/1979, S. 76; zu den immer wieder aus trüben Quellen lancierten Berichten über eine angebliche Bereitschaft zur raschen Erhöhung der Exporte „Die Neue" v. 30.1. und v. 7.2.1980 sowie „Der Tagesspiegel" v. 3.2.1980.

von innen heraus bedroht wären, d.h. in ihnen eine Machtübernahme durch die sozialistische Opposition absehbar würde und zum Beispiel das brasilianische Regime um Unterstützung nachsuchte. Es ist kaum daran zu zweifeln, daß die USA in einem solchen Fall aus einem übergreifenden Systemsicherungsinteresse heraus ihre ganze Macht in die Waagschale werfen würden - wohl auch, wenn man sie nicht riefe[54]).

Dabei ist die These, daß die Vereinigten Staaten durch die Krisen im Mittleren Osten von konterrevolutionären Aktivitäten in Lateinamerika ernsthaft „abgelenkt" werden könnten[55]),mehr als zweifelhaft und wohl eher eine Unterschätzung der US-amerikanischen Fähigkeit, gleichzeitig auf mehrere Herausforderungen zu reagieren.

Ohne die Macht des Imperialismus dämonisieren zu wollen und trotz aller Genugtuung über die jüngsten Erfolge in Mittelamerika gilt wohl nach wie vor für ganz Lateinamerika jene Prognose, die Alves seinerzeit für Brasilien abgegeben hat:„Wir müssen uns der Tatsache gegenwärtig sein, daß die Aufgaben vor uns gigantisch sind. Wie werden unser Volk bis an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit belasten. Sie werden weitreichende Zerstörung bringen und die‚Besten einer Generation kosten."[56])

Soeben erschienen

Jürgen Grumbach (Hrsg.)

Reaktoren und Raketen

Atomare Gefahren und Bürgerprotest

Mit Beiträgen von Bernhelm Booß, Helga Bufe, Jürgen Grumbach, Bent C. Jørgensen, Knut Krusewitz, Josef M. Leinen, Werner Lutz, Martin Meyer-Renschhausen, Thomas Neumann, Rasmus O. Rasmussen, Eckart Reidegeld, Reinhard Schultz, Hans-Gunter Schumacher, Christoph Strässer, Ellen Weber.

Kleine Bibliothek, Band 178
307 Seiten, DM 14,80

Pahl-Rugenstein

54) Die NZZ in einem Artikel über Carters State-of-the-Union-Message vom 30.1.1980, S. 5: „Die Vereinigten Staaten versprechen den Schutz des persischen Golfes, ohne daß ihnen die Mitwirkung der Anrainerstaaten sicher ist". Vornehmer läßt sich imperialistische Politik wohl kaum noch formulieren.
55) So etwa in den „Lateinamerika Nachrichten", Nr. 78 (Januar 1980) S. 12.
56) Alves, Brasilien ...a.a.O. S. 168.

Nazi-Schwärmerei und Rechtsextremismus unter Jugendlichen in der Bundesrepublik*)

Von Dierk Joachim, Bernhard Keller, Gudrun Ullrich-Hadeler und Volker Ullrich

I. Erscheinungsformen

Bei der Untersuchung rechtsextremer Tendenzen unter Jugendlichen fällt zunächst die wachsende Anhängerschaft rechtsextremer, insbesondere neonazistischer Jugendgruppen ins Auge. Nach Angaben der Verfassungsschutzbehörden waren im Jahre 1978 etwa 2700 Jugendliche in rechtsextremen Vereinigungen organisiert, gegenüber 2200 im Jahre 1977[1]). Allerdings ist es schwierig, einen genauen Überblick über die Struktur dieser „nationalen Jugend" zu gewinnen. So werden in einer Dokumentation des „Pressedienstes Demokratische Initiative" 23 Organisationen aufgeführt[2]), die jedoch teilweise schon wieder von der Bildfläche verschwunden bzw. durch weitere Gruppen zu ergänzen sind. Im folgenden wird versucht, die gegenwärtig bedeutendsten Gruppen hinsichtlich ihrer Mitgliedschaft, Zielsetzung und Tätigkeit kurz darzustellen.

Dabei empfiehlt es sich, grundsätzlich zwischen „nationalen Demokraten" und „nationalen Sozialisten" zu unterscheiden[3]). Während erstere sich von der nationalsozialistischen Vergangenheit abzugrenzen versuchen und verbal zum Grundgesetz bekennen, orientieren sich letztere am Nationalsozialismus und ihrem „Vorbild" Adolf Hitler. Bezeichnend für die „nationalen Sozialisten" ist die Verachtung der Demokratie, die Leugnung jeglicher NS-Verbrechen und ein aggressiver Antisemitismus. Zwischen beiden Lagern gibt es politisch-publizistische Auseinandersetzungen und Abwerbungsversuche, wenngleich auch ideologische Gemeinsamkeiten und Formen der Zusammenarbeit festzustellen sind.

Zu den bekanntesten Gruppen im Lager der „nationalen Demokraten" zählt der 1962 gegründete „Bund Heimattreuer Jugend" (BHJ), der in erster Linie pfadfinderisch tätig ist. Mit Zeltlagern, Sonnwendfeiern, Volkstanz- und Musikgruppentreffen und anderen Veranstaltungen versucht der BHJ, Kindern und Jugendlichen ein Gemeinschaftserlebnis zu vermitteln. Hinzu kommt die weltanschaulich-politische Erziehung. In Abgrenzung zu anderen Pfadfindergruppen will der BHJ für die „Lebensrechte unseres Volkes" und die

*) Das Kapitel III der vorliegenden Arbeit, das vorwiegend pädagogische „Aspekte antifaschistischer Gegenstrategien" behandelt, wird in einem der nächsten Hefte der Zeitschrift „Demokratische Erziehung" erscheinen.

1) Betrifft: Verfassungsschutz '78 , hrsg. vom Bundesminister des Innern, Bonn 1979, S. 18.

2) Rechtsradikale Jugendorganisationen. Beiträge und Dokumente, hrsg. vom Pressedienst Demokratische Initiative und den Bundesvorständen der Deutschen Jungdemokraten, der Jungsozialisten in der SPD und der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken, München 1979 (PDI-Sonderheft 8).

3) Alwin Meyer/Karl-Klaus Rabe, Unsere Stunde die wird kommen. Rechtsextremismus unter Jugendlichen, Bornheim-Merten 1979, S. 30 ff.

„Einheit des Reiches" kämpfen und die Jugendlichen zu „höheren Idealen" führen. So wendet er sich gegen materielles Besitzdenken und gegen die „geistige und seelische Zersetzung" der Jugend durch Rauschgift, Alkohol und Nikotin[4]). Der BHJ gewinnt seine Anhänger vor allem durch persönliche Gespräche unter Verwandten, Freunden und Kollegen.

Auch die 1952 gegründete „Wiking-Jugend" betreibt in erster Linie pfadfinderische Aktivitäten, auch sie begreift sich als eine „Gemeinschaft, die in einer Zeit der politischen Bedrohung von außen und des geistig-seelisch-körperlichen Verfalls von innen nach alten und neuen Werten sucht"[5]). Die Mitgliederzahl beider Organisationen wird gegenwärtig auf jeweils 400 geschätzt[6]). Im Vergleich mit dem BHJ ist die Wiking-Jugend jedoch stärker an der NS-Ideologie orientiert und in ihrem Auftreten weitaus militanter und aggressiver. So ist das Lager- und Fahrtenleben durch militärische Übungen (Mutproben, Nachtmärsche, „Wehrkampf") und scharfe Disziplin gekennzeichnet. Zudem unterhält die Wiking-Jugend trotz ihrer „demokratischen" Selbstdarstellung vielfältige Kontakte zum Lager der „nationalen Sozialisten". Erwiesen ist auch, daß Angehörige der Wiking-Jugend an rechtsextremistischen Ausschreitungen wie Hakenkreuz-Schmierereien, Körperverletzungen und auch an Terroranschlägen beteiligt sind[7]).

Die mit 1500 Mitgliedern größte Gruppe im „demokratischen" Lager bilden die „Jungen Nationaldemokraten" (JN), die Jugendorganisation der NPD, die vorrangig politische Arbeit betreibt und sich den Jugendlichen als Alternative zu den etablierten Parteien anbietet. Die JN betrachten sich als „Speerspitze der erwachenden Nation", sie propagieren die Idee einer „solidarischen Volksgemeinschaft" ohne Klassenkampfparolen und Standesdünkel und einen „dritten Weg" jenseits von Kapitalismus und Kommunismus. Bei ihrer Mitgliederwerbung knüpfen sie an verbreitete Ressentiments und Vorurteile z. B. gegenüber Gastarbeitern und Kriminellen an („Deutsche Arbeitsplätze für deutsche Arbeitnehmer", „Volksabstimmung zur Einführung der Todesstrafe")[8]). Neben politischen Aktionen werden auch Autorallyes, Zeltlager, sportliche Wettkämpfe, Diskussionen und Filmveranstaltungen angeboten.

Trotz verbaler Distanzierung und eines Unvereinbarkeitsbeschlusses sympathisieren weite Teile der JN mit den Zielen und Verhaltensweisen der „nationalen Sozialisten". Auf lokaler Ebene gibt es zahlreiche Kontakte, die von der Führung aus Furcht vor einer Abwanderungswelle nicht unterbunden werden. Denn es ist ein offenes Geheimnis, daß die NS-Szene ihre Mitglieder größtenteils aus den Reihen der JN rekrutiert.

4) Zit. nach ebd., S. 176.
5) Zit. nach ebd., S. 194.
6) Hans Josef Horchem, Mit der verschwommenen Mentalität eines verlassenen Haufens. Rechtsextremismus in der Bundesrepublik 1979, in: „Frankfurter Rundschau" (FR) v. 26. 11. 1979. – Meyer/Rabe (a.a.O., S. 40 und 51) dagegen sprechen von 500–1000 bzw. 1000 Mitgliedern.
7) Gegen eine etwa 30 Mitglieder zählende Gruppe der Wiking-Jugend in Westberlin ist inzwischen wegen zahlreicher Schlägereien ein Verbotsverfahren eingeleitet worden. („Die Welt" v. 14. 12. 1979).
8) Zit. nach Meyer/Rabe, a.a.O., S. 52 ff.

Pahl-Rugenstein Hochschulschriften

Gesellschafts- und Naturwissenschaften

Neuerscheinungen

Martin Klaus
Mädchen in der Hitlerjugend
Die Erziehung zur „deutschen Frau"
Mit Abbildungen und Quellenanhang
Band 15, 260 Seiten, DM 32,–

Hubertus Freiesleben
Erwachsenenbildung in Deutschland während der Manufakturperiode
Band 16, 201 Seiten, DM 21,–

Klaus Röther
Die Germanistenverbände und ihre Tagungen
Ein Beitrag zur germanistischen Organisations- und Wissenschaftsgeschichte
Band 42, 541 Seiten, DM 60,–

Günther Schneider
Zur politischen Ökonomie des Agrarsektors
Soziale Lage und soziale Differenzierung der landwirtschaftlich Erwerbstätigen in der Bundesrepublik seit 1960
Band 37, 119 Seiten, DM 17,–

Werner Martin Jocks
Analytische Geschichtsphilosophie
Philosophische Begründung der Geschichte oder Rechtfertigung historischer Aussagen?
Mit einem Vorwort von Reinhard Kühnl
Band 44, 333 Seiten, DM 40,–

Klaus Witte
Bismarcks Sozialversicherungen und die Entwicklung eines marxistischen Reformverständnisses in der deutschen Sozialdemokratie
Band 45, 144 Seiten, DM 18,–

Rainer Thomas
Industriesoziologische Analyse der Produktivkraftentwicklung
Eine historisch-materialistische Kritik im Hinblick auf neue Formen der Arbeitsgestaltung
Band 36, 265 Seiten, DM 32,–

In Nachauflage wieder lieferbar

Brigitte Nauhaus
Probleme der Frauenarbeitslosigkeit in der gegenwärtigen Krise
Band 3, 240 Seiten, DM 28,–

Angelika Puhlmann
Mädchenerziehung in der bürgerlichen Gesellschaft
Klassenspezifische Unterschiede in der Vergesellschaftung der Mädchenerziehung
Band 13, 80 Seiten, DM 12,–

Ab August diesen Jahres können Manuskriptangebote für den Jahrgang 1981 eingereicht werden. Wenden Sie sich bitte an das „Lektorat Hochschulschriften".

Unter den „nationalen Sozialisten" hat besonders die 1977 von dem damals 22jährigen Michael Kühnen gebildete „Aktionsfront Nationaler Sozialisten" (ANS) von sich reden gemacht. Die ANS tritt nicht nur für eine „Volksgemeinschaft" in einem neuen „Großdeutschland" ein, sondern bekennt sich ungeschminkt zum Nationalsozialismus. Ihre Hauptforderung ist denn auch die „Aufhebung des NSDAP-Verbots". Durch gezielte Provokationen gelang es der ANS, in die Schlagzeilen der Presse zu kommen und so die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich zu lenken. Zur Zeit befinden sich alle wichtigen Köpfe der Gruppe in Untersuchungshaft bzw. im Gefängnis. So wurde Kühnen im September 1979 vom Celler Oberlandesgericht wegen Volksverhetzung und Gewaltverherrlichung zu 4 Jahren Freiheitsentzug verurteilt, fünf weitere Angeklagte erhielten wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und bewaffneter Raubüberfälle Haftstrafen bis zu 11 Jahren[9]).

Die ANS repräsentiert einen neuen Typus unter den rechtsextremen Jugendgruppen: kleine Zirkel von zehn bis fünfzig Mann, die durch Verwendung nationalsozialistischer Parolen und Symbole, uniformierte Kleidung und militante Aktionen zunächst einmal Aufsehen erregen wollen. Im Zusammenhang mit diesen Aktivistengruppen sind besonders noch die konspirativ arbeitende „NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation" (NSDAP-AO) sowie die „Wehrsportgruppen" zu nennen, die zwar keine reinen Jugendorganisationen darstellen, jedoch etliche jugendliche Mitglieder aufweisen[10]).

Die Anhängerschaft der aktiven Neonazis, die 1976 noch 600 betragen hat, ist bis Anfang 1979 auf 1300 gestiegen. Von diesen gehören etwa 200 zum sogenannten „harten Kern", der auch vor Terror- und Mordanschlägen nicht zurückschreckt. Gerade dieser „harte Kern" hat sich in letzter Zeit durch junge Aktivisten erweitert. Nach Angaben der Verfassungsschutzbehörden waren im Frühjahr 1979 12 % unter 20 Jahre und 42 % zwischen 20 und 30 Jahren alt[11]). Das Anwachsen dieser militanten NS-Gruppen wird inzwischen auch von Regierungsseite als „besorgniserregend" eingeschätzt. So sind 1979 im gesamten Bundesgebiet 1483 rechtsextremistische Ausschreitungen verzeichnet worden (1978: 992, 1977: 616), davon 117 Gewalttaten (1978: 52, 1977: 40)[12]). Dementsprechend ist auch die Zahl der Ermittlungsverfahren und Verurteilungen gestiegen, wobei zu einem erheblichen Teil Jugendliche bis zu 21 Jahren betroffen sind[13]).

Zusammenfassend ist festzustellen, daß die rechtsextremen Jugendorganisationen in ihrer Tätigkeit und ihrem ideologischen Selbstverständnis durchaus

9) „Die Welt" v. 14. 9. 1979.

10) Die mit 400 Mitgliedern stärkste dieser Organisationen, die „Wehrsportgruppe Hoffmann", ist inzwischen vom Bundesinnenminister nach Absprache mit den Länderregierungen verboten worden („Die Welt" v. 31. 1. 1980).

11) Verfassungsschutz '78, S. 16 und 33. Horchem nennt für die Aktivisten in Norddeutschland noch höhere Prozentsätze Jugendlicher.

12) „Die Welt" v. 31. 1. 1980; Verfassungsschutz '78, S. 17.

13) Von den 1978 festangestellten 365 mutmaßlichen Tätern rechtsextremistischer Ausschreitungen gehörten allein 137 der Altersgruppe zwischen 14 und 21 Jahren an, weitere 85 befanden sich im Alter von 22 bis 30 Jahren (Verfassungsschutz '78, S. 56).

Unterschiede aufweisen und darum auch verschiedene Zielgruppen haben. Während BHJ und Wiking-Jugend mit ihrer pfadfinderischen Tätigkeit vor allem 7– bis 16jährige ansprechen, sind bei den JN und den militanten NS-Gruppen Jugendliche ab 14 bzw. 16 Jahren zu finden. Wenngleich genaue Mitgliederzahlen nicht vorliegen, scheinen alle Gruppen an Attraktivität gewonnen zu haben. Überdies ist anzunehmen, daß neben den Mitgliedern ein größerer Freundes- und Sympathisantenkreis besteht, der durch die vielfältigen Freizeitangebote und die Verbreitung von Zeitschriften gewonnen wird[14]).

Außer der Mitarbeit in organisierten Gruppen gibt es eine Vielzahl von Alltagserscheinungen, in denen Jugendliche rechtsextreme Denk- und Verhaltensweisen offenbaren. Besonders auffällig ist die Verwendung von Nazi-Symbolen. So kann in nahezu allen Städten beobachtet werden, daß Jugendliche Hakenkreuze z. B. an Hauswände schmieren oder in Parkbänke ritzen. In manchen Rockergruppen und Rockfan-Clubs ist das Anbringen von Hakenkreuzen, SS-Runen und Totenköpfen auf Kleidungsstücken sogar zum Erkennungszeichen geworden. Vielfach zeigen Jugendliche auch Hitler-Grüße und singen Nazilieder. Aus Westberlin beispielsweise wurde berichtet, daß Jungen und Mädchen bei einem Klassenausflug im Chor „Heil Hitler" riefen und eine Gruppe von etwa 30 jüngeren Zuschauern während des Abspielens der Nationalhymne vor einem Fußball-Länderspiel mit dem NS-Gruß posierte[15]).

Weitaus erschreckender als die Verwendung nazistischer Symbole und Parolen ist jedoch, daß Jugendliche vielfach auch rechtsextreme Einstellungen übernehmen und eine aggressiv-militante Haltung gegenüber sozialen Minderheiten entwickeln. Wie aus Erfahrungsberichten von Lehrern und Sozialarbeitern hervorgeht, sind Schimpfwörter wie „Negernutte", „Judenfotze", „Ausländerpack" und „Kommunistensau" unter Kindern und Jugendlichen durchaus gebräuchlich. Im Freundeskreis, aber auch in öffentlichen Gesprächen bekunden Jugendliche nicht selten faschistoide Ansichten. Sie fordern die Ausweisung von Gastarbeitern („Kanaken raus") und eine rücksichtslose Bekämpfung von Verbrechern und von Kommunisten („Gleich wieder ins KZ"). In einigen Fällen ist es auch zu Tätlichkeiten gekommen. Aus Westberlin, Hamburg und Hannover etwa wurde gemeldet, daß Jugendliche Gastarbeiterkinder beschimpft und zusammengeschlagen, engagierte Sozialarbeiter bedroht und jüdische Mitbürger terrorisiert haben[16]). Wenngleich diese Fälle nicht repräsentativ sind, offenbaren sie doch ein erschreckendes Ausmaß an geistiger Intoleranz und Brutalität bei vielen Jugendlichen, die für die Agitationsversuche neofaschistischer Gruppen besonders anfällig sind.

14) Vgl. H. Joachim Schwagerl, Rechtsextreme, insbesondere neofaschistische Jugendgruppen in der Bundesrepublik Deutschland. Ein aktuelles Lagebild aus der Sicht des informativen Verfassungsschutzes, in: Gerhard Paul/Bernhard Schoßig (Hrsg.), Jugend und Neofaschismus. Provokation oder Identifikation? Frankfurt/M. 1979, S. 30 ff.

15) PDI-Hintergrunddienst v. 1. 9. 1977; „Tagesspiegel" v. 11. 10. 1977.

16) Meyer/Rabe, a.a.O., S. 99; „Heimatspiegel" (Hamburg-Norderstedt) v. 20. 4. 1978; Jens Gundlach, „Augen rechts", in: „Hannoversche Allgemeine" v. 28. 12. 1977.

Die verschiedenen Formen von Nazi-Schwärmerei und Rechtsextremismus werden von den Jugendlichen vor allem auch in die Schule hineingetragen. So wird seit längerem das Anbringen von Hakenkreuzen an Wandtafeln und Klotüren und das Erzählen von Judenwitzen beobachtet. Gelegentlich kommt es auch zum Auftreten rechtsextremer Gruppen. Die Wiking-Jugend etwa versucht, mit Schülerzeitungen und Flugblatt-Aktionen für ihre Ziele zu werben. Schließlich gibt es auch Fälle von Einschüchterung und Gewalt gegen demokratisch und antifaschistisch gesinnte Schüler, wie z. B. der Tränengas-Überfall auf eine Schüler-Fete in Bochum, die Sprengung einer Theater-Aufführung in Uelzen oder die Störung eines „Friedensfestes" zugunsten von „amnesty international" in Kornwestheim[17]).

Im Frühjahr 1979 setzte eine lebhafte Diskussion über neonazistische Tendenzen an Schulen ein, nachdem es zu einer Häufung aufsehenerregender Vorfälle gekommen war:

– In Westberlin wurde Ende November 1978 am Carl-Zeiss-Mittelstufenzentrum, einer UNESCO-Modellschule, der amerikanische Austauschlehrer Thomas Still von Schülern einer 9. Klasse mit nazistischen und judenfeindlichen Tafelanschrieben beleidigt, nachdem er im Gesellschaftskundeunterricht das Thema „Reichskristallnacht" behandelt hatte. Ein ähnlicher Fall wurde von der Schwartzkopff-Hauptschule gemeldet, wo eine jüdlische Lehrerin jugoslawischer Herkunft mit antisemitistischen Zeichnungen provoziert wurde. Diese und andere Vorgänge veranlaßten Schulsenator Rasch im Februar 1979, bei den Bezirksschulverwaltungen ausführliche Berichte anzufordern. Die Umfrage ergab, daß seit Beginn des Schuljahres 1978/79 an Berliner Schulen 55 antisemitische und neonazistische Vorfälle registriert wurden, an denen 62 Schüler beteiligt waren. Dabei handelte es sich meist um NS-Schmierereien im Unterricht und in Schulgebäuden und um gezielte Beleidigungen von Lehrern und Schülern[18]).

– Im Februar 1979 machte die Otto-Hahn-Gesamtschule in Niedereschbach bei Frankfurt von sich reden, als Flugblätter gegen die Fernsehserie „Holocaust" auftauchten und eine antifaschistisch engagierte Lehrerin von einem Schüler bedroht wurde. Nachdem dieser Junge (u. a. wegen der Mißhandlung ausländischer Schüler) von der Schule verwiesen wurde, erschienen drei Mitglieder der Wiking-Jugend in schwarzen Uniformen, um den Schulleiter zur Rede zu stellen und Drohungen gegen einzelne Kollegen auszusprechen[19]).

– Aus mehreren Schulen wurden NS-Schmierereien gemeldet, wie z. B. aus der Hermann-Frieb-Schule in München, der Hufeland-Oberschule in Westberlin und der Ernst-Reuter-Gesamtschule I in Frankfurt[20]).

17) „Berliner Extradienst" v. 11. 11. 1977; „Hamburger Morgenpost" v. 28. 4. 1977; „Stuttgarter Nachrichten" v. 17. 1. 1978.
18) Vgl. die ausführliche Berichterstattung im „Tagesspiegel" ab 2. 2. 1979; „Die Welt" v. 17. 2. 1979.
19) FR v. 15. 2. 1979 und 16. 2. 1979; siehe auch den Erfahrungsbericht eines betroffenen Lehrers, in: „päd. extra", 7/1979, S. 40ff.
20) „Münchner Abendzeitung" v. 24. 2. 1979; „Die Neue" v. 19. 5. 1979; „päd. extra", 4/1979, S. 24.

Die politisch Verantwortlichen, Lehrerverbände und weite Teile der Presse reagierten auf die Vorfälle mit Abscheu und Empörung. Von „Skandal" und „Schande" war die Rede, und nicht wenige sahen bereits eine neonazistische Welle an den Schulen aufkommen. Um dieser Entwicklung entgegenzutreten, wurde eine exemplarische Bestrafung der jugendlichen „Täter" durch Verwarnung, Versetzung in eine andere Klasse oder durch Schulverweis gefordert. Allmählich erst setzte sich bei vielen die Einsicht durch, daß den Vorfällen nicht durch große Gesten und demonstrative Verwaltungsakte zu begegnen sei.

In der öffentlichen Diskussion wurde zumeist versäumt, zwischen den verschiedenen Erscheinungsformen vermeintlicher und tatsächlicher Faschismus-Schwärmerei an Schulen zu differenzieren. Das Auftreten organisierter Gruppen von Neofaschisten ist hier bislang eher die Ausnahme, Hakenkreuz-Schmierereien und die Verwendung anderer NS-Symbole allerdings inzwischen eine alltägliche Erscheinung. Diese sollten nicht vorschnell als Ausdruck neofaschistischer Gesinnung gewertet werden (obwohl sie im Einzelfall durchaus damit verbunden sein können). In vielen Fällen dürfte es sich um eine gezielte Tabuverletzung handeln, mit der die Schüler ihre Aggressionen gegen die sie bedrückenden Zwänge der Institution Schule abzureagieren versuchen. Für diese Annahme spricht auch, daß die Nazi-Symbolik oft im Zusammenhang mit in der Schule ebenfalls tabuierten sexuellen Darstellungen auftaucht[21]).

Gerade die Lehrer, die um eine historisch-politische Aufklärung und antifaschistische Einstellung der Jugend bemüht sind, unterschätzen zuweilen das Problem, daß die NS-Zeit für heutige Schülergenerationen bloße Geschichte geworden ist. Sie betrachten den faschistischen Massenmord mit nicht mehr oder weniger Interesse als die Sachsenschlächterei Karls des Großen oder den massenhaften Einsatz der Guillotine während der Französischen Revolution. Interessant und überdies zu einem subjektiven Erlebnis wird die Behandlung der NS-Zeit für viele erst durch ihre provozierende Umkehrung. Die Schüler erkennen, daß der Lehrer, der ihnen – auch wenn er freundlich ist oder als fortschrittlich gilt – immer noch als Vertreter einer unterdrückenden Institution erscheint, sich angesichts nazistischer und antisemitischer Reizparolen ärgert und manchmal sogar aus der Fassung gerät. Diese Verunsicherung verschafft ihnen offenbar ein Gefühl subjektiver Befriedigung[22]).

Wie unentwickelt bzw. deformiert das politisch-moralische Wertbewußtsein dieser Jugendlichen ist, zeigt sich daran, daß sie ihre Handlungen als amüsantes und nervenkitzelndes Spektakel ansehen und auch im nachhinein kein Unrechtsgefühl empfinden. So erklärten die Schüler, die im Januar 1978 auf dem Schulhof des Gymnasiums Wesseling bei Köln „Judenverbrennung"

21) Vgl. Gudrun Ullrich-Hadeler/Volker Ullrich, „Nicht jeder Hakenkreuz-Schmierer ist ein Faschist". Gedanken über den Neofaschismus an Schulen und aus Lehrersicht, in: FR v. 24. 3. 1979.
22) Vgl. Helmut Burgwinkel, Hakenkreuz-Schmierereien: Nicht politisches Programm, sondern vorpolitischer Protest. Wie bestimmte nazistische Tendenzen bei Jugendlichen einzuschätzen sind, in: „päd. extra", 4/1979, S. 24 ff.

spielten (sie hatten eine Pappfigur mit der Aufschrift „Jude" angezündet und dazu Nazilieder gesungen), auf Befragen eines Reporters: „Das ist kein Judenhaß. Aber laßt uns doch den Spaß am Provozieren", oder: „Das hat Spaß gemacht. Wir haben uns aber nichts dabei gedacht. Wir würden auch eine Lehrerpuppe verbrennen"[23]). Auf Problematisierungsversuche reagieren die Jugendlichen oft nur mit Unverständnis. Als eine Berufsschullehrerin den (o. g.) Vorfall an der Carl-Zeiss-Schule in Westberlin zum Gegenstand des Unterrichts machen wollte, wurde sie von den Schülern ausgelacht: „Aber Judenwitze machen wir doch alle", und: „Damit kriegen wir euch bestimmt"[24]).

Die Häufung solcher Vorfälle um die Jahreswende 1978/79 scheint dafür zu sprechen, daß es sich hierbei auch um Abwehrreaktionen auf die unvermittelte und allzu nachdrückliche Auseinandersetzung mit der NS-Zeit handelte, wie sie von den Kultusbehörden anläßlich des 40. Jahrestages der „Reichskristallnacht" und der Ausstrahlung der „Holocaust"-Serie mit zahlreichen Anweisungen und großem Materialaufwand initiiert und sicher auch von vielen Lehrern durchgeführt wurde. „So paradox und makaber es klingt: die intensive Auseinandersetzung mit dem 40. Jahrestag der ‚Reichskristallnacht' und Holocaust mögen dazu beigetragen haben, Pubertären Material für die gewünschte schärfste Provokation des Lehrers zu liefern. Eine Generation, die an der Kollektivscham keinen Teil mehr hat und die das Trauma ihrer Väter und Großväter allenfalls historisch begreift, hat bemerkt, womit heute persönliche Autorität, die ein Lehrer benötigt, am nachhaltigsten verunsichert werden kann"[25]).

Dabei haben gerade die zahlreichen positiven Reaktionen jugendlicher Zuschauer auf „Holocaust" gezeigt, daß die Verfolgungen und Leiden der Juden unter dem Faschismus die Schüler keineswegs unberührt lassen. Von einer allgemeinen „Desensibilisierung" der Jugend gegenüber Unrecht und Inhumanität kann deshalb nicht gesprochen werden. Wogegen sich viele wehren, ist die moralische Belehrung und „verordnete Betroffenheit", das Betroffensein als Pflichtübung, wie es ihnen von Politikern und vermutlich auch von Lehrern aus Anlaß von Gedenktagen wie der 40. Wiederkehr der „Reichskristallnacht" vorexerziert wurde.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß die Motive für die antisemitischen und nazistischen Vorfälle an Schulen überwiegend provokatorischer, vorpolitischer Art sind. Die im allgemeinen 12– bis 16jährigen Schüler sind meist ohne politisch-moralisches Wertbewußtsein aufgewachsen, um die Fragwürdigkeit ihrer Handlungen zu begreifen. Hier muß nach den Einflüssen im alltäglichen Erlebnisbereich von Jugendlichen gefragt werden, die die scheinbar problemlose Verwendung nazistischer Symbole und Parolen ermöglicht haben.

23) „Bild" v. 27. 1. 1978.
24) „Tagesspiegel" v. 6. 2. 1979.
25) Ebd.

II. Entstehungsbedingungen neofaschistischer Tendenzen unter Jugendlichen

Die Öffentlichkeit reagiert auf das Problem des Neofaschismus unter Jugendlichen zumeist unangemessen. Neben den bereits beschriebenen Reaktionen von Politikern und Vertretern der Kultusbehörden, die sich überwiegend in moralischen Appellen, Anweisungen an Lehrer und Forderungen nach Disziplinarmaßnahmen erschöpfen, gibt es andere, die neofaschistische „Vorfälle" an Schulen oder anderswo einfach ignorieren oder als „Dummejungenstreiche" abtun. Die Kehrseite solcher Bagatellisierungsversuche zeigt sich in der Sichtweise derer, die die Gefahren, die von dem spektakulären Auftreten einzelner neofaschistischer Aktionsgruppen ausgehen, überpointieren und von ihnen auf eine breite Anfälligkeit bundesrepublikanischer Jugendlicher für neofaschistische Tendenzen schließen. Mit solchen interessengeleiteten Unter- bzw. Übertreibungen ist einer differenzierten Erklärung des Zusammenhangs zwischen Jungend und Neofaschismus wenig gedient. Vielmehr gilt es, jeweils genau zu untersuchen, was den verschiedenen Erscheinungsformen tatsächlicher oder auch nur vermeintlicher Nazi-Schwärmerei unter Jugendlichen zugrunde liegt.

Die Darstellung neonazistischer Tendenzen an Schulen hat ergeben, daß es nicht – wie oft angenommen wird – ein Mangel an historischen Kenntnissen über die Zeit des Nationalsozialismus allein ist, sondern häufig im Gegenteil ein Überdruß an Belehrung und verordneter Moral, der Hakenkreuz-Schmierereien und ähnliche – zumeist eher als Protest- denn als Gesinnungsäußerung verstandene – Reaktion von Schülern hervorbringt. Im folgenden geht es zunächst darum, die Beweggründe der Jugendlichen aufzudecken, die nicht nur aus Lust an der Provokation und der Durchbrechung von Tabuschwellen sich der Nazi-Symbolik bedienen, sondern die sich damit auch identifizieren und von rechtsextremistischen Jugendgruppen angezogen werden.

Worin sind die Ursachen für die erhöhte Anziehungskraft neofaschistischer Organisations- und Artikulationsangebote auf Jugendliche zu sehen? Eine Beantwortung dieser Frage muß ansetzen bei den realen gesellschaftlichen Erfahrungen von Jugendlichen in der Bundesrepublik, die geprägt sind durch wirtschaftliche und soziale Krisenerscheinungen, durch anhaltende Jugendarbeitslosigkeit in erheblichem Umfang, durch knappes Lehrstellenangebot, durch verschärften Leistungs- und Konkurrenzdruck in allen Ausbildungsbereichen, um nur einige Stichworte zu nennen[26]). Ohne Zweifel haben sich die Lebenschancen für die junge Generation in den letzten Jahren objektiv verschlechtert, hat der gesellschaftliche Problemdruck für Jugendliche zugenommen. Es genügt allerdings nicht, die Kennzeichen der gegenwärtigen gesellschaftlichen Lage der Jugend in der Bundesrepublik zu beschreiben, um daraus das Ansteigen neofaschistischer Tendenzen direkt abzuleiten, denn es kommt ja darauf an, wie die neuen Erfahrungen von Jugendlichen wahrgenommen und verarbeitet werden. Jugendliche reagieren auf ein- und die-

26) Vgl. für den Zusammenhang: Hendrik Bussiek, Bericht zur Lage der Jugend, Frankfurt/M. 1978.

selbe Situation sehr unterschiedlich. Es müssen also zu den objektiven Ursachen noch spezifische subjektive Dispositionen hinzutreten, die erst die Attraktivität neofaschistischer Gruppenbildungen und Verhaltensmuster auf einen bestimmten Teil der Jugend erklärbar machen.

Einen ersten Erklärungszugang bietet die Frage, aus welchen gesellschaftlichen Gruppen und Schichten rechtsextreme Jugendorganisationen ihre Mitglieder und Anhänger rekrutieren. Leider liegen dazu noch keine empirisch zuverlässigen Untersuchungen vor. Auf den ersten Blick scheint das Sozialprofil neofaschistischer Kleingruppen recht uneinheitlich zu sein. Von den sieben jugendlichen Neonazis etwa, auf deren Konto in Hannover zahlreiche Hakenkreuz-Schmierereien und andere Aktionen gingen, waren drei Oberschüler, der Rest junge Arbeiter und Angestellte[27]). Auch Michael Kühnen berichtet über die soziale Zusammensetzung der ANS: „Ich habe vom Abitur-Durchschnitt 1,3 und vom Studenten bis buchstäblich zum Hilfsschüler alles in der Truppe drin"[28]).

Allerdings muß die Aussage, daß in neonazistischen Zirkeln fast so etwas wie ein repräsentativer sozialer Querschnitt von Jugendlichen vertreten sei, in Zweifel gezogen werden. Der Leiter des Hamburger Landesamts für Verfassungsschutz, Hans Josef Horchem, hat ermittelt, daß unter den rund 200 Mitgliedern des „harten Kerns" aktiver Neonazis der Anteil von Schülern und Studenten sich auf nur 12 % belaufe; die große Mehrheit werde von jungen Arbeitern und Angestellten gestellt[29]). Während in den „nationaldemokratischen" Jugendorganisationen wie dem „Bund Heimattreuer Jugend" das Verhältnis von Jungen und Mädchen annähernd ausgeglichen ist und bei den „Jungen Nationaldemokraten" noch etwa 15 % weibliche Mitglieder zu finden sind[30]), ist ihr Anteil in den neofaschistischen Gruppen außerordentlich gering. Dem „harten Kern" werden nur zwölf Frauen zugerechnet[31]). Das weist bereits darauf hin, daß bestimmte als männlich geltende Attribute in diesen Gruppen fetischisiert werden.

Von der sozialen Herkunft her lassen sich also zwei Gruppen neofaschistischer Jugendlicher unterscheiden: Oberschüler und Studenten sind zwar deutlich unterrepräsentiert, üben aber desto häufiger leitende Funktionen aus. Sie kommen – wie z. B. auch Kühnen— aus gutbürgerlichen Familien, während das Gros des „Fußvolks" eher aus sozial schwachen Schichten stammt. So berichtet Peter Dudek, Lehrer an der Frankfurter Otto-Hahn-Schule: „Auffallend bei den neofaschistischen Schülern unserer Schule, die alle den Hauptschulzweig besuchen, ist es, daß sie gesellschaftlichen Randgruppen entstammen, die familiäre Erziehung in fast allen Fällen der Mutter ob-

27) Dietrich Strothmann, Sitzen die Juden wieder auf ihren Koffern?, in: „Die Zeit" v. 10. 2. 1978; Jens Gundlach, Augen rechts, in: „Hannoversche Allgemeine" v. 28. 12. 1977.
28) Alwin Meyer/Karl-Klaus Rabe, „Ohne daß ich sagen würde, ich bin der neue Führer". Gespräch mit einem jungen Nationalsozialisten, in: „Kursbuch" 54 (1978), S. 134 (künftig zit. als Kühnen-Interview).
29) Horchem, in: FR v. 26. 11. 1979.
30) Vgl. Meyer/Rabe, a.a.O., S. 91.
31) Horchem, in: FR v. 26. 11. 1979.

liegt, die Familienverhältnisse als im bürgerlichen Sprachgebrach ‚zerrüttet' gelten. Ihre Lebensgeschichte ist weitgehend die Geschichte gesellschaftlichen Ausgegrenztseins."[32]) Nicht selten verbinden sich bei diesen Jugendlichen Beziehungsstörungen in der Familie mit Versagenserlebnissen in der Schule und fehlender Berufsperspektive. Ein nicht geringer Teil der jugendlichen Rechtsextremisten, die aus Arbeiterfamilien kommen, haben keine feste Berufsausbildung, sind arbeitslos oder in ungelernten Berufen tätig[33]).

Diese wenigen Hinweise erlauben bereits Rückschlüsse auf die Motivation Jugendlicher, sich in rechtsextremistischen Gruppen zu engagieren. Jugendliche, die ohne feste emotionale Bindungen sind, die sich verunsichert, deklassiert und von der Gesellschaft im Stich gelassen fühlen, erweisen sich als besonders gefährdetes Rekrutierungspotential für rechtsextreme und neofaschistische Organisations- und Handlungsangebote. Die Erfahrung, das eigene und das gesellschaftliche Leben nicht mehr sinnvoll miteinander verbinden zu können, fügt dem Gefühl der eigenen Minderwertigkeit und Perspektivlosigkeit noch das der Ohnmacht gegenüber den als undurchschaubar und nicht veränderbar erscheinenden gesellschaftlichen Verhältnissen hinzu. In einer solchen Situation mag sich für manchen Jugendlichen der „Rückzug auf einfacher strukturierte Ordnungsmodelle und einfacher strukturierte Bezugsgruppen" als einziger Lösungsweg anbieten[34]).

Hier knüpfen rechtsextremistische Jugendgruppen an. Sie versuchen Jugendlichen zu bieten, was sie in bestehenden gesellschaftlichen Institutionen nicht finden: die Möglichkeit von Identifikation, von Orientierungshilfen, einfache Antworten auf komplexe gesellschaftliche Probleme. Sie wollen Jugendlichen das Gefühl vermitteln, sich in ihre Gruppen mit ihrer ganzen Person einbringen zu können und mit ihrem Wunsch nach sinnvoller Betätigung, Anerkennung und Bindung ernstgenommen zu werden[35]). Das Gruppenklima ist geprägt durch ein starkes Ingroup-Verhalten; Kameradschaft wird großgeschrieben. „Wir sind praktisch immer in der Gruppe. Wir arbeiten zusammen. Wir unterstützen uns gegenseitig, ob das in finanzieller oder in beruflicher oder in politischer Hinsicht ist, in jeder Beziehung."[36]) In dem als positiv erlebten Gruppenzusammenhalt finden Jugendliche ein festes Bezugssystem, mit dessen Hilfe sie ihr Selbstwertgefühl stabilisieren und Ohnmachtserfahrungen und Zukunftsängste kompensieren können. „Diese Gruppen organisieren eine kollektive Flucht in infantil-ursprüngliche Ersatzgemeinschaften ohne eigenes Selbst, dafür aber mit dem Gefühl eines grandiosen Gruppenselbst."[37])

---

32) Peter Dudek, Neonazi-Gruppen haben einfache Antworten auf komplexe Probleme, in: „päd. extra", Nr. 7 v. 15. 7. 1979, S. 40.
33) Meyer/Rabe, a.a.O., S. 91; Schwagerl, in: Jugend und Neofaschismus, S. 35.
34) Maria Koppernagel, Gefahren neuer nationalistischer Strömungen, in: Rechtsradikale Jugendorganisationen, S. 26.
35) Vgl. Meyer/Rabe, a.a.O., S. 83.
36) Kühnen-Interview, S. 133 f.
37) Gerhard Paul, Zur Sozialpsychologie des jugendlichen Rechtsextremismus heute, in: Jugend und Neofaschismus, S. 166.

Zugleich entbindet das hierarchische Organisationsprinzip rechtsextremer Jugendgruppen, in denen zumeist einzelne dominante Bezugspersonen die Richtung angeben, von der Schwierigkeit, eigenverantwortlich handeln zu müssen. Neben Kameradschaft wird von den Mitgliedern vor allem Ordnung, Disziplin und Gehorsam erwartet – Werte, die in ihren Augen keine gesellschaftliche Anerkennung mehr erfahren. Michael Kühnen: „Ein großer Teil der Jugend sehnt sich im Grunde nach Autorität und straffer Führung. Und das hängt gerade mit dem freien Aufwachsen zusammen. Die Konsumgesellschaft konnte ihnen keine Ideale bieten. Wir bieten die Ideale."[38]) Das Streben nach vermeintlich höheren Idealen – wie Volk, Vaterland, Heimat, Gemeinschaft – hat vor allem identitäts- und sinnstiftende Funktion; es soll Jugendlichen, die auf der Suche nach Sinn und Orientierung sind, wieder ein festgefügtes Wertsystem vermitteln, an das sie sich halten können.

Rechtsextremistische Jugendorganisationen zielen besonders auch auf die emotionalen Erlebnisdefizite von Jugendlichen in einer durch soziale Kälte bestimmten technisierten und bürokratisierten gesellschaftlichen Umwelt, in der jugendlichen Bedürfnissen nach Abenteuer, Bewährung, Gemeinschaft, Geborgenheit offenbar immer weniger entsprochen werden kann. Die Palette der Handlungsangebote in der rechtsextremen Jugendszene reicht von gemeinsamen Fahrten, Zeltlagern, vormilitärischen Geländeübungen bis hin zu nächtlichen Anschlägen und Überfällen, die als besonderer Ausweis von Mut und Tapferkeit gelten.

An solche Bedürfnisstrukturen schließen sich ideologische Identifikationen erst sekundär an. Alwin Meyer und Karl-Klaus Rabe haben zu Recht darauf hingewiesen, daß das ideologische Moment nicht das entscheidende Motiv für Jugendliche sei, sich rechtsextremen Kreisen anzuschließen. „Selbst die Anhänger der NS-Szene sind keine geschulten, ideologisch standfesten Nazis. Natürlich vertreten sie rechtsextremes Gedankengut und klopfen die stärksten Sprüche, doch es muß jeweils die Frage gestellt werden, was ideologisch gesehen dahinter steckt."[39]) Auch von dem uniformierten Auftreten jugendlicher Neonazis in der Öffentlichkeit, die sich in Kleidung und Habitus bewußt an das Vorbild der NS-Bewegung anlehnen, sollte nicht vorschnell auf eine Identifikation mit der nationalsozialistischen Weltanschauung geschlossen werden. „Für manche der Jugendlichen ist der Sitz des Koppels eine wichtigere Frage als der Inhalt einer geplanten Aktion."[40]) Uniformierung und martialisches Gebaren in der Gruppe bieten die Möglichkeit des Selbstersatzes, bedeuten partielle Aufhebung der subjektiv erfahrenen Ohnmacht. Zugleich erreichen jugendliche Neofaschisten damit die gewünschte provokative Wirkung nach außen. Denn sie sichern diesen Gruppen eine öffentliche Aufmerksamkeit, die sie sonst von der Zahl ihrer Mitglieder her keineswegs beanspruchen könnten.

Allerdings sollte die Rolle der Ideologie im Kontext neofaschistischer Organisationsbildungen auch nicht unterschätzt werden. Michael Kühnen berichtet

38) Zit. in: ebd., S. 164.
39) Meyer/Rabe, a.a.O., S. 88.
40) Horchem, in: FR v. 26. 11. 1979.

zwar, daß auch er die ersten ideologischen Schriften der Nationalsozialisten erst gelesen habe, als er schon eine geraume Zeit in der neofaschistischen Szene aktiv war, sagt jedoch an anderer Stelle selbst, daß „die weltanschaulichen Grundlagen und die weltanschauliche Betätigung" für diejenigen Mitglieder, die länger bei der Gruppe sind, „über alles" gehen[41]). Die Ideologie unterstützt den Gruppenzusammenhalt, indem sie aus einem – zumeist wirren – Substrat antikommunistischer, antiliberalistischer, antisemitischer und ausländerfeindlicher Versatzstücken[42]) ein Feindbild konstruiert, in das die Ursachen für alle Enttäuschungen und Unzufriedenheitsmomente hineinprojiziert werden können. Sie wirkt sich „gleichzeitig verstärkend auf die Identifikation mit der Gruppe aus, die ihrerseits den Glauben an die Ideologie erhöht. Son befindet sich der Jugendliche in einem Kreislauf, in dem ihm zunehmend der neue ‚Sinn' der nationalsozialistischen Ideologie zur Gewißheit werden kann."[43])

Freilich findet ideologische Schulung im eigentliche Sinne nicht statt. Den Grund hierfür nennt Michael Kühnen: „Wir schulen uns hauptsächlich in der Aktion. Das heißt also, wenn wir politisch tätig sind in der Öffentlichkeit, so wie wir es tun, bekommen unsere Leute das beste Bild davon, wer unsere Gegner sind . . . Sie fragen uns, warum das der Gegner ist. Und dann wird ihnen entsprechend auch Antwort gegeben."[44]) Der Druck von außen stärkt die Binnenstabilität rechtsextremer Gruppen und sorgt in vielen Fällen erst dafür, daß es zu nachgeholten nationalsozialistischen Identifizierungen kommt[45]). In den Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner suchen jugendliche Neofaschisten die Gewalt, die häufig für sie existentieller Bestandteil ihrer Lebensgeschichte ist, nach außen zu wenden und ihre Aggressivität an dem für sie sichtbaren und greifbaren „Feind" auszulassen.

Zusammenfassend lassen sich die Prozesse, durch die Jugendliche in rechtsextreme und neofaschistische Gruppen hineingeraten, charakterisieren als eine Art soziale Rückzugsbewegung in die Eindeutigkeit autoritäter Organisations- und Verhaltsmuster und simplifizierender Erklärungsmodelle, die den ungestillten Identifikations- und Orientierungsbedürfnissen von Jugendlichen entgegenkommen und ihnen eine Scheinlösung ihrer Probleme offerieren. Die Flucht in rechtsextremistische Ersatzgemeinschaften ist freilich nur eine von mehreren Möglichkeiten, mit denen Jugendliche auf psychische Verelendung, Verunsicherung und Perspektivlosigkeit reagieren. Wesentlich häufiger dürften gegenwärtig noch andere Verarbeitungsweisen psycho-sozialer Probleme bei Jugendlichen anzutreffen sein: „Die Flucht aus dem Elternhaus, das Ausreißer-Problem also, Flucht in den Konsum . . ., Flucht in ir-

41) Kühnen-Interview, S. 131 und 132.
42) Vgl. zur Ideologie des Neofaschismus: Jörg Berlin/Dierk Joachim/Bernhard Keller/Volker Ullrich, Neofaschismus in der Bundesrepublik. Aktivität, Ideologie und Funktion rechtsextremer Gruppen, in: „Blätter", 5/1978, S. 532 ff.
43) Koppernagel, in: Rechtsradikale Jugendorganisationen, S. 26.
44) Zit. in: Meyer/Rabe, a.a.O., S. 71.
45) Vgl. ebd., S. 94.

reale Träume wie die neuen Jugendreligionen, in Drogen, Alkohol, in die Kriminalität, gar in Selbstmord. Oder ‚nur' die Flucht ins Private – eine für die Demokratie kaum weniger gefährliche Absetzbewegung als die genannten schlagzeilenträchtigen."[46]) Die Zahl der Jugendlichen, die sich in neofaschistischen Gruppen organisieren oder sich in deren Umfeld bewegen ist – wie wir gesehen haben – bislang sehr gering. Zu fragen ist allerdings, ob der jugendliche Neofaschismus nur die Spitze eines Eisbergs markiert, ob er eine ins Extrem gesteigerte Ausformung von Einstellungen und Verhaltensdispositionen darstellt, die latent bei weitaus mehr Jugendlichen anzutreffen sind, ohne daß sie deshalb schon als neofaschistisch bezeichnet werden könnten.

Die neueste Untersuchung von Walter Jaide über die politischen Einstellungen und Aktivitäten von Achtzehnjährigen in der Bundesrepublik gelangt zu dem Ergebnis, daß 15 % der Jugendlichen „entschieden" rechtsextremen Positionen zuneigen, d. h. daß sie demokratische Entscheidungsprozesse als zu umständlich und mühselig ablehnen und die Überzeugung vertreten, daß mit hartem Durchgreifen und starken Führungspersönlichkeiten die politischen Probleme zu lösen seien[47]). Ein weitaus größerer Prozentsatz von Jugendlichen rechne sich zwar politisch zur Mitte, bekenne sich aber nur formal zu demokratischen Werten, ohne sich wirklich mit ihnen zu identifizieren und aktiv für sie einzutreten. Jaide unterläßt es allerdings, genauer danach zu fragen, woher die von ihm festgestellten Tendenzen der Entpolitisierung und des Rückzugs ins Private rühren. Daß sie in einem ursächlichen Zusammenhang zu sehen sind mit dem Klima der politischen Repression in der Bundesrepublik, mit der Verunglimpfung radikaldemokratischer Kritik als „verfassungsfeindlich", mit der Kriminalisierung sozialistischer Veränderungsperspektiven, mit Berufsverboten und Gesinnungsschnüffelei, ist wohl kaum zu bestreiten. Jaide selbst wertet die Befunde seiner Untersuchungen als nicht alarmierend. Von „einer neuerlichen Rechtswendung" in der Jugend könne nicht gesprochen werden; eine frühere Erhebung aus dem Jahr 1970 habe sogar noch höhere Zustimmungsquoten im Hinblick auf rechtsextreme Positionen bei Jugendlichen ergeben[48]).

In der Tat sind antidemokratische und autoritäre Einstellungen und Verhaltensmuster unter Jugendlichen in der Bundesrepublik immer weit verbreitet gewesen, wenngleich ein an der politisierten studentischen Minorität am Ausgang der 60er Jahre orientiertes Jugendbild zeitweilig einen anderen Eindruck erwecken konnte. Sie sind – worauf Eike Hennig jüngst noch einmal aufmerksam gemacht hat – ein fester Bestandteil in der Kontinuität des Antidemokratischen in der Geschichte der Bundesrepublik. „Immer hat es in der Bundesrepublik in breitem Ausmaß nichtdemokratisierte und zu wenig demokratisierte Bereiche gegeben. Demokratisches Meinen hat sich immer ‚gut' mit autoritärem Verhalten und mit starken Tendenzen politischer Nicht-Be-

46) Bussiek, a.a.O., S. 14.
47) Walter Jaide, Achtzehnjährige – zwischen Reaktion und Rebellion. Politische Einstellungen und Aktivitäten Jugendlicher in der Bundesrepublik, Opladen 1978, S. 69. Siehe dazu auch FR v. 9. 11. 1978.
48) Ebd., S. 70.

teiligung vertragen."[49]) Alle Umfragen weisen denn auch aus, daß in der erwachsenen Bevölkerung das antidemokratische Potential eher noch breiter ist als unter Jugendlichen[50]). Warum dies so ist, hat Theodor W. Adorno bereits 1959 erläutert: „Demokratie hat sich nicht derart eingebürgert, daß sie die Menschen wirklich als ihre eigene Sache erfahren, sich selbst als Subjekte der politischen Prozesse wissen. Sie wird als ein System unter anderen empfunden, so wie wenn man auf einer Musterkarte die Wahl hätte zwischen Kommunismus, Demokratie, Faschismus, Monarchie; nicht aber als identisch mit dem Volk selber, als Ausdruck seiner Mündigkeit. Sie wird eingeschätzt nach dem Erfolg oder Mißerfolg, an dem dann auch die einzelnen Interessen partizipieren, aber nicht als Einheit des eigenen Interesses mit dem Gesamtinteresse."[51])

Wo Demokratie aber nicht als eine eigene Sache erfahren wird, kann sie auch nicht überzeugend vorgelebt werden. Für viele Jugendliche wird der Widerspruch zwischen demokratischen Lippenbekenntnissen von Vertretern der Ertwachsenenwelt und den nicht-demokratischen Strukturen, die sie in Schule, Betrieb und anderen gesellschaftlichen Bereichen antreffen, zu einem Schlüsselerlebnis ihrer politischen Sozialisation, das ihnen frühzeitig die Lust an bewußter und aktiver Teilnahme am politisch-gesellschaftlichen Leben austreibt. Zunehmend müssen sie gerade in den letzten Jahren die Erfahrung machen, daß kritisches politisches Engagement – statt gefördert oder auch nur toleriert – mit Sanktionen belegt wird. Nach einer kürzlich vorgenommenen Untersuchung des „Münchner Instituts für Jugendorschung, Markt- und Meinungsforschung" befürchtet die Hälfte aller Jugendlichen im Alter zwischen 17 und 29 Jahren Nachteile aus der freien Meinungsäußerung in Schule und Beruf und sei „auf dem Weg zum Duckmäusertum"; Kritik am System werde kaum noch geübt[52]).

Der Mangel an einer tradierten, im gesellschaftlichen Bewußtsein fest verankerten demokratischen politischen Kultur ist nicht zuletzt auch verantwortlich dafür, daß die faschistische Vergangenheit nach 1945 nicht aufgearbeitet, sondern einem kollektiven Verdrängungsprozeß unterworfen wurde. Da die Notwendigkeit einer umfassenden Auseinandersetzung mit den sozioökonomischen und sozialpsychologischen Ursachen und Triebkräften des Faschismus im Sinne einer auch im Alltag wirksamen antifaschistischen Erziehung zu keinem Zeitpunkt als eine primäre Aufgabe der politisch-historischen Bildung begriffen wurde, kann man sich auch kaum darüber wundern, wenn Schüleräußerungen über die Zeit des Nationalsozialismus – wie sie etwa Boßmann in seiner Sammlung zusammengetragen hat – „einen historischen

49) Eike Hennig, Kontinuitäten zum historischen Faschismus und jugendliches Politikverhalten in der Bundesrepublik, in: Jugend und Neofaschismus, S. 100.
50) Vgl. als jüngste Untersuchung: Werner Habermehl, Sind die Deutschen faschistoid? Ergebnisse einer empirischen Untersuchung über die Verbreitung rechter und rechtsextremer Ideologien in der Bundesrepublik, Hamburg 1979.
51) Theodor W. Adorno, Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit (1959), in: ders., Eingriffe. Neun kritische Modelle, Frankfurt/M. 1968, S. 130.
52) FR v. 13. 3. 1980.

Analphabetismus bestürzenden Ausmaßes" offenbaren[53]). Das verheerende Faschismus-Bild in den Köpfen vieler Schüler allein den Politik- und Geschichtslehrern anzulasten, hieße deshalb nur, auf ein pädagogisches Problem zu verkürzen, was erst im gesellschaftlichen Zusammenhang erklärt werden kann. Die Defizite an Geschichtsbewußtsein bei Jugendlichen sind nur Spiegelbild gesellschaftlicher Versäumnisse in der Aufarbeitung des Faschismus; der „Wissensfriedhof Nationalsozialismus"[54]) an bundesdeutschen Schulen ist ein Produkt der „unbewältigten Vergangenheit".

In diesem Zusammenhang sollte auch nicht übersehen werden, daß der Geschichtsunterricht nur ein Faktor der historischen Sozialisation von Jugendlichen ist, daß Geschichtsbewußtsein zu einem bedeutenden, wenn auch nicht überwiegenden Teil durch außerschulische historische Alltagsangebote konstituiert wird. Wenn man sich ansieht, wie etwa in den Produkten des „Verlages für Geschichtliche Dokumentation" des Hamburger Verlegers John Jahr, auf Schallplatten oder in Filmen wie Fests „Hitler – eine Karriere", in Landser-Heften oder in einer bestimmten Art von Rock-Musik der Faschismus vermarktet wird mit mehr oder weniger offenen Tendenzen der Verharmlosung und Teilrehabilitierung des NS-Regimes[55]), dann wird verständlich, warum in den letzten Jahren gerade für Jugendliche die Hemmschwelle gesunken ist, sich der Nazi-Symbolik als Zeichensprache für Provokation und historisch rückwärts gewendete Identifikation zu bedienen. Die öffentliche Desensibilisierung gegenüber dem Schrecken, der dem Begriff Nationalsozialismus innewohnt[56]), muß als ein entscheidender Bedingungsfaktor für neofaschistische Umtriebe nicht nur an Schulen angesehen werden. Diejenigen Politiker, die sich so lauthals über Hakenkreuz-Schmierereien von Schülern entrüsten, müssen sich fragen lasse, was sie eigentlich unternommen haben, um der Kommerzialisierung des „Dritten Reiches" wirksam entgegenzutreten und skrupellosen Geschäftemachern das Handwerk zu legen.

Statt über mangelndes demokratisches und historisches Bewußtsein von Jugendlichen zu lamentieren, sollte überlegt werden, warum s i e ein solches Bewußtsein nicht entwickeln konnten, und was zu tun ist, damit sie das können. Denn eines ist sicher: Eine Bedrohung für das demokratische System in der Bundesrepublik geht z. Z. nicht von den (noch) quantitativ unbedeutenden rechtsextremen und neofaschistischen Gruppen aus, sondern von der Existenz eines breiten antidemokratischen und autoritären Potentials in der Bevölkerung, das in Zeiten wirtschaftlicher Stabilität, der „Schönwetter-Demokratie", nur weniger sichtbar war und sich in letzter Zeit wieder stärker artikuliert. Solange es besteht, ist die Gefahr nicht auszuschließen, daß bei einer Verschärfung gesellschaftlicher Krisenerscheinungen die Anfälligkeit für neofaschistische Lösungsangebote weiter zunimmt und gerade rechtsextreme Jugendgruppen ihre Basis wesentlich verbreitern können.

53) Dieter Boßmann (Hrsg.), „Was ich über Adolf Hitler gehört habe . . ." Folgen eines Tabus: Auszüge aus Schüler-Aufsätzen von heute, Frankfurt/M. 1977, S. 13.
54) Dieter Boßmann, Wissensfriedhof Nationalsozialismus, in: „Erziehung und Wissenschaft", 11/1977, S. 7–9.
55) Vgl. Meyer/Rabe, a.a.O., S. 127–142.
56) Vgl. Henryk M. Broder, Deutschland erwacht. Die neuen Nazis – Aktionen und Provokationen, Köln 1978, S. 9.

Ursprünge der deutschen Autolobby

Zur Motorisierungspolitik im Dritten Reich

Von Glenn Yago

Das Auftauchen der Autoindustrie als staatspolitischer Machtfaktor in Deutschland geht zurück auf ihre industrielle Expansion im Deutschland der 30er Jahre. Seither wirkt die von der Automobilindustrie betriebene Unternehmensstrategie auf die Verkehrspolitik ein, indem sie diese auf ein von ihr geschaffenes politisches und wirtschaftliches Umfeld beschränkt. Durch ihre eigene Politik und diejenige ihrer Industrieverbände haben die Unternehmen eine Situation geschaffen, die den Verkehrspolitikern nur begrenzte Alternativen läßt. Die Politik der Unternehmen hat es ermöglicht, daß heute die öffentliche Politik den strukturellen Bedürfnissen jener Unternehmen der Automobil-, Gummi- und Erdölindustrie entgegenzukommen hat, die über Vertreter auf allen Ebenen des Staatsapparates verfügen – örtlich, auf Landes- und auf Bundesebene[1]).

Die Autoindustrie und die industrielle Entwicklung in Deutschland

Zu Beginn dieses Jahrhunderts war die Stärke der deutschen Industrie gebunden an die Schwerindustrie, den Bergbau und die elektromechanische Industrie. Diese Industriezweige wurden seit Ende des 19. Jahrhunderts monopolisiert, sie waren eng mit den deutschen Banken verbunden und – im Interesse ihrer Preise – vom billigen Eisenbahntransport abhängig. Das Vorherrschen der mit der Eisenbahn verbundenen Interessen wirkte dem Aufkommen der Automobilindustrie entgegen. Bestrebungen, eine Expansion der Autoindustrie innerhalb Deutschlands zu finanzieren, scheiterten mangels Unterstützung durch die Banken[2]). Durchbrochen wurde dieses Patt mit der gegenseitigen Durchdringung deutschen und amerikanischen Kapitals zur Zeit der Weimarer Republik, wodurch die Macht der älteren industriellen Gruppen Deutschlands verringert wurde. Als General Motors die Adam Opel AG, den größten deutschen Autohersteller, im Jahre 1929 kaufte, wurden die Automobilindustrie und die mit ihr verbundenen Industriezweige erstmals auch politisch wichtig.

General Motors hatte eine erfolgreiche Unternehmensstrategie zur Expansion der Automobilindustrie in den USA entwickelt, eine Strategie, die auch den Märkten in Deutschland und Europa angepaßt werden konnte. Da die Ausweitung der Autoindustrie eng mit der amerikanischen Industrialisierung und

1) In den letzten Jahren hat es beträchtliche Diskussionen über den zunehmenden Einfluß der Autoindustrie auf die Verkehrspolitik der Bundesrepublik gegeben. Außer Wolf Lindner (Erzwungene Mobilität, Frankfurt/M. 1975) vergleiche man Thomas Krämer-Badoni u. a., Zur ökonomischen Bedeutung des Automobils, Frankfurt/M. 1971.

2) Vgl. „Vossische Zeitung" v. 19. 11. 1928.

Monopolmacht verbunden war, schmiedete General Motors schon früh das Bündnis mit anderen aufstrebenden Industriezweigen, vor allem mit Erdöl- und Gummi-Unternehmen. Als sich diese Industriezweige Mitte der 20er Jahre der Situation eines für Autos, Erdöl- und Gummiprodukte gesättigten Marktes gegenüber sahen, verfolgte General Motors eine Unternehmensstrategie, die durch interne Reorganisation, Finanzierung, jährlich wechselndes Styling, Entwicklung der Auslandsgeschäfte und Ausschaltung konkurrierender Industrien zu einer Ausweitung des Marktes führte. Gemeinsam mit weiteren Mitgliedern des Autoherstellers-Verbandes (Motor Vehicle Manufacturers' Association) gelang es General Motors, die stattliche Politik zugunsten des Highway-Verkehrs zu beeinflussen. GM wurde zum Prototyp der modernen multinationalen Konzerne, deren Strategie entscheidenden Einfluß auf die staatliche Politik erlangte.

In Zusammenarbeit mit Erdöl- und Gummi-Unternehmen benutzte General Motors Zwischenfirmen wie die United Motor Coach Transit und die National City Lines dazu, in amerikanischen Städten die elektrischen Straßenbahnen aufzukaufen, die vorhandenen öffentlichen Verkehrsmittel auf Busse umzustellen und Lieferkontrakte für Busse, Kraftstoff, Reifen und Ersatzteile mit denjenigen Auto-, Gummi- und Erdölfirmen abzuschließen, die das ganze Unternehmen finanziert hatten. General Motors, Standard Oil of California, Mack Manufacturing, Firestone Tire and Rubber und Phillips Petroleum erzielten mit diesen Lieferverträgen einen Profit von über 13 Mio. Dollar. Dann stiegen die Preise für die Lieferungen, die öffentlichen Verkehrsbetriebe gingen bankrott, wurden von den Gemeinden übernommen – und der Service verschlechterte sich. Unter diesen Vorzeichen mußte die Förderung des allgemeinen Autoverkehrs erfolgreich sein, da man die Konkurrenz der öffentlichen Verkehrsmittel weitgehend ausgeschaltet hatte. Die Koalition der Auto-, Erdöl- und Gummi-Unternehmen setzte – das Ziel einer allgemeinen Durchsetzung des Autos stets vor Augen – außerdem noch örtliche Verwaltungen, Banken und öffentliche Amtsträger unter Druck, um so den Abbruch der jeweiligen Straßenbahnnetze zu erreichen[3]).

Schwieriger war es, das deutsche Verkehrssystem zu motorisieren. Dazu mußte zunächst der Widerstand der am Schienenverkehr orientierten Kapitalisten und der mit den ausgedehnten örtlichen und regionalen Eisenbahnnetzen verbundenen Staatsbürokraten zu überwunden werden. Die Motorisierung wurde in Deutschland erst durch den Faschismus vollzogen, nachdem sich quasi eine Interessengemeinschaft zwischen der Autoindustrie und den deutschen Nazis entwickelt hatte.

3) Die Macht der Straßenbau-Lobby ist in den USA umfassend untersucht worden. Bahnbrechend im Hinblick auf die Macht der Autoindustrie ist die Arbeit von Bradford C. Snell, American Ground Transport, Washington D.C. 1974; vgl. auch: Glenn Yago, Corporate Power and Urban Transportation. The Decline of Public Transportation in the U.S. and Germany, 1900–1970, in: Maurice Zeitlin (Hrsg.), Classes, Class Conflict and the State, Cambrigde 1980. In meiner demnächst veröffentlichten Dissertation (Cities, Classes, and Urban Transportation, University of Wisconsin, Madison 1979) habe ich versucht, Snells Arbeit durch eine gründliche Untersuchung der statistischen Daten und eine umfassende Analyse der verschiedenen Fälle weiterzuführen.

Faschismus und nationale Verkehrspolitik

Um 1935 saß der deutsche Faschismus fest im Sattel, und mit ihm hatte sich die Politik der Motorisierung durchgesetzt. Im selben Jahr veranstaltete der Internationale Kongreß für Kraftfahrzeugverkehr (International Motor Transport Kongress) seine jährliche Ausstellung in Berlin und Adolf Hitler setzte sich in seiner Eröffnungsrede in bombastischer Weise für die Motorisierung ein. Seit dem ersten dieser Kongresse unter Hitlers Reichskanzlerschaft im Jahre 1933 waren derartige Reden ein jährlich wiederkehrendes Ereignis. So war es auch nicht überraschend, daß Autoindustrielle mit Hitler zusammentrafen. Unter ihnen befand sich Louis Renault, einer der Gründer der französischen Automobilindustrie. Renault war gut informiert über die Möglichkeiten, Anlagen zur Herstellung von Autos für militärische Zwecke nutzbar zu machen; Louis Renault und Adolf Hitler hatten viel zu besprechen. In dem langen und weitschweifigen Gespräch trug Hitler immer wieder die Wichtigkeit der Motorisierung vor, wobei er darauf hinwies, wie sie der „Vorrangigkeit der Reichsidee", dem wirtschaftlichen Aufschwung sowie dem Abbau der Arbeitslosigkeit dienen könne und warum sie die deutsche Gesellschaft umgestalten werde:

„Das Bestreben der NS-Führung ginge dahin, die Fabrikarbeiterschaft zu dezentralisieren durch ihre Aussiedlung von der Produktionsstätte auf das Land. Fabrikarbeit müsse durch Feldarbeit ergänzt werden. Für das Heranführen von den Wohnstätten zur Arbeitsstätte müßten billigere Transportmittel als bisher geschaffen werden . Alle diese Projekte, die der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dienten, seien ungeheuer groß, und es sei nicht abzusehen, ob er sie selber vollenden könne, aber auch die Kommenden würden sie weiterführen."[4])

Durch die Verteilung der Arbeiterklasse auf verschiedene Siedlungen am Rande der Großstädte würden die Schaffung von Vororten und die Motorisierung Maßnahmen zur sozialen Befriedung darstellen und eine Neudefinition der Klassen im nationalistischen Rahmen ermöglichen. Statt sozialer Mobilität werde die Motorisierung einer disziplinierten Arbeiterschaft psychische und geographische Mobilität verschaffen.

Dieses verkehrspolitische Konzept blieb innerhalb der faschistischen Führung nicht unwidersprochen. Hitler selbst hatte sich die Forderung nach Motorisierung erst 1931 nach einem Zusammentreffen mit Vertretern der deutschen Automobilindustrie zu eigen gemacht. Gregor Strasser, der Sprecher der oppositionellen Gruppe in der SA, kritisierte Hitlers Opportunismus und wandte sich gegen Maßnahmen zur Förderung des Autoverkehrs, da sie „höchstens einer Erhöhung der Bequemlichkeit dienen und dem Bedürfnis nach Luxus nachkommen"[5]) würden.

4) Bundesarchiv Koblenz (BA), R 4311/748, Niederschrift über eine Unterredung zwischen dem Führer und R(eichs)K(anzler) und dem französischen Automobil-Industriellen Renault am Donnerstag, dem 21. Februar 1935.

5) Zit. nach: Kurt G. Kaftan, Der Kampf um die Autobahnen, Berlin 1956, S. 152.

Auch Ernst Röhm, der Stabschef der SA, widersetzte sich einer derartigen Politik ebenso wie sein Wirtschaftsberater Erich Lubbert, der als Vertreter der Straßenbahngesellschaften dem Reichsverkehrsrat angehörte. Diese Fraktion der NSDAP wandte sich u. a. an die Mitglieder der Industrieverbände, die eine Motorisierung ablehnten. Trotz der Unterstützung, die sie von dieser Seite erhielten, konnten sich die Vertreter dieser Gruppe nicht durchsetzen und wurden 1934 aus Partei und Verkehrsrat entfernt. Wie bekannt, wurden Strasser und Röhm im gleichen Jahr ermordet; Lubbert wurde verhaftet.

Für Hitler waren Mobilisierung, Militarisierung und Motorisierung der Gesellschaft und der Wirtschaft von zentraler politischer Bedeutung. Die Motorisierung würde eine Ankurbelung der Wirtschaft bewirken und Arbeitsplätze schaffen sowie die Einheit des Reiches unter dem Gesichtspunkt der verkehrsmäßigen Erschließung beschleunigen. Schließlich stellte die Motorisierung eine entscheidende Komponente bei der Schaffung eines modernen Militärwesens dar.

Hitlers Konzept wurde von Professor Nehring, Oberstleutnant im deutschen Generalstab, mit folgenden Worten umrissen: „Keine Heeresmotorisierung ohne Wirtschaftsmotorisierung . . . Die Interessen der Landesverteidigung erfordern die Motorisierung der Wirtschaft."[6]) Nach einigem Drängen seitens des Reichsverbandes der Automobilindustrie (RDA) erklärte Verkehrsminister Freiherr Eltz von Rubinach, er beabsichtige, die Kapitalinvestitionen für Eisenbahnen (7,3 Mrd. Mark) und für die Autoindustrie (4,2 Mrd. Mark) in umgekehrter Größenordnung festzusetzen:

„Sie sehen also, daß unter den deutschen Verkehrsmitteln das Kraftfahrzeug bereits an zweiter Stelle steht und daß es bei einer Verdoppelung schon die Eisenbahn übertreffen würde. Eine solche Verdoppelung wollen wir erreichen, und ich frage nun, mit welchen Mitteln kann ich für meinen Teil als Reichsverkehrsminister dabei helfen?"[7])

Die Autoindustrie ließ diese Stellungnahme nicht unbeachtet. Welches Thema auch immer zur Diskussion stand, der RDA und Vertreter des Internationalen Kongresses für Kraftfahrzeugverkehr – unter ihnen Louis Renault sowie James Mooney von General Motors – konferierten schon zu einem frühen Zeitpunkt und dann häufig mit Hitler und seinem Stab, um die Richtlinien der Verkehrspolitik auszuarbeiten. Dies war ein besonders wichtiger Bestandteil der Globalstrategie von General Motors, die internationale Motorisierung des Verkehrs voranzutreiben. Als Präsident der Auslandsvertretung von General Motors und als Vorsitzender der U.S. Manufacturers' Export Association tat James Mooney in den Jahren 1933 bis 1939 viel zur Unterstützung von Hitlers Programm. Ebenso wahrscheinlich ist es auch – Snell hat es vermutet, General Motors bestreitet es jedoch[8]) – daß Mooney auch noch nach

6) Zit. nach: A. Müller, Hitlers motorisierte Stoßarmee, Paris 1936, S. 40 f.
7) „Berliner Börsen-Zeitung" v. 11. 3. 1934.
8) Vgl. Snell, a.a.O., S. 19–33.

Kriegsbeginn eine Schlüsselposition innehatte und General Motors bei der Leitung der Geschäfte in Deutschland und beim Erzielen von Profiten behilflich sein konnte. Bruchstückhaft erhaltene Dokumente aus dem Reichswirtschaftsministerium deuten an, daß die amerikanischen Opel-Direktoren Osborne und Hoglund kurz vor sowie nach dem Kriegseintritt der USA Vereinbarungen zur Verlängerung von Geschäftsverträgen trafen[9]).

Einen noch deutlicheren Hinweis auf eine solche Vereinbarung liefert ein Brief des amerikanischen Generalkonsuls in Zürich, James B. Stewart, an Fletcher Warren vom State Department, der den folgenden Bericht enthält:

„Mr. Eduard Winter, früher Bezirksvertreter von General Motors in Berlin und zur Zeit Vertreter dieser Firma in Paris, fungiert als Kurier für Mitteilungen von James D. Mooney, dem Präsidenten der General Motors-Auslandsvertretung, an hohe deutsche Beamte in Paris. Mr. Winter besitzt einen Sonderausweis, der es ihm gestattet, sich im besetzten und im unbesetzten Teil Frankreichs frei zu bewegen. Es ist bekannt, daß Mr. Mooney mit der deutschen Regierung sympathisiert, und die Personen, von denen diese Information stammt, nehmen an, daß der Vertreter von General Motors durch Mr. Winter Informationen vertraulichen Charakters übermittelt."[10])

Mooneys Philosophie zum Thema Geschäfte und Politik ist recht aufschlußreich. Während der Internationalen Motormesse, die 1933 in Berlin stattfand, erklärte er: „Die Einstellung des Managements in der Automobilindustrie ist immer von tiefer Verachtung für die Politik begleitet gewesen. Es wurde nicht verstanden, daß – obwohl wir in der Automobilindustrie Fragen der Politik und der Regierung immer abgetan haben, weil sie die Aufmerksamkeit von ernsthaften Männern wie uns nicht verdienten – inzwischen Politik und Regierung ihr Interesse am Auto in immer stärkerer Weise bekunden."[11]) Trotz seiner Verachtung für die Politik benutzte Mooney sie sehr geschickt zur Förderung der Interessen von General Motors, und zwar sowohl durch die Verbindungen zum Naziregime als auch durch sein Engagement im American First Movement und in der Liberty League, die bei General Motors auch von der DuPont-Familie unterstützt wurde. Mit diesem Engagement versuchte er, eine Beteiligung der USA am Krieg zu verhindern. Mooney war außerdem einer der ersten Organisationstheoretiker; er wollte das amerikanische Wirtschaftsleben ähnlich wie die preußische Armee geführt sehen und forderte „militärische Tüchtigkeit im Geschäftsleben und in der Gesellschaft"[12]).

Der Einfluß Mooneys und des Reichsverbandes der Automobilindustrie bewirkte, daß die Motorisierung zu einem wichtigen Punkt der nazistischen Politik wurde. Schon in den ersten Jahren der faschistischen Herrschaft wurden viele der gesetzlichen Schranken, die der Motorisierung im Wege standen,

9) BA, R 7/3288, Vertraulicher Vermerk von Saager an Krohn vom 19. Dezember 1941.
10) U.S. State Department, Stewart an Warren, 5. Februar 1941 (freigegeben aufgrund des Freedom of Information Act).
11) James Mooney, Reviving Business Through Lower Automotive Taxation, Berlin 1933, S. 2.
12) Zit. nach ebenda.

beseitigt. Erforderliche Gebühren (Anmeldung, Führerschein, Inspektion) wurden „in angemessener Höhe" festgesetzt. Parkvorschriften, Verkehrskontrollen, technische Inspektion der Fahrzeuge und verschiedene andere Maßnahmen rationalisierten den motorisierten Verkehr. Gesetzliche Vorschriften regelten den Fahrunterricht und die „Motorisierungspropaganda "[13]). Die Genehmigung zur Gründung von Fahrschulen, entsprechende Aktivitäten der Hitler-Jugend und die Schaffung des Nationalsozialistischen Kraftfahrerkorps (NSKK) – alle diese Maßnahmen dienten dem Ziel, den motorisierten Verkehr populär zu machen[14]).

„Steuerliche Entlastung des Kraftverkehrs" wurde zum Hauptmotto der Verkehrspolitik. Das Ziel bestand darin, wie James Mooney es formulierte, „die Massen wieder kauffähig zu machen"[15]). 1933 wurde die Konsumsteuer für Autos abgeschafft, was den Anschaffungspreis um 10–15 % senkte, und die Besitzer von Gebrauchtwagen hatten nur noch eine einmalige Steuer zu entrichten. Im Jahre 1934 wurde der im Auto zurückgelegte Weg zur Arbeit steuerlich absetzbar, was zuvor nur bei der arbeitsbezogenen Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel möglich war. Es gab steuerliche Erleichterungen für Firmen, die alte Fahrzeuge durch neue ersetzen wollten. Beamte im öffentlichen Dienst erhielten Gehaltszulagen für die Anschaffung eines neuen Wagens und Privatunternehmer wurden ermutigt, ebenso zu verfahren. Schließlich wurden steuerliche Anreize und Darlehen eingeführt, um den Bau von Autofabriken auszuweiten[16]).

Handelsabkommen unterstützten die wachsende Autoindustrie in starkem Maße. Die Importzölle wurden erhöht, und ein Export-Ausgleichsfonds wurde geschaffen, um durch Subventionen niedrigere Preise im Auslandsexport zu ermöglichen. Zusätzlich kauften verschiedene staatliche Banken Aktien der Automobilindustrie auf[17]).

Auch die militärische Produktion, die durch Regierungsaufträge gefördert wurde, war für die Expansion der Autoindustrie von entscheidender Bedeutung. Während des Ersten Weltkrieges hatte Deutschland nicht zuletzt deshalb schwere Niederlagen hinnehmen müssen, weil die Armee nicht ausreichend motorisiert war. Das deutsche Oberkommando hatte diese Lektion nicht vergessen und förderte mit Nachdruck die Produktion von Lastwagen, Motorrädern und Panzern.

13) In den Akten des Reichswirtschaftsministeriums findet sich eine aufschlußreiche Notiz über die Verkehrserziehung an den nationalsozialistischen Schulen (5. November 1934; BA, R 11/1540). Außerdem war ein Verkehrsinstitut vorgesehen, das von der Autoindustrie, den Lastwagenherstellern und der Regierung finanziell unterstützt werden sollte (5. April 1935; BA, R 11/1542).

14) Die Autoindustrie hat die Motorisierungspropaganda innerhalb des Nationalsozialistischen Kraftfahrerkorps (NSKK) (Hühnlein, zit. bei Müller, a.a.O., S. 194) und innerhalb der SS (Hilgard an Lammers, 14. Februar 1942; BA, R 4311/749a) großzügig gefördert, ebenso die Integration des Deutschen Automobilclubs (DDAC) in das NSKK (Memorandum vom 15. Mai 1934; BA, R 4311/753). Das NSKK erhielt finanzielle und technische Unterstützung (Baugart, Opel und Norhoff, (Opel) an Krauss (NSKK), 14. Juli 1934, 4. Juni 1937; BA, NS 24/145; Scholtz (RDA) an Lammers (Reichskanzlei), 7. Januar 1939).

15) Mooney, a.a.O., S. 4.

16) BA, R 78/1542, Reichsverkehrsministerium, 13. Februar 1935.

17) BA, R 43/1468, 22. Mai 1943.

Weiterhin griff der Staat in die Forschung und Entwicklung ein, indem er den Bau und die Finanzierung von Rennwagen subventionierte. Diese Politik beschleunigte kurzfristig die Entwicklung der Autoindustrie und machte zugleich die nazistische Politik populär[18]). Von zentraler Bedeutung für die Motorisierungspolitik war Hitlers Kampagne für das Volksauto. RDA und Autoindustrie taten viel, um das Projekt eines „kleinen Autos für den kleinen Mann" immer wieder hinauszuzögern. Von den Automobilherstellern war niemand recht begeistert von der Idee, Produktionsgeheimnisse aufzudecken und ein Auto zu bauen, das dann mit ihren eigenen Erzeugnissen konkurrieren würden. Opel versuchte 1937 Hitler davon zu überzeugen, daß man das „Volksauto" bereits gebaut habe[19]). Schließlich entzog Hitler das Projekt dem RDA und überstellte es der Deutschen Arbeitsfront (DAF)[20]).

Eine weitere zentrale Maßnahme der Motorisierungspolitik war der Bau von Autobahnen; als Programm zur Schaffung von Arbeitsplätzen stammte diese Idee ursprünglich nicht von Hitler. Die industriellen und finanziellen Interessen, denen der Bau der Autobahnen zugute kam, existierten bereits vor dem Faschismus und überlebten ihn auch. Dennoch war es Hitler, der am 1. Mai 1933 großsprecherisch die unter dem Motto „Arbeit und Brot" stehenden Ziele des Autobahnbaus verkündete: Einigung des Reiches, Aufrechterhaltung militärischer Stärke und die weitere Ausdehnung der deutschen Großstädte durch „Siedlungsverordnungen", um sie „physisch und biologisch zu erneuern"[21]).

Die Autobahnlobby ist ein frühes und hervorragendes Beispiel für die Kontinuität unternehmerischer Kontrolle der Verkehrspolitik. Die wichtigsten Lobbyorganisationen des Autobahnbaus waren der 1926 gegründete Verein für die Vorbereitung der Autobahn Hansestädte–Frankfurt–Basel (HAFRABA) unter Leitung von Willy Hof und die Studiengesellschaft für die Finanzierung des Deutschen Straßenbaus (STUFISTRA), die seit 1928 bestand und deren Geschäftsführer Dr. Otto Fischer war. Banken, Unternehmerverbände, die Bauwirtschaft und die Automobilindustrie unterstützten allesamt diese Organisationen. Hof wurde später unter den Nazis Chef der Gesellschaft zur Vorbereitung der Autobahn (GEZUVOR). Anton Woerner, Mitglied der Baufirma Sager und Woerner, war einer der HAFRABA-Direktoren und sorgte später dafür, daß einer seiner Spitzeningenieure, Dr. Fritz Todt, zum Generaldirektor des Deutschen Straßenwesens ernannt wurde. Fischer und Hof nahmen im März 1933 beide an der Kabinetssitzung teil, in der Hitler seine Entscheidung über das Autobahnprogramm traf und seine Redepassagen zur Motorisierung für den 1. Mai 1933 in Tempelhof vorbereitete. Auch nach dem Kriege war Hof sehr aktiv an der Förderung des Autobahnbaus beteiligt[22]).

---

18) BA, R 4311/748, Link (Daimler-Benz) an Hitler vom 15. März 1933.
19) Entfällt.
20) BA, R 4311/753, Allmers an Lammers, 8. Februar 1936; Willuhn an Lammers, 29. Juni 1934; Memorandum des RVM-Ministerialdirektors Hiller für den RDA, 2. April 1934.
21) „Die Straße" v. 1. 5. 1933.
22) „Neue Presse" v. 9. 4. 1961; Kaftan, a.a.O.

Die Organisation der Verkehrspolitik im Faschismus

Die Motorisierungspolitik während des Dritten Reiches drängte den Eisenbahnverkehr durch die Zentralisierung der mit der Verkehrsplanung befaßten Organisationen zurück. Die hier entstehende Bürokratie spiegelte insofern die partikulären Interessen der Autoindustrie wider, als sie die Vertretung allgemeiner Industrieinteressen durch Spitzenorganisationen wie den Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT) abschaffte. Gesichert waren die Interessen der Autoindustrie weiterhin durch die zunehmende Rolle der NSDAP bei der Planung der Verkehrspolitik.

Nachdem Hitlers Motorisierungsmaßnahmen durchgesetzt waren, übernahm die Automobilindustrie konzertierte Anstrengungen, um die weitere Politik in verschiedenen Ministerien neuzugestalten und zu beeinflussen. Während der Eisenbahn-Kraftverkehrs-Ausschuß (EKA) des Deutschen Industrie- und Handelstages vor 1933 ein halboffizielles Beratergremium beim Verkehrsminister gewesen war, ordnete dieses Ministerium jetzt die Bildung eines speziellen Rates innerhalb der Regierung an. Auf Ersuchen des RDA-Vorsitzenden Allmers sollte dieser Rat sich aus Vertretern der größten Unternehmen der Transportindustrie zusammensetzen[23]). Dieser Schritt wurde von den übrigen Industrievertretern (im DIHT) mit Mißtrauen aufgenommen, da sie darin einen Versuch der Autoindustrie erblickten, die Verkehrspolitik unter ihre Kontrolle zu bringen. Allmers und der NSKK-Chef Major Hühnlein bildeten eine Koalition, mit der „die Motorindustrie Pläne für eine vereinigte Front erneuerte . . . in gewissem Sinne als Vorläufer zur Schaffung eines vereinigten Verkehrsrates"[24]). Die Autoindustrie verdrängte das allgemeine Interesse des Kapitals an niedrigen Transportkosten (die von der räumlichen Entfernung abhängig sind) durch ihre eigenen profitorientierten Interessen. Im Verkehrsrat hatten die Anhänger der Motorisierung das Übergewicht[25]). Nach der oben erwähnten Entfernung der Eisenbahnvertreter begann der DIHT mit dem Verkehrsministerium zu intrigieren, um der zentralisierten Verkehrsplanung entgegenzuwirken, durch die andere Industrieinteressen ausgeschlossen wurden.

Schließlich entschied das Verkehrsministerium, der DIHT solle an der Verkehrsplanung mitwirken, das Reichswirtschaftsministerium jedoch, in das der RDA mit größerem Erfolg eingedrungen war, drängte auf weitere Zentralisierung. Es überrascht nicht, daß die verkehrspolitischen Entscheidungen sich zunehmend in das Reichswirtschaftministerium, das Reichsinnenministerium und das NSKK verlagerten[26]). Diese Konzentration der Planung in Partei- und Staatsagenturen bedeutete jedoch nicht, daß die Rolle des Kapitals zurücktrat. Der RDA war bei diesen Plänen ständig beteiligt, unterstützte verschiedene Parteiorganisationen (zum Beispiel das NSKK) und traf wirtschaftliche Maßnahmen zur Konzentration der Autoindustrie.

23) BA, R 11/1542, Hilland an die Münchner Handelskammer, 20. März 1934.
24) BA, R 11/1542, Hilland an Drucker, 10. November 1934.
25) BA, R 11/1540, Mitgliederliste vom August 1934.
26) BA, R 4311/749a, Posse (Reichswirtschaftsministerium) an Willuhn, 18. November 1938.

Durch das Motorisierungsprogramm und die Zentralisierung der Verkehrspolitik im Dritten Reich bestimmten die Automobilindustrie und die ihr angeschlossenen Industriezweige Entwurf und Ausführung der Verkehrspolitik. Die Debatte um die Alternative Schiene oder Straße innerhalb der deutschen Industrie wurde durch die Ausschaltung opponierender Kräfte oder aber durch Kooptierung anderer Industrieinteressen einer Lösung zugeführt. Nach der Abschaffung örtlicher und regionaler Planungsautonomie konnten die Automobilindustrie und die ihr angegliederten Industriezweige die Politik dadurch beeinflussen, daß sie sich auf die Partei, die den Staat kontrollierte, konzentrierten. Auf diese Weise gelang es der Autoindustrie beispielsweise , Beamte des Verkehrsministeriums zu umgehen, die zugunsten der Eisenbahn voreingenommen waren.

Schließlich ermöglichte es das Motorisierungsprogramm der Nazis der Autoindustrie, den Nachweis anzutreten, daß der Kraftfahrzeugverkehr eine lebensfähige Transportalternative für die Schwerindustrie darstellte. Mit staatlichen Subventionen, Straßenbau, Forschung und Entwicklung, der Lieferung von Motoren sowie billigen Arbeitskräften konnte sich der motorisierte Transportsektor modernisieren und mit anderen Ländern konkurrieren. Das Motorisierungsprogramm der Nazis brach jeden Widerstand älterer industrieller Interessen. Das historische Zusammentreffen der Interessen der aufstrebenden Automobilindustrie (und allem, was dieser Industriezweig für Wachstum und Umstrukturierung der deutschen Wirtschaft bedeutete) mit den politischen, ideologischen, militärischen und wirtschaftlichen Zielen des deutschen Faschismus führte zur Vernachlässigung der Bahnverkehrsmittel. Die staatliche Bürokratie und die Industriekoalition, die der Motorisierung in dieser entscheidenden Periode zum Durchbruch verhalfen, überdauerten den Faschismus und beeinflußten die politische Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. 1939 wurde die Autoindustrie wie auch andere vergleichbare Wirtschaftsgiganten in hohem Maße konzentriert; bedrohliche technische und industrielle Konkurrenz wurde ausgeschaltet, die Produktionsstruktur nahm differenziertere Formen an[27]).

Trotzdem führte die Motorisierungspolitik für den Faschismus zu widersprüchlichen Ergebnissen. Einerseits erleichterten die Motorisierungsmaßnahmen die Kapitalakkumulation durch Investitionen in der Autoindustrie. Andererseits jedoch verlangte die Realisierung von Profit aus diesen Investitionen in der zivilen Autoindustrie auch ein höhereres Niveau verfügbarer Einkommen. Dies stand im Widerspruch zu der im Faschismus bestehenden Notwendigkeit, die Löhne niedrig zu halten. Als Ergebnis dieses Widerspruchs brachen gleich zu Beginn des Krieges in den meisten Großstädten Deutschlands die städtischen Verkehrsnetze zusammen. 1942 wurde die Situation der öffentlichen Verkehrsmittel von der Gestapo zum Notstand erklärt. Die Zahl der Benutzer öffentlicher Verkehrsmittel hatte um 300 % zu-

27) Vgl. Dieter Swatek, Unternehmenskonzentration als Ergebnis und Mittel der NS-Wirtschaftspolitik, Berlin 1972, S. 68-70.

genommen, Ersatzteile für Autos und Lastwagen fehlten und Teile der Autobahn blieben unvollendet[28]).

Ausblick – Zur Verkehrspolitik

Die faschistische Motorisierungspolitik hatte in der europäischen Verkehrsgeschichte eine noch nie dagewesene Veränderungen hervorgerufen. Sie sicherte der Autoindustrie und ihren Verbündeten eine bedeutsame Rolle bei der Festlegung der Verkehrspolitik.

Die Weichen für die Restauration der Automobilindustrie und ihre autoorientierte Verkehrspolitik wurden schon bald nach Kriegsende gestellt. Die Wirtschaftsgruppe Auto als ehemaliger Nazi-Produktionsverband und der Automobilverein blieben auch nach dem Krieg weiter bestehen und halfen den Alliierten beim Wiederaufbau und bei der Inbetriebnahme verschiedener Auto- und Lastwagenfabriken. Der RDA tauchte 1948 als Verband der Automobilindustrie (VDA) wieder auf und redete in der Besatzungspolitik ein gewichtiges Wort mit[29]).

In den Jahren des Wiederaufbaus entwickelte sich die Autoindustrie zu einem der wachstumsintensivsten Industriezweige Deutschlands. Sie hielt die Preise niedrig, rationalisierte Produktion und Lohnkosten und beeinflußte in dieser Richtung auch andere Bereiche der Wirtschaft. Sie konnte mit der internen Finanzierung durch ihre Betriebe rechnen und sicherte sich außerdem das Kapital, mit dem die multinationalen Konzerne der USA die Pumpen des deutschen Automarktes in Bewegung setzten.

Während dieser Periode bildete sich eine strukturelle Umformung der Wirtschaft heraus, die parallel zur Umstrukturierung der amerikanischen Wirtschaft nach dem Ersten Weltkrieg verlief: Es erfolgte ein Wechsel von einem Stahl-, Kohle- und Elektroindustriekomplex zu einem Auto-, Erdöl- und Gummikomplex von Produktion und Kapitalakkumulation[30]).

Verschiedene Bedingungen führten dazu, daß die Automobilinteressen auch weiterhin die Verkehrspolitik beherrschten: der Trend zur Urbanisierung, der das Bedürfnis nach Verkehrs- und Transportmitteln für Arbeitskräfte und Material zur Versorgung entfernterer Gebiete entstehen ließ; die Benutzung des Straßenbaus als Mittel der Steuerpolitik sowie die zentrale Stellung der Autoindustrie beim wirtschaftlichen Wiederaufbau.

In Deutschland lassen sich die Auswirkungen der Motorisierung an der Malaise des Eisenbahnverkehrs ablesen, die während der 30er Jahre begann und auch den Zweiten Weltkrieg überdauerte.Zuverlässiges Zahlenmaterial über die Benutzer der verschiedenen Verkehrsmittel in Deutschland vor dem Zweiten Weltkrieg liegt nicht vor. Während die Gesamtzahl der Benutzer in der Pe-

28) BA, R 58/170, Reichssicherheitshauptamt, 19. März 1942.
29) Vgl. Wolfgang Weger, Die Autobiographie, Frankfurt/M. 1976, S. 60.
30) Vgl. Klaus Busch, Strukturwandlungen der Westdeutschen Automobilindustrie, Berlin 1966, S. 108.

riode des Wiederaufbaus (1945–1959) leicht ansteigt, nimmt sie für sämtliche Verkehrsmittel seit dem Beginn der 60er Jahre ab. Dieser Rückgang wird noch dadurch beschleunigt, daß Bahnlinien durch Busse ersetzt werden, was die Anzahl der Fahrgäste weiter sinken läßt.

Der Verfall des öffentlichen Personenverkehrs und die zunehmende Verbreitung des Autos wurde von der Autolobby der Nachkriegszeit erreicht, in der sämtliche Gruppen vertreten waren, die seinerzeit aktiv an der Verkehrspolitik des Faschismus mitgewirkt hatten. Als Organisator der Autobahnlobby während der 50er Jahre nahm der frühere Vorsitzende der Frankfurter Industrie- und Handelskammer, Dr. Walter Leiske, eine Schlüsselstellung ein: Als Frankfurter Oberbürgermeister brachte er diejenigen Personen und Organisationen wieder zusammen, die während der 20er und 30er Jahre bei der HAFRABA und der GEZUVOR tätig waren[31]). Unter Oberbürgermeister Kolb setzte Leiske später seine Arbeit als Vorsitzender eines Sonderausschusses für den weiteren Ausbau der Autobahnen fort. Am 11. März 1952 organisierten Kolb und Leiske ein großes Treffen, um die HAFRABA erneut zu konstituieren und die Motirisierung Deutschlands fortzusetzen. An dem Treffen nahmen führende Industrielle der bundesrepublikanischen Autolobby teil: Willi Hof, inzwischen Direktor des deutschen Automobilclubs, H. Linsenhoff (Verband der deutschen Bauindustrie), Dr. Fricke (Verband der deutschen Baustoffindustrie), Dr. von Brunn (Verband der Automobilindustrie) und K. Friedrich (Deutsche Asphalt-Industrie).

Zweck der Konferenz war es, „Pläne zur Wiederbelebung der HAFRABA auszuarbeiten (und) so schnell wie möglich durch die Selbsthilfe der Autofahrer (d. h. durch Besteuerung) das Netz der Autobahnen zu vervollständigen"[32]). Von Brunn als Vertreter der Autoindustrie schlug vor, die Motorisierung nach außen als eine Methode wirtschaftlichen Aufschwungs durch die Förderung des Außen- und Binnenhandels und durch eine allgemeine wirtschaftliche Expansion darzustellen.

Am 14. Mai 1951 traf sich die Gruppe mit ihren parlamentarischen Verbündeten von SPD und CDU. Zusammen mit Adenauers Beratern im Kanzleramt vereinbarten sie ein Gesetzgebungsprogramm für die Bundeshilfe beim Autobahnbau. Bekannt wurde diese Lobbygruppe unter der Bezeichnung „Frankfurter Kreis für Autobahnfragen". Seit den 50er Jahren formulierte diese informelle Koalition von Gemeindepolitikern, Geschäftsleuten und führenden Industriellen die Grundsätze der Autobahnpolitik in der Bundesrepublik[33]).

31) Frankfurter Stadtarchiv (FSA), 4127/25, Kolb an Harder, 26. September 1951.
32) FSA, 4127/25/3, Niederschrift vom 5. März 1952.
33) FSA, 4127/25, Reisebericht Leiskes vom 17. Mai 1952.

Die wirtschaftliche Entwicklung in der BRD im 1. Vierteljahr 1980

(Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)

Die wirtschaftliche Expansion des vergangenen Jahres in der Bundesrepublik hat sich in den ersten Monaten des laufenden Jahres nicht weiter fortgesetzt. Saisonbereinigt nahm das Bruttosozialprodukt (BSP) gegenüber dem Vorquartal nicht mehr zu. Gegenüber dem vergleichbaren Vorjahresstand ergibt sich allerdings ein relativ starker Zuwachs um real 5,3 %. Dies ist aber vor allem auf die durch Streikauswirkungen und den besonders kalten Winter 1978/79 gedrückten Vorjahresergebnissen zurückzuführen.

Tabelle 1
Reales Bruttosozialprodukt im 1. Vierteljahr 1980

	In Mrd. DM[1])	*In % gegenüber dem Vorjahr*
BSP	*215,1*	+ *5,3*
Privater Verbrauch	*117,3*	+ *2,9*
Öffentlicher Verbrauch	*37,2*	+ *2,5*
Anlageinvestitionen	*46,2*	+ *16,1*
Export	*69,3*	+ *10,9*

1) In Preisen von 1970.
Quelle: „DIW-Wochenbericht", 21/1980.

Es wird deutlich, daß die Investitionen und - in geringerem Umfang - der Export zu den tragenden Kräften der Wirtschaftsentwicklung gehören, während privater und öffentlicher Verbrauch nur noch langsam expandieren. Allerdings wird die Bedeutung der Investitionen in der Tabelle überzeichnet: Die außerordentliche Expansion beruht auf einer Ausdehnung der Bauinvestitionen um 22 Prozent, eine Folge der im Vorjahr durch den Winter besonders stark gedrückten Bautätigkeit.

Die aktuelle noch günstige wirtschaftliche Situation der Bundesrepublik kommt auch in der Industrieproduktion zum Ausdruck. Zwar nimmt diese in saisonbereinigter Betrachtung seit der Jahresmitte 1979 kaum noch zu, gegegenüber dem Vorjahr ergeben sich jedoch noch erhebliche Zuwachsraten.

Tabelle 2
Nettoproduktion im verarbeitenden Gewerbe[1])

	1. Vierteljahr 1980	*Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr*
Insgesamt	*125,9*	*+ 6,6*
Grundstoffe und Produktionsgüter	*126,7*	*+ 7,9*
Investitionsgüter	*125,5*	*+ 6,4*
Verbrauchsgüter	*124,8*	*+ 5,6*

1) Index 1970 = 100.
Quelle: ebd.

Auch die Entwicklung der industriellen Kapazitätsauslastung unterstreicht, daß die Konjunktur noch vergleichsweise günstig ist, die Auftriebskräfte aber nachlassen: Im März lag der Auslastungsgrad mit 85,9 % ebenso hoch wie im Dezember 1979. Damit ist noch nicht einmal der „Normalstand" der 60er Jahre erreicht.

Die Unternehmergewinne haben im ersten Quartal 1980 noch einmal kräftig zugenommen, die Umverteilung zugunsten der Selbständigeneinkommen setzt sich noch fort.

Tabelle 3
Einkommensverteilung[1])

	In Mrd. DM	*In % gegenüber dem Vorjahr*
BSP	*345,7*	*+ 9,2*
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	*187,0*	*+ 8,5*
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	*77,4*	*+ 9,6*

1) Im ersten Quartal 1980, in jeweiligen Preisen.
Quelle: ebd.

Stellt man die Auswirkungen des Steuersystems in Rechnung, so wächst der Umverteilungseffekt zugunsten der Gewinne. Netto - d.h. nach Besteuerung - sind die Löhne und Gehälter nämlich nur um knapp 7 % angestiegen. (Genaue Zahlen lagen bei Abschluß des Berichts noch nicht vor).

Die wichtigsten Tarifabschlüsse für das Jahr 1980 haben mit Tarifanhebungen um 6,5 bis 7 % zwar deutlich bessere Ergebnisse gebracht als im Vorjahr; dies reichte jedoch nicht aus, um die Auswirkungen der erhöhten Inflationsrate und der Steuerprogression auf die realen Nettoverdienste auszugleichen.

Tabelle 4
Löhne und Gehälter

	1. Vierteljahr 1980	*Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr*
Tariflöhne[1])	–	+ 5,2
Nettolohn- und Gehaltsumme (Mrd. DM)	110,8	+ 6,9
Nettolohn- und Gehaltsumme je Beschäftigten	–	+ 5,4

1) Auf Stundenbasis.
Quellen: ebd.; „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank", lfd.; eigene Berechnungen.

Nur die vergrößerte Beschäftigung hat noch einen Zuwachs der Kaufkraft der Löhne und Gehälter bewirkt. Die pro-Kopf-Verdienste heben real nicht mehr zugenommen.

Dies ist vor allem ein Ergebnis der beschleunigten Inflation. Im April lag die „Inflationsrate", d.h. der Anstieg der Lebenshaltungskosten aller Haushalte, schon bei fast 6 %.

Tabelle 5
Preisentwicklung

	1. Vierteljahr 1980 in % gegenüber 1. Vierteljahr 1979
Lebenshaltung[1])	+ 5,5
Industrielle Erzeugerpreise	+ 7,9
Landwirtschaftliche Erzeugerpreise	+ 4,8
Einfuhrpreise	+ 25,0

1) Alle Haushalte.
Quelle: Statistisches Bundesamt, lt. Pressemeldungen.

Nachdem die Tarifabschlüsse in den wichtigsten Branchen unter Dach und Fach waren, haben Bundesregierung und andere „offiziöse" Prognostiker ihre Vorausschätzung der Inflationsrate für 1980 nach oben korrigiert: Für den Jahresdurchschnitt wird nun eine Erhöhung der Lebenshaltungskosten um 5,5 % (vorher: 4,5) für realistisch gehalten.

Obwohl die Beschäftigung auch im ersten Vierteljahr 1980 zugenommen hat, reichte dies nicht mehr aus, um die Situation auf dem Arbeitsmarkt weiter zu verbessern.

Tabelle 6
Arbeitsmarkt

	1. Vierteljahr 1980 in 1000	*Veränderung in 1000 gegenüber 1. Vj. 1979*
Abhängig Beschäftigte	*22 061*	*+ 348*
Registrierte Arbeitslose	*969*	*− 119*
Kurzarbeiter	*98*	*− 59*
Offene Stellen	*311*	*+ 42*

Quelle: „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank", lfd.

Das relativ günstige Ergebnis im Vorjahresvergleich hängt auch mit den erwähnten Sonderfaktoren im Winter 1979/80 zusammen. Inzwischen verbessert sich die Arbeitsmarktlage nicht weiter, lediglich saisonale Einflüsse bewirken noch einen Rückgang der Arbeitslosenzahlen. Die saisonbereinigten Ziffern dagegen nehmen schon seit dem Jahreswechsel wieder leicht zu.

Die aktuell noch günstige Konjunkturlage darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß ein konjunktureller Abschwung bevorsteht. Ob er sich im Jahresverlauf bis hin zu einer neuen Krise mit Produktionsrückgängen entwicklen wird oder ob es bei einer Abschwächung der Wachstumsraten bleibt, kann jetzt noch nicht abgesehen werden. Vor allem die Entwicklung der Investitionstätigkeit stellt zur Zeit - neben dem Export - noch einen stabilisierenden Faktor dar. Allerdings hat sich die Lage der kapitalistischen Weltwirtschaft in den letzten Monaten deutlich verschlechtert. Vor allem die Entwicklung in den USA, wo die seit langem erwartete Krise nun voll ausgebrochen ist, wird nicht ohne Auswirkungen auf die anderen kapitalistischen Länder bleiben. Die staatliche Wirtschaftspolitik jedenfalls hat die Abschwungtendenzen der Konjunktur offiziell noch nicht zur Kenntnis genommen - sie versucht durch eine anhaltende Restriktionspolitik die internationale Konkurrenzsituation der Bundesrepublik zu verteidigen und nimmt dabei offensichtlich auch eine wirtschaftspolitisch verschärfte Rezession in Kauf.

Jörg Goldberg

„Thesen zu einer europäischen Friedensordnung 1990" – Referat von William Borm in der Theodor-Heuß-Akademie in Gummersbach am 25. April 1980

(Auszug)

Angesichts der gegenwärtigen Irritationen hinsichtlich der Zukunft der Ost-West-Beziehungen, der Rolle und Interessenlage der Bundesrepublik und insbesondere auch ihres künftigen Verhältnisses zu den USA hat William Borm, der Senior im FDP-Vorstand, den beachtenswerten Versuch unternommen, „einen diskussionsfähigen Ansatz zur kritischen Überprüfung unserer Politik" zu liefern. Borm in Gummersbach: „Die Themenstellung ist, dessen bin ich mir bewußt, reichlich gewagt . . . Dies gilt um so mehr, als die Frage nach einer europäischen Friedensordnung 1990 angesichts der nicht erst seit Afghanistan bedrohlichen Entwicklungen in den internationalen Beziehungen, besonders aber im Ost-West-Verhältnis, mit außerordentlichen Unwägbarkeiten belastet ist." Borms methodischen Vorbemerkungen folgt in Kapitel II der Referats ein Abriß der Strukturveränderungen im internationalen System seit 1945 und in Kapitel III eine Bestandsaufnahme globaler Trends. Den zweiten – perspektivischen – Teil der Rede, die Kapitel IV bis VI, stellen wir nachstehend im Wortlaut zur Diskussion. D. Red.

. . .

IV. KONSTANTEN FÜR JEDE EUROPÄISCHE FRIEDENSPOLITIK

Auf mittlere und längere Frist wird über das Gesagte hinaus wohl von folgenden konstanten Grundlagen für jede Friedenspolitik in Europa ausgegangen werden müssen:

A. Allgemeine Prinzipien

1. Teilung Europas

Die Teilung Europas in zwei sich ausschließende Gesellschaftssysteme dürfte nach menschlichem Ermessen auf längere Frist Bestand haben und muß deshalb als eine feste Größe für die weitere Entwicklung in Europa angenommen werden. Da die ideologische Auseinandersetzung zwischen Ost und West mit einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit nicht nur andauern wird, sondern sich phasenweise verstärken kann, kommt es darauf an, die Austragung dieses Widerspruchs in friedens- und freiheitssichernder Weise zu gestalten. Es muß davon ausgegangen werden, daß aufgrund der herrschenden Machtverhältnisse der territoriale status quo in Europa, soweit er die Blöcke betrifft, nicht zu Lasten einer der beiden Seiten veränderbar ist. Dies schließt beide deutsche Staaten ein.

Jede andere Annahme ist in gefährlicher Weise spekulativ und vor ihr muß nachdrücklich gewarnt werden.

2. Gleichgewichtsprinzip

Nicht erst seit Bismarck wissen wir, daß eine Friedenspolitik, die in wohlverstandenem Sinne auch Interessenpolitik ist, nur eine Gleichgewichtspolitik zwischen den konstanten Machtfaktoren auf der Basis des jeweiligen status quo sein kann. Jede Gleichgewichtsänderung im bestehenden Machtgefüge zwischen den Staaten oder eine wesentliche Erschütterung in einem Staat kann friedensgefährdend sein oder werden, da durch sie unausweichlich auch Interessen anderer

berührt werden. Es kommt also darauf an, abrupte Veränderungen zu vermeiden, vitale Interessen der beteiligten Staaten zu respektieren – auch das Sicherheitsinteresse der anderen Seite – und das Gesamtgleichgewicht nicht wesentlich ändern zu wollen. Dies gilt insbesondere für das Ost-West-Verhältnis in Europa.

In Europa besteht derzeit ein relatives Kräftegleichgewicht zwischen Ost und West. Dies bedeutet, daß keine Seite der anderen ihren Willen aufzwingen kann und daß insbesondere eine direkte oder indirekte Intervention der einen in den Machtbereich der anderen Seite mit einem Kriegsrisiko verbunden ist. Es ist anzunehmen, daß sich das Gesamtgleichgewicht in Europa auch langfristig nicht wesentlich verändern wird.

3. Innergesellschaftliche Stabilität

Auch Staaten und Gesellschaftssysteme folgen dem Überlebensprinzip: Das Interesse der Selbsterhaltung ist immer stärker als das auch vorhandene Interesse der Zusammenarbeit mit Dritten, und dies gilt im Zweifels- und Ernstfalle mit Ausschließlichkeit.

Die sozialistischen Staaten sind zwar aus ökonomischen und anderen Gründen sehr wohl an einer engen Zusammenarbeit mit dem Westen interessiert. Wenn jedoch die Stabilität ihres eigenen Gesellschaftssystems bedroht ist, die im Innern nur zwangsweise gesichert werden kann, ist die Systemerhaltung das vorrangige Interesse und es wird mit Abschließung nach außen und Freiheitseinschränkung nach innen reagiert.

Andererseits liegt eine enge Zusammenarbeit mit den östlichen Staaten in unserem wohlverstandenen wirtschaftlichen und politischen Eigeninteresse. Es sollte also auch unter diesem Gesichtspunkt unser Grundsatz sein, unser Handeln gegenüber Osteuropa so zu gestalten, daß es nicht auf die Störung des bestehenden Gleichgewichts gerichtet ist und vom status quo als feste Größe ausgeht.

4. Gegenseitiger Interessenausgleich und Zusammenarbeit

Es gibt zwischen Ost- und Westeuropa, insbesondere aber und mit Rückwirkung auf das gesamte Ost-West-Verhältnis *zwischen den beiden deutschen Staaten und in Berlin* eine Reihe von schwierigen und ungelösten Fragen, deren Nichtlösung eine ständige Friedensgefährdung bedeutet. Friedliche Problemlösung, in welchem Bereich auch immer, ist nur möglich, wenn beiderseits die Bereitschaft zu vernünftigem Interessenausgleich besteht. Dies setzt voraus, daß beide Seiten sich voll für verhandlungs- und vertragsfähig anerkennen und weder offen noch versteckt durch aktives Handeln den anderen in seiner Exsitenzgrundlage zu treffen suchen. Die abgeschlossenen Ostverträge sind beispielhaft für einen solchen vernünftigen und friedenssichernden Interessenausgleich. Wenn eine Seite den Eindruck gewinnt, die Geschäftsgrundlage habe nie bestanden oder sei infragegestellt, werden die Verträge nicht nur entwertet; es wird ihnen die Grundlage entzogen und sie erhalten eine der angestrebten entgegengesetzte Wirkung. – Auch bei grundlegendem Systemwiderspruch gibt es zwischen Ost und West eine Fülle von gemeinsamen Interessen, die eine für beide Seiten vorteilhafte Zusammenarbeit auf vielen Gebieten ermöglichen.

5. Sicherheit und Zusammenarbeit auf der Basis von KSZE, Rüstungskontrolle und Abrüstung

Die Vereinbarungen und Absichtserklärungen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) definieren die Prinzipien des friedlichen Zusammenlebens der Staaten und sind Gestaltungsaufträge für ihr Zusammenwirken, deren Ausfüllung die kommenden Jahrzehnte bestimmen können und sollen. Die KSZE-Schlußakte sollte als ein System von Elementen zur Entwicklung einer gesamteuropäischen Friedensordnung gesehen werden.

Allerdings muß bei realistischer Betrachtungsweise angesichts des gesellschaftspolitischen Antagonismus jede Zeile der Schlußakte mit dem gedanklichen Zusatz gelesen werden: „in den jeweiligen Systemgrenzen". Wer den fortdauernden Systemantagonismus übersieht und die Schlußakte als Instrument der Veränderung des jeweils anderen Systems gebrauchen will, wird auch hierdurch sein Ziel nicht erreichen, sondern den Rückfall in den Kalten Krieg und damit eine Verhärtung der Systeme bewirken.

Die politische, wirtschaftliche, wissenschaftlich-technische, kulturelle und humanitäre Zusammenarbeit nach Maßgabe der KSZE-Schlußakte ist zwar in höchstem Maße friedensfördernd, kann jedoch allein Frieden und Sicherheit in Europa auf die Dauer nicht garantieren, wenn es bei der bisherigen Höchstrüstung und Konfrontation der beiden Militärblöcke bleibt. Die Entspannungspolitik in Europa bedarf, um dauerhaft und wirksam zu sein, neben dem außenpolitischen zwingend ein rüstungskontrollpolitisches und abrüstungspolitisches Standbein, das derzeit noch fehlt.

Rüstungen, insbesondere Überrüstungen, gefährden den Frieden. Ihre Verminderungen machen ihn sicherer. Es liegt in der Logik der Sache, daß die politische Entspannung die Voraussetzungen für die Möglichkeit militärischer Entspannung schaffen mußte.

Dennoch: Politische Entspannung bedeutet nur die Hälfte des Weges; ohne militärische Abrüstung bleibt sie letztlich wirkungslos. Militärische Entspannung = Rüstungskontrolle und Abrüstung ist der harte Kern des Entspannungsprozesses schlechthin!

B. Entspannungspolitische Konstanten

Eine Fehlbewertung der realen Qualität des Systemantagonismus und damit der Natur des Entspannungsprozesses hat fatale friedensgefährdende Folgen. Zur korrekten Einschätzung von Handlungszielen und Handlungsmöglichkeiten seien deshalb drei für jede Ost-West-Interaktion konstitutive Elemente hervorgehoben:

1. Der Ost-West-Gegensatz ist als fundamental ideologischer Gegensatz die nicht kompromißhaft lösbare Auseinandersetzung zwischen zwei gegensätzlichen Gesellschaftsordnungen. Entspannung ist – heute – ein Prozeß zur Koexistenz zwischen Mächten oder Mächtegruppen, bei denen trotz Fortbestehens antagonistischer Gegensätze Gewaltanwendung gegeneinander peinlich vermieden wird, angesichts der Tatsache, daß der kriegerische Einsatz des sich quantitativ und qualitativ ständig vermehrenden Potentials an Massenvernichtungsmitteln die gegenseitige Vernichtung der Kriegführenden bedeutet. Im Hinblick auf die sich feindlich gegenüberstehenden Militärblöcke und auf die beiderseitige Verfügbarkeit atomarer und anderer Massenvernichtungsmittel ist die Entspannungspolitik also der alternativlose Versuch, Auseinandersetzungen, die sich aus dem fundamentalen Systemwiderspruch ergeben, friedenssichernd zu organisieren. Dementsprechend besteht die Entspannung naturgemäß aus einer komplizierten Dialektik von partieller Kooperation und fundamentalem Wettbewerb zwischen beiden Lagern mit den jeweiligen Hauptexponenten USA und UdSSR.

2. Das Risiko der Gewaltanwendung zwischen Ost und West ist kalkuliert untragbar geworden. Wer selbst überleben will, kann, auch wenn er über offensive Potentiale verfügt – das gilt für Ost wie für West – keine aggressiven Absichten verwirklichen, sondern ist zur Defensivhaltung gezwungen. Dies ist eine Konstante auch für die UdSSR, unabhängig von der jeweiligen personellen Führung.

3. Europa ist global gesehen die Entspannungsregion schlechthin. Eine globale Entspannung hat es nie gegeben. Eine Grundregel der Entspannung seit der Kuba-Krise ist es, daß die Supermächte sich in ihren vitalen Grundinteressen respektieren und daß sie darauf achten, daß entstehende Konflikte in anderen Bereichen eingegrenzt werden, um globale friedensgefährdende Rückwirkungen zu vermeiden. Dementsprechend wurden bisher alle Vorgänge in den beiden Militärblöcken und Konflikte „vor der eigenen Haustür" als vitale Angelegenheiten der jeweiligen Supermacht betrachtet, während Konflikte in anderen Regionen so behandelt wurden, daß sie den Zentralbereich der Entspannung, Europa, zwischen den Supermächten und Blöcken nicht außer Kraft setzen. Nationale und soziale Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt und die daraus resultierenden regionalen Konflikte wurden von Ost und West nach dem Prinzip der teilbaren Spannung behandelt: das heißt Wahrung der eigenen machtpolitischen Interessen einerseits und Eingrenzung des Konfliktes andererseits.

Nach dem Konzept der „unteilbaren Entspannung" zu verfahren hieße: Ausweitung jeder Krise, völlige Kooperationsunfähigkeit der Supermächte mit dem Risiko eines Totalkonfliktes und bedeutete somit das Ende jeder Entspannungspolitik überhaupt.

V. HANDLUNGSPERSPEKTIVEN EINER WESTEUROPÄISCHEN AUSSENPOLITIK

1. Für eine außenpolitische Identität Westeuropas

Gustav Stresemann hatte recht, wenn er feststellte: „Man kann nur dann eine ernsthafte Außenpolitik machen, wenn man Herr im eigenen Hause ist." Gemessen hieran treibt Westeuropa noch keine ernsthafte Außenpolitik, denn unser bisheriges Handeln bestand mehr darin, amerikanische Politik nachzuvollziehen, sie zu unterstützen und zu begleiten. Wir haben bisher unsere eigenen Interessen als europäische Interessen autonom noch nicht definiert mit dem Anspruch, sie in Handlung unabhängig von den USA oder besser, wo es irgend möglich ist, mit den USA umzusetzen. Zudem ist es bequem, Dominanz anzuerkennen und die Eigenverantwortung an die Führungsmacht abzutreten, die ja nicht böswillig, sondern im Selbstverständnis handelt, wenn sie primär die eigenen Interessen vertritt.

Der beschriebene objektive Verlust der USA an Führungsfähigkeit jedoch zwingt uns zunehmend die zunächst unbequeme Last der Definition eigener Interessen auf, wobei unsere eigene gewachsene machtpolitische Potentialität uns zunehmend ein eigenverantwortliches Handeln ermöglicht, zu dem wir früher objektiv nicht fähig waren.

Das kommende Jahrzehnt erfordert und befähigt uns zu einer westeuropäischen außenpolitischen Selbstverantwortung, zu einer gesamteuropäischen und auch weltpolitischen eigenständigen Mitverantwortung.

Das Jahr 1990 wird zwei gleichberechtigte und im Prinzip gleichgewichtige westliche Führungsmächte erleben, für die im Verhältnis zueinander der Begriff Unterordnung ein Fremdwort geworden ist. Erst dann wird das Wort von der atlantischen Partnerschaft einen realen Gehalt bekommen.

2. Für eine sicherheitspolitische Identität Westeuropas

Zunächst ist festzustellen, daß die Sicherheitsinteressen der USA und Westeuropas nicht immer identisch sind, auch wenn wir von atlantischer Sicherheitspartnerschaft sprechen. Erklärtermaßen allerdings beruht unsere Sicherheit entscheidend auf der Abschreckung, indem ein möglicher Angreifer unseres Territoriums im Ernstfall mit dem Einsatz amerikanischer strategischer Nuklearwaffen gegen sich rechnen muß. Diese amerikanische Sicherheitsgarantie ist indessen mehr als fragwürdige geworden. Als Kronzeuge sei Henry Kissinger aus seiner Brüsseler Rede im September 1979 zitiert:

„. . . Ich habe vor kurzem gefordert, daß die USA ein eigenes Potential zur Bekämpfung gegnerischer Streitkräfte aufbauen, und zwar aus zwei Gründen. Der eine ist, daß die Antwort unserer NATO-Freunde auf die Situation, die ich geschildert habe, unablässig die Bitte um zusätzliche Zusicherungen unverminderten militärischen Engagements der USA gewesen ist. . . . Aber wenn meine Analyse richtig ist, müssen wir uns der Tatsache stellen, daß es in den Achtziger Jahren absurd sein wird, die Strategie des Westens auf die Glaubwürdigkeit der Drohung mit gegenseitigem Selbstmord zu gründen.

. . . Deshalb möchte ich sagen – was ich vielleicht als Amtsträger nicht sagen würde – unsere europäischen Verbündeten sollten uns nicht ständig bitten, strategische Zusicherungen immer wieder zu wiederholen, die wir eigentlich nicht so meinen können, oder wenn wir sie meinen, möglichst nicht einlösen sollten, weil wir, wenn wir sie einlösen, die Zerstörung der Zivilisation riskieren. . . ."

Diese amerikanische Position ist in sich schlüssig und sie entspricht voll den Interessen der USA. So war es denn auch konsequent, daß die USA uns die eurostrategischen Waffen über den Weg der Nachrüstung andienen. Die logische Folge ist, daß hierdurch die Abkoppelung des potentiellen europäischen Kriegsschauplatzes vom sanctuary des US-Territoriums nun auch waffentechnisch besiegelt wird. Ich habe auch deshalb die Nachrüstung von Anfang an für falsch und primär uns selbst gefährdend angesehen. Es ist nicht übertrieben zu schlußfolgern, daß die USA nur noch bedingt als atomarer Garant unserer Sicherheit bezeichnet werden können. Wenn aber dem so ist, so ist als weitere Konsequenz in Europa ein sogenannter „Stellvertreterkrieg" nicht mehr völlig

auszuschließen, dessen Auslösung nicht einmal regional vom europäischen Territorium ausgehen oder politisch mit europäischen Problemen zusammenhängen müßte.

Darüber hinaus bestehen begründete Zweifel, ob die USA die Realität eines Primats der europäischen Entspannungspolitik anerkennen können oder wollen und ob sie sich damit unseren vitalen Sicherheitsinteressen entsprechend verhalten werden.

Die Entspannungspolitik hat uns mehr Sicherheit gebracht als 20 zusätzliche Divisionen und eine ganze Generation neuer Waffensysteme uns je verschaffen könnten. Europa war und ist die Entspannungsregion schlechthin, bislang fußend auf dem Sockel des Kooperationsverhältnisses USA-UdSSR.

Die USA jedoch scheinen mehr und mehr dazu zu neigen, die Entspannungspolitik als Ganzes und damit ein wesentliches Element unserer Sicherheit in Frage zu stellen oder zumindestens in ihrer praktischen Politik für geringer zu achten als wir es im Eigeninteresse tun müssen. Unter Inanspruchnahme eines Solidaritätsdidaktes werden sie damit uns ein selbstschädigendes Verhalten zumuten. Denn die Westeuropäer und zu allererst wir Deutschen müssen in erster Linie daran interessiert sein, die Entspannung in Europa auch dann zu sichern, wenn sich krisenhafte Entwicklungen auf anderen Kontinenten zeigen, wie derzeit in Afghanistan.

Aus dem Gesagten und den vorher geschilderten Rahmenbedingungen folgt, daß Westeuropa nicht länger auf eine eigenständige Sicherheitspolitik verzichten kann und darf, wenn anders es sich nicht auf Gedeih und Verderb amerikanischen Sicherheitsgarantien anvertrauen will, deren Einlösung nach eigenen amerikanischen Verlautbarungen fraglich geworden ist.

Es liegt in der Logik der Entwicklung, daß parallel zur Schaffung einer außenpolitischen Identität Westeuropas auch eine angemessene sicherheitspolitische Identität ausgeformt werden muß, da auch hier das Herr-im-Hause-Argument Stresemanns Gültigkeit beanspruchen kann.

Die Europäische Gemeinschaft kann auch das bisher gewahrte sicherheitspolitische atomare Tabu nicht für alle Zukunft aufrechterhalten. Das Hauptargument, das gegen eine sicherheitspolitisch selbstverantwortliche Identität Europas angeführt wird, nämlich die Arbeitsteilung mit der europäischen Selbstbeschränkung auf die konventionelle Verteidigung und die Verpflichtung der USA im nuklearen Bereich wird auf die Dauer nicht haltbar sein, denn diese Regelung kann nicht ewig bei sich ändernden Voraussetzungen glaubwürdig Bestand haben.

In die Prüfung der europäischen Optionen muß also letztendlich auch die nukleare Option mit einbezogen werden. Ich erinnere in diesem Zusammenhang daran, daß die nichtnuklearen Euratom-Staaten bei der Unterzeichnung des Nichtverbreitungsvertrages als Voraussetzung für ihre Unterschrift erklärt haben, daß die Schaffung einer westeuropäischen Atomrüstung, wenn sie notfalls erforderlich werden könnte, nicht als Vertragsverletzung ausgelegt werden dürfe. Ein Alleingang der Bundesrepublik Deutschland bleibt nach wie vor ausgeschlossen, ebenso wie sie weder Motor noch Initiator dieser Entwicklung sein kann.

Es hat in der jüngeren Vergangenheit mehrere bemerkenswerte speziell französische Initiativen gegeben, die in der Konsequenz eine Art europäische Verteidigungsgemeinschaft nicht ausschließen. Sie sollten im späteren Verlauf der Entwicklung ebenso ernsthaft geprüft werden wie frühere Vorschläge von anderen Seiten zu einer bipolaren NATO-Struktur, die uns sicherheitspolitisch erstmals eine reale Partnerschaft mit den USA ermöglichen würde, die ich derzeit für nicht gegeben erachte.

Ich bin mir völlig bewußt, daß das hier Gesagte heute ebenso utopisch wie provozierend klingt. Dennoch wage ich die Prognose, daß im Jahre 1990 der Begriff „Europäische Sicherheitspolitik" kein Fremdwort für die EG mehr ist, weil die Entwicklung uns zwangsläufig in diese Richtung treibt, auch wenn wir noch so sehr zögern.

3. Die europäische Selbstverantwortung für Frieden und Abrüstung

Die Forderung nach einer sicherheitspolitischen Identität Europas ist keineswegs die Forderung nach westeuropäischer Aufrüstung. Im Gegenteil, sie soll uns in den Stand setzen, in Selbstverantwortlichkeit für das zu sorgen, was unser vitalstes Interesse bedeutet, nämlich souverän über

die bedrohliche Überrüstung auf unserem Kontinent in Ost und West mit dem Osten im gegenseitigen Interesse zu verhandeln, und zwar auf der Basis stabil gehaltener Entspannungsbeziehungen.

Europa ist nach wie vor die höchst gerüstete Zone der Welt einschließlich nuklearer Massenvernichtungsmittel. Diese Überrüstung ist friedens- und sicherheitsgefährdend, ein Zustand, der sich von Jahr zu Jahr durch weitere beiderseitige Aufrüstung verschlechtert.

Die USA sind maximal daran interessiert, daß bei den Verhandlungen in Wien über ausgewogene Truppenreduzierung in Europa (MBFR) ihre eigenen Truppen in Europa verringert werden. Sie teilen aber unser vorrangigstes Interesse nicht, daß unsere Gefährdung durch umfassende Abrüstungsmaßnahmen gemindert werde. Wir jedoch haben uns – besonders in Deutschland – daran gewöhnt, ungeprüft die amerikanischen Interessen für die eigenen zu halten. Unter diesen Umständen bedarf es dringend einer Klarstellung: Völlig verfehlt wäre es, hinter dem vorgetragenen Konzept entweder einen irrationalen Antiamerikanismus zu vermuten oder eine westeuropäische Kapitulationsbereitschaft gegenüber der UdSSR als Motiv zu sehen. Im Gegenteil: Westeuropäische Selbstverantwortung und westeuropäisches Selbstbewußtsein, das sich die nötigen Handlungsinstrumente schafft, kann in Europa und weltpolitisch gemeinsam mit den USA als gleichberechtigtem Partner die westlichen Interessen wesentlich wirksamer vertreten als dies bei den gegenwärtigen nur beschränkt handlungsfähigen Beziehungen beider Partner zueinander möglich ist.

Es wäre m.E. ein Trugschluß zu glauben, daß lange bis über das Jahr 2000 hinweg Hunderttausende amerikanische Soldaten auf deutschem Boden stationiert sein werden, um unsere Sicherheit zu garantieren. Gleichfalls halte ich die Annahme für einen gefährlichen Irrtum, daß das derzeitige militärische Blocksystem, das bisher einen Krieg verhindert hat, der Weisheit letzter Schluß europäischer Friedenssicherung sein könnte und müßte. Im Gegenteil: Das jetzige Drohsystem der in Konfrontation stehenden Militärblöcke auf dem Stand höchster Rüstung ist eine permanente Friedensgefährdung. Es ist eine langfristig anzustrebende Aufgabe, es durch schrittweise Sicherheitsvereinbarungen und Abrüstungsmaßnahmen im Zusammenhang mit umfassender und allseitiger Kooperation durch ein auch von den USA garantiertes gesamteuropäisches Friedenssystem zu ersetzen. Die Lösung dieser Aufgabe werden nicht Dritte bewerkstelligen wollen oder können; hier müssen wir Europäer selbst den Mut zur Tat aufbringen.

4. Das KSZE-System als Keim für eine europäische Friedensordnung

Die KSZE war die erste Sicherheitskonferenz unter Beteiligung aller europäischen Staaten seit dem Wiener Kongreß 1815. Dies allein deutet schon auf ihre epochale Bedeutung hin. Die KSZE-Schlußakte ist eine Magna Charta europäischer Friedenspolitik, d.h. der europäischen Entspannungspolitik. Sie ist in ihrer Prinzipienerklärung und in den Teilen, die sich mit den Zielen und Instrumenten umfassender bilateraler und multilateraler Zusammenarbeit sowie mit den institutionellen Folgen befassen, als ein System von Elementen zur schrittweisen Entwicklung einer gesamteuropäischen Friedensordnung zu verstehen. Dieses System ist seiner Natur nach auf langfristige Wirkung angelegt. Als solches sollte es demgemäß im praktischen Verhalten aufgefaßt und ausgestaltet werden. Dies ist eine echte Jahrhundertaufgabe.

Obwohl Dissens über die völkerrechtliche Qualität der KSZE-Beschlüsse besteht, sollten sich dennoch alle Beteiligten praktisch so verhalten, als ob sie völkerrechtlich voll wirksam wären.

Die Gestaltung der KSZE-Folgen auf der Basis der Schlußakte sollte als Chance und Aufgabe verstanden werden, um ihre Realisierung nicht nur voll in allen Teilen gleichrangig voranzutreiben, sondern auch um im Vollzug gesamteuropäische Institutionen so herauszubilden, daß sie später einmal tragende Elemente einer gesamteuropäischen Struktur werden könnten. Durch Einbeziehung weiterer Gegenstände könnte daraus im Zusammenhang mit anderen dargelegten Elementen bis zum Jahr 2000 ein europäisches Friedenssystem entstehen.

Dabei ist niemals zu vergessen, daß die KSZE als Konfrontationsinstrument untauglich ist, daß sie aber als Kooperationsinstrument im Interesse aller Beteiligten auch im Systemantagonismus außerordentlich wirksam sein kann. Die KSZE in diesem Sinne zu nutzen, wird vorrangige Aufgabe des kommenden Jahrzehnts sein und auch hier wird der Erfolg nicht von Dritten, sondern primär von der Selbstverantwortungsfähigkeit der Europäer in Ost und West abhängen.

VI. DIE „DEUTSCHE FRAGE" UND EINE EUROPÄISCHE FRIEDENSORDNUNG AUS DER SICHT VON 1990.

Nicht allein aus geographischen, sondern auch aus historischen Gründen und wegen der ganz Europa belastenden Kriegsfolgen haben beide deutsche Staaten nach wie vor und in Zukunft eine Schlüsselfunktion für Krieg oder Frieden in Europa. Ebenso ist ihr Verhältnis zueinander eine Schlüsselfrage jeder möglichen europäischen Friedensordnung.

Im Jahr 1990 werden sich, gemessen an dieser Verantwortung und an den sich historisch unausweichlich vollziehenden Entwicklungen, manche heute geführte deutschlandpolitische Diskussionen nur noch mit Kopfschütteln nachlesen lassen und es werden sich nicht wenige derzeit noch offiziell vertretene deutschlandpolitische Positionen als Tagträumerei und irreal herausgestellt haben.

1990 wird die Behauptung, daß das Deutsche Reich nie untergegangen sei, sondern fortbestehe, auch in der Bundesrepublik nur noch auf Unverständnis stoßen. Rechtsauffassungen über die Vorläufigkeit von deutschen Grenzen oder über eine begrenzte Souveränität der DDR im Hinblick auf ihre Staatsgrenze oder ihre Staatsbürger werden mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit als unverständliche weil als irreal erwiesene Sachpositionen nur noch von Außenseitern vertreten werden.

Der Bundeskanzler hat mit Recht in einer jüngsten Fernsehdiskussion prognostiziert, daß er die Vereinigung der Deutschen in einem Staat bis zum Jahr 2000 mit Sicherheit nicht erleben werde. Und er wird recht behalten! Die normative Kraft des Faktischen wird souverän über die Plakate von gestern hinweggehen, der Zwang zur fortschreitenden westeuropäischen Einigung wird an den wahren Interessen unserer Partner in der „deutschen Frage" keinen Zweifel lassen, die friedenspolitische und letztendlich auch machtpolitische Notwendigkeit zur Schaffung einer gesamteuropäischen Friedensordnung wird ihren Tribut gerade von uns Deutschen fordern. Wir sollten da die Dinge gelassen nehmen, so wie sie sind und das Beste daraus machen. Dies ist ohnehin nur im Rahmen einer europäischen Entspannungspolitik möglich und hier sind beide deutsche Staaten in ihren jeweiligen Einbindungen und durch ihre positive Ausgestaltung ihres Verhältnisses zueinander als Garanten und Motoren gefordert.

Wenn ich zum Schluß in einem Satz das Fazit meiner Analysen und Prognosen zusammenfassen sollte, würde ich sagen: Die achtziger Jahre werden unausweichlich im Zeichen einer umfassenden europäischen Identitätsbildung stehen und damit gesamteuropäisch eine Europäisierung der europäischen Fragen einleiten, sie aber noch nicht völlig erreichen. Wir können diesen Prozeß beschleunigen oder bremsen. Langfristig werden wir ihn m.E. nicht verhindern können und wir sollten ihn nicht verhindern wollen!

Warschauer Deklaration der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages vom 15. Mai 1980

(Wortlaut)

Die Volksrepublik Bulgarien, die Ungarische Volksrepublik, die Deutsche Demokratische Republik, die Volksrepublik Polen, die Sozialistische Republik Rumänien, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Tschechoslowakische Sozialistische Republik, die auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand vom 14. bis 15. Mai 1980 in Warschau vertreten sind, zogen eine Bilanz der 25jährigen Tätigkeit ihres brüderlichen Verteidigungsbündnisses im Dienste des Friedens und erörterten aktuelle Aufgaben des Kampfes um Entspannung und Sicherheit in Europa, um die Festigung des Weltfriedens.

I

Die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses würdigten hoch die große Bedeutung der Unterzeichnung des Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand vor 25 Jahren in Warschau als Antwort auf die Bildung des NATO-Blocks, auf die verschärfte Kriegsgefahr in Europa und die Bedrohung der nationalen Sicherheit der friedliebenden Staaten, insbesondere im Zusammenhang mit dem Kurs der führenden Kreise dieses Militärblocks auf die Remilitarisierung Westdeutschlands.

Im Verlaufe dieses ganzen Vierteljahrhunderts lösen unser Bruderbund und die ihm angehörenden Staaten im gemeinsamen Wirken und in Zusammenarbeit mit anderen Ländern, mit allen friedliebenden Kräften zuversichtlich und effektiv die lebenswichtigen Aufgaben, die Entfesselung eines Krieges in Europa zu verhindern, allseitig zur Festigung des Friedens, zur Minderung der internationalen Spannungen und zur Entwicklung einer gleichberechtigten friedlichen Zusammenarbeit zwischen den Staaten beizutragen.

Die Teilnehmer der Tagung bringen ihre hohe Wertschätzung für die Erfolge zum Ausdruck, die bei der Festigung der brüderlichen Freundschaft ihrer Staaten und bei der Entwicklung ihrer umfassenden und vielseitigen Zusammenarbeit auf der Grundlage der Prinzipien des Marxismus-Leninismus, der Achtung der Gleichberechtigung, der Unabhängigkeit und der nationalen Souveränität, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der gegenseitigen kameradschaftlichen Hilfe und internationalistischen Solidarität erreicht wurden.

Der Kampf der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages um Frieden, Sicherheit und Entspannung war und ist stets gekennzeichnet durch Konsequenz und Prinzipienfestigkeit, konstruktives Vorgehen und guten Willen, durch Kühnheit bei der Entwicklung von Initiativen, Realismus in den Verhandlungen sowie durch die Bereitschaft, den legitimen Rechten und Interessen anderer Rechnung zu tragen.

Der gesamte Verlauf der Ereignisse in der Welt in den 25 Jahren seit Unterzeichnung des Warschauer Vertrages und die Erfahrungen seiner Teilnehmerstaaten sind ein überzeugender Beweis dafür, daß in der Welt von heute jeder Fortschritt bei der Festigung der internationalen Sicherheit und Entwicklung des Entspannungsprozesses im entschlossenen Kampf der Völker, aller progressiven und demokratischen Kräfte gegen die imperialistische Politik der Stärke und des Diktats, der Konfrontation und Entfachung von Konflikten, des Wettrüstens und der äußeren Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten errungen werden muß. Die grundlegenden Veränderungen im internationalen Kräfteverhältnis, die Stärkung der Positionen und des Einflusses des Sozialismus in der Welt, die Erfolge des antiimperialistischen revolutionären Kampfes der Völker und der Kräfte der nationalen Befreiung haben die erforderlichen Bedingungen geschaffen, um im Ergebnis der zielstrebigen Politik der sozialistischen Länder und der Aktionseinheit der friedliebenden Staaten und Völker zu bedeutenden positiven Veränderungen im

Gesamtsystem der zwischenstaatlichen Beziehungen zu gelangen und den Frieden und die internationale Sicherheit zu festigen.

Der größte Erfolg der vergangenen Jahrzehnte besteht darin, daß es gelang, den tragischen Zyklus zu durchbrechen, in dem der Frieden nur eine Atempause zwischen Weltkriegen war, und im breitesten Maße den Kampf dafür zu entfalten, den Krieg für immer aus dem Leben der menschlichen Gesellschaft zu verbannen.

Die im Ergebnis des Sieges der Völker im antifaschistischen Krieg und in der Nachkriegsentwicklung entstandenen territorialen und politischen Realitäten in Europa sind von allen Staaten anerkannt. Die Unverletzlichkeit der Grenzen zwischen den europäischen Staaten wurde bestätigt. Bei der Festigung der Stabilität und der Entwicklung friedlicher zwischenstaatlicher Beziehungen auf dem europäischen Kontinent wurden Fortschritte erzielt.

Es war ein langer und nicht leichter Weg vom österreichischen Staatsvertrag, der vor einem Vierteljahrhundert abgeschlossen wurde, zu den bilateralen Verträgen der Sowjetunion, Polens, der Tschechoslowakei und der Deutschen Demokratischen Republik mit der Bundesrepublik Deutschland, zum Vierseitigen Abkommen über Westberlin. Ein Schritt voran auf diesem Wege war auch die Normalisierung der Beziehungen Bulgariens, Ungarns und Rumäniens mit der BRD. Dieser Weg liegt hinter uns, ungeachtet der von den Kräften des Imperialismus und Revanchismus errichteten Hindernisse. Eine Reihe gefährlicher Spannungsherde wurde beseitigt. Es wurde eine gute Grundlage für das gegenseitige Vertrauen zwischen den Staaten Europas, für ihre gemeinsame Verantwortung für das Schicksal des Friedens und der Sicherheit auf dem Kontinent geschaffen.

Eine Niederlage für die Verfechter des „kalten Krieges", für die europäische und internationale Reaktion und ein großer Erfolg der Politik des Realismus und des guten Willens aller Teilnehmer war die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die auf Initiative der sozialistischen Länder einberufen wurde. Die gesamteuropäische Konferenz, die den Geist der Verständigung und der Zusammenarbeit, der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung verkörperte, fand ihre Krönung in der Annahme der Schlußakte von Helsinki - einer Charta des Friedens und der Sicherheit in Europa und eines langfristigen Programms der Zusammenarbeit zum Wohle aller europäischen Völker - durch die führenden Repräsentanten von 35 Staaten.

Dank der Anstrengungen der sozialistischen und vieler anderer Länder ist es gegen den hartnäckigen Widerstand der imperialistischen Kreise, ihres militärisch-industriellen Komplexes gelungen, in einigen Richtungen der Begrenzung des Wettrüstens voranzukommen: Die Kernwaffenversuche in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser wurden verboten. In Kraft ist der Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen. Die Staaten verzichteten auf die Stationierung von Massenvernichtungswaffen auf erdnahen Umlaufbahnen und Himmelskörpern, auf dem Meeresgrund und dem Ozeanboden. Die bakteriologischen (biologischen) und Toxinwaffen wurden verboten und beseitigt. Es wurde ein Verbot militärischer oder sonstiger feindseliger Anwendung von Mitteln zur Einwirkung auf die Umwelt erreicht.

Jahrelange intensive Anstrengungen waren erforderlich, um erste Ergebnisse bei der Begrenzung der strategischen Rüstungen und somit der Eindämmung des Wettrüstens in seiner gefährlichsten Richtung zu erzielen. Jedoch auch in dieser äußerst schwierigen Frage gelang es, in einer bestimmten Etappe voranzukommen.

Trotz aller Versuche der Gegner einer friedlichen Zusammenarbeit, Staaten gegeneinander auszuspielen, wurden insbesondere in Europa bei der Normalisierung der Beziehungen zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung und der Entwicklung politischer Kontakte zwischen ihnen spürbare Fortschritte erzielt. Auch bei der Entwicklung gleichberechtigter Handels- und Wirtschaftsbeziehungen, wissenschaftlich-technischer und kultureller Beziehungen zwischen den Staaten konnten nicht wenige Ergebnisse erreicht werden, die für alle Beteiligten von Nutzen sind.

Welche Seite der zwischenstaatlichen Beziehungen man auch immer nimmt, die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages kämpften und kämpfen stets in den vordersten Reihen für Frieden,

DAS ARGUMENT

Argument-Vertrieb
Tegeler Str. 6
1000 Berlin 65

DAS ARGUMENT 121

Westeuropäische Linke und »dritter Weg« Albers, Ingrao, Motchane
Faschismus und Ideologie (II)
Neofaschismus Haug, Opitz u.a.
9.80, 8.50 f. Stud. (Abo 8,50/7.-)

ALTERNATIVE WIRTSCHAFTS-POLITIK 2
AS 52

Adressat, politische Grundlagen der Memoranden »Alternative Utopie« oder »Systemüberwindung« Konzeption der CDU/CSU. Nachfrageorientierte Beschäftigungspolitik Finanzierung expansiver Staatshaushalte.
15.50, 12.80 f. Stud. (Abo 12.80/11.-)

EURO-KOMMUNISMUS UND THEORIE DER POLITIK
AS 44

Staats-/Parteitheorie Gramscis
Austromarxismus Revolutionstheorie
Verfassungspolitik i. d. BRD
Albers, Altvater, Kievenheim u.a.
15,50, 12.80 f. Stud. (Abo 12,80/11.-).

Automation führt zur Höherqualifikation
Bildungsbegriff, Freiheit und Planung
Kann der Kapitalismus die Produktivkräfte noch entwickeln?
SH 37 118 S. 8.00 DM

Entspannung und internationale Zusammenarbeit. Darin findet das sozialistische Wesen ihrer zutiefst volksverbundenen und den Lebensinteressen der Menschheit entsprechenden Außenpolitik seinen Ausdruck.

Gleichzeitig werden die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, solange der NATO-Block besteht und in dem Bestreben, militärische Überlegenheit zu erlangen, sein Militärpotential weiter vergrößert, alle notwendigen Maßnahmen treffen, um ihre Verteidigungskraft auf dem erforderlichen Stand zu halten. Stets werden sie Sorge für den zuverlässigen Schutz ihrer Völker tragen.

Indem sie das unterstreichen, erklären die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages erneut, daß sie niemals nach militärischer Überlegenheit strebten und niemals danach streben werden. Sie treten unverändert dafür ein, daß das militärische Gleichgewicht auf einem immer niedrigeren Niveau gewährleistet und die militärische Konfrontation in Europa verringert und beseitigt wird. Eine andere Doktrin als die Verteidigungsdoktrin, die Absicht, eine nukleare Erstschlagskapazität zu schaffen, haben sie nicht, hatten sie nicht und werden sie nicht haben. Es liegt im Charakter ihrer Gesellschaftsordnung begründet, daß es für sie ein Streben nach „Einflußsphären" und militärischer oder politischer Kontrolle über bestimmte Gebiete oder internationale Verkehrswege nicht gibt und nicht geben kann.

Den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, des Verteidigungsbündnisses sozialistischer Länder, ist Blockpolitik wesensfremd. Sie haben wiederholt ihre Bereitschaft zur Auflösung ihres Bündnisses erklärt, wenn gleichzeitig der NATO-Block aufgelöst wird, und haben als ersten Schritt vorgeschlagen, die Militärorganisationen beider Gruppierungen abzuschaffen und dabei mit einer beiderseitigen Reduzierung der militärischen Aktivitäten zu beginnen. Diese Vorschläge sind auch heute noch gültig.

Nicht die Erweiterung beider Bündnisse, nicht die Ausdehnung ihrer Aktivitäten auf neue Gebiete, sondern die Überwindung der Teilung Europas in militärische und politische Gruppierungen, der Abbau der Konfrontation zwischen ihnen, die Festigung des Vertrauens in den Beziehungen zwischen allen europäischen Staaten - das ist die Politik der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages seit seinem Abschluß bis hin zum heutigen Tag. Das würde es den Teilnehmern beider Bündnisse ermöglichen, die Last der Rüstungsausgaben zu verringern und sich voll und ganz den Aufgaben der Entwicklung und der friedlichen Zusammenarbeit zu widmen.

Das wollen die Länder des Warschauer Vertrages, dazu sind sie bereit. Wiederholt ergriffen sie Initiativen, die zu diesem Ziel führen. Die Interessen aller Völker erfordern, daß auch die NATO-Länder ihrerseits eine konstruktive Haltung einnehmen.

Vor einem Vierteljahrhundert, nur 10 Jahre nach der Zerschlagung der faschistischen Aggressoren und der Beendigung des zweiten Weltkrieges, verpflichteten sich die auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses vertretenen Staaten, beflügelt von der Idee, eine Welt ohne Kriege zu errichten, in einem Bruderbund zusammenzuarbeiten, um ihren Beitrag zur Lösung dieser großen Aufgabe maximal zu verstärken.

Heute, da seit der Beendigung des zweiten Weltkrieges bereits 35 Jahre vergangen sind, sind sie mehr denn je davon überzeugt, daß der Aufbau einer solchen Welt ein schweres, doch reales Ziel ist. Dieses Ziel wird auch künftig an erster Stelle in ihrer Politik stehen.

Sie sind sich dessen bewußt, daß viele wichtige Fragen, von denen die friedliche Zukunft und der Fortschritt der Menschheit abhängen, insbesondere Fragen der Einstellung des Wettrüstens, das weiter forciert wird und dadurch den Entspannungsprozeß, den Frieden und die Sicherheit der Völker immer mehr bedroht, noch nicht gelöst sind. In jüngster Zeit sind diese Probleme noch akuter geworden. Aber der Anfang für einen dauerhaften Frieden ist getan. Es kommt darauf an, dieses Werk fortzusetzen.

Anläßlich des 25. Jahrestages der Unterzeichnung ihres Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand bekräftigen die auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses vertretenen Staaten feierlich ihre unerschütterliche Entschlossenheit, gemeinsam mit allen anderen friedliebenden Ländern und gesellschaftlichen Kräften unermüdlich für dieses Ziel zu wirken.

II

Die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses erörterten im Gesamtzusammenhang der Entwicklung der internationalen Lage die gegenwärtige Situation in Europa sowie aktuelle Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit auf dem europäischen Kontinent.

Sie hoben hervor, daß der Verlauf der Ereignisse in der Welt die Richtigkeit der in der Moskauer Deklaration der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages vom 23. November 1978 getroffenen Einschätzungen und formulierten Ziele bestätigt hat.

In diesem Zusammenhang stellten die Teilnehmer der Tagung fest, daß einerseits die Entschlossenheit der Völker, aller fortschrittlichen und friedliebenden Kräfte immer stärker wird, der Aggressions- und Unterdrückungspolitik des Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus ein Ende zu setzen, und daß sich der Kampf für Frieden und *Entspannung*, für die Einstellung des Wettrüstens, für Freiheit und sozialen Fortschritt sowie für eine friedliche gleichberechtigte internationale Zusammenarbeit auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität sowie der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten immer breiter entfaltet.

Andererseits erinnerten die Teilnehmer der Tagung an den Hinweis in der Moskauer Deklaration auf die weitere Zunahme der Aktivität der Kräfte des Imperialismus und der Reaktion, auf deren verstärkte Versuche, unabhängige Staaten und Völker ihrer Herrschaft zu unterwerfen, auf das Anheizen des Wettrüstens und auf ihre grobe Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, was schon damals den Entspannungsprozeß gefährdete, dem Streben der Völker nach Frieden, Freiheit, Unabhängigkeit und Fortschritt widersprach.

Mit um so größerer Besorgnis stellen sie fest daß die internationale Lage gegenwärtig noch komplizierter geworden und die Gefahr für den Frieden und die Entspannung bedeutend angewachsen ist. Das ist die Folge der weiteren Aktivierung der imperialistischen Politik der Stärke, der Konfrontation und des Hegemonismus, der Anhäufung ungelöster internationaler Probleme. Die imperialistischen Kreise, die diese Politik betreiben, verletzen offen die Unabhägigkeit und Souveränität der Staaten, mischen sich in ihre inneren Angelegenheiten ein, wenden in den internationalen Beziehungen immer häufiger Gewalt *an oder drohen mit ihrer Anwendung.*

Gleichzeitig damit werden auf dem Wege der Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen *auf gleichberechtigter und gerechter Grundlage immer neue Hindernisse errichtet.* Im Kampf um Energie- und Rohstoffressourcen wird immer häufiger gegen die Entwicklungsländer Gewalt angewendet oder angedroht. Das ruft in den zwischenstaatlichen Beziehungen Instabilität hervor und führt zum Entstehen neuer Spannungsherde.

Die imperialistischen und reaktionären Kräfte nutzen all das zur Erhöhung der Militärbudgets und zur Forcierung der langfristigen Rüstungsprogramme aus. Dadurch entstehen neue Hindernisse für die Festigung der Sicherheit in Europa, wo es nach wie vor keine Fortschritte in der militärischen Entspannung und der Abrüstung gibt, wo die Rüstungsausgaben, die Truppen und Rüstungen weiter verstärkt und in immer größerem Maße Vernichtungsmittel angehäuft werden, besonders nukleare, die die Völker des Kontinents bedrohen.

Eine besondere Gefahr birgt der Beschluß der NATO über die Produktion und die Stationierung neuer Arten amerikanischer nuklearer Raketenwaffen mittlerer Reichweite in Westeuropa in sich. Wenn der Beschluß verwirklicht wird, *wird sich die Lage auf dem europäischen Kontinent* entschieden verschlechtern, da sich eine Vergrößerung des zerstörerischen Potentials in Europa unausweichlich auf das politische Klima und die Lebensinteressen der Völker des Kontinents auswirkt und neue gewaltige Ausgaben nach sich zieht, die den Völkern eine noch schwerere Last aufbürden.

Die USA haben die Ratifizierung des sowjetisch-amerikanischen Vertrages über die Begrenzung der strategischen Waffen (SALT II) aufgeschoben, bringen gemeinsam mit einigen ihrer Verbündeten die Verhandlungen zu zahlreichen wichtigen Aspekten der Begrenzung des Wettrüstens zum Stillstand - in einigen Fällen haben sie diese sogar völlig abgebrochen - und handeln somit entgegen den Interessen des internationalen Vertrauens und der Entspannung und im Wider-

spruch zu den Beschlüssen der Sondertagung der UNO-Vollversammlung zur Abrüstung. Es häufen sich die Fälle, daß sie unter Mißachtung unterzeichneter politischer, Handels- und Wirtschaftsverträge und Abkommen demonstrativ von ihren Verpflichtungen zurücktreten und damit das Prinzip der Erfüllung völkerrechtlicher Verpflichtungen nach Treu und Glauben, das in der Charta der Vereinten Nationen und der Schlußakte der gesamteuropäischen Konferenz proklamiert ist, auf das gröbste mißachten.

Gegen die sozialistischen Staaten werden politische und propagandistische Kampagnen im Geiste des „kalten Krieges" geführt. Die Regierung der USA übt einen beispiellosen Druck auf die olympische Bewegung aus, die von altersher den Geist des Friedens, der Zusammenarbeit und der Annäherung zwischen den Völkern verkörpert.

Die auf der Tagung vertretenen Staaten erheben ihre Stimme gegen alle derartigen Schritte und Aktionen, gegen Versuche, die internationale Entspannung zu untergraben, die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen den Staaten zu hemmen. Sie treten entschieden dafür ein, daß keine Schritte unternommen werden, die die Lage komplizieren könnten, und daß alle Staaten ihre Anstrengungen vereinen, um dem Anwachsen der Spannungen Einhalt zu gebieten und die Politik der Entspannung und der friedlichen Zusammenarbeit fortzuführen.

Die Teilnehmer der Tagung treten entschlossen dafür ein, daß auf dem europäischen Kontinent nie wieder eine Atmosphäre der Feindschaft und des Mißtrauens entsteht. Für die europäischen Völker, die sich aus eigener Erfahrung davon überzeugen konnten, wie sehr die Entspannung ihren ureigensten Interessen entspricht, ist die Fortsetzung des Entspannungsprozesses und die Entwicklung der gleichberechtigten Zusammenarbeit ebenso wie für alle Völker der Welt eine lebenswichtige Frage. Es kommt darauf an, daß die gegenwärtigen politischen, ökonomischen, wissenschaftlich-technischen und anderen friedlichen Beziehungen zwischen den Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa nicht reduziert werden, sondern eine weitere Entwicklung erfahren, damit im Rahmen der politischen Kontakte und Konsultationen zwischen ihnen der Austausch von Meinungen, Gedanken und Vorstellungen zu aktuellen Problemen Europas und der Welt fortgeführt wird.

Es ist ebenfalls wichtig, die Erfahrungen der gesamteuropäischen Treffen zu nutzen, die in den Jahren von 1978 bis 1980 auf der Grundlage der in der Schlußakte von Helsinki enthaltenen Beschlüsse stattfanden. Es ist notwendig, die Verwirklichung der Festlegungen der gesamteuropäischen Konferenz zu Fragen des Umweltschutzes zu gewährleisten, die gesamteuropäische Konferenz zu Fragen der Energie, mit deren Vorbereitung bereits begonnen wurde, durchzuführen und zu einer Vereinbarung über die Durchführung einer analogen Konferenz zu Fragen des Verkehrswesens zu gelangen.

Gleichzeitig sehen es die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses als ihre Pflicht an zu unterstreichen, daß die Fortsetzung und Vertiefung des Entspannungsprozesses auf dem europäischen Kontinent in entscheidendem Maße davon abhängt, wie sorgsam alle Teilnehmerstaaten der gesamteuropäischen Konferenz mit dem Positiven umgehen, das in Europa im letzten Jahrzehnt erreicht wurde, und wie konsequenzt alle Prinzipien und Bestimmungen der Schlußakte von Helsinki in die Praxis umgesetzt werden.

In diesem Zusammenhang lenken sie insbesondere die Aufmerksamkeit auf die erneuten Versuche, die Souveränität der Staaten und die Unverletzlichkeit ihrer Grenzen in Zweifel zu ziehen, was den von allen Teilnehmerstaaten der gesamteuropäischen Konferenz in der Schlußakte übernommenen Verpflichtungen widerspricht.

Die auf der Tagung vertretenen Staaten sind entschlossen, sich gemeinsam mit allen friedliebenden Ländern und gesellschaftlichen Kräften für die internationale Entspannung einzusetzen, sie zu verteidigen und dafür zu wirken, sie zu einem ständigen, allseitigen und allumfassenden Prozeß zu machen. Sie sind nach wie vor bereit, die Beziehungen zu allen Ländern Europas und der Welt zu entwickeln und zu vertiefen, indem sie die bereits erprobten Wege der Zusammenarbeit ausbauen und neue bahnen.

Nach Überzeugung der Teilnehmer der Tagung kann und muß das bevorstehende Treffen von Vertretern der Teilnehmerstaaten der gesamteuropäischen Konferenz in Madrid eine wichtige

Rolle bei der Festigung der Entspannung, der Stärkung der Sicherheit und der Entwicklung der Zusammenarbeit in Europa spielen. Sie sind der Auffassung, daß es die gegenwärtige Situation in Europa unbedingt erforderlich macht, daß alle seine Teilnehmer der gründlichen Vorbereitung dieses Treffens die gebührende Aufmerksamkeit widmen, daß sie danach streben, eine Atmosphäre des Vertrauens und der Verständigung zu schaffen, die für den Erfolg des Treffens notwendig ist. Alle Teilnehmer des Madrider Treffens tragen eine große Verantwortung dafür, daß es in einer konstruktiven Atmosphäre verläuft.

Die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses sind der Ansicht, daß Möglichkeiten bestehen, das Madrider Treffen mit der Vereinbarung praktischer Schritte zu militärischen und politischen Aspekten der europäischen Sicherheit und zur Entwicklung der Zusammenarbeit auf allen Gebieten abzuschließen. Dafür bedarf es des Willens und der Anstrengungen aller Teilnehmer des Treffens, ihrer Bereitschaft, Möglichkeiten zur Vereinbarung konstruktiver Schritte zu jedem Abschnitt der Schlußakte zu suchen und zu finden.

Den zentralen Platz unter den Problemen, von denen die Festigung des Friedens in Europa abhängt, nimmt gegenwärtig das Problem der militärischen Entspannung und Abrüstung auf dem Kontinent ein.

Fortschritte in der militärischen Entspannung in Europa zu erreichen - das ist das objektive und dringlichste Erfordernis. Von erstrangiger Bedeutung sind in diesem Zusammenhang die Festigung und Erweiterung vertrauensbildender Maßnahmen, die Nichtanwendung und Nichtandrohung von Gewalt, die Beschränkung der Streitkräfte und Rüstungen jedes einzelnen Staates oder von Staatengruppen ausschließlich auf die Erfordernisse der Verteidigung, der beiderseitige Verzicht auf Versuche zur Erlangung der militärischen Überlegenheit.

Die Teilnehmer der Tagung sind der Meinung, daß es keine unüberwindlichen Hindernisse für praktische Lösungen auf dem Gebiet der militärischen Entspannung in Europa gibt und geben kann, wenn alle Seiten diese Aufgabe in dem Bestreben in Angriff nehmen, ihren konstruktiven Beitrag zu leisten.

Beispielgebend für ein solches Herangehen ist der Beschluß der Sowjetunion über den einseitigen Abzug einer bestimmten Anzahl ihrer Truppen und Rüstungen, einschließlich Panzertruppen, aus Mitteleuropa. Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, die alle ihre positive Haltung zu diesem Friedensschritt der UdSSR bereits bei seiner Ankündigung zum Ausdruck brachten, unterstützen auch weiterhin voll und ganz seine Verwirklichung.

Den Regierungen aller Teilnehmerstaaten der gesamteuropäischen Konferenz liegt bereits seit einem Jahr der Vorschlag zur Einberufung einer Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung in Europa vor, der von den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages unterbreitet und in ihren gemeinsamen Dokumenten konkretisiert wurde. Eine solche Konferenz kann zu einem wichtigen Meilenstein bei der Festigung der Grundlagen des europäischen Friedens, bei der Verwirklichung der Verpflichtung aller Teilnehmerstaaten der gesamteuropäischen Konferenz zur Durchsetzung effektiver Maßnahmen auf dem Wege der Verringerung der militärischen Konfrontation und zur Förderung der Abrüstung in Europa werden.

Die auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses vertretenen Staaten rufen alle Teilnehmer der gesamteuropäischen Konferenz zu einer konstruktiven Haltung hinsichtlich der Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung in Europa auf, damit auf dem Madrider Treffen ein Beschluß über ihre Einberufung gefaßt werden kann. Sie sind ihrerseits bereit, die Vorschläge anderer Staaten zu Fragen der Arbeitsweise und des Inhalts der Konferenz aufmerksam zu prüfen.

Alle Teilnehmer der Tagung unterstützen den Vorschlag der Volksrepublik Polen, die Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung in Europa in Warschau durchzuführen, der Stadt, die in den Jahren der schweren Prüfungen des zweiten Weltkrieges größten Heldenmut und Selbstaufopferung bewies. Sie bringen die Hoffnung zum Ausdruck, daß dieser Vorschlag, der in vielen europäischen Ländern ein positives Echo gefunden hat, allgemeine Unterstützung findet.

Die auf der Tagung vertretenen Staaten sprechen sich dafür aus, bei der Behandlung der Fragen der militärischen Entspannung in Europa die materiellen vertrauensbildenden und Abrüstungs-

maßnahmen mit politischen und vertragsrechtlichen Schritten zur Verringerung der Kriegsgefahr und zur Stärkung der Garantien für die Sicherheit der Staaten zu verbinden. Diesem Ziel dient ihr Vorschlag, zwischen allen Teilnehmerstaaten der gesamteuropäischen Konferenz einen Vertrag abzuschließen, als erste gegeneinander weder nukleare noch konventionelle Waffen anzuwenden.

Sie setzen sich für die Festlegung und Verwirklichung aller Maßnahmen und Vereinbarungen ein, die auf die Stärkung des politischen und rechtlichen Fundaments für die Einhaltung des Prinzips der Nichtanwendung und Nichtandrohung von Gewalt in Europa gerichtet sind, sowie für spezielle Maßnahmen zur Stärkung der Sicherheitsgarantien für nichtkernwaffenbesitzende Staaten Europas. Solche Maßnahmen könnten vorsehen, daß die Kernwaffenmächte niemals Kernwaffen gegen diejenigen europäischen Staaten - unabhängig davon, ob sie militärischen Bündnissen angehören oder nicht - einsetzen, die keine solchen Waffen besitzen und auf deren Territorium keine ausländischen Kernwaffen stationiert sind. Diese Staaten haben das Recht, auch Garantien zu erhalten, daß gegen sie, entsprechend dem Prinzip der Nichtanwendung oder Nichtandrohung von Gewalt, keinerlei andere Waffen eingesetzt werden.

Die auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses vertretenen Staaten messen einer so wichtigen Frage wie der Ausarbeitung von Vereinbarungen über nukleare Raketenwaffen mittlerer Reichweite besondere Bedeutung bei.

Verhandlungen über nukleare Raketenwaffen mittlerer Reichweite sind möglich, und die Teilnehmer der Tagung unterstützen die diesbezüglichen Vorschläge der Sowjetunion. Um solche Verhandlungen zu beginnen, ist nur eines erforderlich - den NATO-Beschluß über die Produktion und die Stationierung neuer Arten amerikanischer nuklearer Raketenwaffen in Westeuropa aufzuheben oder zumindest seine Verwirklichung auszusetzen.

Sie geben der Überzeugung Ausdruck, daß wenn sich alle Staaten von den Interessen des Friedens und der Sicherheit der europäischen Völker leiten lassen und den erforderlichen politischen Willen an den Tag legen, bei Aufrechterhaltung des bestehenden annähernden Kräftegleichgewichts, dessen Existenz noch vor kurzem auch von den NATO-Ländern anerkannt wurde, nicht nur die weitere gefährliche Verstärkung des nuklearen Wettrüstens in Europa verhindert wird, sondern auch die Möglichkeit besteht, dieses Gleichgewicht auf einem niedrigeren Niveau zu halten.

Die Völker Europas sind zutiefst an einem schnellstmöglichen Beginn und einer erfolgreichen Durchführung der Verhandlungen über die nuklearen Raketenwaffen mittlerer Reichweite, an der Einstellung des nuklearen Wettrüstens, an der Nichterweiterung des Arsenals von Raketenwaffen auf dem europäischen Kontinent interessiert. Das entspricht den Interessen des Friedens und der Sicherheit aller Völker. Die auf der Tagung vertretenen Staaten halten ein weiteres Verschleppen der Wiener Verhandlungen über die Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa für völlig unzulässig. In diesem Raum sind riesige Mengen von Truppen und modernsten Rüstungen konzentriert, und diese Gefahr sollte niemand unterschätzen.

Die an den Wiener Verhandlungen teilnehmenden sozialistischen Länder haben wesentliche Schritte zur Annäherung der Positionen getan. Die daran teilnehmenden NATO-Länder hingegen tragen nicht zum Erfolg der Sache bei, sondern gehen in ihrer Position zum Wesen der erörterten Fragen in letzter Zeit sogar noch weiter zurück. Indes sind nach Meinung der Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses die Möglichkeiten, in den Wiener Verhandlungen Vereinbarungen zu erreichen, bei weitem nicht ausgeschöpft. Sie sind bereit, auch weiter Anstrengungen zu unternehmen, um nach solchen Lösungen zu suchen, die, ohne Beeinträchtigung der Sicherheit der Seiten, zur Verringerung des Niveaus der militärischen Konfrontation in Mitteleuropa führen würden. Das erfordert ein konstruktives Herangehen seitens aller Teilnehmer an den Wiener Verhandlungen.

Die auf der der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses vertretenen Staaten setzen sich konsequent für die Verwirklichung von Maßnahmen zur militärischen Entspannung auch in anderen Teilen Europas sowie im Mittelmeerraum ein.

Entsprechende Schritte in bezug auf den Mittelmeerraum könnten die Ausdehnung von vertrauensbildenden Maßnahmen auf diesen Raum, die Reduzierung der dort befindlichen Streitkräfte,

den Abzug der kernwaffenbestückten Kriegsschiffe aus dem Mittelmeer und den Verzicht auf die Stationierung von Kernwaffen auf dem Territorium der europäischen und außereuropäischen nichtkernwaffenbesitzenden Mittelmeerstaaten vorsehen, was dem Geist der Schlußakte von Helsinki entspräche. Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages sind zu ernsthaften, sachlichen Verhandlungen zu all diesen Fragen bereit.

Ebenso konsequent sezten sie sich nicht nur im europäischen, sondern auch im globalen Maßstab für wirksame Maßnahmen zur Herbeiführung einer Wende bei der Lösung der Fragen der Begrenzung und Einstellung des Wettrüstens, der Verwirklichung konkreter Maßnahmen zur Abrüstung, besondersn der nuklearen, ein. Sie sind überzeugt, daß der von den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages unterbreitete weitreichende Komplex von Vorschlägen, die alle Richtungen dieses Problems erfassen, sichere Wege hierfür weist. Was die auf der Tagung vertretenen Staaten betrifft, so bekräftigen sie, daß es keine Waffenart gibt, zu deren Begrenzung oder Reduzierung auf der Grundlage der Gegenseitigkeit sie nicht bereit wären.

Getragen von den hohen Idealen des Sozialismus und Kommunismus, erklären die an der Tagung teilnehmenden Staaten vor ihren Völkern und den Völkern der ganzen Welt erneut ihre Entschlossenheit, ihre Anstrengungen zu verstärken und noch aktiver für die militärische Entspannung, für die Einstellung des Wettrüstens und die Abrüstung, einschließlich der Reduzierung der Militärausgaben der Staaten, ihrer Streitkräfte und Rüstungen, zu kämpfen.

III

Im Verlauf des Meinungsaustausches zu anderen internationalen Fragen unterstrichen die Delegationen der Volksrepublik Bulgarien, der Ungarischen Volksrepublik, der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik Polen, der Sozialistischen Republik Rumänien, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Tschechoslakischen Sozialistischen Republik, daß sich ihre Staaten konsequent für eine gerechte und dauerhafte friedliche Regelung von Konfliktsituationen einsetzen, in welchem Gebiet der Welt diese auch immer entstehen mögen. Es gibt keine Probleme, weder globale noch regionale, die ihres Erachtens nicht mit politischen Mitteln gelöst werden könnten.Dies erfordert die strikte Achtung der souveränen Rechte und der Unabhängigkeit aller Staaten, den völligen Verzicht auf eine Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten, auf die Anwendung oder Androhung von Gewalt, auf Versuche, eine ausländische Herrschaft über sie zu errichten und sie zu Aufmarschgebieten für Aggressionen gegen andere Länder zu machen.

Schon lange hätte ein dauerhafter Frieden im Nahen Osten hergestellt sein können. Der Weg dorthin - auf den auch die auf der Tagung vertretenen Staaten mehrfach hingewiesen haben - ist bekannt. Er führt über die umfassende politische Regelung im Nahen Osten unter unmittelbarer Teilnahme aller interessierten Seiten, einschließlich des arabischen Volkes von Palästina in Gestalt seines Vertreters - der Palästinensischen Befreiungsorganisation - und auf der Grundlage der Achtung der legitimen Interessen aller Staaten und Völker im Nahen Osten, einschließlich Israels.

Diese Regelung erfordert den Abzug der israelischen Truppen von allen, 1967 okkupierten arabischen Gebieten, die Wiederherstellung des Rechtes für das arabische Volk von Palästina auf Selbstbestimmung, einschließlich der Schaffung eines eigenen unabhängigen Staates, und die Gewährliestung der Souveränität und Sicherheit aller Staaten dieses Raumes. Eine politische Regelung im Nahen Osten erfordert ebenfalls, daß keine Handlungen unternommen werden, die die Erreichung dieser Ziele erschweren, daß sich kein Staat in die inneren Angelegenheiten der Länder und Völker dieser Region einmischt, versucht, ihnen vorzuschreiben, welche soziale und politische Ordnung sie bei sich zu errichten haben, und daß kein Staat Ansprüche auf ihre natürlichen Ressourcen erhebt und Versuche unternimmt, sich dieser zu bemächtigen.

Die Teilnehmer der Tagung unterstrichen auch die Notwendigkeit einer politischen Regelung der um Afghanistan entstandenen Lage. Eine solche Regelung muß die vollständige Beseitigung und die Nichtwiederaufnahme jeglicher Formen der Einmischung von außen, die gegen die Regierung und das Volk Afghanistans gerichtet ist, zuverlässig garantieren. In Verbindung mit der vollständigen Beseitigung jeglicher gegen die Regierung und das Volk von Afghanistan gerich-

teten Formen der Einmischung von außen wird entsprechend den Erklärungen der Sowjetunion mit dem Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan begonnen werden.

Im Verlaufe des Meinungsaustausches erklärten die Teilnehmer der Tagung ihre Unterstützung für das unveräußerliche Recht des Volkes von Iran, selbständig, ohne irgendwelche Einmischung von außen, sein Schicksal zu entscheiden und seinen Entwicklungsweg zu bestimmen. Äußerst entschieden und kategorisch verurteilen sie die kürzlich von den USA auf dem Territorium Irans durchgeführte militärische Diversionsoperation als besonders groben Akt der Gewalt, der Einmischung und der Verletzung der Souveränität eines unabhängigen Staates. Indem sie bekräftigen, daß alle Staaten ihre Verpflichtungen aus der Wiener Konvention über diplomatische Beziehungen strikt einhalten müssen, erklären sie, daß die Verletzung der Souveränität eines Landes und jedweder Druck auf dieses Land durch keinerlei Vorwände zu rechtfertigen ist.

Sie sind davon überzeugt, daß die in den amerikanisch-iranischen Beziehungen entstandenen Probleme, wie überhaupt alle zwischenstaatlichen Probleme, auf dem Wege friedlicher Verhandlungen, auf der Grundlage der allgemein anerkannten Prinzipien und Normen des Völkerrechts bei Verzicht auf jegliche militärische Schritte, auf die Anwendung oder Androhung von Gewalt gelöst werden müssen.

Die Teilnehmer der Tagung bekundeten ihre Unterstützung für den Vorschlag der Staaten des Indischen Ozeans, dieses Gebiet in eine Friedenszone umzuwandeln, ihre Bereitschaft, mit ihnen dabei zusammenzuarbeiten, darunter auf der internationalen Konferenz zu Fragen des Indischen Ozeans, deren Einberufung im Rahmen der UNO im Jahre 1981 vorgesehen ist. Zugleich stellten sie fest, daß die umfangreiche Verstärkung der Präsenz und der Aktivitäten der amerikanischen Kriegsflotte im Indischen Ozean, die Erweiterung der bestehenden und die Schaffung neuer ausländischer Militärstützpunkte in diesem Raum in direktem Widerspruch zu dem von der UNO gebilligten Plan der Umwandlung des Indischen Ozeans in eine Friedenszone steht, eine Gefahr für die Sicherheit und Unabhängigkeit vieler Länder heraufbeschwört und zur Schaffung eines neuen internationalen Spannungsherdes führt.

Die auf der Tagung vertretenen Länder unterstützen konsequent den nationalen Befreiungskampf der Völker gegen Imperialismus, Kolonialismus, Neokolonialismus, Rassismus, gegen jegliche Formen der Herrschaft, ihren Kampf für die Achtung des Rechtes eines jeden Volkes, über sein Schicksal uneingeschränkt selbst zu bestimmen, sein Bestreben zu verwirklichen, sich auf dem Weg des Fortschritts zu entwickeln.

Mit Genugtuung begrüßen sie die Proklamierung der Unabhängigkeit des Staates Simbabwe als Krönung des langjährigen heldenhaften Kampfes des Volkes dieses Landes gegen das rassistische Kolonialregime, für das Recht auf ein freies und würdiges Leben. Die Teilnehmer der Tagung bekräftigen ihre Solidarität mit dem Volk von Namibia in seinem gerechten Kampf für Freiheit und Unabhängigkeit, mit dem Volks Südafrikas, das für die Beseitigung des Apartheidregimes und der Rassendiskriminierung kämpft.

Unabhängig, ob es der Nahe oder Mittlere Osten, Südostasien, der Süden Afrikas oder irgendeine andere Region der Welt ist, wo politische Spannungen oder eine Konfliktsituation bestehen - die unmittelbare Pflicht aller Staaten ist es, erstens, nichts zu unternehmen, was die Situation verschlechtern könnte, und zweitens, durch ihr objektives Vorgehen und ihre Politik zu einer Entschärfung und zur Normalisierung der Situation beizutragen. Die auf der Tagung vertretenen Staaten halten sich strikt an diese Linie und rufen alle anderen Länder auf, ebenso zu handeln.

Die auf der Tagung vertretenen Staaten treten dafür ein, daß der Prozeß der internationalen Entspannung auf alle Regionen der Welt ausgedehnt wird. Es gibt kein Land, das davon nicht profitieren würde, und kein Volk, für das die Früchte der Entspannung nicht von Vorteil wären. Zur Politik der Entspannung gibt es und kann es keine vernünftige Alternative geben.

Einen wichtigen positiven Faktor sehen die Teilnehmer der Tagung dabei in dem Auftreten von Staatsmännern vieler Länder, die sich für wirksame Maßnahmen zur Festigung der Entspannung und für die Beseitigung all dessen aus den zwischenstaatlichen Beziehungen ausgesprochen haben, was diesen Prozeß behindert, wie Methoden des Drucks und des Diktats, Verletzung der Souveränität und Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten.

Die Teilnehmer der Tagung unterstreichen die weiter gewachsene Rolle der Bewegung der nichtpaktgebundenen Staaten, die einen bedeutenden positiven Faktor in der gegenwärtigen internationalen Politik darstellt, bei der Lösung komplizierter internationaler Probleme. In diesem Sinne bewerten sie die Ergebnisse der VI. Konferenz der Staats- und Regierungschefs der nichtpaktgebundenen Länder 1979 in Havanna.

Sie unterstützen die Beschlüsse der Konferenz, die auf die Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit, der Herbeiführung der Abrüstung, die Schaffung von Friedenszonen, die Beseitigung ausländischer Militärstützpunkte auf fremden Territorien, die Nichtzulassung jeglicher Einmischung von außen in die inneren Angelegenheiten der Staaten, die Gewährleistung der Rechte der Völker auf freie und unabhängige Entwicklung, die Befreiung der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas von imperialistischer, kolonialer und neikolonialistischer Ausbeutung, auf die Schaffung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung auf gerechter und demokratischer Grundlage gerichtet sind.

Im Zusammenhang mit der besonderen Bedeutung der Überwindung der Kluft in der wirtschaftlichen Entwicklung der Staaten und der Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen auf gerechter und demokratischer Grundlage unterstrichen die Teilnehmer der Tagung die Wichtigkeit der im Sommer dieses Jahres bevorstehenden Sondertagung der UN-Vollversammlung zu Fragen der neuen internationalen Wirtschaftsordnung. Sie geben der Hoffnung Ausdruck, daß die Arbeit und die Ergebnisse dieser Tagung zu Fortschritten in der gleichberechtigten internationalen Zusammenarbeit auf ökonomischem Gebiet, darunter zur Unterstützung der Bemühungen der Entwicklungsländer um Beschleunigung des Tempos ihrer wirtschaftlichen Entwicklung, beitragen.

Die 70er Jahre wurden zu einer Zeit verstärkter Zusammenarbeit und guter Nachbarschaft zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. In den 80er Jahren kommt es darauf an, nicht nur all das Positive zu bewahren, was im vergangenen Jahrzehnt erreicht wurde, sondern die Früchte der Entspannung zu mehren, den Kampf um Frieden, Freiheit, nationale Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt noch breiter zu entfalten. Das entspricht den Hoffnungen der gesamten Menschheit.

IV

Die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Vertrages appellieren anläßlich des 25. Jahrestages seiner Unterzeichnung an die Verantwortung aller europäischen Länder, aller Länder der Welt, die sie angesichts der gegenwärtigen Entwicklung des Weltgeschehens für die Zukunft tragen.

Die Zukunft wird heute gestaltet. Der morgige Tag im Leben der Völker hängt davon ab, welche Entscheidungen die Staaten - gemeinsam und einzeln - heute zu den akuten internationalen Problemen treffen. Dabei müssen sie dessen eingedenk sein, daß es im gemeinsamen Interesse aller Staaten und Völker liegt, von den im Ergebnis des großen Sieges über die faschistischen Aggressoren im zweiten Weltkrieg und der Nachriegsentwicklung in Europa entstandenen territorialen und politischen Realitäten auszugehen und zur Stärkung der internationalen Rechtsordnung auf der Grundlage der Grundsätze und Ziele der UN-Charta beizutragen.

Die führenden Staatsmänner, die Regierungen, die Parlamente, alle gesellschaftenlichen Kräfte, die sich ihrer Verantwortung gegenüber den eigenen und den Völkern der ganzen Welt bewußt sind, müssen alle Anstrengungen unternehmen, um die Möglichkeit eines neuen Krieges auszuschließen und ihm mit einer unüberwindbaren Barriere den Weg zu verlegen. Die Analyse der gegenwärtigen Lage diktiert die Notwendigkeit, diese Anstrengungen vor allem auf folgende Richtungen zu konzentrieren:

Erstens – Als gemeinsamen Akt guten Willens sich darüber zu verständigen, daß von einem bestimmten vereinbarten Zeitpunkt ab kein Staat und keine Staatengruppierung in Europa die zahlenmäßige Stärke ihrer Streitkräfte in dem von der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa festgelegten Gebiet erhöht. Das würde zur Stärkung der positiven Grundlagen der Situation auf dem europäischen Kontinent beitragen und wäre ein wichtiger Schritt zur Festigung der Stabilität und des Vertrauens in Europa.

Zweitens – Alle Bestimmungen der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die vor fünf Jahren von den höchsten Vertretern von 35 Staaten in Helsinki feierlich unterzeichnet wurde, strikt einzuhalten. Das trifft vor allem auf die Prinzipien zu, zu deren Achtung in ihren gegenseitigen Beziehungen sich die Teilnehmerstaaten der gesamteuropäischen Konferenz verpflichtet haben - souveräne Gleichheit, Achtung der der Souveränität innewohnenden Rechte; Enthaltung von der Androhung oder Anwendung von Gewalt; Unverletzlichkeit der Grenzen; territoriale Integrität der Staaten; friedliche Regelung von Streitfällen; Nichteinmischung in innere Angelegenheiten; Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten; Gleichberechtigung und Selbstbestimmungsrecht der Völker; Zusammenarbeit zwischen den Staaten; Erfüllung völkerrechtlicher Verpflichtungen nach Treu und Glauben.

Drittens – Im Interesse der erfolgreichen Durchführung des für Ende 1980 geplanten Madrider Treffens, den bi- und multilateralen Meinungsaustausch zu intensivieren und zu vertiefen, damit bereits vor Beginn des Treffens im Prinzip Einigkeit hinsichtlich der Fragen besteht, zu denen auf dem Treffen praktische Schritte vereinbart werden können, die zu einer umfassenderen Verwirklichung der Schlußakte führen. Eine gute Vorbereitung des Madrider Treffens und Fortschritte bei der Abstimmung seiner Beschlüsse können die Voraussetzung dafür sein, daß diese unter Beteiligung der Außenminister gefaßt werden. Der Abschluß des Madrider Treffens mit positiven konkreten Ergebnissen würde sich wohltuend auch auf die gesamte internationale Lage auswirken.

Viertens – Die Vorbereitung der Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung in Europa zu beschleunigen, den bilateralen Meinungsaustausch zu konkreten Fragen dieser Vorbereitung zu verstärken und multilaterale vorbereitende Konsultationen von Vertretern der Teilnehmerstaaten der Konferenz durchzuführen, um auf dem Madrider Treffen praktische Beschlüsse über die Aufgaben der Konferenz, über Zeit, Ort und Arbeitsweise zu fassen, einschließlich der Tagesordnung ihrer ersten Etappe, und in dieser Etappe die Arbeit auf vertrauensbildende Maßnahmen zu konzentrieren.

Fünftens - In den laufenden Verhandlungen zu verschiedenen Gebieten der Begrenzung und Einstellung des Wettrüstens Anstrengungen zur schnellen Herbeiführung von Vereinbarungen zu unternehmen, unverzüglich die Verhandlungen auf den Gebieten, auf denen sie eingestellt oder abgebrochen wurden, wieder aufzunehmen.

Die nächsten Aufgaben für praktische Maßnahmen zur Einstellung des Wettrüstens sind neben der Ratifizierung des sowjetisch-amerikanischen Vertrages über die Begrenzung der strategischen Waffen (SALT II) der schnellstmögliche erfolgreiche Abschluß der Verhandlungen

– über das vollständige und allgemeine Verbot der Kernwaffenversuche;

– über das Verbot der radiologischen Waffen;

– über das Verbot der chemischen Waffen und die Vernichtung ihrer Vorräte;

– über die Nichtanwendung von Kernwaffen gegen nichtkernwaffenbesitzende Staaten, auf deren Territorium es keine Kernwaffen gibt,

– und über die Nichtstationierung von Kernwaffen auf dem Territorium von Staaten, wo sich solche gegenwärtig nicht befinden.

Die Herbeiführung einer Übereinkunft über einzelne Maßnahmen, für deren Verwirklichung sich die Organisation der Vereinten Nationen bereits aussprach, würde schon zur Gesundung der internationalen Lage beitragen, doch wäre der erfolgreiche Abschluß der Verhandlungen über alle Maßnahmen zusammen ein großer Erfolg für die Menschheit.

Sechstens – Unverzüglich konstruktive Verhandlungen über folgende aktuelle Maßnahmen zur Einstellung des Wettrüstens und zur Beseitigung der Kriegsgefahr aufzunehmen, wofür sich die sozialistischen Staaten ständig einsetzen und wofür sich auch die Organisation der Vereinten Nationen aussprach, zu denen aber bisher noch keine Verhandlungen geführt werden, nämlich

– über den Abschluß eines Weltvertrages über die Nichtanwendung von Gewalt;

– über die Einstellung der Produktion von Kernwaffen und die allmähliche Reduzierung ihrer Vorräte bis zu ihrer vollständigen Liquidierung;

– über das Verbot der Entwicklung neuer Arten und Systeme von Massenvernichtungswaffen;

– über die Reduzierung der Militärbudgets, vor allem der Großmächte.

Kein einziger Staat, keine einzige Regierung hat überzeugende Motive dafür, Verhandlungen zu diesen Problemen auszuweichen, und kann sie nicht haben. Das Gewissen der Menschheit darf sich nicht damit abfinden, daß eine Möglichkeit für die Lösung dieser Probleme im Interesse aller Menschen ungenutzt bleibt.

Es ist ebenfalls notwendig, ohne weitere Verzögerung neue internationale Anstrengungen zu unternehmen, um ein Verbot der Anwendung von Kernwaffen für alle Zeiten, den Verzicht aller Staaten auf die Anwendung von Gewalt in ihren gegenseitigen Beziehungen zu erreichen sowie die Beseitigung ausländischer Militärstützpunkte und den Abzug der Truppen von fremden Territorien, die Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen und die Errichtung von kernwaffenfreien Zonen und Friedenszonen in den verschiedenen Gebieten der Welt, darunter in Europa, zu erzielen.

Siebentens – Im Interesse des Friedens und der Stabilisierung der internationalen Lage ebenso wie im Interesse der Gewährleistung einer sicheren und ungehinderten Nutzung der wichtigsten internationalen Seewege mit der Erörterung – zum Beispiel im Rahmen der UNO – die Frage der Einschränkung und Verringerung der militärischen Präsenz und der militärischen Aktivitäten in den jeweiligen Gebieten, sei es im Atlantischen, im Indischen oder im Stillen Ozean, im Mittelmeer oder im Persischen Golf, zu beginnen.

Mit der Unterbreitung dieser Vorschläge bringen die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages die Hoffnung zum Ausdruck, daß sie von den Regierungen aller Staaten Europas und der Welt positiv aufgenommen und aufmerksam geprüft werden und seitens der Regierungen wie auch der europäischen und der Weltöffentlichkeit breite Unterstützung finden. Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages sind zu Kontakten und zum Dialog über den Inhalt dieser Vorschläge mit allen interessierten Staaten bereit. Sie sind wie stets bereit, aufmerksam und in konstruktivem Geiste die Vorschläge anderer Staaten zur Festigung des Friedens und der Entspannung, zur Zügelung des Wettrüstens, zur Verwirklichung der Abrüstung und zur Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit zu prüfen.

•

Die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Vertrages erörterten die aktuellen Aufgaben im Kampf für die Entspannung und Sicherheit in Europa und für die Festigung des Weltfriedens und bekräftigen ihre unerschütterliche Treue zur Politik des Friedens, der europäischen und internationalen Sicherheit.

Sie sind entschlossen, die brüderliche Freundschaft und allseitige Zusammenarbeit untereinander sowie mit den anderen sozialistischen Ländern zu festigen, mit allen Staaten die Beziehungen zu entwickeln, den Dialog zu führen und zu vertiefen.

Ein Vierteljahrhundert seit der Unterzeichnung des Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand in Warschau - das sind Jahre des Kampfes gegen die imperialistische Politik der Aggression und des Hegemonismus, des Kampfes für Frieden und Entspannung, für die Durchsetzung der Beziehungen der Gleichheit und der friedlichen Zusammenarbeit zwischen den Staaten.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages bringen ihre feste Überzeugung zum Ausdruck, daß die Staaten und Völker der Welt, wenn sie getragen von hoher Verantwortung handeln, in der Lage sind, die Erhaltung und Festigung des Friedens und die Verwirklichung des Strebens der Menschheit nach Freiheit und Fortschritt zu gewährleisten.

Für die Volksrepublik Bulgarien: Todor Shiwkow, Erster Sekretär des ZK der BKP, Vorsitzender des Staatsrates der VRB. – Für die Ungarische Volksrepublik: Janos Kadar, Erster Sekretär des ZK der USAP. – Für die Deutsche Demokratische Republik: Erich Honecker, Generalsekretär des ZK der SED, Vorsitzender des Staatsrates der DDR. – Für die Volksrepublik Polen: Edward Gierek,

Erster Sekretär des ZK der PVAP. – Für die Sozialistische Republik Rumänien: Nicolae Ceausescu, Generalsekretär der RKP, Präsident der SRR. – Für die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken: Leonid Iljitsch Breshnew, Generalsekretär des ZK der KPdSU, Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR. – Für die Tschechoslowakische Sozialistische Republik: Gustav Husak, Generalsekretär des ZK der KPTsch und Präsident der CSSR.

„Die Geschichte eines Angebots an die Sowjetunion – Der Bundeskanzler zur Nachrüstungsfrage"

(Wortlaut eines Artikels der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 27. Mai 1980)

Ein Passus der Rede, die Bundeskanzler Helmut Schmidt am 11. April 1980 vor der Hamburger Landesdelegiertenkonferenz der SPD hielt, hat im Hinblick auf Schmidts Haltung zum NATO-Raketenbeschluß vom 12. Dezember 1979 Aufsehen erregt und u. a. eine Kontroverse zwischen dem Bundeskanzler und der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" ausgelöst. In diesem Zusammenhang veröffentlichte die FAZ am 27. Mai den nachstehend dokumentierten Beitrag ihres Bonner Redakteurs Claus Gennrich, der unter dem obigen Titel, gekennzeichnet als „Eine Dokumentation", das Hin und Her um die zunächst als neuer Verhandlungsvorschlag Bonns interpretierte Schmidt-Äußerung nachzuzeichnen versucht. D. Red.

Seit sechs Wochen ist der Vorschlag von Bundeskanzler Schmidt, Ost und West sollten für einige Jahre auf die Aufstellung neuer nuklearer Mittelstreckenwaffen in Europa verzichten, ein Bestandteil der ständigen Debatten, jedenfalls inoffiziell, im westlichen Bündnis, in den Parteien und in der öffentlichen Bewertung; aber es hat sich noch kein Gespräch mit dem Adressaten – der Sowjetunion – darüber entwickelt. Viel ist über den Vorschlag gerätselt worden. Je näher Schmidts Moskau-Reise rückt, desto ärgerlicher weist der Bundeskanzler Vermutungen zurück, er habe womöglich von der im letzten Dezember formulierten gemeinsamen Haltung des Bündnisses abrücken wollen.

Auf der Hamburger Landesdelegiertenkonferenz der SPD hatte Schmidt am 11. April über die Sicherheitspolitik gesprochen. Er sagte gemäß einer späteren Presse-Mitteilung der SPD: „Alle europäischen Staaten erwarten einerseits von den USA die Ratifizierung von Salt II, andererseits von der Sowjetunion die Bereitschaft, über Mittelstreckenwaffen zu verhandeln. Es kann kein Zweifel bestehen: Sie ist weiter dabei, sich auf diesem Gebiet durch einseitige Aufrüstung zusätzliche Vorteile zu verschaffen und damit das Gleichgewicht zu verändern."

Daran schloß Schmidt seinen Vorschlag an: „Ein erster Schritt in die richtige Richtung könnte darin liegen, daß beide Seiten gleichzeitig für eine bestimmte Anzahl von Jahren auf eine Dislozierung von neuen oder zusätzlichen Mittelstreckenwaffen verzichten und diese Zeit für Verhandlungen nutzen. Ich räume ein: der gegenwärtig erreichte Vorsprung der Sowjetunion würde für diese Zeit bestehen bleiben. Aber das wäre auch ansonsten mindestens für die drei Jahre der Fall, ja der sowjetische Vorsprung würde in der Periode der drei Jahre noch wachsen, die der Westen für seine Produktion braucht."

Im Unterschied zur Text-Zusammenfassung der Rede durch die SPD hat Schmidt nach einer nicht dementierten Tonband-Aufzeichnung in Hamburg seinen Vorschlag eines Verzichts der Aufstellung dieser Waffen nicht auf „eine bestimmte Anzahl von Jahren" bezogen, sondern auf eine „be-

stimmte, zu verabredende Anzahl von Jahren"; in „dieser verabredeten Zeit" solle über eine beiderseitige Begrenzung verhandelt werden.

Es fiel auf, daß Schmidt einerseits von einer „bestimmten", sogar von einer – das Ergebnis offen lassenden – „zu verabredenden" Zahl von Jahren sprach, andererseits „diese Zeit" gegenüber den drei Jahren absetzte, die der Westen für seine Produktion braucht. Ein unmittelbarer Bezug des beiderseitigen Stationierungsverzichts ausschließlich auf die vom Nato-Nachrüstungsbeschluß vorgezeichnete Frist bis zur Möglichkeit der Stationierung westlicher Raketen – diese Frist soll gemäß dem Brüsseler Beschluß für Verhandlungen genutzt werden – fehlte. Daraus ergab sich die Auslegungsmöglichkeit, es könne ein über die drei Jahre hinausreichendes Angebot gemeint gewesen sein, was vom Doppelbeschluß der Nato zur Nachrüstung und zu Verhandlungen nicht gedeckt wäre.

Auf einer Wahlveranstaltung der SPD in Essen griff Schmidt am 12. April die Angelegenheit aufs neue auf. Auch hier verlangte er von Amerika die Ratifizierung des Salt-II-Abkommens über strategische Langstreckenwaffen und sagte, es müsse umgekehrt auch von der Sowjetunion die Bereitschaft erwartet werden, über die beiderseitige Begrenzung auch von atomaren Mittelstreckenwaffen zu verhandeln. Seit zwei Jahren störe die Sowjetunion das Gleichgewicht. „Jede Woche kommt eine neue Rakete mit drei nuklearen Sprengköpfen hinzu, jeden Monat kommen zweieinhalb Mittelstrecken-Bombenflugzeuge hinzu, ohne daß auf westlicher Seite etwas anderes geschieht als die Vorbereitung für ein Nachziehen. Bis wir nachziehen, werden schon aus technischen Gründen zwei, drei oder vier Jahre vergehen. Dies ist eine gefährliche Sache." Damit erweiterte Schmidt seine Hamburger Formulierung über drei Jahre auf zwei bis vier Jahre.

„Die Sowjetunion sagt, sie sei bereit zu verhandeln, aber nur, wenn der Westen seine Absichten zurücknimmt. Aber sie wollen in der Zwischenzeit weiterhin jede Woche eine Rakete und jeden Monat zweieinhalb Flugzeuge hinstellen. Dies geht nicht. Ein erster möglicher Schritt zur Lösung dieses Konflikts könnte darin liegen, daß beide Seiten gleichzeitig für eine bestimmte Zahl von Jahren darauf verzichten, neue zusätzliche oder modernere Mittelstreckenwaffen hinzustellen, damit diese Zwischenzeit von Jahren zu Verhandlungen und zur beiderseitigen Begrenzung – Begrenzung auf ein Gleichgewicht auf niedrigerer Ebene – genutzt werden kann."

Die Brücke von der Zwei- bis Vierjahresfrist der Nato zu einer „Zwischenzeit", in der die Sowjetunion weiterrüstet, und zu „dieser Zwischenzeit von Jahren", die für Verhandlungen genutzt werden sollte, tritt zwar in der Essener Rede deutlicher hervor als in Hamburg, behält aber noch vage Umrisse; der Text bleibt auslegungsfähig.

Am 15. April unterstützte das in Berlin tagende SPD-Präsidium nachdrücklich Schmidts Vorschlag, daß Ost und West „für eine bestimmte Anzahl von Jahren" auf die Aufstellung neuer Mittelstreckenwaffen verzichten und währenddessen verhandeln sollten. Der FDP-Vorsitzende, Bundesaußenminister Genscher, bezeichnete am gleichen Tag in Bonn vor der FDP-Fraktion die Abrüstungsvorschläge der Nato vom Dezember als „unverändert" gültig. In einer schriftlichen Mitteilung der FDP wurde das Wort „unverändert" durch gesperrten Druck hervorgehoben; das konnte nur als eine Stellungnahme zu Schmidts Anregung gelesen werden. Dem Vernehmen nach ging es auf das Einwirken Genschers – der sich über westliche Reaktionen und Fragen Sorgen machte – zurück, daß Schmidt schließlich am 17. April durch das Bonner Presse- und Informationsamt eine Präzisierung des Raketenvorschlags vor der Düsseldorfer Landespressekonferenz verbreiten ließ.

Dort sagte Schmidt und kam damit Genscher entgegen: Es liege im Interesse erfolgreicher Verhandlungen, daß das große zusätzliche sowjetische Potential an Mittelstreckenwaffen, das die Sowjetunion bis zur Nato-Dislozierung von 1983 an noch produzieren könne, nicht in Stellung gebracht werde. „Ich habe mir deshalb erlaubt, den Gedanken zum Ausdruck zu bringen, den ich – auch der Bundesaußenminister und andere – schon im Herbst öffentlich behandelt habe, daß auch die Sowjetunion in den nächsten Jahren keine weiteren modernen Mittelstreckenwaffen dislozieren, wie das im Westen schon der Fall ist. Ich habe dafür ausdrücklich drei Jahre zur Erwägung gestellt. Für diese Zeit gilt dann auf beiden Seiten: man verhandelt, aber man dislozieren nicht. Meines Erachtens wäre das eine für beide Seiten faire Lösung. Wohlgemerkt, unterbleiben würde in den drei Jahren nur das, was man auch wirksam verifizieren kann, das heißt das einsatzfähige Aufstellen der Waffen." Diese Erwägungen sollten den Weg zu amerikanisch-sowjeti-

schen Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen ebnen. „Unsere Erwägungen stehen ersichtlich in jeder Beziehung auf dem Boden des von uns selbst mit herbeigeführten Doppelbeschlusses vom Dezember 1979, an dem wir mit Nachdruck festhalten. Wir meinen, daß man versuchen sollte, das in dem Nato-Beschluß nicht ausdrücklich erwähnte Zeitelement zu nutzen, um Vorgespräche zwischen den USA und der Sowjetunion in Gang zu bringen."

Damit war die Anbindung des Vorschlags an den Nato-Beschluß vollzogen. Gleichzeitig mochte angesicht der ständigen Moskauer Ablehnungen, dem Nato-Verhandlungsangebot zu folgen, der Sinn der Anregung Schmidts nun fraglich erscheinen, zumal der Bundeskanzler selbst darauf verwiesen hatte, daß der Westen in den nächsten Jahren ohnehin technisch nicht zur Aufstellung der noch zu produzierenden Waffen in der Lage sei, die Sowjetunion somit faktisch einseitig auf die Anwendung ihres Vorsprungs verzichten solle. Indessen ließ die Düsseldorfer Fassung offen, in welcher Weise sich Schmidt an frühere Äußerungen Genschers, auf die er sich berief, anschloß; Genscher hatte den beiderseitigen Verzicht nicht nur auf die Aufstellung, sondern auch auf die Herstellung der Waffen im Sinn gehabt. Und die in Düsseldorf erwähnte „wirksame Verifizierung der einsatzfähigen Aufstellung der Waffen" blieb im Blick auf die außerordentlich beweglichen, von Lastwagen zu transportierenden SS-20-Raketen unklar.

Inzwischen gab es im Auswärtigen Amt Fragen westlicher Verbündeter. In Brüssel sollen sich die Franzosen verwundert nach Schmidts Vorstoß erkundigt haben. In Bonn hieß es, das Thema der Reden Schmidts in Hamburg und Essen werde vermutlich zu Sprache kommen, wenn Schmidt zu Breschnew nach Moskau reise. Einige Tage vor Schmidts Reden hatte Botschafter Semjonow seinen Terminvorschlag, den Frühsommer, für eine Moskauer Begegnung vorgelegt. Die CDU/CSU-Opposition sprach von der Gefahr eines Bonner Abrückens vom Nato-Beschluß. Am 2. Mai sagte Genscher in einem Zeitungsgespräch: „Eines steht fest: man kann solange nicht mit einer Bereitschaft Moskaus zu realistischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen rechnen, solange im westlichen Lager durch Billigmacher die Hoffnung der Sowjetunion erhöht wird, daß sie Vereinbarungen zu für sie besseren Preisen erreichen kann." Die Billigmacher seien „alle diejenigen, die den Beschluß vom Dezember 1979 in seiner Richtigkeit in Frage stellen und die sich neuerdings Gedanken darüber machen, wie man ihn ändern könnte. Die gibt es in allen Ländern".

Offenbar sah Genscher „Billigmacher" in der SPD; er muß sich inzwischen bestätigt sehen, da sich selbst Regierungssprecher Bölling gegen die Jungsozialisten in der SPD verwahren muß, die den Bundeskanzler „gründlich mißverstanden" hätten, wenn sie meinten, sein Vorschlag bedeute eine „konstruktive" Annäherung an den Standpunkt der SPD-Linken. Die Jusos und ihre Fürsprecher beharren darauf, der Nato-Beschluß und seine Wiederholung vor wenigen Tagen in Brüssel sei „absolut destruktiv und entspannungsfeindlich"; sie bezichtigen Genscher des Säbelrasselns. Auch in der SPD-Bundestagsfraktion sind Stimmen zu hören, nach denen Schmidt zwar nicht unumwunden Vorschläge der linken Minderheit des Berliner SPD-Parteitags vom Dezember – vor dem Beschluß der Nato – aufgreife, aber inzwischen erkannt habe, daß er damals die Verhandlungsbereitschaft der Sowjetunion zu optimistisch eingeschätzt habe. Schmidt habe der Sowjetunion jetzt, aus Sorge über die Nichtratifizierung des Salt-Abkommens, ein neues Angebot gemacht, weil er gesehen habe, daß man auf dem Wege des Nato-Doppelbeschlusses nicht vorankomme. Auf dem Essener Wahlparteitag am 9. und 10. Juni wird die SPD-Linke Schmidt in seinem Vorschlag, wie sie ihn versteht, ausdrücklich bestärken; ob sie ihm damit nützt, ist eine andere Frage.

Schmidt hat mit Nachdruck die „absurde Unterstellung" von sich gewiesen, er wolle den Nato-Beschluß zur Wiederherstellung des Kräftegleichgewichts untergraben, den er selbst mit dem Einsatz seiner politischen Existenz durchgedrückt habe. Als Beweggrund seines Vorstoßes gilt Schmidts Hoffnung, es könnte in der Moskauer Führung Politiker geben, die fürchten, ein neuer Rüstungswettlauf überfordere die sowjetische Wirtschaftskraft und die deshalb trotz ihres bisherigen Neins auf Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen einschwenken wollten, wenn man ihnen helfe, das Gesicht zu wahren. Dies habe Schmidt versucht, als er der Sowjetunion den Verzicht nur auf die Aufstellung und nicht schon auf die Herstellung der Raketen nahelegte, garniert mit einer Beiderseitigkeit, die durch die anfängliche Unschärfe der Zeitdefinition Gewicht zu bekommen schien. Der Vorstoß war indessen so angelegt, daß er einen innenpolitischen Streit verursacht hat und weder im Westen noch in der Sowjetunion Zustimmung fand.

„Lohnt es sich für die BRD, auf die Früchte der Entspannung zu verzichten?" – Auszüge aus einem Artikel der „Literaturnaja Gaseta" vom 14. Mai 1980

Nachdem Ende April d. J. ein Kommentar der sowjetischen Presseagentur „Nowosti", in dem „die militaristischen Ambitionen der BRD" kritisiert wurden (vgl. den Wortlaut in „Blätter", 5/1980, S. 629–631), in der Bundesrepublik zunächst alarmierte Redaktionen ausgelöst hatte, dann aber als „Ausrutscher" abgetan worden war, erschien am 14. Mai 1980 in der sowjetischen Zeitschrift „Literaturnaja Gaseta" unter dem Titel „Der Löwenanteil" ein gleichfalls sehr kritischer Kommentar des bekannten Publizisten und BRD-Experten Nikolai Portugalow. Nachstehend dokumentieren wir die gekürzte Fassung, in der Portugalows Artikel unter dem obigen Titel von der Agentur „Nowosti", in deutscher Sprache verbreitet wurde. D. Red.

In Bonns politischen Kreisen beruft man sich ständig auf die „atlantische Solidarität", um derentwillen die BRD als NATO-Mitglied gezwungen sei, bestimmte Opfer zu bringen und den Bereich der Entspannung einzuschränken. Ist es aber für die Bonner politischen Ämter nicht an der Zeit, sich Gedanken darüber zu machen, daß die USA – die sich als Hegemon aufspielen – unter dem Deckmantel der „atlantischen Solidarität" ihre Partner, vor allem die Bundesrepublik, in eine aggressive Politik einbeziehen, die deren nationalen Interessen zuwiderläuft und zur Liquidierung all dessen führt, was bei der gesamteuropäischen Zusammenarbeit nach Helsinki erzielt worden ist. Die BRD muß für sich selbst die Frage beantworten, ob es sich für sie lohnt, auf die Früchte der Entspannung, die sie in höherem Maße als jemand anderer im Westen genossen hat, zu verzichten, um als Startrampe für die amerikanischen kontinental-strategischen Waffen, die für den „ersten Schlag" gegen das sowjetische Gebiet vorgesehen sind – und folglich auch zur Zielscheibe eines unvermeidlichen Gegenschlages würden – zu dienen.

Offen gesagt, löst in der sowjetischen Öffentlichkeit in diesem Zusammenhang eine weitere Frage Besorgnis aus: Verknüpfen gewisse Kreise in der BRD – in erster Linie ihr erstarkender militärisch-industrieller Komplex nicht eigennützige Hoffnungen mit der Rückkehr der USA zur globalen Konfrontation?

In den 70er Jahren konnte es scheinen, daß der Gang der Geschichte es erlaube, Befürchtungen der vorhergegangenen Jahre zu vergessen. Die Sowjetunion und die sozialistischen Länder errangen im Zuge des ihnen aufgezwungenen Wettrüstens das strategische Gleichgewicht, legten das Fundament für eine politische und dann auch für eine militärische Entspannung.

Im Laufe von zehn Jahren Ostpolitik der linksliberalen Koalition der BRD vergaß Europa einige gefährliche militaristische Tendenzen, die für das politische und militärische Denken der BRD in den ersten zwanzig Jahren ihres Bestehens charakteristisch waren. Die von der Carter Administration provozierte neue Zuspitzung der internationalen Spannungen zeigte indessen, wie verfrüht dieser Optimismus war.

Unsere bundesdeutschen Opponenten werfen uns vor, sie jedesmal dann zu Revanchisten und Militaristen zu stempeln, wenn uns etwas in der Politik der BRD nicht passe, beispielsweise in diesen Tagen die „Solidarität Bonns mit Washington im Verlaufe der durch die afghanischen Ereignisse ausgelösten Krise".

Wie Leonid Breschnew sagte, hätten gewisse Kreise in den USA und in der NATO, wenn es um Afghanistan anders bestellt wäre, einen anderen Vorwand gefunden, um die Situation in der Welt zu verschärfen. Was die bundesdeutschen militaristischen Kreise betrifft, so waren für sie die Ereignisse in Afghanistan, die in keiner Weise die nationalen Interessen der BRD berühren, ein gefundenes Fressen, weil sie es ihnen ermöglichen, unmittelbar an die Realisierung ihrer Pläne zu gehen, die bereits seit der Mitte der 70er Jahre heranreiften.

Die führenden Repräsentanten der BRD unterstützten immer aktiver die Bestrebungen der Carter-Administration, die auf eine Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt zugunsten des

Westens abzielen, und stellten die These über die sogenannte „Arbeitsteilung" im NATO-Rahmen auf, die in Washington wohlwollend aufgenommen wurde. Dabei übernimmt Bonn den Löwenanteil an den neuen militärischen Aktivitäten des Westens in Europa. Der Verteidigungsminister der Bundesrepublik, Hans Apel, sagte vor kurzem, die BRD sei bereit, zusätzliche militärische Aufgaben in Europa zu übernehmen, wenn einer oder zwei ihrer NATO-Partner Verpflichtungen außerhalb des Verantwortungsbereiches der Organisation zu erfüllen hätten. In der Praxis läuft das auf nichts anderes hinaus, als daß die BRD eine militärische Vormachtstellung in Westeuropa beansprucht. Die 500 000 Mann starke Bundeswehr (plus Millionen ausgebildete Reservisten) ist bereits seit langem die stärkste der westeuropäischen Armeen und bildet den Kern der Landstreitkräfte der NATO. Was die konventionelle Rüstung anbelangt, hat sie alle europäischen Block-Partner hinter sich gelassen. Mehr noch, die BRD ist für die Mehrheit ihrer europäischen Verbündeten zum wichtigsten Lieferanten von Kriegsmaterial der verschiedensten Art, vor allem von Panzern, geworden. Die Pariser Verbote werden in den Fällen, wo sie nicht aufgehoben wurden, bedenkenlos umgangen, dabei nicht selten im Rahmen der Kooperation bei der Waffenproduktion mit anderen westeuropäischen Ländern, insbesondere mit Frankreich. Die Bundeswehr ist das Rückgrat der NATO-Streitkräfte am Zentralabschnitt des Blocks. Die Verbände der Verbündeten auf dem Territorium der BRD, einschließlich der amerikanischen, spielen in militärischer Hinsicht offensichtlich nur eine Hilfsrolle: Von ihren ursprünglichen zusätzlichen Funktionen der Kontrolle des militärischen Potentials der Bundesrepublik kann heute keine Rede mehr sein.

Aber Bonn gibt sich mit all dem nicht zufrieden. Es sieht danach aus, daß die „zusätzlichen militärischen Aufgaben", von denen Minister Apel gesprochen hat, militärische Maßnahmen der BRD an den Flanken jener Verbündeten einschließen, die an die Sowjetunion angrenzen. Truppenverbände der Bundeswehr nehmen bereits im Bestand der Mobilgruppe der NATO regelmäßig an Manövern in Norwegen teil, was sich wohl als begrenzte militärische Präsenz der Bundeswehr betrachten läßt. Noch weiter reichen, nach allem zu urteilen, die bundesdeutschen Pläne in der Türkei. Die BRD beabsichtigt, im Geiste der Traditionen des Zweiten und Dritten Reiches, die Verantwortung für die militärischen Vorbereitungen in diesem Lande zu übernehmen und damit zugleich an die südliche Flanke der Sowjetunion und an die Grenzen der Nahost-Region vorzurücken.

Die Bundeswehr ist Herr der Lage im kontinentalen Westeuropa, mit der Türkei und Norwegen als Flankenstützen, mit Dänemark als Anhängsel und unversenkbarem Flugzeugträger sowie mit dem Hinterland in den Benelux-Staaten. Dazu noch ist sie eine gleichberechtigte Partnerin der französischen Armee, der sie hinsichtlich der konventionellen Rüstung weit überlegen ist. Das gibt Grund zu der Annahme, daß schließlich auch die letzte von den Pariser Abkommen vorgesehene „kapitale" Beschränkung aufgehoben wird, die der BRD verbietet, Streitkräfte von über 500 000 Mann zu unterhalten. Das militärische Gleichgewicht in Westeuropa würde in diesem Fall stark zugunsten Bonns verändert werden. Eine solche Perspektive muß die Nachbarn der BRD im Osten und im Westen alarmieren.

Die Sache hat aber, wie sich herausstellt, auch damit noch nicht ihr Bewenden. Die jüngste Reise des Verteidigungsministers der BRD, Hans Apel, nach Japan, Australien und Neuseeland wurde von politischen Beobachtern als erstes Anzeichen für eine Aufnahme von militärischen Kontakten bewertet, die weit über den Rahmen der NATO hinausgehen, in dem die Bundeswehr selbst nach bundesdeutschen Gesetzen zu bleiben hat. Die Experten, die den Minister begleiten, machten kein sonderliches Hehl daraus, daß sie bereit seien, modernste Rüstung in asiatische Länder zu liefern. Was wird in einem solchen Fall von den Verpflichtungen Bonns übrig bleiben, kein Kriegsmaterial außerhalb des „NATO-Bereichs" zu verkaufen, um so weniger in die „Spannungsgebiete" der Erde? Der erstarkte militärisch-industrielle Komplex der BRD beginnt seine „Lebensgesetze" zu diktieren, die zur Militarisierung der gesamten Wirtschaft des Landes führen. So ist es bereits in der Vergangenheit gewesen.

Ende April ist ein Verband neuer Schiffe der Bundesmarine, bestehend aus zwei mit Raketen bestückten Zerstörern und zwei Versorgungsschiffen ausgelaufen, um im Indischen Ozean zu kreuzen. Da muß man wirklich jeglichen politischen Instinkts bar sein, um gerade heute seine Seekriegsflagge im Persischen Golf zu zeigen, der von der amerikanischen Regierung in ein Pulver-

faß verwandelt worden ist! Es liegen erste Anzeichen dafür vor, daß die BRD den Schauplatz des Weltgeschehens als große Militärmacht betritt.

Die BRD ist aber keine Macht mit nuklearem Status, und sie würde ihn auch beim bestem Willen nicht erlangen können, erwidert man darauf in Bonn. Darum brauchten die europäischen NATO-Länder, unter denen sich zwei Kernwaffenmächte befinden, keine Angst vor den Ansprüchen Bonns auf militärische Hegemonie in Europa haben. Ist dem wirklich so?

Bekanntlich hat die BRD eine maßgebende Rolle bei der Ausarbeitung und Annahme der Brüsseler NATO-Beschlüsse über die Stationierung neuester amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa gespielt. Es ist geplant, einen beträchtlichen Teil dieser Kampfmittel, die Ziele auf sowjetischem Territorium erreichen können – 108 Pershing 2-Raketen und an die 100 Lenkflugkörper – auf bundesdeutschem Boden zu stationieren. Den Zugang zu deren Herstellungstechnologien – genauer gesagt, zur Technologie jener ihrer wenigen Elemente, die sie vorläufig noch nicht selbst herstellen kann – hofft die Rüstungsindustrie der BRD zu erhalten.

Das Wesen der Sache liegt darin, daß die BRD Anspruch auf eine eigene Raketen- und Kernwaffenparität mit der Sowjetunion erhebt, die von der amerikanischen Abschreckung unabhängig wäre. Der Umstand, daß die Entscheidung über den Einsatz der kontinentalen strategischen Waffe der Präsident der USA zu treffen hat, wird nicht als Hindernis für diese Pläne angesehen.

Wie die Geschichte lehrt, neigten die hinsichtlich ihrer Taktik pedantischen deutschen Militaristen in ihrer Mehrheit zum Abenteurertum in der Strategie. Die Gewaltigen des militärisch-industriellen Komplexes der BRD, die nicht über die eigene goldene Nasenspitze hinaussehen, neigen um so mehr dazu.

Es ist eine Ironie des Schicksal, daß die am Staatsruder in Bonn stehenden Sozialdemokraten, die sich keine Gelegenheit entgehen lassen, an ihre antimilitaristischen Traditionen zu erinnern, objektiv zu einer gefährlichen Verstärkung der verborgenen militaristischen Tendenzen in der BRD beitragen. Die linksliberale Koalition, die die Brüsseler NATO-Vorschläge, Verhandlungen über die Mittelstreckenkampfmittel in SALT-Rahmen aufzunehmen, als Feigenblatt benutzt, ist sich darüber klar, daß dieser Vorschlag für die Sowjetunion, die keine ähnlichen Mittel auf dem amerikanischen Kontinent besitzt, unannehmbar ist, weil er sie in eine ungleiche Lage versetzt und droht, das globale Kräftegleichgewicht zu untergraben.

Es liegt im interesse Westeuropas, eine derart gefährliche Entwicklung abzuwenden.

„Wir können siegen, wenn wir siegen wollen, und wir werden siegen" – Rede von F.J. Strauß auf dem 28. Bundesparteitag der CDU am 20. Mai 1980

(Auszüge)

. . .

Dieser Parteitag ist ausgewiesen worden als ein Parteitag der Ermutigung für die Union. Hämische Stimmen oder auch journalistische Persiflage hat daraus gemacht: „Parteitag der Ernüchterung". Ich greife dieses Wort auf: Das wird der Parteitag der Ernüchterung des deutschen Volkes über Helmut Schmidt und die SPD.

Das wird der Parteitag der Götterdämmerung werden, in der den für die Fehlentwicklung der letzten zehn Jahre Verantwortlichen die Masken vom Gesicht genommen werden; denn diese Ernüchterung des deutschen Volkes über Helmut Schmidt und seine Partei, eine unteilbare Einheit, ist notwendig, wenn wir Frieden und Freiheit für die Zukunft dieses Jahrhunderts, für die nächste Generation und weit in das nächste Jahrhundert hinein sichern wollen. . .

Wenn andererseits der Gegner die landespolitischen Probleme im buchstäblichen Sinne des Wortes einfach links liegen läßt und unter der ebenso dummen wie gemeinen Alternative „Krieg oder Frieden" der CDU die Position Krieg und der SPD die Position Frieden zuweisen will, dann ist es höchste Zeit, sich das nicht mehr gefallen zu lassen, dann ist es höchste Zeit, zurückzuschlagen und mit gleichen Mitteln der Wahrheit einen Weg zu bahnen und damit der Verbreitung dieser Lüge Einhalt zu gebieten.

Die Urheber dieser Lüge sind die Brunnenvergifter. Sie sind auch Feinde des demokratischen Grundkonsensus. Ohne demokratischen Grundkonsensus kann diese Gesellschaft in ihrer Leistungsfähigkeit, in ihrer inneren Zuordnung und unter Bewahrung ihrer Werte nicht erhalten werden. Wir können die SPD nur warnen, diesen Weg erneut zu begehen. Einmal haben wir sie schon zur Umkehr gezwungen. . .

Ist es denn ein Wunder, daß linke Revolutionsideologen, marxistische Bürgerkriegshetzer, radikale Gewalttäter Zuzug von Tausenden erhalten, die doch angeblich nur für den Frieden kämpfen wollen? Wer dem politischen Gegner die Marke „Krieg" anheften will, wer ihm nicht die Liebe zum Frieden und die Fähigkeit zum Frieden zuerkennen will – und dies angesichts der Vergangenheit von 1949 bis 1969 –, stellt die Lüge bewußt in den Dienst der politischen Propaganda.

Ich kann hier meine Meinung nicht verschweigen: Die Kommunisten sind die Stehler, aber linke Sozialdemokraten sind die Hehler in diesem Geschäft. . .

Damit entsteht für die Bundesrepublik heute eine geschichtliche Situation: Wenn wir die SPD heute von der Macht ablösen, hat sie die Fähigkeit zur Regeneration. Wenn die SPD an der Macht bleibt, werden die Linken die weniger Linken, deren Zahl in der SPD ständig zurückgeht, mehr und mehr erpressen.

Unter dem drohenden Druck des Zusammenhalts der Machtposition wird eine Regeneration dieser Partei im Sinne einer Politik der Vernunft, der Wirklichkeit und der Erfahrung dann immer unwahrscheinlicher und unmöglicher werden.

Ich habe immer eine Politik des Friedens in Freiheit, eine Politik des Friedens und der Freiheit zu meiner politischen Leitlinie gemacht. Ich habe diese Politik mitgeschaffen, mitdurchgesetzt, mitgetragen. Alles, was gegen eine Politik des Friedens und der Freiheit, gegen eine glaubwürdige Politik der Verhinderung des Krieges, was gegen Bundeswehr und NATO ist, was in Abrüstung nur ein Mittel zur Unterstützung der Machtpolitik der Sowjetunion sieht, was die Bindungen zu den USA aufgeben und in engere Bindungen zu Moskau eintreten will, was für die Veränderung unserer Gesellschaft eintritt und gegen eine Freiheit in Ordnung und Bindung an das Recht marschiert, Gewalttat bis zur Grenze des Mordes begeht und heimlich zum Teil schon darüber hinausdenkt, wobei ich an gewisse Inschriften der letzten Wochen denke – all das steht doch in Front der Kampagne „Stoppt Strauß". Das ist eine schlechte Nachbarschaft für die SPD.

Dazu kommen die vielen Helfer und Mitläufer, die – von der SPD verführt – nicht wissen, was sie tun.

Man sollte ruhig den Bundesparteitag der CDU und die Möglichkeit, vor diesem großen Kreis zu sprechen, auch dazu benutzen, um der Öffentlichkeit einmal die Augen dafür zu öffnen, wer denn hinter dieser Kampagne steht. Ich könnte jetzt stundenlang Zitate verlesen. Ich will Sie damit verschonen.

Hinter dieser Kampagne steht zum einen die Deutsche Kommunistische Partei. Hinter ihr stehen deren Nebenorganisationen und die von ihr beeinflußten Vereinigungen, z.B. Bund Demokratischer Wissenschaftler, die Vereinigung Demokratischer Juristen, die Deutsche Friedensgesellschaft, die Vereinigten Kriegsdienstgegner, das Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit, in dem leider nicht nur Kommunisten und Mitläufer, sondern auch Sozialdemokraten mit-

Unveränderte Neuauflage soeben erschienen: 182 Seiten, DM 5,—

wirken. Hinter der Kampagne steht der DKP-beeinflußte Presseausschuß Demokratische Initiative, der laut Urteil des Landgerichts Stuttgart als kommunistische Tarnorganisation bezeichnet werden darf. Dahinter stehen auch solche, die glauben, ihre Namen in der deutschen Literatur verewigen zu müssen.

Ich halte etwas von der deutschen Literatur – nicht nur in der Vergangenheit, auch in der Gegenwart. Allerdings halte ich mehr von denen, die die Tradition des großen Geistes und seiner Leistungen bei uns fortsetzen und nicht eine Kultur der Fäkaliensprache, eine Kultur der Pornographie, eine Kultur der Zerstörung aller Werte und eine Kultur der Verhunzung unserer Sprache eintreten. Und am allerwenigsten lassen wir uns von einem sogenannten Schriftsteller Lehren erteilen, der vom rechten Scheckbetrüger zum linken Sittenverderber geworden ist . . .

Dazu gehört auch die Hetze eines Filmregisseurs, der einer der hauptverantwortlichen Informationsstrategen – lange Zeit von Willy Brandt gedeckt – der „Roten Armee Fraktion" ist. Dieser Informationsstratege der „Roten Armee Fraktion" hat gegen diese Bezeichnung durch einen Kollegen aus der Bundestagsfraktion geklagt. Das Oberlandesgericht München hat am 6. November 1978 letztinstanzlich entschieden, daß dieser Filmregisseur – mit Zustimmung des Gerichtes – einer der hauptverantwortlichen Informationsstrategen der „Roten Armee Fraktion" genannt werden darf. Es ist derselbe, der zum Beirat des „Informationsdienstes zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten" gehört, einer Zeitung, die Sie wahrscheinlich nicht kennen, weil sie aus der Subkultur kommt, einer kommunistischen Hetzpublikation. Dieser Hetzer hat den Film „Der Kandidat" gemacht.

Ist es nicht ein Zeichen mangelnder Aufmerksamkeit auf unserer Seite, daß die Filmbewertungsstelle der Länder mit der Zusammensetzung der Kommission es ermöglicht hat, daß dieser Informationsstratege der „Roten Armee Fraktion", dieses Beiratsmitglied einer kommunistischen Hetzzeitung, für diesen Film das Prädikat „Besonders wertvoll" bekommen hat? Das geschah doch nicht deswegen, weil der Film das Prädikat verdient hätte – fragen Sie nur diejenigen, die ihn ohne Scheuklappen gesehen haben –, sondern deswegen, weil wir zu gutmütig, zu arglos, zu harmlos und manchmal auch zu verschlafen sind.

Haben wir nicht genug aufgepaßt oder geschlafen? Kommen wir so weiter? Können wir so weiter alles über uns ergehen lassen? Nein. Dagegen muß auch mit anderen Mitteln als bisher vorgegangen werden. Ich rede hier nicht von gewalttätigen Mitteln – wie andere uns gerne unterstellen wollen. Es geht um unsere Bürger – und „unsere Bürger" beschränkt sich heute nicht auf eine soziologische Schicht im Plüschsofa und mit Nippes auf der Kommode, unsere Bürger sind unsere Arbeiter, genauso wie die Beamten, die Handwerker, die Einzelhändler, die Industriellen, die Wissenschaftler, die Techniker und genauso wie die Angehörigen der freien Berufe.

Beim letzten Bundesparteitag der SPD in Berlin hier hat einer ihrer Starredner, ein Philologieprofessor*), überdeutlich bewiesen, wie diese Partei heute tatsächlich denkt. Mit seinen Attacken gegen unsere, von ihm als „FDGO" – durch Abkürzung – bewußt herabgesetzte freiheitlich-demokratische Grundordnung vermittelte er, so berichtete fast die gesamte Presse, den Delegierten geradezu ein Hochgefühl, das sie zu regelrechten Begeisterungsstürmen hinriß. Das ist nicht ein Vorgang folkloristischer Art, nicht ein Vorgang humoristischer oder kabarettistischer Art – obwohl manche Veranstaltungen der SPD mehr an Kabarett als an Politik erinnern; aber da möchte ich ein gutes Kabarett haben und nicht schlechte Politik, verhüllt in kabarettistische Tarnung!

Wenn jemand bei uns die freiheitlich-demokratische Grundordnung, die wir uns mit Hekatomben von Blut und Tränen im Dritten Reich, nach dem Dritten Reich und besonders während des Krieges erkämpft, erkauft, erarbeitet und erlitten haben, in dieser höhnischen, spöttischen Weise herabsetzt und dafür Begeisterungsstürme erntet, dann merkt man erst, wie groß das umstürzlerische, kulturrevolutinäre Potential bei den Delegierten dieser SPD in Wirklichkeit ist. Hier sind wir immer noch viel zu harmlos gewesen.

---

*) Vgl. den Wortlaut der Rede von Prof. Dr. Walter Jens vor dem Parteitag der SPD vom 3. bis 7. Dezember 1979 in Berlin (West) in: „Blätter", 1/1980, S. 119–122. D. Red.

Wir müssen mit größerer Geschlossenheit und stärkerer Entschlossenheit, mit dem energischen Willen, unseren Staat vor der Volksfront zu schützen, einen SPD-Staat zu verhindern – wie Kollege Geißler gestern mit Recht gesagt hat –, vorgehen.

Ohne Zweifel arbeitet die SPD in manchen Bereichen aktiver. Sie hetzt mit Unterstützung von Hilfstruppen, die zum Teil aus der politischen Unterwelt und schriftstellerischen Subkultur kommen – so auch der genannte Professor – , unaufhörlich gegen die Union und mich. Wahrscheinlich will sie der Union zuliebe einen anderen Kanzlerkandidaten, dem es übrigens genauso ergehen würde wir mir.

Nordrhein-Westfalen war nicht Erdrutsch, nicht Erdbeben, nicht Menetekel, sondern es war für uns eine höchst hilfreiche Erfahrung, aus der wir unsere Lehren ziehen müssen, ziehen können und ziehen werden. . .

Wir brauchen mehr Einwirkung auf den kleinen Mann, dessen Psychologie man kennen muß, mehr unmittelbare Verbindung zu den breiten Schichten unseres Volkes, mit Würdigung ihrer Probleme, in einer verständlichen Sprache und mit glaubwürdiger Einsatzbereitschaft. Die Union muß Kampfpartei sein und, wo sie es nicht ist, werden.

Ich kenne den Werdegang politischer Parteien. Ich habe am Werdegang der Partei, deren Vorsitzender ich nunmehr seit 19 Jahren bin, buchstäblich vom ersten Tage an bis heute, da Gott mir die Gesundheit und die Kraft dafür gegeben hat, immer an vorderster Stelle – vom Generalsekretär bis zum Landesvorsitzenden – arbeiten können. Jede Partei muß im ganzen Bundesgebiet, wo sie unterschiedliche Stärken und unterschiedliche Schwächen hat, eine Kampfpartei sein. Unsere beiden Unionsparteien müssen Kampforganisationen werden. Die Zeit für Vereinsmeierei ist angesichts der Zeichen der Zeit endgültig vorbei. . .

Die Sozialisten haben das Jahr 1969 als einen endgültigen Einschnitt angesehen, als den Beginn einer neuen Epoche; sie hätten ja auch am liebsten eine neue Zeitrechnung eingeführt. Dieser Einschnitt war als unaufhaltbar und unumkehrbar gedacht.

In dem, was sich jetzt in der SPD zeigt, und in der Rolle, die Helmut Schmidt dabei und dazu spielt, ist die Überzeugung – nicht nur der Eindruck –, das Helmut Schmidt ein Sozialist ist, immer war und auch bleiben wird, hoffentlich endlich einmal allgemeines Bewußtseinsgut. Daran ändert auch nichts, daß viele Millionäre und Milliardäre in dieser oder jener Gesellschaftstracht ihn wie ein Schwarm von Fliegen umschwärmen, so wie die Insekten die Lampen umschwärmen.

Wenn Organe, die im allgemeinen gegen uns zu hetzen pflegen, von dem hohen Ansehen und der großen Beliebtheit und der ungeheuren Anzugskraft Helmut Schmidts für Kapitalisten berichten, habe ich gar nichts dagegen. Er ist eben ein Chamäleon, das sich der jeweiligen Umgebung anpassen kann. Andererseits haben wir von gewissen Leuten der Großwirtschaft, ihren Funktionären und Managern im Laufe der Jahre auch kein anderes Verhalten kennengelernt oder erwartet. . .

Die Welt ist in einer Krise. Die Entspannungspolitik, die Friedenspolitik, die Kriegsankündigung des Herrn Bundeskanzlers Schmidt: Was soll denn heute noch ein normaler Bürger von dieser Regierung erwarten, wenn sich einmal der Vorhang aus roten Nebelschwaden verzieht? Im Jahre 1969 hat er gehört: Ostpolitik ist die neue Entspannungspolitik, Entspannungspolitik ist Friedenspolitik; der Friede ist 3800 Tage – solange die an der Regierung sind – von Tag zu Tag sicherer geworden – so sicher kann er gar nicht mehr sein, wie er geworden ist –, und nach 3800 Tagen erklären die Architekten dieser Entspannungs- und Friedenspolitik, man befinde sich wieder in einer Lage wie im Jahre 1914. Da stimmt doch etwas nicht mehr, das ist doch Gaukelei!

Das Angebot Helmut Schmidts an die deutsche Öffentlichkeit heißt: Frieden oder Krieg. Das ist keine Alternative für einen deutschen Staatsmann!

Diese Alternative heißt doch genauso: Unterwerfung oder Vernichtung. Unsere Väter haben den 1. Weltkrieg, wir haben den 2. Weltkrieg kennengelernt, auch am eigenen Leibe mitgelitten, selbst mitgestritten. Wir wissen, was die in der Zwischenheit weiterentwickelte Waffentechnik für ein apokalyptisches Inferno über unsere Kultur, über die zivilisierte Menschheit heraufbeschwören würde. Das wissen wir doch ganz genau. Der Krieg ist keine Alternative, und er kommt

auch nicht. Helmut Schmidt will uns weismachen, daß die Abkopplung von Amerika, die schrittweise Annäherung an die Sowjetunion – mit ihren unübersehbaren langristigen Folgen – die einzige Möglichkeit ist, den Frieden zu erhalten. Und ich sage Ihnen: das ist nicht nur „lieber rot als tot", das geht in der Folge viel weiter.

Wer das ankünfigt, unterwirft die Bundesrepublik Deutschland dem Machtwillen der Sowjetunion und beschwört gleichzeitig als spätere Stufe ein Kriegsrisiko über sie herauf . . .

Helmut Schmidt macht sich zum Werkzeug der psychologischen Kriegführung Moskaus, wenn er dem deutschen Volk sagt, SPD-Politik sei Frieden, und die andere Politik würden den Krieg heraufbeschwören.

Ist es beim ihm Absicht oder Unfähigkeit? Absicht würde einen agrundtief schlechten Charakter verraten. Trotz der Heftigkeit seiner Angriffe gegen mich gehe ich nicht so weit, ihm die Absicht zu unterstellen. Aber die Unfähigkeit, das Problem zu begreifen und zu meistern, muß ich ihm beimessen.

Jemanden nämlich, der es aus böser Absicht tun würde, könnte man vielleicht noch bekehren. Anatol France sagt: „Dummheit ist schlimmer als Bosheit". Bosheit setzt manchmals aus. Dummheit nie.

Die Primitivität des unhistorischen Weltbildes von Helmut Schmidt, der weder die Kontinuität der Geschichte und ihre Gesetze noch die geographischen Zusammenhänge kennt, ist eine echte Gefahr für Deutschland und Europa in den 80er Jahren.

Die Machthaber im Kreml sind die Meister des Spiels, aber Helmut Schmidt ist nicht ihr Gegenspieler, er ist nur eine Figur in ihrem Spiel. Mit welcher zynischen Überheblichkeit haben Helmut Schmidt und sein publizistischer Büchsenspanner Bölling die Drohungen aus Moskau als Polemik, ja als albernes Geschwätz abgetan! Auch das gehört zur Dramaturgie. Die Warnungen von „Nowosti" waren nicht die Meinung eines Journalisten oder die Meinung des russischen Volkes – nach der Meinung des russischen Volkes hat der Kreml noch nie gefragt –, sondern es gibt eine abgestufte Leiter von Äußerungen. Auf der untersten Stufe steht der unbekannte Journalist von „Nowosti" und ähnlichen Publikationsorganen. Darüber kommen Iswestija, TASS und Prawda, dann kommen Mitglieder des Politbüro, darüber kommen die Mitglieder der sowjetischen Führungsspitze; natürlich, ein Wort aus dem Munde Breschnews gilt als Dogma.

Aber es gab eine zweite Warnung gleicher Art. Herr Portugalow, Mitarbeiter des Herrn Falin, hat jetzt in „Literaturnaja Gazeta" genau dasselbe geschrieben, was in „Nowosti" stand. Das ist ein Stück der psychologischen Einschüchterungskampagne gegen die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland.

Es ist auch ein Stück des Zusammenwirkens der Helmut-Schmidt-Propaganda „Unterwerfung oder Vernichtung", „Frieden oder Krieg" – in seiner Auslegung – und der sowjetischen Vernichtungsdrohung zur Einschüchterung des deutschen Volkes.

Ich habe die Sache sehr gründlich geprüft und mit vielen Spezialisten besprochen, um mirt ein zuverlässiges Urteil zu bilden –, es gibt hier nicht ein Zusammenspiel zweier gleicher oder vergleichbarer Größen, sondern Helmut Schmidt in seiner Unfähigkeit und in seiner Skrupellosigkeit läßt sich in die sowjetische Einschüchterungspropaganda einspannen. . .

Wenn man dann sagt, der Strauß sieht schwarz, der übertreibt, das seien krasse oder verleumderische Töne: Es gibt keine Politik, die die Bundesrepublik Deutschland mit einem Schlage aus dem Bündnis herauslösen könnte. Die sowjetischen Politiker sind Realisten. Sie wissen ganz genau, daß der Krieg für sie in Europa kein Mittel der Politik ist. Soviel können wir den Russen zutrauen – dafür brauchen wir nicht den Lehrer Helmut Schmidt –, daß sie ihre eigenen Interessen erkennen und daß sie nichts tun werden, was für sie ein unerträgliches Risiko oder einen unbezahlbaren Preis erhaufbeschwören würde. Das ist der Unterschied zwischen den Russen und Hitler, zwischen Breschnew und Hitler. Hitler war ein verbrecherischer, auch militärischer Abenteurer mit pathologischen und psychiatrischen Einschlägen. Drüben sitzen eiskalte, logisch rechnende, langfristige Planer der Macht, der imperialistischen Erweiterung ihres Einflusses in der Welt, mit den langfristigen Zielen Herrschaft und Revolution, beides in einem.

Ich habe zum Ärger mancher Freunde gesagt, ich hielte Herrn Breschnew für einen großen Staatsmann, nur hat er einen anderen Violinschlüssel als wir. Ich halte ihn für einenn großen Staatsmann, der die russische Zielsetzung nie aus dem Auge verloren hat – Imperialismus und Weltrevolution –, der aber nie einen Schritt machen wird, der eine ernsthafte Gefahr für die Sowjetunion heraufbeschwören würde.

Da liegt unsere Sicherheit, meine Damen und Herren, nicht darin, daß wir die NATO langsam aufgeben und dafür ein Stück Papier mit der Unterschrift Breschnews erhalten, daß er nichts tun werde. Die Russen wissen ganz genau, daß sie uns nicht mit einem Schlage aus der NATO hinausbringen.

Die Bundeswehr, die NATO-Mitgliedschaft und die Soziale Marktwirtschaft, die drei von uns durchgesetzten Ergebnisse unserer Politik neben vielen anderen Ergebnissen haben einfach die normative Kraft des Faktischen. Krieg ist undenkbar, Revolution ist unmöglich, aber die langsame kulturrevolutionäre Aushöhlung unserer Gesellschaft und die langsame Erosion unserer Beziehungen zu Amerika sind die Voraussetzung, daß das sowjetische Endziel von Moskau erreicht werden kann. Darum werden sie nie die plumpe Politik des Alles-oder-Nichts, des Jetzt-auf-einen-Schlag einsetzen.

Nein, wir müssen ein feines Gehör haben für das Ticken dieser unterirdischen Uhren, wir müssen ein feines Gefühl für diese unterirdischen Bäche und Rinnsale haben, wir müssen einen feinen Instinkt, ich möchte beinahe sagen, ein politisches Radargerät für das haben, was sich jetzt angebahnt hat.

Hier ist Helmut Schmidt nicht der Bremser, hier ist Helmut Schmidt der Vorausmarschierer, der Vorturner. Helmut Schmidt wird um der Machterhaltung der SPD willen auch diese grundsätzliche Änderung deutscher Politik in Kauf nehmen und notfalls betreiben. So hat er in seiner Rede in Hamburg angeboten: Stationierungsbeschluß aufheben. Das heißt, daß drei Jahre lang das sowjetische Trommelfeuer gegen uns zur Verhinderung einer Neufassung des Beschlusses anhalten wird. Das ist die Dramaturgie Wehners.

Und hier kam die Einladung aus Moskau. Es bestand doch vom ersten Augenblick an kein Zweifel, daß Schmidt sie annehmen würde. Das war doch nur eine Publikumstäuschung nach dem Motto: „Liebst du mich? Du liebst mich nicht", so wie man an den Knöpfen am Anzug mit Ja oder Nein abzählt: Kommt die Einladung, kommt sie nicht? Fahre ich, fahre ich nicht? Fahre ich jetzt, fahre ich später, fahre ich überhaupt nicht? Dazu kamen die mannhaften Redensarten am 1. Mai, als er sagte, sie sollen ihre Truppen zurückziehen: „Jungs, so kann man nicht weitermachen, ihr müßt eure Truppen zurückziehen."

Dann kam dieses großkotzige Geschwätz, die Großmächte verstünden nichts von Konfliktmanagement, von „Crisis Strategy". Glaubt denn Schmidt, daß der Kreml und das Weiße Haus ihn brauchen, um etwas von Konfliktmanagement zu verstehen? So einer muß ja wirklich größenwahnsinnig geworden sein, der tut so, als ob er Lehrer für Moskau und Amerika gleichzeitig sei.

Dann kam der scharfe Angriff Wehners gegen die Sowjetunion. Wenn man hier nur hinter dem Pferdefuß nicht gleich den Gestank spüren würde.

Warum denn der Angriff gegen Moskau? Damit wieder Dampf abgelassen wird, damit der Westen wieder beruhigt wird, damit die eigenen Bürger nicht unnötig aufgerüttelt werden und allmählich merken, welche Politik sich hier anbahnt und hinter den Kulissen schon weit fortgeschritten ist.

Ich warne vor dem wachsenden Antiamerikanismus, der sich in der SPD breitmacht, heute stärker als während des Vietnam-Krieges. Es gibt Redensarten in den Rängen unter Helmut Schmidt, die Amerikaner seien die Kriegshetzer, die Kriegstreiber, seien die Kriegsverbrecher, die Darstellung des Präsidenten Carter abwechselnd als Karikatur und dann wieder als Kriegshetzer: hier sollte sich der starke Mann bewähren, hier sollte er in seiner Partei Ordnung schaffen. Er will aber gar nicht, und er kann es auch nicht.

Das wachsende Verständnis in der SPD für Moskau auch in Afghanistan, gegen den amerikanischen Militarismus für die sowjetische Friedenspolitik: Die SPD glaubt an die sowjetische Absicht, Mitteleuropa als starkes friedenssicherndes Zentrum auszubauen.

Aber dieses Wort, so schön es klingt, heißt: ein neutralisiertes, militärisch wehrloses und des amerikanischen Schutzes Schritt für Schritt mehr entbehrendes Europa. Das ist das erklärte Ziel der Sowjetunion in den 80er Jahren. Hier heißt es principiis obsta, widerstehe den Anfängen; hier heißt es, die Bürger wachzurütteln, damit sie wissen, was am Ende dieser Straße stehen würde.

Deshalb soll der Brüsseler Beschluß widerrufen werden und deshalb die schrittweise Neutralisierung der Bundesrepublik Deutschland mit Lockerung der Bindungen zu den USA, eine umfassende schrittweise Neuorientierung Westeuropas zur Sowjetunion erfolgen.

Es gibt Gerüchte zwischen den Zeilen. Ich war aber sehr überrascht, in einer Information etwas über Herrn Wischnewski zu lesen, was ich in einer Wiener Wochenzeitung gefunden habe. Da gibt es sicherlich gemeinsame Informationsquellen, denn wo Rauch ist, ist auch Feuer. Dort heißt es, daß sogar von hoher sowjetischer Seite eine Andeutung gefallen sei, wenn man diesen Weg gehe, dann könne man auch an einen Rat der beiden deutschen Staaten mit alternierendem Vorsitz denken.

Erinnern Sie sich an den Deutschland-Plan der SPD im Jahre 1958? Es geht genau wieder auf der Bahn Herbert Wehners von damals weiter. Er ist sicherlich ein genialer, aber gefährlicher Stratege. Ebenso wie Wehner gefährlich ist, ist Helmut Schmit unfähig, diesen Weg zu durchkreuzen und zu verhindern.

Der Ersatz für Amerika wäre auch nicht ein militärisch starkes Europa. Das käme gar nicht in Betracht, denn das würde den Zorn der Russen herausbeschwören. In Betracht kommt nur ein Breschnew-Papier, das uns Sicherheit, Freiheit und Frieden an Stelle der NATO-Politik verspricht. Sicherheit, Freiheit und Frieden, das heißt aber pax sowjetica. Damit kommt von nicht unbefugter Seite häufig die Frage: Werden die Deutschen zum drittenmal in einem Jahrhundert an einer Katastrophe Europas schuldig werden? Darum geht es im kommenden Wahlkampf, um nicht mehr und nicht weniger. Hier geht es nicht um die Personen Helmut Schmidt oder Strauß, hier geht es um Strauß mit der Union und ihrem Programm als der einzigen zuverlässigen Garantie, daß dieser Weg ab 5. Oktober dieses Jahres endgültig abgebrochen, daß ihm eine eindeutige und unmißverständliche Absage erteilt wird.

Unser Weg heißt Frieden und Freiheit. Deshalb werden wir, sobald wir an die Regierung kommen, wieder vertrauensbildende Maßnahmen gegenüber den Amerikanern vornehmen, um das wiedergutzumachen, was hier an Scherben angerichtet worden ist. Wir werden unsere Verteidigungskraft verstärken, ohne mit dem Säbel zu rasseln und ohne zu provozieren.

Sie kennen meine Meinung. Ich habe Sie oft genug gesagt. Es sollten nicht deutsche Truppen in den Mittleren Osten entsandt werden. Das entspräche nicht einer sinnvollen Aufgabenteilung.

Aber wenn bei uns Lücken in der europäischen und der atlantischen Front entstehen, weil andere für uns am Persischen Golf Wache halten müssen, dann besteht das mindeste, was wir zu tun verpflichtet sind, darin, die Lücken bei uns in Mitteleuropa, in der Nordsee und im östlichen Atlantik zu füllen. Das ist dabei unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit.

Welch niederträchtige Gesinnung ist es, den mit Recht besorgten Frauen, Müttern und Kindern zu sagen: Wollt ihr deutsche Soldatengräber im Jemen besuchen? Dies ist eine Formulierung der Niedertracht, der menschlichen Gemeinheit und der Schäbigkeit. . .

Lassen Sie mich Ihnen zurufen: Wir haben keinen Grund, kleinmütig, kleingläubig oder verzagt zu sein. Lassen wir uns von Spöttern und Schimpfern, Scheltern und Schmähern am Wegesrand nicht beirren. Wir haben eine großartige historische Leistung vollbracht.

In unserer Partei gibt es keinen Moskau-Flügel, keinen Helsinki-Flügel und keinen kleinen Washington-Flügel. Ich habe den großen Vorzug, daß ich nicht drei Flügel zusammenhalten und zum Schluß noch vor dem linkesten Flügel hermarschieren muß.

Ich sage nicht: Wir werden siegen, weil wir siegen müssen. – Aber ich sage: Wir können siegen, wenn wir siegen wollen, und wir werden siegen, weil wir siegen wollen.

Briefwechsel zwischen dem Bund demokratischer Wissenschaftler und dem Westdeutschen Rundfunk zur geplanten Fernsehserie „Der unvergessene Krieg"

Brief des Bundes demokratischer Wissenschaftler an die WDR-Programmdirektion vom 18. Oktober 1979 (Wortlaut)

Sehr geehrter Herr Hübner,

erlauben Sie mir, daß ich Sie auf ein Problem hinweise, das im Kreise unserer Mitglieder, vor allem unter Medienwissenschaftlern und Historikern Interesse, ja Besorgnis erregt hat:

Es geht um die US-UdSSR-Produktion „Der unbekannte Krieg". Wir halten diese Serie für eine wissenschaftlich fundierte Arbeit, die sehr geeignet ist, unter unseren Mitbürgern, besonders unter den Jugendlichen zu einer korrekten Aufklärung über unsere Vergangenheit beizutragen. Deshalb freuen wir uns, daß diese Serie vom 3. Programm des WDR aufgekauft wurde.

Gleichzeitig würden wir bedauern, wenn es dabei bliebe, d. h. nur ein sehr kleiner Teil aller TV-Zuschauer die Möglichkeit bekäme, sich mit diesem Werk bekannt zu machen und möchten Sie sehr eindringlich bitten, mit dafür zu sorgen, daß auch zumindest alle anderen Dritten Programme den Film kaufen.

Ich weiß nicht, ob wir richtig informiert wurden, daß in Ihrem Haus die Meinung geäußert wurde, man denken an eine „Neufassung des Textes". Wir glauben, daß eine möglicherweise beabsichtigte Bearbeitung des Originaltextes (den wir für sehr gut halten) Gefahr liefe, das historische Bild zu verflachen oder gar zu verfälschen und bitten Sie, sehr geehrter Herr Hübner, sich mit dafür einzusetzen, daß unsere Bürger die Serie in der gleichen Fassung zu sehen bekommen wie Millionen anderer TV-Zuschauer in zahlreichen Ländern.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Helga Koppel
Geschäftsführerin

Brief der WDR-Programmdirektion an den Bund demokratischer Wissenschaftler vom 24. Oktober 1979 (Wortlaut)

Sehr geehrte Frau Dr. Koppel,

haben Sie besten Dank für Ihren Brief vom 18. Oktober. Hinsichtlich Ihrer Bedenken gegen eine Bearbeitung des Originaltextes der amerikanisch-sowjetischen Produktion „Der unbekannte Krieg" möchte ich darauf hinweisen, daß der Westdeutsche Rundfunk den amerikanischen Text der Filmserie ins Deutsche übertragen wird. Die Teile, die die historischen Geschehnisse erkennbar falsch darstellen oder bewerten, werden vom Westdeutschen Rundfunk der historischen Wahrheit gemäß zurechtgerückt. Das bedeutet, daß der Westdeutsche Rundfunk sich nicht die sowjetische Interpretation der Ereignisse im 2. Weltkrieg kritiklos zu eigen machen und daß auch der in der DDR verbreitete Kommentar nicht übernommen wird. Es ist ohnehin beabsichtigt, zu jeder Folge, die gesendet wird – wobei noch offen ist, ob alle 20 Folgen ausgestrahlt werden –, ein sogenanntes „Historisches Stichwort" zu erarbeiten. In diesem Stichwort wird wiederum entsprechend der historischen Wahrheit das Geschehen erläutert und von Fall zu Fall die deutsche Auffassung zu den Geschehnissen dargelegt werden. Dazu gehört auch, die militärischen Aktionen und Absichten, wie sie sich zu jener Zeit aus deutscher Sicht abzeichneten, darzustellen.

Die Produktion der ‚Historischen Stichworte' wird Aufgabe einer im Westdeutschen Rundfunk noch zu bildenden Redaktion sein, die zu diesem Zwecke Historiker und militärische Experten und Sachverständige zur Mitarbeit verpflichten wird.

Mit freundlichen Grüßen

Heinz Werner Hübner

Brief des Bundes demokratischer Wissenschaftler an die WDR-Programmdirektion vom 2. Januar 1980 (Wortlaut)

Sehr geehrter Herr Hübner,

haben Sie besten Dank für Ihren Brief vom 14. 10. 1979. Bei vielen Wissenschaftlern unseres Verbandes hat Ihre Antwort allerdings die Beunruhigung noch verstärkt und weitere Fragen ausgelöst. Vor allem fragen wir uns, was gemeint ist mit der „deutschen Auffassung zu den Geschehnissen" und den Absichten „zu jener Zeit aus deutscher Sicht". Ist damit das Deutschland der faschistischen Diktatur gemeint oder das „andere Deutschland", wie es vom Antifaschismus im Widerstand und in der Emigration und von den politischen Häftlingen in den Zuchthäusern und Konzentrationslager verkörpert wurde? Deren Absichten waren auf Befreiung vom Faschismus und also auf dessen militärische Niederlage gerichtet. Die Formulierung in Ihrem Brief jedoch könnte die Vermutung nahelegen, die „deutsche Sicht" sei gleichbedeutend mit der Sicht des faschistischen Regimes.

Daraus ergibt sich die zweite Frage: Sind die „Historiker und militärischen Experten und Sachverständigen" etwa jene, die damals als Repräsentanten des faschistischen Regimes, als Militärs und hohe Beamte, mitgeholfen haben, die Kriegs- und Terrormaschinerie in Gang zu halten? Oder sind damit jene Wissenschaftler gemeint, die das „andere Deutschland" verkörpern, wie z. B. Wolfgang Abendroth und Eugen Kogon und – aus der jüngeren Generation – Joachim Radkau, Martin Broszat und Reinhard Kühnl. Unsere Bedenken resultieren auch aus der bisherigen Praxis mancher Fernsehsendungen, in denen als „Sachverständige" zur Kommentierung der Wochenschauen des faschistischen Regimes oft genug ehemalige Repräsentanten eben dieses Regimes auftraten.

Unsere Befürchtung besteht also – kurz gesagt – darin, daß die „Sachverständigen" und die Kommentare zu dieser Fernsehserie so beschaffen sein könnten, daß die faschistische Politik verharmlost und daß die Sicht des faschistischen Regimes als die „deutsche Sicht" erscheinen könnte. Dies beruhigt uns besonders angesichts der wiederauflebenden Aktivitäten und Ideologien des Neonazismus und der Welle von Verharmlosung und Rehabilitierung des Nazi-Regimes von den Landser-Heften bis Diwald und Haffner in unserem Lande. Wir sind überzeugt, daß diese Probleme nicht nur die Wissenschaftler unseres Verbandes, sondern die gesamte demokratische Öffentlichkeit in unserem Lande und in unseren Nachbarländern betreffen und in hohem Grade interessieren.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Helga Koppel
Geschäftsführerin

Abschlußappell der Friedenskundgebungen in Hannover und München am 10.Mai 1980

(Wortlaut)

Über 50 000 Menschen nahmen am 10. Mai 1980 anläßlich des 35. Jahrestages der Beendigung des Zweiten Weltkrieges und der Befreiung vom Faschismus an Manifestationen in Hannover, Mannheim und München teil. Zu den Unterzeichnern des Demostrationsaufrufs des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit gehörten u.a. Wolfgang Abendroth, Heinrich Albertz, Martha Buschmann, Gerhard Kade, Martin Niemöller, Ute Ranke-Heinemann, Kurt Scharf, Gerhard Weber und die Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS). Nachstehend dokumentieren wir den Abschlußappell der Kundgebungen in Hannover und München sowie im Anschluß daran die Erklärung des Mannheimer Kongresses. D. Red.

Schluß mit dem Wettrüsten – Die Entspannung weiterführen! Nie wieder Krieg – Nie wieder Faschismus! Dafür sind in diesen Tagen – 35 Jahre nach der Befreiung vom deutschen Faschismus und dem Ende des Zweiten Weltkrieges – Millionen Menschen überall in Europa aktiv. Dafür demonstrieren wir heute. Gemeinsam wollen wir, daß Lehren gezogen werden aus der Vergangenheit, daß die bitteren Erfahrungen der Geschichte beherzigt werden, zum Wohle unseres Volkes und für eine friedliche Zukunft unseres Landes.

Doch gerade heute wächst erneut die Sorge um den Frieden. Gigantische Rüstungsprogramme bürden den Völkern immer neue Lasten auf und drohen, die erreichten Erfolge der Entspannung zu verschütten! US-Präsident Carter versucht, der Welt eine gefährliche Konfrontationspolitik aufzuzwingen. Boykott und Drohungen sollen an die Stelle von Zusammenarbeit und Verständigung treten. Mit militärischen Abenteuern wird die internationale Krise angeheizt.

Die Pläne der NATO, die Bundesrepublik zu einer Abschußrampe für strategische amerikanische Atomraketen zu machen, die sich gegen die Sowjetunion richten, bindet unser Land an diesen risikoreichen Konfrontationskurs, an eine Politik, die auf militärische Überlegenheit setzt. Diese Pläne bringen nicht mehr Sicherheit, sondern erhöhen die Gefahr eines künftigen Krieges, die Gefahr eines atomaren Infernos, das von dem Boden unseres Landes seinen Anfang nehmen und das unser Volk nicht einen Tag überleben würde.

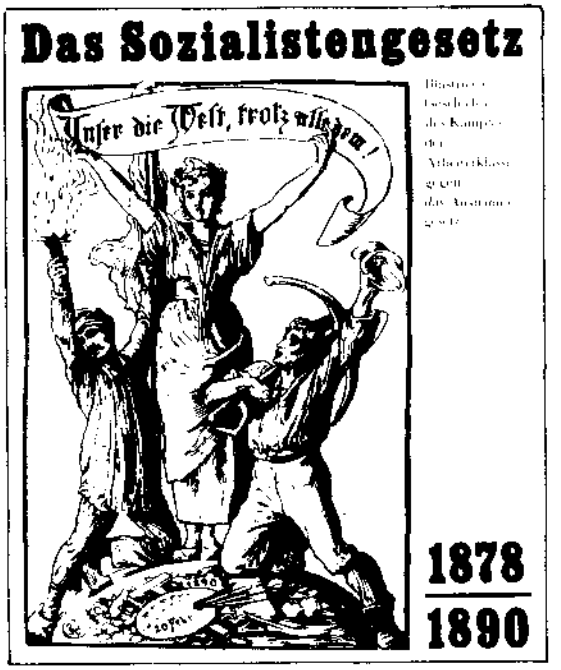
Bundesregierung und Bundestagsparteien tragen wegen ihrer vorbehaltlosen Unterstützung des NATO-Raketenbeschlusses und der Boykottpolitik mit die Verantwortung für die neuen Spannungen in Europa und der Welt.

Gerade im Atomzeitalter gefährdet die Politik der Hochrüstung unsere Sicherheit. Mit ihr werden soziale Errungenschaften und demokratische Rechte abgebaut. Frieden und eine menschenwürdige Zukunft können nur durch Entspannung und Abrüstung erreicht werden. Eindringlich lehrt uns die Geschichte: Mehr noch als andere Völker ist unser Volk auf Verständigung und Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn im Osten angewiesen. Die Aufforderung, sich an der weltweiten Konfrontationspolitik der USA zu beteiligen, muß unmißverständlich zurückgewiesen werden, im Friedensinteresse unseres Volkes.

Wir fordern mit allem Nachdruck: Der NATO-Raketenbeschluß darf nicht verwirklicht werden! Wir wollen keine neuen Atomraketen in unserem Land!

Wir sagen Nein zu einer Politik der Konfrontation, Nein zum Olympia-Boykott. Wir sagen Ja zu konstruktiven Abrüstungsverhandlungen, Ja zum Ausbau der Beziehungen, Ja zur Verständigung mit allen Völkern.

Wir fordern: Schluß mit dem Wettrüsten in West und Ost! Wir wollen, daß unser Land auf dem Weg der Friedenssicherung durch Abrüstung vorangeht. Deshalb sind wir für den Stopp aller neuen Rüstungsprojekte und für eine Senkung der Rüstungshaushalte zugunsten sozialer und Entwicklungsaufgaben.



Horst Bartel · Wolfgang Schröder · Gustav Seeber

Das Sozialistengesetz 1878 – 1890

Illustrierte Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse gegen das Ausnahmegesetz

Herausgeber: Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR
Etwa 360 Seiten · Mit 10 Karten und etwa 780 Abbildungen · Leinen · 55,– DM
Bestellangaben: 737 076 2/Sozialistengesetz

Dieser Band berichtet in Wort und Bild vom zwölfjährigen opferreichen Ringen der deutschen Arbeiterklasse unter Führung der Partei August Bebels und Wilhelm Liebknechts gegen das Bismarcksche Sozialistengesetz. Er vermittelt detaillierte Vorstellungen von einer Periode in der Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung, die Lenin später als eine „heroische" bezeichnete. Die Publikation zeigt auf, wie sich in der deutschen Arbeiterbewegung mit Unterstützung von Karl Marx und Friedrich Engels der Marxismus durchsetzte.

Der Preis versteht sich zuzüglich der gesetzlichen Mehrwertsteuer

DIETZ VERLAG BERLIN
DDR – 102 Berlin · Wallstraße 76 – 79

Autoren dieses Heftes

Alfred HORNÉ, geb. 1928 in Frankfurt/M., Studium der Philosophie, Theologie und Politik, seit 1963 Leiter der sozialpolitischen Redaktion beim Bayrischen Rundfunk, Vorsitzender von RFFU und Gewerkschaft Kunst im Deutschen Gewerkschaftsbund. * * * *Dina KIM*, geb. 1952 in Seoul, Studium der Politik, z. Z. Anfertigung einer Studie über die Industrialisierung Koreas. * * * *Helmut Wolfgang KAHN*, geb. 1922 in Mannheim, früher Tätigkeit beim „stern", danach freier Autor; veröffentlichte u.a. die Bücher „Die Russen kommen nicht: Fehlleistungen unserer Sicherheitspolitik", München/Bern/Wien 1969, und „Helmut Schmidt, Fallstudie über einen Populären", Hamburg 1973; bisher unveröffentlicht ist eine umfangreiche „Geschichte des Kalten Krieges". * * * *Rainer FALK*, geb. 1952 in Edenkoben/Pfalz, Studium der Soziologie, Politologie, Geschichte und Pädagogik an den Universitäten Heidelberg und Marburg, Mitglied der Redaktion des „Antiimperialistischen Informationsbulletins (AIB)", Zeitschriftenveröffentlichungen. * * * *Dr. Dieter BORIS*, geb. 1943 in Bielitz/OS, Professor am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Marburg; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. * * * *Hans MAYER*, geb. 1951 in Göppingen, Studium der Soziologie, Politik, Volkswirtschaft und des Völkerrechts an der Universität Marburg; Zeitschriftenveröffentlichungen. * * * *Josef SCHMITZ*, geb. 1953 in Rumeln-Kaldenhausen, Studium der Politik- und Wirtschaftswissenschaften an der FU Berlin, Diplompolitologe. * * * *Dierk JOACHIM*, geb. 1951 in Hamburg, Studium der Germanistik, Wissenschaftlichen Politik und Erziehungswissenschaft an den Universitäten Hamburg und Marburg, Studienreferendar in Hamburg; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. * * * *Bernhard KELLER*, geb. 1950 in Berlin, Studienrat in Hamburg, Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. * * * *Gudrun ULLRICH-HADELER*, geb. 1941 in Lamstedt, Studienrätin in Hamburg. * * * *Dr. Volker ULLRICH*, geb. 1943 in Celle, Studienrat in Hamburg, Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. * * * *Dr. Glenn YAGO*, University of Wisconsin-Madison, USA. * * *

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Helga Deppe-Wolfinger, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Dr. Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Reinhold Billstein, Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 54.
Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 4,00 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 3,50), zuzüglich DM 0,50 Versandgebühr. Das Einzelheft kostet DM 5,50. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Versandgebühr (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 52,–; öS420,–; hfl 63,–; bfrs925,–; FF 132,–; £ 15,–; Lit 28 000,–; dkr 180,–; nkr 168,–; skr 136,–; yen 7 800,–; 36,–. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 51. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Neo-Satz W. Geilenberg KG, 5030 Hürth-Efferen. Druck: Plambeck & Co., Neuss. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.
ISSN 0006–4416